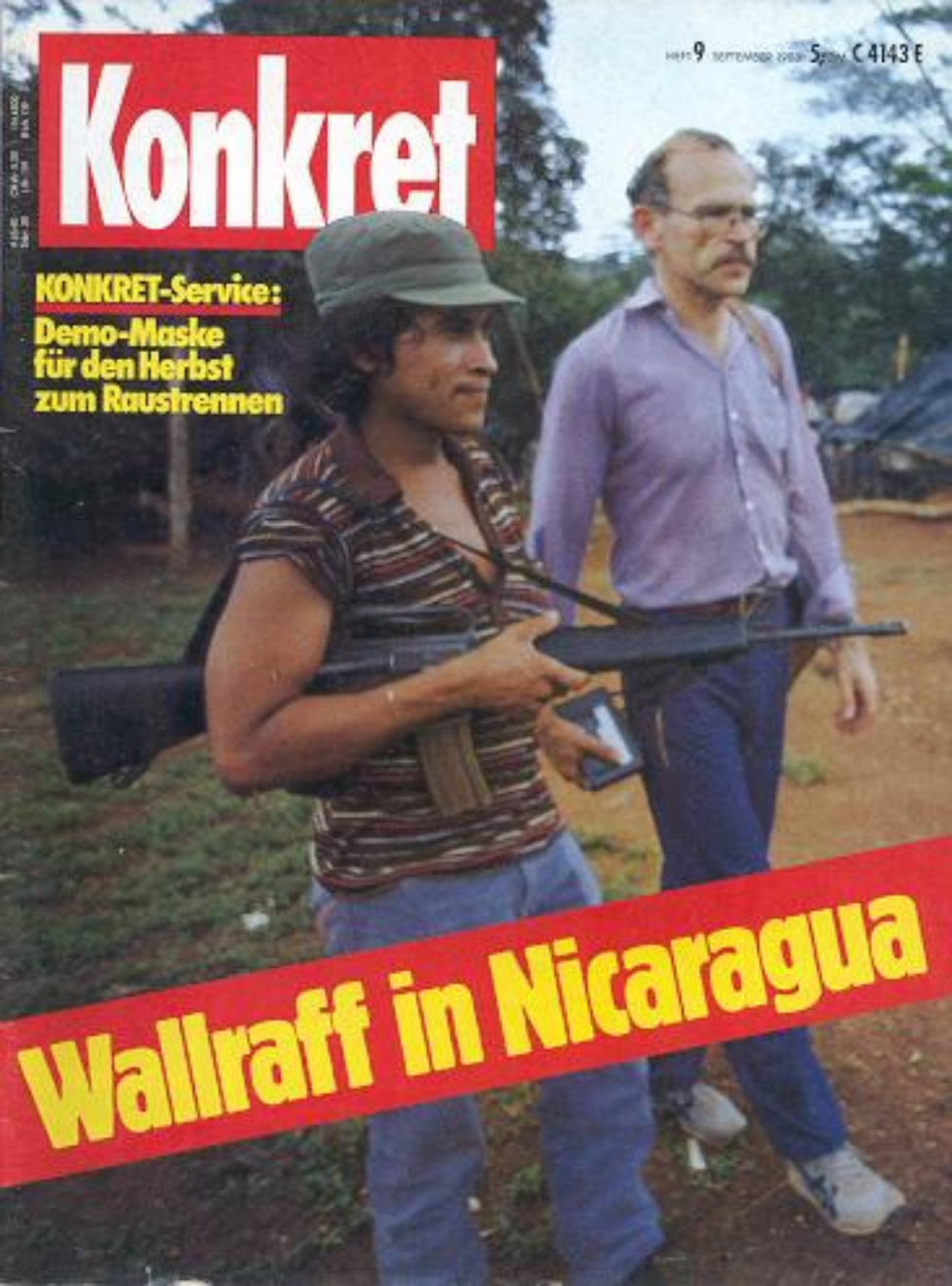
HEFT 9 SEPTEMBER 1984 5 DM C 4143 E

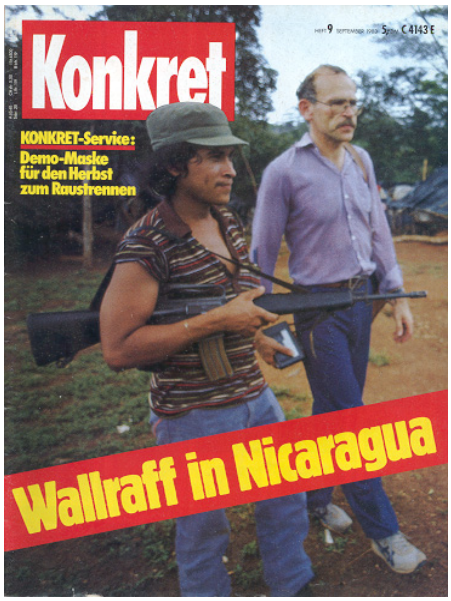
Konkret

KONKRET-Service:
Demo-Maske für den Herbst zum Raustrennen



Wallraff in Nicaragua

in konkret September 1983



Vorwort von Manfred Bissinger

An KONKRET

Kennzeichen HIAG von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Versaftung inklusive von Susanne Mersmann
Das Geschäft mit der Angst vorm Atom blüht. Wer ans Überleben nach der Bombe glaubt und das nötige Kleingeld hat, baut sich einen privaten Bunker. So werden die Bürger einmal mehr in zwei Klassen aufgeteilt.

Operation Armut von Tom Schimmeck
Die Sozialleistungen sollen in Zukunft auf das »Notwendigste« beschränkt werden. Gekürzt wird bei der Arbeitslosenhilfe und dem Mutterschaftsgeld, Behinderte und Rentner werden zur Kasse gebeten, BAFÖG und Rehabilitationsmaßnahmen finden nur noch begrenzt statt. Wo die christlich-liberale Regierung bisher gespart hat und wie sie Sozialpolitik in ihr Gegenteil verkehren will, hat Tom Schimmeck untersucht.

Nicaragua von innen von Günter Wallraff
Vom 13. Bis zum 22. August war Günter Wallraff auf Einladung der Regierung zu Gast in Nicaragua. Er traf die Revolutionsführer Tomás Borge, Ernesto Cardenal, Enrique Schmidt und Sergio Ramirez, er besuchte die umgesiedelten Miskitos an der Ostküste, Flüchtlingslager im Süden und die umkämpfte Stadt Jalapa im Norden.

Das Volk hat schon gewählt von Werner Heine

Falsche Karte von Edén Pastora
Er war der Volksheld, der Draufgänger im Lager der nicaraguanischen Freiheitskämpfer: Edén Pastora, genannt »Comandante Cero«. Jetzt kämpft er gegen die sandinistische Regierung. KONKRET fragte ihn nach seinen Gründen.

Ist US-Präsident Reagan ein Depp? von Günter Amendt
Als Heinrich Lübke noch lebte, hatte die Politik oft was zu lachen. Bis bekannt wurde, daß er auch an der Planung von KZ-Bauten beteiligt war. Heute lachen amerikanische Intellektuelle und die liberale Publizistik über ihren Präsidenten. Nur den armen, Schwarzen und Frauen ist das lachen längst vergangen. Sie wissen, daß der Schauspieler kaltblütig die Interessen der Konzerne und Rüstungsindustrie durchsetzt.

Handlich
Was deutsche Demonstranten im Herbst erwartet, wenn sie gegen die Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen demonstrieren, zeigten unsere US-Besatzer beim Flugtag in Ramstein. Mit dem Schnellfeuergewehr in Schach gehalten, wurden die Friedensfreunde von amerikanischen Soldaten mit schmerzhaften Fesseln stillgelegt, verpackt und abtransportiert

Der häßliche DeutscheDackel und Dividenden von Otto Köhler
Mehr als ein halbes Jahr ist er schon Gewerkschafts-Vorsitzender. Für wen er tätig ist, hat er bis heute noch nicht verraten. Doch was er seither getan hat, läßt sich nachweisen.

Ist Widerstand gegen Atomrüstung legal? von Hoimar von Ditfurth; Hermann L. Gremliza

Hoimar von Ditfurth fragt nach den Grenzen der Mehrheit. Hermann L. Gremliza antwortet.

Vorbereitung von Werner Heine

Im hessischen Städtchen Schlitz treffen US-Soldaten Vorkehrungen, als ob der Krieg schon kurz bevorstehe. Die heimliche Geschäftigkeit der Amerikaner stößt auf den Widerstand der Bevölkerung. Die will weder 10.000 GIs auf ihrem Hausberg stationiert sehen noch atomare Artillerie und chemische Kampfstoffe vor der Haustür. Über Bürgerprotest und »Kriegsgewinnler« berichtet Werner Heine.

Deutsche Gespräche von Horst Tomayer

Horst Tomayer telefonierte als Vorsitzender des »Bundesverbandes Deutscher Blutspender« mit Peter Kurt Würzbach, Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung

KONKRET-Extra: Deckname »Reiser« von Wolfgang Becker, Ute Scheub

Verfassungsschützer behaupten, Rechtsradikale seien Einzeltäter, und von der Gewalt von rechts seien sie überrumpelt worden. Die rund 2.000 Seiten umfassenden Berichte des V-Manns Werner Gottwald an das niedersächsische Bundesamt für Verfassungsschutz, die KONKRET im Original vorliegen, beweisen das Gegenteil. Der Verfassungsschutz half beim Aufbau einer bundesweiten Nazi-Partei mit. Weil Agenten in Schlüsselpositionen saßen, war der Verfassungsschutz frühzeitig über alle Nazi-Aktivitäten informiert.

Vom Kleinbürger zum Weltbürger von Michael Scharang

Die Sommerferienzeit geht zu Ende. Wer verreist war, hat wieder ein Thema: den Massentourismus. Alle finden ihn eklig, aber - gibt es ihn überhaupt, den Tourismus der Massen?

Das organisierte Bauernlegen von Jochen Wegener

Deutschlands Bauern haben fast 430 Milliarden Mark schulden. Mit Chemie und Technik versuchen sie, Haus und Hof zu retten. Einige machen diesen Irrsinn nicht mehr mit.

Öko-Tips

Zwischen Karneval und Demo: Ein linker Maskenball

Eine Düsseldorfer Künstlergruppe erregt - im doppelten Wortsinn - Aufsehen mit neuen, phantasievollen Agitprop-Formen.

Plattentips von Sabine Bredy

Kulturnotizen

Ein altmodischer Weltenretter von Diedrich Diederichsen

Ist der neue James Bond-Film »Octopussy« wirklich nur ein Märchen von Kalten Kriegern für den heißen Herbst?

Bücher: Kuschelweiche Schmusewolle von Wolfgang Pohrt

Seit vielen Wochen ist der Titel »Frieden ist möglich« von Franz Alt das meistverkaufte Taschenbuch der Republik. In einigen Hotels liegt es sogar schon neben der Bibel in der Nachttischschublade.

»Was lesen Sie gerade - und wie gefällt es Ihnen?«

KONKRET hat wieder einige Schriftsteller nach dem Buch gefragt, das sie gerade lesen. Die Antworten kamen spontan, am Telefon.

Bücher: »Die Schulzeit sehr genossen« von Jan-Philipp Sendker

Kasseler Schüler befragten Prominente nach ihren Jugend-Erinnerungen an die Nazi-Erziehung.

Bücher: Der Schwanz regiert von Christel Dormagen

2.500 Bücher gibt es über Jeanne d'Arc. Im 2.501. soll bewiesen werden: Die Jungfrau wer gar keine, sie war ein halber Mann.

Bücher: Hin und Her von Jörg Bopp

Für ein »Lexikon linker Gemeinplätze« gibt es sicher einen Bedarf. Gerade auch, nachdem ein Rowohlt-Taschenbuch unter eben diesem Titel erschienen ist.

Bücher: Herbstlese von Oliver Tolmein

Beim Streit um die richtigen Aktionsformen gegen neue Atomraketen können die Erfahrungen helfen, die beim Widerstand gegen die Startbahn West in Frankfurt gesammelt wurden.

Bücher: Ein Hundsfott von Hermann Kant

Sieben Jahre lang war Günter Gaus Repräsentant der Bundesrepublik in der DDR. Seine - auch vergleichenden - Erfahrungen mit dem sozialistischen deutschen Statt erscheinen Mitte September unter dem Titel »Wo Deutschland liegt«. Für KONKRET schreibt Hermann Kant, als Präsident des Schriftstellerverbands einer der ranghöchsten Kulturfunktionäre der DDR, über diese »Ortsbestimmung«.

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/83, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

So schnellebig ist die Zeit geworden: Im August-Heft veröffentlichten wir einen Auszug aus Erich Kubys neuem Buch »Der Fall Stern und die Folgen«. Verlag Hoffmann & Campe. Jetzt ist der Band erschienen. Nur nicht in dem deutschen Traditionsverlag, der Heinrich Heine zu seinen Gründungsautoren zählt, sondern bei uns, im KONKRET-Literatur Verlag. Zwischen Vorabdruck und Auslieferung lagen nur vier Wochen und ein Vorgang, der als exemplarischer Fall in die deutsche Verlagsgeschichte eingehen wird. Mit von der Partie: ein geltungssüchtiger Verleger, ein Großkonzern, Autoren, Juristen und zwei standhafte Verlagsleute.

Doch der Reihe nach: Für unser Mai-Heft hatten wir Erich Kuby gebeten, den Skandal um die gefälschte Hitler-Sülze im »Stern« zu analysieren. Die Arbeit begeisterte HoCa-Verlagsleiter Hans Helmut Röhring und Cheflektor Wolfgang Schuler so, daß sie bei Kuby ein Sachbuch zum gleichen Thema in Auftrag gaben. Da deutsche Verlagsangestellte gewöhnlich nicht alleine entscheiden dürfen, mußte die Programmkonferenz einberufen werden. Die stimmte zu, ebenso der Verleger und 37jährige Erbe Thomas Ganske.

Kuby also schreibt, es entstehen 208 Druckseiten, Juristen werden eingeschaltet, schließlich ist es ein heikles Thema - auch oder gerade für einen liberalen Verlag. Der Justitiar des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Prof. Dr. Sieger, urteilt in einem Gutachten:

» Der Autor hat den brisanten Stoff so geschickt dargestellt, daß ich Abwehr-Ansprüchen der Betroffenen, würden sie denn überhaupt geltend gemacht, juristisch wenig Chancen gebe ... Der Autor weist brillant nach, mit welchen Mechanismen von oben her innere Pressefreiheit, Liberalität und Meinungsvielfalt eingeengt werden.«

Die Erstauflage von 10.000 Exemplaren geht in Druck. Da schaltet sich der Verleger (»Für Sie«, »petra«, »zuhause«) ein und verlangt nach dem Manuskript. Seine Umgebung verbreitet, er habe »von Freunden aus der Verlagsbranche«, die eine sehr frühe Fassung des Kuby-Manuskriptes kennen (HoCa hatte es törichterweise Herrn Burda von der »Bunten« zwecks Vorabdruck zukommen lassen), einen Tip bekommen. Schließlich geht es um Gruner + Jahr, und dort verhandelt Ganske gerade über bessere Konditionen für den Druckauftrag seiner »petra«. Schließlich schreibt Kuby auch über Springer, und da hat Ganske 75 Prozent Anzeigenrabatt. Schließlich werden die Herren der öffentlichen Meinung, also Ganskes Kollegen, hart angenommen. Da überlegt man schon.

Der Verleger also liest, denkt, liest und wenn's ums Denken geht, kommen den Deutschen ja bekanntlich Bedenken. In unserem Fall endet der Vorgang im Kopf des jungen Herrn mit einem Nein. Erste Vermutung: Er will verkaufen und deshalb keinen Ärger. Einleuchtender ist schon die zweite Vermutung. Thomas Ganske will endlich von den anderen Großen der Branche (er ist nur die Nr. 5) ernstgenommen werden, er will sich mit dem Buchstopp die Eintrittskarte ins Verlegerkartell erkaufen. Einmal nicht nur mit Vertretern auf seinem Gut Hohenhaus (Übernachtung für Verlagsmitarbeiter 100 Mark) am Kamin sitzen, sondern an Mohns Tafel in Gütersloh oder in Springers Schloß Schierensee. Einmal vielleicht auch als entschlossener Verleger so bekannt und so ernst genommen werden wie viele seiner Autoren. (Im Inhaltsverzeichnis des »Spiegel« taucht in den sieben Ankündigungszeilen der HoCa-Story viermal der Name Kuby auf, den Namen Ganske hält die Redaktion für kein Signal, das Leser für eine Geschichte interessieren könnte.) Ganske also läßt die Produktion stoppen, ignoriert den Protest seiner Mitarbeiter und verabredet sich mit Kuby an dessen Wohnsitz Venedig. Dorthin kabelt ihm sein Verlagsmanager, der frühere Aral-Angestelte (!) KarlUdo Wrede: Herr Nannen ließe ausrichten, er werde alle möglichen Rechtsschritte gegen das Kuby-Buch einleiten.

Dies Argument allerdings zieht bei Kuby nicht mehr. Er kennt die Gutachten, und er hat eines jener seltenen Bücher geschrieben, in denen eine Geschichte erzählt wird, aber dennoch Ursachen und gesellschaftspolitische Hintergründe nicht verschwiegen werden. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Daß Ganske an einem Kompromiß nicht interessiert war, ist ihm längst klar. Hatte doch der HoCa-Verleger es abgelehnt, das Buch durch eine von Kuby schon vorher vorgeschlagene Vorbemerkung doch noch freizugeben. Sie sollte auf der ersten Innenseite stehen und folgenden Wortlaut haben:

»Der Verleger sieht sich von der Schärfe der Argumentation, wie sie in diesem Buch vom Autor entwickelt worden ist, veranlaßt anzumerken, daß er in einigen gravierenden Punkten dessen Meinung nicht teilt. Die Prinzipien, auf denen unsere pluralistische Ordnung beruht, sind für ihn jedoch eine Verpflichtung, der er sich nicht entzieht. Die von Hoffmann & Campe veranlaßte kritische Auseinandersetzung mit dem 'Fall Stern', der vorwiegend ein politischer ist, ist deshalb, so wie sie vorliegt, zu veröffentlichen als ein praktizierter Fall der Meinungsfreiheit.«

Pluralistischer gehts wohl nicht mehr. Ganskes Besuch in Venedig konnte also nur Alibi-Charakter haben, und so war es denn auch. Der Verleger erklärte, es ginge nicht um einzelne Sätze oder Ausdrücke, es ginge vielmehr darum, daß Kuby Personen, die in den »Stern«-Skandal verwickelt seien, mit Namen genannt und als Nazis hingestellt habe. Im Klartext:

Kuby müsse auf die Nennung der Namen von Ganskes Verleger-Kollegen verzichten. Der ließ sich nicht darauf ein. In einer schriftlichen Erklärung hielt er fest:

»Ich jedenfalls betone nachdrücklich, daß mein Buch deutlich macht, daß die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse eine allgemeine Anfälligkeit für faschistische Vorstellungen und Praktiken fördert und eben dies der 'Fall Stern' drastisch bewiesen habe.«

So trennte man sich, Ganske versprach Kuby die fertigen Druckbogen und setzte sich zu venezianischer Kost. Er war's zufrieden. Das Kartell würde ihm den Lohn schon nicht verweigern.

Doch es sollte etwas anders kommen. Der Vorstand von Gruner+Jahr verweigerte Ganske die Rechtfertigung, er ließ die angedrohten juristischen Schritte einfach abblasen. Nach Lektüre eines ihm zugespielten Exemplars entschied er: Wir machen nichts, nach den ungeheuerlichen Vorgängen um die gefälschten Hitler-Tagebücher wohl keine große Tat, sondern die einzige Möglichkeit. Nannen wurde zurückgepfiffen.

Damit stand Ganske gleich zweifach im Regen. Seine Mitarbeiter Röhring und Schuler kündigten. Eine ungewöhnliche Konsequenz, denn die beiden machten keine großen Sprüche, um sich danach mit vergoldetem Arsch wieder in ihre gepolsterten Sessel fallen zu lassen, wie aus der »Stern«-Affäre so sattsam bekannt. Beide standen zu ihrer Überzeugung, und die war: In einem Verlag, der auf diese Weise Zensur ausübe, könnten sie nicht weiterarbeiten. Auch der Beifall der Kollegen blieb für Ganske aus. Gruner + Jahr blieb öffentlich still, nur »Zeit«-Verleger und Bertelsmann-Teilhaber Gerd Bucerius machte in einem Fernsehinterview klar, wie sich intelligente Kapitalisten die Macht erhalten: Mit Zuckerbrot und Peitsche. Auf die Fragen von Reporter Werner Laatsch antwortete Bucerius (Auszüge):

» Ich habe heute nacht das Buch gelesen. In einem Atemzug. Hat etwa zwei Stunden gedauert. Man kann Bücher von Kuby sehr schnell lesen, weil er ausgezeichnet schreibt. Es gibt kaum einen der guten Schriftsteller Deutschlands, mit dem ich so wenig übereinstimme wie mit Kuby. Aber ich will mir doch ein Buch von Kuby nicht entgehen lassen. Es ist immer ein Vergnügen, ihn zu lesen... Von Springer sagt er 'der an seiner Berlin-Meise schwer erkrankte Presse-Zar'. Nun habe ich genau dieselbe Meise wie Axel Springer - BerlinMeise -, aber ich möchte doch natürlich ganz gern, daß da jemand ist, der mir von Zeit zu Zeit sagt 'Du, übertreibst du das nicht ein bißchen'. Dann habe ich Gelegenheit, mir das zu überlegen. Von Nannen, 'der in der Brühe seiner eigenen Worte intellektuell Ersoffene'. Da ist natürlich was dran.

NDR: Aber was halten Sie denn von der Kritik, die Erich Kuby in diesem Buch am kapitalistischen System äußert, das sich im 'Stern' ausdrückt ...

Bucerius: Wenn man ein Buch bei Kuby bestellt, weiß man, daß man das Buch von einem Mann bekommt, der den Kapitalismus für eine verderbliche Lebensform hält. Ich bin absolut nicht seiner Meinung, aber ich lege entscheidendes Gewicht darauf, daß Leute in Deutschland ... in der bestmöglichsten Weise ihre Zweifel ausdrücken, damit ich mich immer selbst wieder korrigieren kann. Deshalb lese ich Kuby. Da kommen ja sehr scharfe Kritiken vor an Leuten, die mir sehr nahestehen. Wie der frühere Generaldirektor von Bertelsmann, Manfred Fischer, oder der gegenwärtige Schulte-Hillen oder mein Freund Reinhard Mohn. Die werden dargestellt als Exponenten eines Systems, das Kuby nicht für verbrecherisch, aber doch für gefährlich hält, für so gefährlich, daß eines Tages daraus ein Nationalsozialismus hervorgehen kann. Ich bin auch der Meinung, daß diese Leute hervorragende Repräsentanten des Systems sind. Aber da ich halt das System für gut halte, ziehe ich andere Schlüsse als Kuby. Aber darauf aufmerksam gemacht zu werden, daß dort eine Gefahr liegen kann, das finde ich ganz legitim...

NDR: Eine letzte Frage an Sie, auch als Verleger. Was halten Sie von der Entscheidung Ihres Verleger-Kollegen, Herrn Ganske, dieses Buch nun nicht zu drucken, d.h. es aus dem Verkehr zu ziehen für seinen Verlag.

Bucerius: ... Kuby hat Anspruch darauf, gedruckt zu werden in der Bundesrepublik. Es wäre schlimm, wenn er keinen Verleger fände. Aber er hat keinen Anspruch darauf, von Hoffmann & Campe verlegt zu werden. Dennoch hatte ich an Ganskes Stelle anders gehandelt. Ich hätte das Ding laufen lassen. Und wenn das gar zuwider war, hatte ich an seiner Stelle zu Kuby gesagt: Herr Kuby, das letzte Mal. Fürs nächste Mal suchen Sie sich einen anderen Verleger.

NDR: Welche Gründe können für das Handeln von Herrn Ganske ausschlaggebend gewesen sein. Können das psychologische Gründe gewesen sein?

Bucerius: Allenfalls mangelnde Erfahrung, sonst nichts.«

Mangelnde Erfahrung allein war es sicher nicht. Im weiteren Verlauf der Affäre macht Ganske eine immer jämmerlichere Figur. In einer Lektoratsversammlung offenbarte er sich endgültig. Kuby hätte in seinem Buch beschrieben, wie der Drucker Gruner nach dem Verkauf seiner Verlags-Anteile die vielen Millionen in Gold anlegte, sich in Barren aushändigen ließ und sie in seinem Schweizer Haus verwahrte. Der folgende Dialog wurde uns von einem Gesprächsteilnehmer übermittelt:

Ganske (sinngemäß): Wenn das ein Dieb erfährt und dann einbricht, dann muß ich für die Beschädigungen am Haus aufkommen.

Einwand aus der Gesprächsrunde: Es heißt doch später im Buch, Gruner habe das Geld in die USA transferiert.

Ganske: Ich kann nicht erwarten, daß ein Dieb weiterliest.

Aber nicht nur die Mitarbeiter, auch 52 Autoren, für den Verlag das entscheidende Kapital, begehrten auf. Von Hoimar von Ditfurth über Günter Gaus, Lew Kopelew bis zu Otto Waalkes - alle protestierten gegen Ganskes Zensurakt. Festgehalten zu werden verdient: Nicht dabei waren Siegfried Lenz, der sich noch nie für etwas entscheiden konnte, und Manfred Bieler, dessen kritische Distanz zu Verleger Ganske durch hohe Zahlungen verkürzt worden ist. Wer ihn etwas besser kennt, der hat von ihm sicher schon die Geschichte seiner wundersamen Geldvermehrung gehört. Erst HoCa-Autor, dann für 800.000 Mark zum Knaus-Verlag gewechselt, um schließlich für eine Million wieder von Ganske zurückgekauft zu werden. Der Vorstopper deutscher Schriftsteller. So jemand kann nicht gegen, so jemand muß für den Verleger schreiben. Und so ist es denn auch geschehen, in der »FAZ« pöbelte er gegen Kuby, verbunden gleich noch mit der Fußnote, die Autoren Kopelew und Witter hätten ihre Unterschrift wieder zurückgezogen. Das war nicht so, es gehörte nur zur Desinformationsstrategie von HoCa. Hoimar von Ditfurth über Manfred Bieler:

»Alles, was ich in diesem Zusammenhang äußern möchte, ist die Ansicht, daß Herr Bieter gut beraten gewesen wäre, wenn er in einem das heikle Problem der geistigen Liberalität in einem Verlagsunternehmen berührenden Konflikt davon Abstand genommen hatte, sich mit solcher Verve gegen das Votum seiner Kollegen auszusprechen und sich zugleich auf die Seite eines Mannes zu schlagen, der nur deshalb im Augenblick sein Verleger ist, weil das bisher letzte Höchstangebot von ihm stammt.«

Für Ganske sollte es noch schlimmer kommen. Als er anfing zu begreifen, in welches Loch er da gefallen war, klapperte er die Autoren ab. Bis Redaktionsschluß war nur einer umgefallen. Hans Eppendorfer (KONKRET 9/82). Warum? Dreimal dürfen Sie raten!

Wer bei seiner Meinung blieb, wurde von Ganske-Getreuen herabgewürdigt. Der erste war Erich Kuby, der bisher letzte Verlagsleiter Röhring. Über ihn wurde lanciert, er habe das Ganze nur inszeniert, um eine sechs- bis siebenstellige Abfindung zu kassieren. Die Dreckschleuder ist in Bewegung, weil nicht sein kann, was nicht sein darf, also daß ein abhängig Beschäftigter wie Röhring oder Schuler kündigt, weil er Zensur nicht zulassen will. Solche Kollegen müssen ausgeschaltet werden.

Wir haben in den letzten vier Wochen einen weiteren liberalen, im Zweifelsfall nicht mal linken Verlag verloren. Wir sollten uns keinem Trugschluß hingeben. Das Kartell wird Herrn Ganske nicht fallenlassen. Er mußte nur einen Denkzettel haben. Damit er das Problem beim nächsten Mal eleganter löst.

Von Erich Kubys Buch wird jetzt die dritte Auflage an die Buchhandlungen ausgeliefert.

Konkret 09/83, S. 6

An KONKRET

EIN OBSZÖNER GENUSS

*KONKRET Nr. 8/83: »Das ist ja zum Peepen!« - Die Peeperin Elisabeth B. hat ihre Kundschaft heimlich fotografiert*Die Verkehrung ihrer eigenen Zurschaustellung hat Elisabeth B. in dem Maße produktiv genutzt, daß die Ablichtung der »Mann-Opfer-Täter« beinahe schon ein verzweifelter Hilferuf ist. Daß der Mann die Frau immer wieder zur »Votze« reduziert, liegt gewiß auch an der ausweglosen aber selbstverschuldeten Vorbelastung seiner »Schwanz-Sexualität«.

Frauen! Entdeckt den Penis als ein winziges, verschrumpeltes, gefühlvolles, kompliziertes und beseeltes Körperorgan. Vergeßt ihn als phallische Stoßvorrichtung und akzeptiert ihn als Partner Eures eigenen Genitals.

Männer: Alle «Schwänze«, die ein besseres Verhältnis zu Frauen suchen, sollen nicht länger nur (auf)stehen!

DIETER GERMANN

DÜSSELDORF

Bei Euch PEEPts wohl?!

FRANZ SCHRÖDER

BREMEN

Daß sich eine Frau mit gespreizten Beinen, im rauschenden Genuß der »Widersprüchlichkeiten«, irgendwelchen, in meinen Augen allenfalls bedauernswerten, armen Schweinen präsentiert und es auch noch fertigbringt, sich mit »innerem höhnischem Grinsen« an der »Verarschung« zu weiden, offenbart einen dermaßen erbärmlichen Mangel an Selbstwahrnehmung und Einschätzung eben dieser Widersprüche, bei dem ich mich allenfalls fragen kann: wer ist denn hier wirklich der/die Gelackmeierte?...

Ebenso bedauerlich wie dieser Artikel ist die Tatsache, daß es die Mafia in N. Y. leider nicht geschafft hat, die Autorin mitsamt ihrem Werk im Hudson zu versenken... WERNER LINDNER

ESSEN

Hier verwechselt jemand Prostitution mit Sexualität und will den Leser zum unkritischen Voyeur degradieren. Wer hätte das gedacht: die Peep-shows sind nicht etwa Ausdruck der Herrschaft von Männern über Frauen, sondern die »zeitgemäße und zweckmäßige Variante« der Sexualität des »kleinen Mannes«. Auch die Frauen wissen nun endlich, daß die Arbeit in der Kabine ein besonderer, obszöner und profaner Genuß ist, der anderen Frauen vorenthalten bleibt.

Wer auf solche »Einsichten« durchs Schlüsselloch geil ist, bestellt sich eh den Beate Uhse-Katalog statt der Konkret!

ELKE HOPPE

BREMEN

WAS DENN SONST!

KONKRET Nr. 8/83: Der häßliche Deutsche Roman Herzog.

Und sower ist zugleich auch noch Bundesvorsitzender des sogenannten Evangelischen Arbeitskreises der CDU.

GÜNTHER HEIPP, PFARRER

SAARBRÜCKEN

DIE SCHNELLE SPRUNGFEDER

KONKRET Nr. 8/83: Hartmut Schutze über »Noch ein Hirnriß«

Die Texte über und von Rainald Goetz zeigen, daß KONKRET mehr sein könnte, als nur das Zentralorgan der Jutetaschenträger.

URSEL ZIEMERGIESSEN

KONKRET und Literaturkritik - das hat manchmal soviel gemein wie ein Stück Torte und eine Portion Scheiße. Ihr macht Euch doch lächerlich, wenn Ihr jedes Geschreibsel pupertierender Jünglinge in den blauen Himmel hebt. Eure »Dokumentation« von Rainald Goetz' Text »Subito« und die versuchte Reinwaschung auf drei Seiten zuvor, beweist, wie dogmatisch Ihr schon geworden seid: aus reinem Schwachsinn, aus totalem Mist, sprachlich wie inhaltlich, versucht. Ihr Gold zu machen, wohl weil sich der Goetz mit seinem Text von der bürgerlichen Literatur abhebt.

GONTER SCHÄFER

WETZLAR-NAUBORN

Wer Eppler von Lafontaine und Lafontaine von Eppler besprechen läßt, der muß auch Hartmut Schulze über Rainald Goetz schreiben lassen.

BERND ZIERAUWESTERLANDKotz Blitz. Wer so ausdauernd langwierig von Nullen schreibt, hält sich sicher für eine verkappte Eins. Vielleicht wäre Goetz gern die Null einer Sprungfeder? Die kommt schnell hoch, ohne die Form zu verlieren.

HEIDI ZUPER

HAMBURG

Hysterie macht mich ratlos. Goetz' Emphase hat mich ermüdet. Klar, die denkfaulen Philanthropen müssen geschüttelt werden. Aber sich im pubertären Gestus einrichten, ist auch nur eine Form von Bequemlichkeit, ist wenig aufregend. Was muß der nächste machen, der es begriffen hat? Sich die Hand abhacken, das Ohr abschneiden'?

Es geht um die Zombies. Es geht um Formales. Okay, wir sollten uns zusammensetzen, auf ein Bier und mehr. Von mir aus im »Subito«. Aber subito. Sonst mach ich mir 'n Schlitz ins Ohr und find es wunderbar.

MATTHIAS ALTENBURG

GÖTTINGEN

An den groben Griffel auf den Kulturseiten von KONKRET gewöhnt, stört es mich wenig, daß Hartmut Schulze aus meinem Artikel in der FR über Klagenfurt treffsicher gerade den Satz herausfischt, der am wenigsten meine Argumente wiedergibt. Aber wenn dieser Satz dann gefälscht und auf der Fälschung eine flapsige Polemik aufgebaut wird, mit der ein Trendmensch wie Schulze ausgerechnet mir Naivität gegenüber dem Literaturbetrieb unterstellt - dann frag ich Euch, ist das nun die Big Schlamperei oder die Neue Bösartigkeit als Einstimmung in den Subito-Trend? Richtig lautet mein Satz und der ergänzende Folgesatz: »So ist die Klagenfurter Veranstaltung *mehr als* ein zeitgemäßer Reflex des Literaturbetriebs auf den durchkapitalisierten Buchmarkt. So gutwillig sie von ihren Förderern gemeint sein mag, sie ist, ich fühlte es buchstäblich, ein Angriff auf das einzige Kapital, über das Schriftsteller verfügen, die Unbestechlichkeit.«

F. C. DELIUSBIELEFELD**NACH 30 JAHREN 3 MARK GEWINN**

KONKRET Nr. 8/83: Extra über Versicherungen

Sie schreiben mir aus dem Herzen. Dieser Tage kam abends ein junger Mensch zu uns, vorwurfsvoll, da er uns Berufstätige nicht früher angetroffen hatte, und erklärte mir, die 30jährige Laufzeit meiner Lebensversicherung sei abgelaufen. Wohin die Auszahlungssumme zu überweisen sei. - Mein Vertrag läuft seit 1953 und sollte 3.000 Mark bringen, bei Unfall das Doppelte. Die Beitragszahlungen drückten mich nicht, da ich als 21jährige eine geringe Prämie bekam, die ich jährlich zahlte. Die Auszahlungssumme beläuft sich jetzt auf - höre und staune - 3.003 Mark! Ich habe den Betrag abgelehnt. Die Gisela-Lebensversicherung, heute ARAG, München, bekam eine Anfrage von mir, die noch nicht beantwortet wurde. Ich konnte nur sarkastisch fragen, *wie* sich dieser Zinsgewinn von 3,- Mark ergeben hat *in 30 Jahren.*

HANNA WELLAND

STEINHAGEN

MISSBRAUCH

KONKRET 8/83: Leserzuschrift von Friedrich Jeglinski zu »Ich tu was«.

Ich war nie »Bild«-Autor, der gegen Honorar einen »Bild«Artikel geschrieben hat. Ich habe lediglich der »Bild«-Zeitung, wie auch anderen Boulevard-Blättern, mündlich eine Gegendarstellung betr. der unwahren Veröffentlichung des »Stern« im Zusammenhang mit meiner angeblichen »neuen Heimat in USA« und Immobilien-Investitionen in New York gegeben. Die »Bild«-Zeitung hat ohne mein Wissen diese Gegendarstellung als Artikel des Autoren Udo Lindenberg veröffentlicht.

UDO LINDENBERG

BERLIN

ÜBER DIE LUST, IM SAND ZU ZEICHNEN

KONKRET Nr. 8/83: »Botschafter des guten Geschmacks«. Diedrich Diederichsen über die deutsche Filmpolitik

Ich habe dem »Stern« einen Text geschickt, aus dem man einen Satz folgenden Inhalts zensiert hat, daß die Bevölkerung keine Sicherheit, aber die Hoffnung hat, daß der neue Innenminister ein Nazi ist. Wim Wenders sagt, mit Achternbusch seien alle gemeint. So dünn wie dieses Argument sind auch seine Filme. Hat ihm der Innenmist den Rest eines Preises geklaut? Von einer Jury auf einer Sitzung haben wir beide Prämien zugesprochen bekommen, nur hat der Innenmist der seinen die Unterschrift gewährt und der meinen nicht. Also ist er doch nicht gemeint. Und einen Film hat er doch bis jetzt auch noch nicht gemacht, der jemand aufgeregt hat. Und sein Ausspruch auf der Bundesfilmpreisverleihung sagt alles: er empfindet Zensur. Als gäbe es zur Feststellung von Zensur nichts anderes als Wenderssche Empfindung. Aber ich brauche mir ja nur in Erinnerung zu rufen, wie jämmerlich er auf dem Gang von Coppolas Büro hinundhergerannt ist, um mir klar zu machen, wie wichtig es ihm ist, bei den Vorgängen um deutsche Filme auch gemeint zu sein. Ins Bett des todkranken Niklas Ray mußte er sich ja auch legen. Ein Geist ist er, der so gern in etwas Konkretes schlüpfen möchte, darum möchte erauch so gern schreiben können. Für Alexander Kluge.

Soweit ich so etwas mitbekomme, hat sich KONKRET bisher nicht für meine Sachen interessiert. Mich jetzt im Kontrast zu meinen Kollegen zu sehen, wenn es mich gerade im Scheinwerferlicht einer politischen Verfolgungsaktion erblickt, steht KONKRET nicht zu. Das Geplärr um die Freiheit der Kunst interessiert mich nicht. Und was ein Paragraf ist, ist eh gestorben. Selbst ein Ministerpräsident darf sagen, daß ein Gesetz nicht das Nonplusultra ist, da darf doch ich wohl fragen, was das Nonplusultra ist. Das mach ich, weil ich sonst nichts kann. Wenn dabei ein Buch entsteht oder ein Film, ist das mehr ein Zufall, und diejenigen, die nur Filme oder nur Bücher machen - im Sinne: wie mache ich einen Film? Wie schreibe ich ein Buch - sind Künstler, mit denen ich doch nichts gemein haben kann. Als wenn, wenn man das Geld noch nicht erfunden hätte, ich keine Lust hätte, etwas in den Sand zu zeichnen. Daß Film Geld kostet, weiß ich doch vorher. Ich habe rein zufällig ein paar staatliche Mark bekommen - sogar dem Innenministerium aus Protest jahrelang kein Drehbuch zugeschickt. Denn es ist ein besonderer Genuß, die Sogenannten in ihrem Sogenannten verkommen zu lassen. Um mich jetzt nicht zu wundern, daß mir was gestrichen wird, habe ich nicht darauf gebaut. Wenn mir das Hamburger Filmbüro für Wanderkrebs kein Geld zugesprochen hätte, hätte ich das dem deutschen Film gegönnt (allerdings nicht mir), denn je mehr Filme ich mache, desto lächerlicher steht er da, übrigens auch Deutschland. Für Werner Schroeter.

HERBERT ACHTERNBUSCH

BUCHENDORF

Konkret 09/83, S. 8

Hermann L. Gremliza

Kennzeichen HIAG

Der jährliche Bericht des Bundesinnenministers über verfassungsfeindliche Organisationen und Tendenzen gibt oft ein erstaunlich präzises Bild von den Verfassern. Und wer die kennt, weiß, daß der Bericht mit der jeweiligen Verlaufsform des Klassenkampfes alles, mit dem Schutz der Verfassung nichts zu tun hat. So gibt es Momente, in denen die Nichterwähnung eines enragierten Anhängers des Grundgesetzes das Ehrenrührige streift.

Spannend an dem Bericht ist allein, wer in ihn neu aufgenommen und wer plötzlich nicht mehr erwähnt wird. Das gilt ganz besonders für den ersten Bericht nach dem Regierungswechsel. Denn ein Verzeichnis von »Extremisten«, in dem der Carl-Dieter Spranger nur deshalb nicht vorkommt, weil der liberale Innenminister sich nicht traut, muß anders aussehen als eines, das der Carl-Dieter Spranger selber redigiert.

Das tut es denn auch. Die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS« (HIAG), früher als rechtsextremistisch eingestuft, wurde gestrichen. Die HIAG habe sich »umgestellt«. Im ersten Halbjahr dieses Jahres sei nichts an die Öffentlichkeit gedrungen, was den Vorwurf rechtfertige, daß die HIAG noch rechtsextremistische Züge aufweise. Das Innenministerium müsse »zur Vermeidung von Prozeßniederlagen« darauf achten, daß nur »gerichtsverwertbares Material« in den Report aufgenommen werde.

Die HIAG hat nämlich einige hohe Nazi-Feiertage (wie den Geburtstag von Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess) aus ihrem Kalender gestrichen. Wenn also die DKP Stalins Jubelfest auch - aber lassen wir das und lernen stattdessen, daß einer Organisation, die sich in ihrem Vereinsnamen den Zweck setzt, Mitglieder einer Nazi-Truppe zu sammeln und zu unterstützen, leider nicht vorgeworfen werden kann, sie sei rechtsextremistisch, weil sonst eine Prozeßniederlage unvermeidlich ist. Als gebe es keinen Paragraphen 96a des Strafgesetzbuches: »Wer öffentlich ... Kennzeichen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation verwendet, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.« Ist das Strafgesetzbuch nicht mehr »gerichtsverwertbar«? Besteht es nur noch aus Strafbestimmungen gegen Landfriedensbruch?

Doch das sind Faxen. Was gelten Spranger schon Verfassung, Recht und Gesetz - er exekutiert, was in seinem Milieu angesagt ist, legal, illegal, scheißegal. Die von der Waffen-SS, das sind anständige Leute, Bundesbrüder, Parteifreunde, Aufsichtsräte, die nie Schlimmeres getan haben, als irgendwelches Bolschewistenpack zu massakrieren (und wenn ein paar Juden darunter waren, geschah es in der Hitze des Gefechts). Kurzum: Leute wie du und Carl-Dieter, der damals aber noch zu klein war. Und die sollen als Extremisten beschimpft werden in einem Staat, dessen Präsident als Nazi und SA-Reiter angefangen hat und dessen Kanzler unter der Patronage des SS-Führers Schleyer und des durch Arisierung einer jüdischen Präservativ-Fabrik reich gewordenen Herrn Ries zu politischem Leben erblüht ist?

Doch das ist es nicht allein. Die Zeiten, wo die CDU unter ihren Mandatsträgern kaum einen finden konnte, der nicht bei den Nazis mitgemacht hatte (wie Globke, Oberländer, Vialon, Lübke, Kiesinger, Lembke, Schröder), sind vorbei. Umso bemerkenswerter ist, daß die Union gerade jetzt, da genügend junge, nicht mit NS-Mitgliedschaften belastete und doch gesinnungstüchtige Kräfte zur Verfügung stehen, die regierungsamtliche Rehabilitierung einer alten Nazi-Garde betreibt.

Sprangers Streichung der HIAG aus dem Verfassungsschutzbericht ist ein Programm. Es besagt nicht, daß die CDU/CSU rechts keine Grenzen mehr kennt - die kannte sie nie. Sondern es tut kund, daß eine Grenze nicht einmal mehr öffentlich markiert wird. Am gleichen Tag, als die »Welt« ihren Lesern von der HIAG die tröstliche Botschaft meldete, druckte sie auch diesen Text: »Wir brauchen einen Nachwuchs, der den biologischen Bestand unseres Volkes hebt, ... eine umfassende moralische Neubesinnung auf die ethischen und biologischen Grundlagen unseres Volkes für den Rest dieses Jahrhunderts.« So spricht Sprangers Parteichef, aber auch eine Vereinigung der Freunde der Aktion Lebensborn oder eine Hilfsorganisation Mutterkreuz wäre ja nicht verfassungswidrig.

Die Bonner Töne finden Resonanz nicht nur bei den alten Nazi-Säcken, sondern auch in neuen Jugendströmungen, die hinter der angeblich »kommunistisch unterwanderten« Friedensbewegung nicht wahrgenommen werden. Da gibt es plötzlich bei der stets so langweilig-seriösen CDU/CSU-Jugend rechtsextreme Putschisten (wie in München, wo sie unter Anführung der Strauß-Söhne die stockkonservativ-katholischen Kreisvorsitzenden kippen) und Schläger (wie in Westberlin).

Da wuchert in der grünen Bewegung eine Natur-Mystik, deren neue Mütterlichkeit den biologischen Bestand unseres Volkes ganz alternativ hebt. Auch die von Politik unbeleckte Bürgerjugend scheint zu neuen Experimenten bereit. Jedes zweite Schimpfwort der Popper ist »prolo« (proletarisch), und die Jungs von der New Wave sehen aus wie Fasching bei der HJ. Das sind nicht alles Neonazis, aber in ihrem Jargon und ihrer Mode drückt sich Tieferes aus, als sie in ihren rundgeschorenen Flachköpfen denken können.

Da ist ein Potential. Und auf der anderen Seite? Eine Sozialdemokratie, die - was die Voraussagen der liberalen Kommentatoren bis auf den Buchstaben, bis auf *einen* Buchstaben erfüllt - in der Opposition degeneriert. Eine grüne Partei, die danach trachtet, noch schneller auseinanderzubrechen als es ihr auf dieser Seite vorhergesagt wurde - in Volkstümler wie den beim Bhagwan in Oregon meditierenden Bahro; in »wahre Sozialisten« (über die alles Nähere im Kommunistischen Manifest von 1848 unter der Kapitelüberschrift »Der deutsche oder der wahre Socialismus« nachzulesen ist, beispielsweise: »Das Gewand, gewirkt aus spekulativem Spinnweb, überstickt mit schöngeistigen Redeblumen, durchtränkt von liebesschwülem Gemüthsthau, dies überschwängliche Gewand, worin die deutschen Socialisten ihre paar knöchernen ewigen Wahrheiten einhüllten, vermehrte nur der Absatz ihrer Waare bei diesem Publikum. Seiner Seits erkannte der deutsche Socialismus immer mehr seinen Beruf, der hochtrabende Vertreter dieser Pfahlbürgerschaft zu sein. Er proklamierte die deutsche Nation als die normale Nation und den deutschen Spießbürger als den Normal-Menschen«); in die Biostrickstrumpfrevolutionäre, die mit ihrem vorindustriellen Idyll die ersten Kapitulanten vor den braunen Biologen sein werden; und in jenen ernsthaft linken Rest, der etwa durch die Mehrheit der Hamburger GAL und die Bremer Betrieblich-Alternative Liste repräsentiert wird. Das ist der um einige wichtige Fragestellungen (Ökologie, Feminismus) bereicherte Rest, der den Widerstand organisieren und durchhalten muß, wenn ab der dritten Million Arbeitsloser die Bundesrepublik zu einer Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit umgeformt wird.

Es gibt wohl keine dümmere Behauptung als die des Verfassungsschutzes und seiner Journalisten, die Friedensbewegung sei »von Kommunisten unterwandert«. In Wahrheit ist sie von den Leuten, die der Verfassungsschutz unter »Kommunismus« summiert und die im alternativen Milieu »Traditionalisten« heißen, initiiert und danach von »wahren Sozialisten« des Typs Jo Leinen und anderen Szenen-Gurus »unterwandert« worden.

Wenn es den Widerstand stärkt, soll's auch in Zukunft gerne so sein.

Konkret 09/83, S. 10

Nachrichten

Nachhilfe

Daß Bundespräsident Prof. Karl Carstens in der Vergangenheit nicht immer auf Seiten verfolgter Minderheiten stand, ist bekannt. Sein Präsidialamt verschickt in seinem Namen Antwortbriefe wie diesen: »Was die Lage der Indianer heute betrifft, so haben die Indianer selbst, und auch viele ihnen wohlgesonnene andere Amerikaner, die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit für ihre Interessen einzutreten und sich wegen ihnen möglicherweise geschehenes Unrecht zu wehren. Die amerikanische Regierung selbst ist, soweit meine Informationen gehen, sich der schwierigen Lage mancher Indianer bewußt und entschlossen, ihnen zu helfen.«

Zwischen 1790 und 1890 wurden, so Claus Bieger, Schirmherr und Mitglied der Gesellschaft für bedrohte Völker, rund 400.000 Indianer getötet und alle 371 geschlossenen Verträge von den weißen Siedlern gebrochen. Heute werden die Reservate von den zwanzig größten Energiekonzernen ausgebeutet, die Indianer sind diesem Treiben wehrlos ausgeliefert. Sie haben die höchste Arbeitslosen-, Alkoholismus- und Selbstmordrate aller ethnischen Gruppen in den USA.

Selber drucken macht fett

Bundesrepublikanische Vermögensberater bieten einen neuen Service, Paul C. Martins »Checkliste für den entideologisierten Investor«. Sein Ergebnis nach zehn Fragen und Antworten: »Die Vereinigten Staaten sind der Bundesrepublik Deutschland als Investitionsland turmhoch überlegen .« Wahrlich: 9:1 (den Punkt gab's für »Inflation«) ist ein stolzes Ergebnis für eine stolze Nation. Woher die Marktmacht kommt, zeigt Martins Antwort auf die selbstgestellte Frage »Hat das Land Devisen?« - »Jede Menge. Druckt sie selbst (Dollar).«

Empfänger nicht verzogen

Im Juni verschickte KONKRET als Abo-Prämie das Buch »Der Apparat - Ermittlungen in Sachen Polizei«, erschienen bei Kiepenheuer & Witsch. Rechtsanwalt Rolf Gössner und Journalist Uwe Herzog decken darin fragwürdige Methoden der Polizei auf (KONKRET 9/82).

Von der Justizvollzugsanstalt Saarbrücken kam das Buch umgehend mit dem Vermerk »Annahme verweigert« zurück. Leider nicht, weil der neue Abonnent bereits unbekannt verzogen war. Polizeiinspektor Joachim Michel von der JVA Saarbrücken: »Es können nur Pakete an den Empfänger weitergegeben werden, die die Sicherheit in der Anstalt nicht gefährden. Wir mußten davon ausgehen, daß ein Buch, das über die Ermittlungsmethoden der Polizei berichtet, die Wiedereingliederung des Strafgefangenen in die Gesellschaft gefährden könnte.«

Einen Tag später bezeichete der stellvertretende Anstaltsleiter Ferdinand Daeges alles als ein Mißverständnis. Das Paket sei zurückgegangen, weil der Strafgefangene keinen schriftlichen Antrag auf Genehmigung gestellt hatte, ein Paket zu empfangen.

Wie sich die Mandanten ändern...

Der Hamburger Anwalt Kurt Groenewold, vormals Verteidiger von Ulrike Meinhof und zeitweise mit Berufsverbot bedroht, hat einen neuen Mandanten: den Schreiber der »Hitler-Tagebücher« Konrad Kujau. Groenewold hat mit dem Mandat »keine Probleme«: »Ich bin Strafverteidiger.« Und der Anwalt hält den kommenden Prozeß für eine wichtige Strafsache mit gesellschaftspolitischer Bedeutung, der auch die Medienlandschaft beleuchten wird. Groenewold: »Die Hitler-Tagebuch-Affäre ist Ausdruck der jetztigen Situation in der Bundesrepublik.«

Termine

Ob es Großdemos werden? Die Veranstalter/innen hoffen es jedenfalls: »Frauen im DGB protestieren gegen sozialen Abbau«, am 18. September, von 12 bis 14 Uhr auf dem Münsterplatz in Bonn. Grund genug haben sie. Was die Regierung aus Christen und Liberalen beschließt, trifft besonders erwerbstätige Frauen (siehe auch Seite 22). Und am 17. September geht es mit Unterstützung des BBU und der Bundesgrünen ab 12 Uhr gegen die drohende Inbetriebnahme des Hochtemperaturreaktors bei Hamm.

GegendarstellungIn KONKRET 8/83 wird auf Seite 12 unter der Überschrift »Hofjournalismus« die Behauptung aufgestellt, daß schon der alte Friedrich Flick sein Verhältnis zur Presse wie geschmiert gestaltet habe. Er kaufte sich Nachrichtenagenturen und Journalisten.

Dadurch, daß es dann an anderer Stelle dieses Artikels heißt, in den führenden Zeitungen unserer Republik erschienen dann Hofberichte der ausgewählten Flick-Journalisten aus dem Kreis der Düsseldorfer »Wirtschaftspublizistischen Vereinigung e.V.«, und dabei u.a. ein Artikel von mir, erschienen in der »Welt«, erwähnt wird, wird der Eindruck erweckt, als hätte ich Schmiergelder von Friedrich Flick und/oder vom Flick-Konzern erhalten.

Dieses ist falsch. Ich habe weder von Friedrich Flick noch von sonstigen Persönlichkeiten oder Institutionen aus dem Flick-Konzern jemals geldliche oder geldwerte Zuwendungen erhalten.

Düsseldorf, den 15. August1983

Joachim Gehlhoff*Anmerkung der Redaktion:*

KONKRET hat nicht behauptet, daß der alte Friedrich Flick Herrn Gehlhoff gekauft habe. KONKRET hat nur behauptet, daß der alte Friedrich Flick Nachrichtenagenturen und Journalisten gekauft hat. Dies ist erweislich wahr. KONKRET hat außerdem behauptet, daß der Flick-Konzern auch heute einen Umgang mit Journalisten pflegt, der eine Hofberichterstattung über den Konzern sicherstellen soll. Dieser Umgang wurde dadurch deutlich, daß der Pressesprecher von Flick zugleich der Kassenwart der Düsseldorfer » Wirtschaftspublizistischen Vereinigung e. V.« ist, der u. a. auch Herr Gehlhoff angehört. Daß dieser Kassenwart und Pressesprecher KONKRET von der Bilanz-Presse-Konferenz des Flick-Konzerns aussperrte und daß Herr Gehlhoff in der »Welt« einen Hofbericht über diese Konferenz veröffentlicht hat, ist dort nachzulesen.

»Die Identität ist offensichtlich und chemisch einwandfrei«

»Bayer beschäftigt sich nicht mit Kampfstoffen, und zwar weder im Bereich der Forschung noch der Entwicklung noch der Fabrikation... Die Bayer-Forschung ist ganz auf die Entwicklung solcher Produkte ausgerichtet, die gegen Pflanzenschädlinge möglichst wirksam, im übrigen aber toxikologisch günstig, d.h. insbesondere für Menschen möglichst unschädich sind. Dies ist das genaue Gegenteil einer Entwicklung oder Produktion von Kampfstoffen.«

Diese Bayer-»Stellungnahme zu dem Artikel 'Giftgas in der Bundeswehr' in der Zeitschrift KONKRET« vom 24. November 1969 ließ außer acht, daß bei der Suche nach Mitteln gegen Fliegen, Milben und Blattläuse zufällig manch chemische Verbindung anfällt, die trefflich auch »Warmblütern« den Garaus macht. Bayers jahrzehntelanger Obergiftmischer Dr. Gerhard Schrader, KONKRET-Lesern wohlbekannt aus dem Extra »IG Farben« in Heft 9/82, rühmt sich schon in seinem 1963 erschienenen Werk »Die Entwicklung neuer insektizider Phosphorsäure-Ester«: »1937 stieß G. Schrader bei seinen Arbeiten über organische Phosphorverbindungen auf Amidocyan-phosphorsäureester, die sich durch starke Toxizität bei Warmblütern und gleichzeitig hohe kontaktinsektizide Wirkung auszeichneten.« Auf deutsch: Das Gift wirkt bei Milben und Menschen.

Diese erste Erfindung nannte Schrader »Tabun«; »erprobt« wurde das Nervengas unter anderem an Häftlingen im KZ Auschwitz. Schrader: »Nachdem das Aufbauschema für eine biologisch wirksame Phosphorverbindung vorlag, kam die Zeit, in der fast täglich neue interessante Phosphorsäureester entdeckt wurden.« Soviel zur gegenteiligen Forschung auf dem Gebiet der Insektizide und der chemischen Kampfstoffe.

Neu und interessant für Chemiker vom Kaliber eines Schrader war vor allem, daß sich die Toxizität der Verbindung ständig steigern ließ. Nach Tabun kam Sarin, nach Sarin kam Soman, nach Soman kam Amiton. Und dann wurde es erst richtig giftig: die Chemiker stießen auf Phosphonsäureester. Während der schwedische Chemiker L.E. Tammelin seine Erkenntnisse aus humanitären Gründen sofort veröffentlichte, meldeten die Farbenfabriken Bayer und ihr Erfinder Dr. Gerhard Schrader auch nach dem Krieg weitere Phosphor- und Phosphonsäureester zum Patent an. Wichtigste Daten: 1957 in der Bundesrepublik, 1958 in den USA.

Das US-Patent Nr. 3.014.943, erteilte am 26. Dezember 1961, schützt für Bayer eine Grundformel, aus der sich sämtliche chemischen Verbindungen der bekannten und in Gebrauch befindlichen V-Kampfstoffe ableiten. Zwei Chemieprofessoren haben die für Bayer patentierte Formel mit der Formel für das amerikanische Nervengift VE verglichen, die bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen 1972 offengelegt wurde. Demnach ist »Die Identität dieser Formel mit VE offensichtlich und chemisch einwandfrei«. Eine weitere Bayer-Formel, die in der Patentschrift 1109680 vom Bundespatentamt am 29. Juni 1961 geschützt wurde, entspricht »der des Kampfstoffes VE in der Struktur vollständig«. Was dem höchst gefährlichen Nervengift VE entspricht, »tötet Blattläuse 100%ig« - so Bayer in der Patentschrift.

Patente gelten in der Bundesrepublik 17 Jahre lang vom Tag der Erteilung gerechnet. Bei steigenden Gebühren müssen sie jährlich verlängert werden. Das hat Bayer bei allen Patenten seiner Phosphor- und Phosphonsäureester getan, bis zur Mitte der siebziger Jahre. US-Patente gelten 18 Jahre vom Tage der Einreichung. Die US-Armee hat zwei Standard-Gifte: Sarin

(US-Militärbezeichnung GB), von dem bisher rund 12.000 Tonnen produziert worden sind, und VX (rund 6.000 Tonnen). Beträchtliche Teile dieser Kampfstoffe lagern in Fischbach, Rheinland-Pfalz.

Zitat

»Eines der überraschendsten Resultate dieser Untersuchung ist zweifellos, daß 21,1 Prozent der Befragten den »Spiegel« als Springer-Titel betrachten. Noch weniger kann es den Herren an der Hamburger Brandstwiete recht sein, daß sogar 29,8 Prozent ihrer eigenen Leser glauben, ein Springer-Blatt zu lesen.«

---

aus dem Brancheninfo »Der Dienst« über eine vom Burda-Verlag in Auftrag gegebene Untersuchung des Sample-Instituts

Konkret 09/83, S. 12

Susanne Mersmann

Versaftung inklusive

Das Geschäft mit der Angst vorm Atom blüht. Wer ans Überleben nach der Bombe glaubt und das nötige Kleingeld hat, baut sich einen privaten Bunker. So werden die Bürger einmal mehr in zwei Klassen aufgeteilt.

Empörung über die Kaltblütigkeit von Bomber-Piloten. Grauen über die Zerstörung einer Stadt. Mitleid mit den Opfern. Entsetzen über das Flammenmeer. Der Dokumentarfilm »Operation Gomorrha« erreichte, was keine Tagesschau, kein Bericht über Vietnam oder Salvador, über den Nahen Osten oder Hiroshima vermochte: Die Nation war erschüttert. Denn was da gezeigt wurde, war nicht an irgendeiner angeblich fernen Ecke unseres Erdballs geschehen, sondern in Hamburg, wenn auch vor vierzig Jahren.

Die Bombenangriffe vom Juli 1943 waren ein »voller Erfolg«. Fast 40.000 Männer, Frauen und Kinder starben unter den Trümmern oder in den Flammen des Feuersturms, Hunderttausende verloren Hab und Gut, weite Teile der Stadt - vor allem die dichtbesiedelten Arbeiterviertel - wurden total zerbombt, zerstört, verbrannt. Ein damals 14jähriger Augenzeuge über die Stunden im »Schutzraum«: »Die Menschen saßen und standen dicht gedrängt im stockdunklen Bunker. Die Luft wurde immer schlechter, da die Ventilation nur heiße Luft von den Bränden draußen in die Bunkerräume ließ... Als der Angriff nach ungefähr drei Stunden schließlich nachließ, öffneten die Luftschutzwarte die schweren Türen... Aber welch ein Bild bot sich da unseren Augen. So weit wir sehen konnten - ein einziges Flammenmeer. Nicht ein Haus, das unzerstört schien. Ein gewaltiger Sturm heulte durch die Straßen.«

Das nächste Mal wird es nicht glimpflich ablaufen. Für die totale Zerstörung einer Stadt wie Hamburg oder Düsseldorf wird niemand mehr ins Flugzeug klettern müssen und unter Flakbeschuß Bomben ausklinken. Die Rakete mit passendem Sprengkopf kann per Knopfdruck gestartet werden. Sie erreicht in wenigen Minuten ihr vorprogrammiertes Ziel. Und es genügt eine einzige.

Ob den Bundesbürgern im Falle eines Atomangriffs überhaupt noch Zeit bleiben wird, in einen Bunker zu flüchten, ist mehr als fraglich. Ob ein Versuch, einen Schutzraum zu erreichen, nützlich wäre, ist ebenfalls zweifelhaft. Selbst Bunker-Befürworter vom »Bundesverband für den Selbstschutz« (BVS) fürchten, daß viele Mitbürger im Ernstfall vor öffentlichen Großbunkern totgetrampelt würden. Denn es gibt für die fast 60 Millionen Bundesrepublikaner nur 2.164.453 Schutzplätze (Stand Ende Dezember 1981). Sicher ist, wer die Bombe im Bunker überleben sollte, wird nicht in die Hände spucken und ein neues Wirtschaftswunder aufbauen können.

Die Folgen eines »kleineren Atomkriegs«, bei dem gegen militärische Ziele nur in Mitteleuropa taktische Atomwaffen mit einer Sprengkraft von insgesamt 20 Megatonnen eingesetzt werden, würde es - so belegt eine Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) - rund neun Millionen Tote und Schwerverletzte geben, etwa die gleiche Zahl von Menschen würde leichtere Verletzungen erleiden. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen wären vernichtet. Katastrophale Folgen hätte das Fehlen von Trinkwasser, denn der größte Teil des Wassers wäre nach einem Atomkrieg nicht nur radioaktiv, sondern auch von Bakterien und Viren verseucht.

Allein eine Atombombe von nur einer Megatonne, gezündet in 2.400 Metern Höhe über Düsseldorf, würde weite Teile der Bundesrepublik verseuchen (siehe nebenstehende Karte). Die Druckwelle der Explosion würde verheerende Zerstörungen anrichten, mehrere Millionen Menschen verstrahlen, Hunderttausende töten. Der englische Forschungsrat hat die»Strahlenkrankheit« beschrieben: »Von der dritten Woche an entstehen kleine, zu Blutungen neigende Rißwunden auf der Haut und im Mund. Gleichzeitig entstehen Geschwüre im Mund und in den Gedärmen. Die Nahrungsaufnahme durch den Mund wird unmöglich, und die Wunden entzünden sich immer mehr. Durch dauernden Durchfall, begleitet vom hohen Fieeber, wird der Patient völlig entkräftet. Die Haare fallen in Büscheln aus. Delirien können folgen. Die Anzahl der roten Blutkörperchen geht zurück und die der weißen hat ihren größten Tiefpunkt erreicht. In diesem Stadium sterben die meisten Patienten unmittelbar oder erholen sich noch kurzfristig und sterben dann einige Wochen später. Wenn der Tod nicht eintritt, folgt etwas Schlimmeres: Weiterleben verbunden mit laufender Gewichtsabnahme, Verkrüppelung, maßlose Schmerzen, Anfälligkeit gegen Krankheiten und Infektionen, Krebs und Leukämie, Verkürzung der Lebenserwartung, Beeinträchtigung der Geschlechtsorgane und Keimzellen, die, wenn überhaupt noch lebensfähig, nur Mißgeburten hervorbringen können.«

Geringere Strahlenschäden werden den Helfern des »Arbeiter-Samariter-Bundes« in den Ausbildungsunterlagen als »Strahlenkater« geschildert, der »sich durch Mattigkeit, Schwindelanfälle, Kopfschmerzen und Übelkeit bemerkbar macht«. Genau die Patienten sind es, um die sich die Ärzte in erster Linie kümmern sollen. Hoffnungslose Fälle - Militärärzte sprechen dabei gemeinhin von einer Bestrahlung von mehr als 600 rem - sollen »aussortiert« werden.

In das - bei vielen Ärzten auf heftigen Widerstand stoßende - Konzept paßt nahtlos die kürzlich bekanntgewordene Beschaffung von über 500.000 Ampullen »Droperidol« und »Diazepam Valium« sowie mehr als zwei Millionen Tabletten »Haloperidol« für das Bonner Zivilschutzamt. Starke Beruhigungsmittel, die angeblich zur »Vorbereitung der Narkose« bei

einem Massenanfall von Schwerverletzten dienen sollen. Die Absicht darf bezweifelt werden. Erika Hickel, für die Grünen im Bundestag und Professorin an der TU Braunschweig für Pharrnazie, glaubt, die Pillen dienten dazu, »Panikpatienten ruhigzustellen« und nannte die ganze Aktion »wahnwitzig«.

Trotz solcher Meldungen oder gerade deshalb: Das Geschäft mit der Angst vorm Atom blüht. Bunkerbau und Strahlenschutzausrüstung, »Fall-out-Drehscheibe« und Hochglanzbroschüren mit Schutztips wecken die Hoffnung, ein Atomkrieg sei überlebbar. Es ist eine gefährliche Illusion, denn die Schwelle, einen Atomschlag zu versuchen, einen nuklearen Krieg für führ- und gewinnbar zu halten, wird gefährlich gesenkt.

Die Branche jedenfalls gibt sich ungeniert. Sie sucht Architekten, Bauingenieure, Immobilienmakler, Versicherungsagenten, Wirtschaftsberater, TopVerkäufer. Sie verspricht »gutes Einkommen« in schlechten Zeiten und erwartet »demnächst Schutzbaupflicht. Außergewöhnliches Branchenwachstum schon jetzt spürbar«. Bewerbungsunterlagen waren unter AM 574037 an die »Frankfurter Allgemeine« zu senden.

Wer nicht gleich aktiv einsteigen will, kann sich zunächst den im »Spiegel« offerierten »ABC-Schutz-Katalog« vom Ingenieurbüro Denzel ins Haus kommen lassen (Schutzgebühr zehn Mark, »bar oder Scheck«) und am heimischen Herd im Sortiment blättern, als ginge es darum, ein Sommerkleid bei Otto zu bestellen. »Komplett Set SKS 2« für zwei Personen gibt es bereits für 698 Mark, und »er sollte in keinem Haushalt, in keinem Auto und in keinem Schutzraum fehlen«. Neben Atemschutzmaske und Rettungsdecke enthält der angebliche Lebensretter den »Vollschutzanzug 'Isabelle'« und eine »Dekontaminations-Lotion« zum Entstrahlen der Haut im Schutzfall. Wahrhaftig, Herr Denzel hat »weder Zeit noch Mühe gescheut«, uns »alle heute zur Verfügung stehenden Schutzmaßnahmen und Produkte aufzuzeigen«. Der Bunkerbau, wirbt er in seinem ABC-Schutz-Katalog weiter, sei »preiswerter als allgemein angenommen«. Es liest sich, als wär's ein Stück von Schickedanz: »Viele erschwingliche und wirkungsvolle Artikel für den persönlichen Schutz runden diese Tatsache ab.«

Der von Steuergeldern unterstützte BVS mit tausend festangestellten Bediensteten und rund 10.000 freiwilligen Helfern (Bundeszuschuß 1982: 55 Millionen Mark) hält Einsichten und Aussichten zum Atomschlag auf Hochglanzpapier als persönliches »Vorsorge-Paket« bereit.

Immerhin, die Aktentasche, Ende der fünfziger Jahre noch als Schutzhaube gegen Atomstrahlen gepriesen, bleibt uns im heutigen Ernstfall erspart. Das Überleben fängt jetzt beim Schnee von vor fünf Jahren an. Wenn die Energie ausfällt, so lernen wir im »Vorsorge-Paket«, sollten wir ein Kanonenöfchen und Briketts im Hause haben. Kann ja nie schaden. Mit 42 Haushaltskerzen mittlerer Qualität gelingt es einer sparsamen Drei-Kopf-Familie, das Heim 14 Wintertage lang auszuleuchten. Einleuchtend.

Camping-Trockenklo, Zwieback, Büchsenöffner, Seife, Augenklappe und Dreieckstuch, Hustensaft, Dokumentenmäppchen (wasserdicht verpackt) und Regenmantel mit Kapuze (an Hals und Handgelenken gut verschließbar), gehören dann schon zum »Notgepäck«. Wer seine Jodtabletten nicht hinter den vernagelten, zusätzlich mit zur »Überlebensfolie« hochgemotzten Alu-Folie strahlenabweisend geschützten Fenstern schlucken will, schnappt das Notpäckchen und steigt hinab in den »Selbstschutzraum«.

So mensch einen hat. Denn wenn die Sirenen wirklich einmal zum neuen Krieg aufheulen sollten, werden 97 Prozent der Bundesbürger draußen vor der Bunkertür bleiben. Während in den USA für die Hälfte der Bevölkerung und in der UdSSR für mehr als zwei Drittel Schutzräume zur Verfügung stehen, mochte in der Bundesrepublik mehr als dreißig Jahre lang niemand so recht was von diesem Thema hören. In den Jahren des Aufbaus waren die Menschen in den zerbombten Städten froh, endlich wieder ein Dach über dem Kopf und ein Stück Fleisch auf dem Teller zu haben. Sie sparten auf Wintermantel und Waschmaschine, auf Farbfernseher und Ford Taunus. Wer sich ein Häuschen erarbeiten konnte, baute zwar einen Keller, aber selten einen bombensicheren. Hinzu kommt, daß für Bauwillige, ob für Einzel- und Mietshäuser, kein Zwang besteht, entsprechende Schutzräunie zu errichten. Zwar wurde im Jahr 1965 eine Schutzraumbaupflicht gesetzlich verankert, aus finanziellen Gründen aber noch in demselben Jahr »ausgesetzt«.

In den Bundesregierungen hatten private Bunkerbauer ebenfalls kein Vorbild: Die Mark für den Zivilschutz saß nie locker. 1960 waren es pro Kopf der Bundesbürger 6,80 Mark, 1980 für jeden 12,30 Mark. Davon wurden auch Sirenen bezahl t und Notkrankenhäuser ausgestattet, der Katastrophenschutz finanziert und Naziakten kriegssicher gebunkert, Rettungsdienste eingerichtet und Schwesternhelferinnen ausgebildet.

Wenn es nach dem Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker ginge, müßten für jeden von uns im Jahr hundert Mark für den sogenannten Grundschutz aufgewendet werden. Überzeugt, daß es allenfalls zu »begrenzten Waffeneinsätzen« mit »taktischen Einsätzen kleinerer Nuklearwaffen« kommt, hat er sich privat einen Bunker in den Garten seines Hauses in Stöcking bei Starnberg bauen lassen.

Auch der Münchner Zahnarzt Ernst Oberländer, Jahrgang 1927, hat vorgesorgt. »In erster Linie aus Fürsorge für meine Familie«, sagt er. »Als Bub hab ich die letzten schrecklichen Kriegsjahre miterlebt. Mein Vater war Hauswart. Jahrelang hatte es die Bevölkerung nicht interessiert, ob es ausreichende Schutzräume gab. Nachher, bei den Bombenangriffen, ist

das Desinteresse in Panik umgeschlagen. Mit verzerrten Gesichtern hab ich die Leute in den Behelfsschutzraum rennen sehen.« Genau das möchte Dr. Oberländer nicht noch einmal erleben, »solch angstverzerrte Gesichter bei meiner Familie«. Der Zahnarzt hat einen Schutzraum bauen lassen und jetzt ein ruhiges Gewissen: »So können die Kinder später nicht sagen, der Vater hat nicht für Schutz gesorgt, obwohl er finanziell dazu in der Lage gewesen wäre.«

So offen reden andere Selbstschützer in der Bundesrepublik nicht. Sie haben nur »einen ganz normalen Keller«, die Nachbarskinder hätten sich »verhört«. Die Münchner Baufirma Gebhard Hinteregger darf keine Bautafeln aufstellen, wenn sie ihre Bunker bei den Kunden unter die Erde bringt. Und von der Firma Thyssen ist zu erfahren, daß sich mancher seinen Fertigschutzraum als »Öltank« in den Garten graben läßt, zwischen 60 und 100 Zentimeter tief unter Rasen und Rosenstöcke.

Johannes Hammer, Bundesvorsitzender der »Bürgerinitiative Selbstschutz vor dem Atomtod e. V.« empfiehlt: »Wenn Sie bauen, halten Sie das ja vor Ihren Nachbarn geheim, sonst stürmen die bei Alarm den mit Ihrem sauer verdienten Geld gebauten Bunker«.

Die Angst vor möglichen »Bunker-Besetzern« ist dabei offensichtlich größer als die notwendige Einsicht, im Ernstfall nur mit mehreren überleben zu können - wohlgemerkt nur in »Randgebieten der Zerstörung«. Kumpels brauchen die Bunkerbewohner nicht nur zum Monopoly und Skat, sondern vor allem für die Luft zum Atmen: Wenn's draußen chemisch oder atomar verpestet ist und der Strom ausfällt, muß die mit Sand gefüllte Luftfilteranlage des Bunkers mit einer Handkurbel in Gang gehalten werden. Deshalb empfiehlt der BVS in seiner »Schutzbaufibel«, Räume für 25 bis 50 Leute zu bauen. » Bei dieser Größe ist einmal eine bessere Friedensnutzung möglich, bei Stromausfall ist die kontinuierliche Bedienung der Lüftungsanlage durch die Insassen ohne Überanstrengung gewährleistet und insbesondere das Verhältnis zwischen aufzuwendenden Mehrkosten und gewährtem Zuschuß am günstigsten.«

Aus Beton oder Stahl gefertigt, nach den Vorschriften des Bundesbauministers (Grundschutz), dürfen die Schutzräume - für mindestens sieben Personen - nicht weiter als 150 Meter von den Notfall-Benutzern entfernt liegen. Sie müssen sich »für eine längere Aufenthaltsdauer eignen, da die radioaktive Verstrahlung erhebliche Zeit andauern kann« (Zivilschutz heute).

Den ABC-Komfort lassen sich die rund 50 Hersteller- und Lieferfirmen in der Bundesrepublik ordentlich löhnen. Die Preise für den kombinierten Trimm-Dich und Bastelkeller in Friedens- und Schutzbunker in Kriegszeiten sind erheblich. Wer den empfohlenen 25-PersonenSchutzraum erreichen will, muß sich auf mindestens 60.000 Mark gefaßt machen, wenn das Haus schon steht. Der staatliche Zuschuß liegt bei 12.665 Mark, 1981 standen für Privatbunker insgesamt sieben Millionen Mark bereit. Um über die eigenen Bau- und Instandsetzungsprogramme (Weltkrieg-II-Bunker, U-Bahn-Stationen, Tiefgaragen) hinaus zu mehr Schutzräumen zu kommen, bietet die Bundesregierung Privatleuten seit Jahren einen weiteren Anreiz: Zwölf Jahre lang können Bunker von der Steuer abgesetzt werden.

Doch nutzen kann diesen »Anreiz« natürlich nur, wer auch entsprechend verdient. Eine bayerische Baufirma charakterisiert den »typischen Bunkerbauer« so: über 45 Jahre alt, mindestens ein Kind, Akademiker, meist selbständig tätig, bezahltes Eigenheim, Jahreseinkommensuntergrenze bei rund 150.000 Mark. 80 Prozent der Privatkunden sind Ärzte, Zahnärzte und Rechtsanwälte. Der Präsident des »Bundesverbands für den Selbstschutz«, der Rüstungsgegner Oskar Lafontaine, will sich keinen Bunker bauen. Er hält es für Humbug, mit Selbstschutz-Tips Hoffnung auf ein Überleben eines Atomkrieges zu machen, obwohl »Zivilschutz sich schon dann lohnt, wenn man ein einziges Menschenleben retten kann«. Lafontaine: »Wenn man ernsthaft Zivilschutz betreiben will, muß man die Ursachen möglicher Kriege angehen und diese zu beseitigen helfen und sich nicht einfach darauf beschränken, über im Ernstfall zu treffende Maßnahmen zu diskutieren.«

Konkret 09/83, S. 22

Tom Schimmeck

Operation Armut

Die Sozialleistungen sollen in Zukunft auf das »Notwendigste« beschränkt werden. Gekürzt wird bei der Arbeitslosenhilfe und dem Mutterschaftsgeld, Behinderte und Rentner werden zur Kasse gebeten, BAFÖG und Rehabilitationsmaßnahmen finden nur noch begrenzt statt. Wo die christlich-liberale Regierung bisher gespart hat und wie sie Sozialpolitik in ihr Gegenteil verkehren will, hat Tom Schimmeck untersucht.

Selbst die Propagandisten in der Bonner CDU-Zentrale waren ein bißchen erstaunt, wie gut die Parole zog. Ihre Slogans, eine gute Mischung aus Appellen an die Opferbereitschaft und der Verheißung einer besseren Zukunft hatten der neuen Regierungskoalition am 6. März eine komfortable Mehrheit beschert. Erst jetzt wird manchen Wende-Wählern langsam klar, daß sich Helmut Kohls »Gesellschaft mit menschlichem Gesicht« und sein Appell an die »Leistungsbereitschaft der Bürger« vor allem auf ihren Kontoauszügen niederschlagen wird - zu ihrem Nachteil.

Die Finanzpolitiker, die schon unter sozialliberaler Flagge mit der Durchforstung der Haushalte nach streichbaren Titeln begonnen hatten, liefen unter neuer Führung zu voller Form auf. Hatten sie im Herbst letzten Jahres mit der Streichung von Ausbildungsförderung und Kürzungen bei Arbeitslosengeld, Renten und Sozialhilfe nur realisiert, wozu sich die abgesetzten sozialdemokratischen Minister in einem letzten Anflug von Scham nicht getraut hatten, so nahmen sie sich in diesem Jahr auch Mütter, Kranke und Behinderte vor.

Im Haushalt 1984, der jetzt im Parlament beraten wird, sollen 6,6 Milliarden Mark bei den Sondervermögen sowie bei Ländern und Gemeinden fünf Milliarden und bei den Rentenversicherungsträgern weitere fünf Milliarden Mark eingespart werden. Schon die Sparbeschlüsse für den Haushalt 1983 bewirken nach Berechnungen von Experten bis 1987 Einsparungen von 44 Milliarden. Gestrichen wird - außer bei den vom Kanzler als persönliche Klientel empfundenen Kriegsopfern - in allen Bereichen der Sozialpolitik fürs gemeine Volk: Insgesamt 26 Gesetze, von der Arbeitslosenhilfe, den Behindertensubventionen, dem Mutterschaftsurlaubsgeld über die Rentenversicherung und das Krankengeld bis zu Rehabilitationsmaßnahmen und Sozialhilfe, sollen geändert werden. Gleichzeitig werden Abschreibungsmöglichkeiten der Unternehmen verbessert und die Vermögenssteuer gesenkt. Der charmante Trick mit der Steuer ist allerdings nicht neu. Schon unter SPD-Regentschaft stieg die Vermögenssteuer von 1970 bis 1982 um nur 73 Prozent, während die Lohnsteuer um 251 Prozent anstieg. Bis 1987 gedenkt der CDU-Finanzminister Stoltenberg die Einnahmen aus der Lohnsteuer um weitere 48 Prozent zu steigern, während er bei der Vermögenssteuer gut 20 Prozent abstreichen will.

Während der um seine Glaubwürdigkeit besorgte »Arbeitnehmer-Flügel« der CDU, die Sozialausschüsse, noch heftig beklagt, daß von den angekündigten Einsparungen auf der Unternehmerseite bei Subventionen und Steuern nicht das geringste zu erblicken ist, präsentiert der »Wirtschaftsflügel« der Christdemokraten bereits Zukunftspläne, die weit über die bisher geplanten Streichungen und Kürzungen hinausgehen. Als konsequente Fortsetzung der seit Jahren von Partei- und Verbandsfunktionären angezettelten »Mißbrauchsdebatte«, die »dem Bürger« ein unverantwortliches »Anspruchsdenken« nachzuweisen sucht, folgt nun der Generalangriff auf das Lohn- und Sozialgefüge. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Heimo George, einst Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrats, inzwischen vom Hinterbänkler zum sozialpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion aufgestiegen, warf in der sonst stillen Bonner Sommerpause den ersten Stein. George, der sich schon Mitte der 70er Jahre im Kampf gegen die Mitbestimmung verdient gemacht hatte, präsentierte im Juli unter dem Briefkopf seiner Fraktion eine »Analyse« :über die Ursachen der Arbeitslosigkeit sowie Vorschläge zu deren Bekämpfung. George zu KONKRET: »Die Mißbrauchsdebatte allein bringt es nicht.«

Das Dreizehn-Seiten-Papier des einstigen Siemens-Managers, dessen Arbeitsverhältnis während der Ausübung seines Mandates ruht, war offiziell selbst den Parteikollegen unheimlich. Der Fraktionsvorsitzende Dregger ließ das gerade veröffentlichte Papier wieder einsammeln und erklärte, George habe sich mit niemandem abgesprochen. Andere in der Fraktion vermuten eher, daß der Abgeordnete als Testballon vorgeschickt wurde, um eine noch härtere Gangart in der Arbeits- und Sozialpolitik in die Diskussion zu bringen.

Dafür sind Georges Thesen in der Tat geeignet. Dem Volksvertreter sind vor allem die Schutzrechte ein Dom im Auge. Der Frauenarbeitsschutz ist für ihn »Mitursache für Arbeitslosigkeit«, der Mutterschutz »belastet die Bereitschaft zur Einstellung jüngerer Frauen«. Ohnehin verstärkten die Vergünstigungen für die trickreichen werdenden Mütter nur »die Tendenz, vor geplanter Mutterschaft Arbeitsverhältnisse zu begründen, um in den Genuß erheblicher Leistungen zu kommen«. Auch der Jugendarbeitsschutz - von der Regierung gerade »gelockert« - ist ihm zu »starr«, der Behindertenschutz eine »Sperre«, der Kündigungsschutz und andere Zwänge schlicht beschäftigungshemmend«.

Arbeitszeitverkürzungen erscheinen dem Mandatsträger eher schädlich, stattdessen, so meint er, wäre es im Grunde notwendig, in der produzierenden Wirtschaft, der »Hauptquelle von Arbeit und Wohlstand«, mehr zu arbeiten. Da darüber jedoch, wie er selbst einsieht, kein Konsens zu erzielen sein dürfte, fordert er niedrigere Löhne, oder, vornehmer ausgedrückt: »eine begrenzte Unterschreitung der Tarifbedingungen«. Vor allem die Mindestlöhne sind in Georges Augen

unsozial, weil sie dem Unternehmer die Einstellung von mehr und billigeren Arbeitskräften verbieten. Die Reallöhne werden, sagt er, »noch sinken müssen, um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen«. Kurzfristig empfiehlt George die Senkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die »Überprüfung beschäftigungshemmender Vorschriften« sowie die Senkung der »Tarif-Hochlöhne« schlechthin.

So weit war selbst der gefürchtete Marktwirtschaftler Otto Graf Lambsdorff nicht gegangen, als er sich im September '82 mit seinem inzwischen weitgehend verwirklichten »Konzept zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit« aus der sozialliberalen Koalition verabschiedete. Zwar hatte auch er von der »relativen Verbilligung des Faktors Arbeit« gesprochen, sich mit Lohnsenkungs-Vorschlägen jedoch zurückgehalten.

Die Kabinettsbeschlüsse zum Haushalt 1984 und die George-Ideen lassen keinen Zweifel, gegen wen sich die neue Politik richtet. Künftig können sich Mindestlohnbezieher, Kleinrentner und Sozialhilfeempfänger nicht mehr darauf verlassen, daß Staat und Unternehmen sie mit der Zahlung eines Existenzminimums bei Laune halten. Stattdessen wird eine neue Runde der Polemik wider das »Anspruchsdenken« von schlecht bezahlten Arbeitern und schwach versorgten Sozialhilfeempfängern inszeniert. Es gilt zu testen, wie weit man gehen kann. Bei einem Durchschnittssozialhilfesatz von 338 Mark plus Miete und Heizkosten, der zum 1. Juli um ganze sieben Mark angehoben wurde, kein Witz für die Betroffenen.

Für die Taktik, die die CDU mit ihrem George verfolgt, hat der »Politisch-Soziale-Dienst« des DGB unlängst einen Vergleich geliefert: »Wenn eine Familie von einer dreiköpfigen Räuberbande überfallen wird und ein Bandenmitglied unter wilden Drohungen die Herausgabe des Familienschmucks, sämtlicher Wertpapiere und allen Bargelds verlangt, danach das zweite Bandenmitglied beruhigend eingreift mit der Versicherung, man verzichte auf den Schmuck, aber die Wertpapiere und das Bargeld müßten sofort auf den Tisch, schließlich das dritte Bandenmitglied sich tröstend einschaltet mit dem Versprechen, die Familie könne auch die Wertpapiere behalten, sofern die nur schnell das Bargeld herausrücke - dann wird sich die Familie voller Dankbarkeit, noch einmal vom schlimmsten verschont geblieben zu sein, von ihrem Bargeld trennen. Nach diesem Muster macht die Regierung Kohl/Genscher Sozialpolitik.«

Tatsächlich ist die Operation bei den Renten, dem Mutterschaftsurlaub und der Sozialhilfe so gelaufen. Die Frage ist, wie oft sie wiederholbar ist, vor allem aber, was dem entgegengesetzt wird. Denn grundsätzlich sind auch Sozialdemokraten von der Notwendigkeit von Einsparungen überzeugt. Und sowohl SPD-Politiker wie DGB-Verantwortliche haben, was in stillen Stunden zuweilen zugegeben wird, Leuten wie Heimo George, seinem Kollegen Kolb vom Selbständigen-Verband und ihren begeisterten Freunden unter den Schuh-, Textil- und Metallfabrikanten, wenig Überzeugendes entgegenzusetzen - innerhalb der selbstauferlegten Schranken, versteht sich. Ihnen fällt auch nicht viel Besseres ein als den Sozialausschüssen der CDU, die George vorwerfen, er komme daher »mit dem Einfühlungsvermögen eines Elefanten, der sich im Porzellanladen verirrt hat«, und plane den »Rückstoß in die Steinzeit«. Doch weder CDU-»Arbeitnehmern« noch Sozialreformern kommt die Frage über die Lippen, ob denn Georges düstere Perspektiven nicht vielleicht in der Logik des Systems liegen.

Die wird sich stellen, wenn die Räuberpistole von George und anderen Wirklichkeit geworden ist und die vor 100Jahren in Angriff genommene »Versöhnung des Arbeiters mit dem Staat« langsam aber sicher aufgegeben wird. Damals schuf Bismarck kurz nach den Sozialistengesetzen gemeinsam mit den Patriarchen des aufstrebenden Bürgertums die ersten Sozialgesetze, zuerst die Krankenversicherung - im Jahre 1883. Damals, im Jahre 1883, gab der Fürst Karl von Löwenstein, Chef der »Freien Vereinigung katholischer Sozialpolitiker«, die Strategie aus: »Können wir die soziale Revolution nicht mehr verhindern, so müssen wir uns zu ihrem Herrn machen.« Heute, wo von den »Lockungen der Sozialdemokratie«, gegen die man die Massen einst zu immunisieren trachtete, nicht mehr viel übrig geblieben ist, wird das System für zu teuer erklärt. Nach genau 100 Jahren probt man eine Strategie, die den Fürsten von Löwenstein auf den Kopf stellt. Die »geistig-moralische Erneuerung« möchte dorthin, wo der alte Krupp schon 1877 in einer Rede an »seine« Arbeiter war: »Genießet, was Euch beschieden ist. Nach getaner Arbeit verbleibt im Kreise der Eurigen, bei den Eltern, der Frau und den Kindern und sinnt über Haushalt und Erziehung. Das sei Eure Politik, dabei werdet Ihr frohe Stunden erleben.«

Kasten «Das Streichkonzert« auf Seite 24

BAFÖG (Ausbildungsförderung)

Ab Herbst '83 ist das Schüler-BAFÖG für alle bei ihren Eltern wohnenden Schüler gestrichen. Ausnahme: Schüler von Abendschulen und Kollegs.

Bereits geförderte Schüler aus besonders armen Familien erhalten weniger Geld, die Eltern einen geringeren Freibetrag.

Das Studenten-BAFÖG wird als Volldarlehen ausgezahlt. Die durchschnittliche Belastung am Ende des Studiums steigt von etwa 9.000 auf etwa 40.000Mark. (Haushalt1983)

Arbeitsförderung

Haushalt 1983:

Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung stieg am 1.1.83 von 4 auf 4,6 Prozent.

Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung wurden stärker gestaffelt. (Beispiel: für 6 Monate Arbeitslosengeld muß man nicht mehr 12, sondern 18 Monate Beiträge gezahlt haben.)

Das Übergangsgeld bei der beruflichen Rehabilitation wurde für pflegebedürftige Behinderte und für Behinderte mit pflegebedürftigem Ehepartner oder mindestens einem Kind von 90 auf 80, für alle übrigen von 75 auf 70 Prozent gekürzt.

Für Aussiedler und Asylberechtigte wurde die Förderung des Deutschunterrichts gekürzt, das Unterhaltsgeld von 68 auf 58 Prozent des zugrundeliegenden Nettoeinkommens heruntergestrichen.

Die Rentenzahlungen für Arbeitslose wurden an die Lohnersatzzahlungen gekoppelt und dadurch gekürzt.

Vorgesehen für Haushalt 1984:

Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld werden stärker in die Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung einbezogen. Der Weihnachtsfreibetrag von 100 Mark entfällt.

Das Krankengeld wird voll zur Beitragsleistung für die Arbeitslosenversicherung herangezogen.

Arbeitslosen ohne Kinder wird das Arbeitslosen-, das Kurzarbeiter- und das Schlechtwettergeld von 68 auf 63 Prozent gekürzt.

Unmittelbar noch Ende der Ausbildung wird Arbeitslosen das Arbeitslosengeld von 75 auf 50 Prozent des zu erzielenden Lohnes gekürzt, mindestens aber nach der bisherigen Ausbildungsvergütung berechnet.

Arbeitslosen ohne Kinder wird die Arbeitslosenhilfe von 58 auf 56 Prozent gekürzt.

Teilnehmern an beruflichen Bildungsmaßnahmen, die arbeitslos, von Arbeitslosigkeit bedroht, ungelernt sind oder sich in Mangelberufe umschulen lassen, wird das »große Unterhaltsgeld« von 75 auf 70 (mit mind. einem Kind oder pflegebedürftigem Gatten) bzw. von 68 auf 63 Prozent (alle übrigen) gekürzt.

Das »kleine Unterhaltsgeld« für Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung wird von einer Pflicht- auf eine Kann-Leistung umgestellt.

Mobilitätshilfen für die Arbeitsaufnahme werden verringert.

Teilnehmern an beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen wird das Übergangsgeld von 80 auf 75 (pflegebedürftige und Teilnehmer mit mind. einem Kind) bzw. von 70 auf 65 Prozent (alle übrigen) gekürzt.

Rentenversicherung

Haushalt 1983:

Unter anderem wurde die Erhöhung der Beitragssätze von 18 auf 18,5 Prozent vom 1.1.84 auf den 1.9.83 vorverlegt.

Die Rentenanpassung um 5,6 Prozent wurde vom 1.1.83 auf den 1.7.83 verschoben (auch für die Altershilfe der Landwirte, den Lastenausgleich, die Kriegsopferversorgung und die gesetzliche Unfallversicherung).

Für Rentner wurde ein Krankenversicherungsbetrag eingeführt: Ab 1.7.83: 1 Prozent, ab 1.7.84: 3 Prozent, ab 1.7.85: 5 Prozent (daraus ergibt sich für 1983 eine reale Rentenerhöhung von nur 2,3 Prozent)

Vorgesehen für Haushalt 1984:

Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und Krankengeld sollen stärker bzw. voll zur Beitragszahlung herangezogen werden.

Der Zugang zur Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente wird erschwert.

Der Kinderzuschuß wird durch das Kindergeld ersetzt.

Die Rentenabfindung für Witwen und Witwer, die wieder heiraten, wird von dem fünffachen auf den zweifachen Jahresbeitrag gekürzt.

Verminderung der Rentenanpassung durch Ankoppelung an die Entgeltsteigerung des Vorjahres. D. h. für 1984 eine Kürzung der Anpassung von 5,1 auf voraussichtlich 3,4 - durch neue Krankenversicherungsbeiträge also auf real 1,4 Prozent.

Später wirksame Maßnahmen:

Kürzungen durch »Reform« der Hinterbliebenenversorgung.

Abschaffung des Altersruhegeldes für Frauen ab 60, d. h. auch für Frauen erst flexibles Altersruhegeld ob 63Jahren. (noch nicht beschlossen) Die Anrechnung von beitragslosen und -geminderten Zeiten wird verschlechtert.

Krankenversicherung

Haushalt 1983:

Anhebung der Rezeptgebühren von 1,50 DM auf 2 DM je Arzneimittel.

Wegfall der Zahlung von »Bagatellarzneimitteln« (gegen Husten, Schnupfen etc.) außer bei Kindern unter 16 Jahren.

Selbstbeteiligung von 5 Mark täglich in den ersten 14 Tagen Krankenhausaufenthalt (außer bei Kindern unter 18 und Entbindungen).

Selbstbeteiligung von 10 Mark je Kurtag bei von Kranken- oder Rentenversicherung finanzierten Kuren (außer bei Kindern unter 18).

Vorgesehen für Haushalt 1984:

Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc. werden stärker in die Beitragszahlung von Krankenversicherung einbezogen, der Weihnachtsfreibetrag von DM 100 entfällt.

Krankengeld, Versorgungskrankengeld, Verletztengeld und Übergangsgeld bei medizinischer Rehabilitation werden zu Beiträgen für die Renten- und Arbeitslosenversicherung herangezogen. (Krankengeld und Verletztengeld werden dadurch um 11,55 Prozent gekürzt)

Kindergeld

Kindergeld für Höherverdienende ab zwei Kindern wird gekürzt. Gleichzeitig wird durch den Kinderfreibetrag bei der Einkommenssteuer eine Begünstigung höherer Einkommen verursacht. Geplant ist ein »Familiensplitting«, von dem man mit steigendem Einkommen mehr profitiert.

Sozialhilfe

Haushalt 1983:

Bereits 1981 wurde die Steigerung der Sozialhilfe für 1982 und 1983 um nur 3 Prozent über den Bundesrat festgelegt.

Verschiebung der Regelsatzsteigerung vom 1.1.83 auf 1.7.83. Kürzung des Anpassungssatzes von 3 auf 2 Prozent. (Das bedeutet eine Steigerung für 1983 um 1 Prozent.)

Vorgesehen für Haushalt 1984:

Beschränkung der Mietkostenerstattung.

Heranziehung von Enkeln und Großeltern zu den Kosten der Sozialhilfe

Mietrecht und Wohngeld

Haushalt 1983:

Änderung des Mietrechts zugunsten von Zeitmietverträgen, Staffelmieten, neuen Vergleichsmaßstäben; Verpflichtung der Mieter zur Hinnahme von Modernisierungsmaßnahmen. Kürzungen des Wohngelds für einige Gruppen.

Mutterschaftsurlaub

Vorgesehen für Haushalt 1984:

Verringerung des Mutterschaftsurlaubs nach der Schutzfrist von 4 auf 3 Monate.

Kürzung des Mutterschaftsurlaubsgeldes von 25 auf 20 Mark pro Tag.

Behindertenbeförderung

Vorgesehen für Haushalt 1984:

Einschränkung der unentgeltlichen Beförderung im öffentlichen Personennahverkehr.

Beteiligung an der bisher unentgeltlichen Beförderung mit 120 Mark jährlich, außer für blinde und hilflose, für besonders einkommensschwache Schwerbehinderte sowie für Kriegsopfer und Verfolgte.

Beschränkung der Kraftfahrzeugsteuerbefreiung auf außergewöhnlich Gehbehinderte, Blinde und Kriegsbeschädigte. »Zivilbeschädigte« erhalten nur noch eine Ermäßigung von 50 Prozent.

Abschaffung der gleichzeitigen Kraftfahrzeugsteuerbefreiung und unentgeltlichen Beförderung im Nahverkehr.

Rehabilitation

Vorgesehen für Haushalt 1984:

Beteiligung der Behinderten an Internatsunterbringung mit Verpflegung von 210 bzw. 90 Mark monatlich.

Kürzungen der Rentenversicherungsbeiträge für Behinderte in Werkstätten von 90 auf 70 Prozent des Durchschnittsentgelts.

siehe auch Arheitsförderung.

Konkret 09/83, S. 26

Günter Wallraff

Nicaragua von innen

Vom 13. Bis zum 22. August war Günter Wallraff auf Einladung der Regierung zu Gast in Nicaragua. Er traf die Revolutionsführer Tomás Borge, Ernesto Cardenal, Enrique Schmidt und Sergio Ramirez, er besuchte die umgesiedelten Miskitos an der Ostküste, Flüchtlingslager im Süden und die umkämpfte Stadt Jalapa im Norden.

Die Zollbeamtin am Flughafen von Miami entscheidet: »Sie müssen Journalisten sein.« Niemand sonst wolle jetzt in dieses »unsichere Land«, ob wir denn unbedingt müßten?

Auch die Blicke der Mitreisenden bei der Landung sind aufdringlich neugierig, als wir die vollbesetzte Maschine verlassen, die nach kurzer Zwischenlandung weiterfliegen wird nach Costa Rica. Wir - das sind der Kölner Journalist Heinz G. Schmidt, der diese Reise für Dorothee Sölle und mich vorbereitet hat, und Werner Heine und Alberto Venzago von KONKRET. Für zehn Tage hat uns die Regierung Nicaraguas eingeladen, das Land zu besuchen. Ernesto Cardenal, der Kulturminister, steht mit schwarzer Baskenmütze und weitem, weißem Hemd unten auf der Rollbahn, als wir die Gangway runterklettern. Es ist wie eine Heimkehr.

Mit beim Empfangskomitee ist Carlos Rincón, Literaturwissenschaftler und Professor an der Mittelamerika-Universität von Managua, seit der Revolution die rechte Hand von Ernesto Cardenal im Kulturministerium. Carlos wird unser Reisebegleiter, Dolmetscher und Freund.

Auf den ersten Blick wirkt sie eher schüchtern in ihrer Uniform mit dem rot-schwarzen Abzeichen der Frente Sandinista. Die junge, dunkelhaarige Frau, die uns am Sonntagmorgen zum Frühstück besucht, ist Dora Maria Téllez, mit 27 Jahren die Erste unter den regionalen Comandantes - so etwas wie die Bundesratspräsidentin von Nicaragua. Wir fragen sie nach ihrem Leben, und sie erzählt vom großbürgerlichen Elternhaus, von der streng katholischen Mutter und dem liberalen Vater, der sich in seiner Jugend auf die Seite des ersten Somozas gestellt hatte und das dann ein Leben lang bereute.

Mit sieben Jahren ist Dora Maria in eine Klosterschule gekommen, und mit 17 ging sie in den Widerstand. Ein Medizinstudium brach sie nach drei Jahren ab, weil eine rein karitative Arbeit, nur »Flickwerk«, ihrem ethischen Anspruch nicht genügte. Mit 20 ging sie in den Untergrund. »Als einziges Buch nahm ich die Bibel mit.«

Die Nonnen von ihrer Schule fragten sie damals entsetzt, ob sie denn nun nicht mehr Vater und Mutter besuche. Als Dora Maria sagte, sie habe Kontakt zu den Eltern, waren sie wieder beruhigt. Nur eine Kommunistin würde die Eltern verleugnen, und so eine sei sie denn ja wohl nicht. Sie gewährten ihr Unterschlupf im Kloster, steckten sie in eine Nonnenkluft und Dora Maria durfte die Psalmen auswählen, die zum Nachtgebet gesprochen wurden.

Wir fragten sie nach Edén Pastora, den sie doch so gut kennt. Und sie sagt, mehr traurig als wütend, der Comandante Cero habe die Companeros mehrfach im Stich gelassen: »Er ist weggegangen, als es schwierig wurde.«

Was sie nicht erzählt, was in Nicaragua jedes Schulkind weiß: Dora Maria hatte die Code-Nummer »Zwei« bei jenem Kommando, das Pastora weltberühmt machte und seinen Ehrentitel Cero (Null) begründete. Am 22. August 1978 überlisteten die 26 Mitglieder dieses Kommandos die Wachen der Garde im Nationalpalast. Null und Zwei schossen sich den Korridor zum Aufenthaltsraum der Abgeordneten frei, entwaffneten die Wachposten, die sich ergaben, und nahmen alle Parlamentarier als Geiseln. Ihre Forderungen an den Diktator Somoza: Verlesung einer langen politischen Erklärung im Rundfunk, die Annahme aller Forderungen des streikenden Klinikpersonals, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Auszahlung von 10 Millionen Dollar und die ungehinderte Abreise nach Panama mit den freigelassenen Häftlingen.

Somoza pokerte zwei Tage lang. Die Verhandlungen mit seinen Abgesandten führte die Zwei. Dann gab Somoza in allen wichtigen Punkten nach. Die Erklärung wurde verlesen, und als am Abend des 23. der Bus mit den Befreiten und dem Kommando zum Flughafen fuhr, jubelten Tausende auf den Straßen von Managua.

Soviele sind heute wohl nicht gekommen. Bei der Feier des CDS, des Komitees für die Verteidigung der sandinistischen Revolution, einer der Basisorganisationen der FSLN, sind vielleicht dreitausend Menschen vor der Tribüne versammelt. Aber als angekündigt wird, daß Dora Maria hier gleich sprechen wird, kommt Jubel auf. Das skandierte »no pasarán« - sie werden nicht durchkommen -, der alte Kampfruf der Frente gegen Konterrevolution und Imperialismus, dröhnt noch in den Ohren, als wir den Platz wieder verlassen, um rasch zur Opposition zu fahren.

In einem Baseball-Stadion begeht die Kirche von Nicaragua das 25jährige Priesterjubiläum von Erzbischof Miguel Obando y Bravo. Der Bischof ist der personifizierte bürgerliche Widerstand gegen die Herrschaft der Sandinisten. Seine Rolle begann in der Stunde Null, als er sich nach der Flucht Somozas dafür einsetzte, den Übergangspräsidenten in die sandinistische Regierung hinüberzuretten, der Versuch, den revolutionären Prozeß aufzuhalten, blieb Obandos Sache. Aus seiner Ecke kommen die Klagen über eine Unterdrückung der katholischen Kirche und die eingeschränkten Freiheiten, von denen Präsident Reagan so eindringlich berichtet.

Die Messe im Stadion ist ein einziger Beweis gegen diese Behauptungen. Das Oppositionsblatt »Prensa« hat wochenlang zum Besuch der Feier getrommelt, die auch durch ihre Teilnehmerzahl die Sandinisten beeindrucken soll. Es sollte die Gegenveranstaltung zum 19. Juli werden, dem vierten Jahrestag der Revolution, den die Frente in der Provinzhauptstadt León mit 100.000 Menschen feierte.

Die vielleicht 8.000 Menschen bei Obando im Stadion (die »Prensa« schrieb am nächsten Tag: 50.000) unterscheiden sich schon äußerlich von den Freunden Dora Marias auf dem Fest der CDS. Hier ist mittleres Bürgertum versammelt, das den Bischof ebenso lautstark beklatscht wie den anwesenden US-Botschafter. Einer der Jubelchristen ruft: »Alles Stimmen für die Konservativen!«

In den nächsten Tagen hören und sehen wir mehr von dieser Schicht. Da sind die Taxifahrer von Managua, denen die dollarschweren Touristen fehlen, die zahllosen Zwischenhändler, die nach der Umorganisation der Vertriebswege ihr arbeitsloses Einkommen einbüßten. Da ist der Arzt, der vor der Revolution für die Blinddarmoperation an einem Bauernjungen vom Vater 4.000 Cordobas (damals etwa 400 Dollar) verlangte und, als der nicht zahlen konnte, dafür die Kuh und die beiden Schweine des Bauern nahm - die Lebensgrundlage. Da ist auch der Besitzer des Gasthofs in Puerto Cabezas, der sich bei uns beklagt, daß die Sandinisten ihm verbieten, die säumigen Mieter auf die Straße zu setzen. Er verwaltet sechs Häuser, und sein Onkel, dem sie gehören, lebt von der Rendite in Miami.

Am Abend, in der kleinen Stadt Niquinohomo, fragen wir Carlos, wieviel der 6.000 Einwohner hier wohl die Frente wählen würden. Carlos sagt: 70 Prozent. Die gleiche Frage stellen wir später deutschen Freunden, die seit Jahren im Lande leben. Sie sagen: 80 Prozent. Rainer, der im Norden als Techniker des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) arbeitet, erzählt, daß die Contras über ihre Radiosender verbreiten, sie würden nach ihrem Sieg die Grundbesitzer wieder ins Land holen, aber gleichzeitig die neuen Besitzrechte der Campesinos unangetastet lassen. Rainer sagt: »Die Campesinos nehmen denen doch diesen Quatsch nicht ab. Die wissen, was sie an der Revolution haben.«

Die Landreform hat 70.000 Bauern Besitztitel über ihre Äcker gebracht. In fast 4.000 Kooperativen leben mehr als 60.000 Familien auf dem eigenen Land. Die Quote der Analphabeten sank von 62 auf zwölf Prozent. Der alte Milizsoldat, der in unserem Viertel Wache schiebt, ist stolz darauf, daß er jetzt Lesen und Schreiben lernt. Noch mehr freut ihn, daß sein Sohn zur Schule gehen können wird. In Nicaragua, schätzt Dieter Eich vom DED, gehen eine Million Menschen zur Schule, ein Drittel der Bevölkerung. »Du kannst dich hier nur schwer verabreden«, sagt er, »alle haben abends noch irgendeinen Kursus.«

Wir fahren frühmorgens zum Flughafen, und dann wird es doch schon heiß, bis wir starten können. Unsere Personalien werden noch einmal überprüft, und das Außenministerium muß schriftlich sein o.k. geben. Denn dahin, wo wir wollen, läßt die Regierung niemanden unkontrolliert - die von Contras durchsetzte militärisch gesicherte Zone der Miskitos im Nordosten des Landes.

Die Miskitos sind die Ureinwohner an der Atlantikküste nördlich und südlich der Grenze zu Honduras, Jäger und Bauern mit eigener Sprache und Kultur, die sich niemals der Zentralregierung in Managua, jenseits des Regenwaldes, zugehörig gefühlt hatten. Während der Somoza-Herrschaft waren sie vergleichsweise verschont geblieben. Sie besaßen nichts, was der Diktator ausbeuten konnte. Die meisten hatten nicht begriffen, was die Revolution sollte. Einige meinten, sie gehörten immer noch zu dem Königreich, das die Engländer ihnen im 18. Jahrhundert eingerichtet hatten.

Als die Sandinisten 1979 an die Küste kamen und ihnen mit der Alphabetisierungskampagne das ungeliebte Spanisch brachten, gab es Widerstand. Seit der Missionierung durch die Herrenhuter Brüdergemeinde sind die Miskitos Anhänger der konservativen Moravischen Kirche, die platten Antikommunismus-Parolen der Somozisten fielen hier auf vorbereiteten Boden. Nach der Revolution hatten die Contras leichtes Spiel. Die Miskito-Siedlungen wurden ihr Rekrutierungsgebiet.

Als die militärischen Auseinandersetzungen mit den Contras zunahmen und die Miskitos zwischen den Fronten in Gefahr gerieten, ordneten die Sandinisten ihre Umsiedlung an. Weihnachten 1981 wurden rund 10.000 Miskitos aus ihren Dörfern evakuiert und in wenigen Tagesmärschen rund 100 Kilometer von der Grenze weg ins Landesinnere gebracht. Die liberale westliche Presse schrieb von Menschenrechtsverletzungen durch die Sandinisten.

Sixto Ulloa von Cepad, dem evangelischen Entwicklungskomitee in Managua, hatte uns am Vortag gesagt, die Sandinisten hätten mit der Umsiedlung einen »Irrtum aus Liebe« begangen. Sie hätten die ethnischen Besonderheiten der Miskitos nicht berücksichtigt. Die Häuser für die neuen Siedlungen seien in Managua am grünen Tisch entworfen worden. Die Planer hätten nicht gewußt, daß die Miskitos keine Küche im Haus benutzten und daß sie nicht gewohnt waren, in dichten Siedlungen zu leben. Einer der schärfsten Kritiker der Aktion sei Tomás Borge gewesen, der den Planern Unfähigkeit vorwarf und selbst anfing, Miskito-Sprache zu lernen.

Nach zweieinhalb Stunden Flug mit den beiden zweimotorigen Maschinen vom Aero-Club landen wir in Puerto Cabezas an der Atlantikküste. Außer unseren Reisebegleitern Maricela und Carlos sind Dieter Eich vom Deutschen Entwicklungsdienst und sein Kollege Eberhard mit dabei. An der Baracke neben der Piste wartet Cesar mit dem Jeep. Cesar ist Soziologe und von der Regierung beauftragt, die Lage der umgesiedelten Miskitos bessern zu helfen. Er bringt

uns zu William Ramirez, dem Revolutionskommandanten von Managua, der jetzt hier Chef der Provinz ist. William gibt unumwunden zu, daß Fehler gemacht worden sind, aber er sagt auch: »Ich bin in diesem Konflikt Partei. Ihr müßt euch selber ein Bild machen.« Wir fahren mit Cesar in zwei Toyota-Jeeps nach Westen.

Die Fähre über den Rio Wawa, zwanzig Kilometer landeinwärts, ist von Militär-Camps gesichert. Zwei Einheiten halten Wache, darunter ein paar junge Mädchen, die seit sieben Wochen hier stationiert sind. Hinter dem Fluß beginnt der Urwald und das Contra-Gebiet. Die Jeeps fahren dicht hintereinander und zu schnell für die holperige Lehmpiste.

Sumubila heißt das Dorf auf der großen Urwald-Lichtung, das wir nach zwei Stunden Fahrt erreichen. Die Holzhäuser-Reihen auf Pfählen ziehen sich über die Hügel, wie von der Neuen Heimat gebaut. Rund 1.500 Miskitos leben hier seit Anfang 1981. Ein junger Sandinist, der uns empfängt, stellt sich als Vertreter der Dorfkommandantin vor und zeigt uns die Schule, den großen Speiseraum für die Kinder und die Kirche, in der an diesem Nachmittag Gottesdienst ist. Dann gehen wir getrennt durch das Dorf.

Der alte Mann mit dem Gesangbuch auf dem Weg zur Kirche spricht ein wenig Spanisch. Die Umsiedlung sei schrecklich gewesen, sagt er. Er müsse immer noch daran denken, und nachts weine er manchmal. Mehr will er nicht sagen, er habe Angst.

Als wir uns hinterher unsere Begegnungen berichten, ist das der einzige Fall, in dem jemand aus Furcht zurückhaltend war. Die anderen Miskitos, mit denen wir reden, schimpfen offen über die Umsiedlung oder sind mit dem neuen Dorf zufrieden. Einer sagt, er habe keine Arbeit und zu wenig zum Leben für seine fünf Kinder. Ein anderer klagt, daß er die Arbeit nicht schaffen könne. Die Regierung hat in der Gegend Land für den Anbau von Bananen, Mais und Bohnen geschenkt.

Seit den Zeiten der britischen Seeräuber an der Atlantikküste sind die Miskitos in allen Hautfarben getönt. In der Sprache der ursprünglich in einer tropischen Überflußgesellschaft angesiedelten Miskitos gibt es kein Wort für Lohnarbeit. Sie verwenden dafür inzwischen das englische Wort »work«. Die Natur erlaubte es ihnen, weder Vorräte halten noch feilschen und rechnen zu müssen. Von daher fehlen auch Zahlen in ihrer Sprache. Sie zählen jetzt auf englisch.

Norma, die wir schließlich treffen, sieht aus wie eine Südfranzösin. Sie gehört zu den politisch Aktiven im Dorf. In dem kleinen Bücherregal auf der Veranda stapeln sich die abgegriffenen Hefte einer politischen Zeitschrift. Norma arbeitet hier als Lehrerin und schneidert Handtaschen für den Souvenir-Handel. Ihr Mann, der unter der Veranda zwischen den Pfählen Schuhe repariert, will im Dorf eine Schuhmacher-Kooperative gründen, erzählt sie. Auch für sie sei der Marsch bitter gewesen, aber sie habe die Notwendigkeit der Umsiedlung eingesehen, und jetzt mache man das Beste daraus. Norma berichtet von Angriffen der Contras in der Gegend. Vor zwei Wochen wurde am Fluß ein Junge gefunden. Die Contras hatten ihm die Kehle durchschnitten und ihn dann grausam verstümmelt.

Einige der Miskitos, die vor der Umsiedlung nach Honduras geflüchtet waren, sollen inzwischen in das Dorf zurückgekehrt sein. Ein großer Teil der ehemaligen Siedler vom Rio Coco lebt aber noch in honduranischen Flüchtlingslagern. Viele haben sich dort den Contras angeschlossen.

Montagvormittag. Kurz nach neun sitzen wir mit Capitán Frederico Cerda und zwei jungen Nachrichtenoffizieren der sandinistischen Armee in einem fensterlosen Raum im Verteidigungsministerium. Der Capitán hat auf einer Karte die Stützpunkte der Contras, der bewaffneten Konterrevolutionäre, jenseits der Grenzen zu Honduras im Norden und zu Costa Rica im Süden eingetragen, dazu die Operationsfelder der Contras im Land.

Während die rund tausend Leute Edén Pastoras im Süden immer nur vorübergehend den Grenzfluß Rio San Juan überqueren und sich nach ihren Überfällen wieder zurückziehen, operieren die Ex-Nationalgardisten in den Nordprovinzen auch von Lagern tief im Inneren des Landes aus. Ihre Vorstöße reichen bis in die Zentralprovinz Matagalpa. Sie überfallen einsame Bauernhöfe, ganze Dörfer und Militäreinheiten der Sandinisten.

Die Gruppen in den Bergverstecken oder den Lagern im Urwald werden durch die Luft von Honduras aus versorgt, wo US-Militärberater den Nachschub organisieren. Seit Anfang des Jahres haben sie 500 unbewaffnete Menschen in Nicaragua ermordet, die Verluste der sandinistischen Armee sind dagegen gering.

Die Überfälle auf die Zivilbevölkerung und schnelle Rückzüge auf honduranisches Gebiet sollen Verfolgungsaktionen der Sandinisten provozieren. Die USA haben mehrfach erklärt, daß sie auf eine Grenzverletzung durch die Sandinisten mit sofortiger , Intervention reagieren würden. Sie warten nur darauf. Die honduranische Armee schießt immer wieder mit der Artillerie über die Grenze. »Dann«, sagt Capitán Cerda, »müssen wir unseren Stolz fressen.« Ein Sandinist auf dem Boden Honduras würde den Big Lift in Gang setzen.

Seit dem 15. Juli haben die Contras ihre Angriffe verstärkt. Sie versuchen jetzt, zusammenhängende Gebiete zu erobern oder eine der durch Militär gesicherten Städte im Norden. Die Sandinisten wissen das aus Plänen, die sie den Contras abgenommen haben. Vor 14 Tagen haben sie den Bandenführer Benito Bravo geschnappt, der ganze Söldnerlisten bei sich hatte, darunter die Namen von Honduranern und Argentiniern. Sie fanden auch die Telefonnummer eines Mannes in

Honduras, der Nachschub für die Contras organisiert. Ein Abwehroffizier hat den Mann angerufen, aber der wurde im Lauf des Gesprächs mißtrauisch und sagte dann. »Falsche Verbindung. Hier ist ein Bestattungsunternehmen.«

Die »Destabilisierung« des Landes durch die CIA-finanzierten Contras zahlt sich für die USA aus. Die rund 40 Millionen Dollar, die der CIA offiziell für seine »covert action« einsetzen darf, müssen die Sandinisten teuer bezahlen - nicht nur mit dem Blut ihrer Gefallenen. Die allgemeine Wehrpflicht soll eingeführt werden. Die 22.000 Mann der sandinistischen Armee reichen nicht mehr aus für die Sicherung der Grenzgebiete. Die eingezogenen Reservisten, Freiwillige aus den Betrieben und landwirtschaftlichen Kooperativen, fehlen schon jetzt überall in der Produktion. Produktionsausfall, Versorgungsschwierigkeiten und Inflation sind die Folgen. Ein Bataillon kostet monatlich eine Million Cordobas. Das entspricht dem Lohn von über 400 Industriearbeitern.

Das Gespräch mit den Militärs wird durch einen hereingereichten Zettel beendet. Comandante Tomás Borge erwartet uns, einer der Volkshelden vom 19. Juli 1979, dem Tag des Triumphes, als Somoza verjagt und die Nationalgarde in Managua besiegt war. Borge war 13 Jahre alt, als er den Kampf gegen Somoza aufnahm. Das war damals noch der Vater des Diktators, den er 35 Jahre später vertreiben half. Seit 22 Jahren steht er an der Spitze der Frente Sandinista, der Befreiungsfront, die er 1961 zusammen mit Carlos Fonseca gründete. Zweimal saß er in Somozas Gefängnissen, zuletzt fünf Jahre lang, bis das Kornmando den National-Palast stürmte und mit der Geiselnahme der Abgeordneten auch seine Freilassung erzwang.

Als er aus dem Gefängnis kam, war er bis zum Skelett abgemagert. Wie fast alle seiner Leidensgenossen war auch er gefoltert worden. In einem Interview mit dem amerikanischen Magazin »Playboy« erzählte Borge jetzt: »Manchmal wurde ich so lange in Einzelhaft gehalten, daß ich die Rückkehr meines Folterers begrüßte - nur weil ich ein anderes menschliches Wesen sehen konnte. Einmal, als ich gefoltert wurde, sagte ich meinem Wärter, daß ich mich eines Tages an ihm rächen würde. 'Wie?' fragte er. 'Indem ich dir vergebe.' Ich kann jetzt sagen, ich habe mich an diesem Wärter gerächt.«

Der »Playboy« fragte: »Wie?« Borge: »Ich vergab ihm.«

Auf dem Zettel hatte gestanden, der Comandante erwarte uns im Außenministerium. Dort kommt die Nachricht, er sei im Innenministerium, dessen Chef er seit dem Triumph ist - ein Innenminister, der Gedichte schreibt. Wir warten wieder, unsere Taschen werden durchsucht. Schließlich kommt ein Mann und bittet uns, zu folgen. Er steigt in seinen Lada und fährt uns voraus, quer durch Managua. Auf einer Ausfallstraße fahren wir auf den Hof einer Werkstatt. Gegenüber eine Reihe kleiner, einheitlich braun getünchter Bungalows. Aus einem tritt ein Milizsoldat und winkt. Wir gehen über die Straße, treten ein und sind im Vorzimmer des Innenministers, von dem wir inzwischen wissen, daß er täglich sein Quartier wechselt.

Die »covert actions« des CIA fordern auch diesen Preis. In dem Land, das die US-Regierung einen Polizeistaat nennt, muß der Polizeiminister sich schützen. Nicht vor dem Volk, sondern vor den Anschlägen derer, die von denen bezahlt werden, die Nicaragua einen Polizeistaat nennen. Eine Angestellte der US-Botschaft hat im Frühjahr dem Außenminister und gelernten Priester D'Escoto eine Flasche Benedictine zukommen lassen. Das Geschenk wurde untersucht. Im Likör war Thallium - Rattengift.

Der Comandante in der grünen Uniform der Miliz ist der einzige Überlebende aus der Gründungszeit der FSLN. Im September wird er Willy Brandt treffen, sagt er. Zum ersten Mal käme er dann offiziell in die Bundesrepublik. Wir fragen ihn nach seiner Meinung zu den Invasions-Drohungen der USA. Er erzählt von der langen Geschichte des nicaraguanischen Widerstands gegen die Machtpolitik der USA. Er formuliert so eindringlich, als sei es nicht nur für uns: »Wir haben hier die Bedingungen für einen Volkskrieg geschaffen. Wir würden den Yankee-Soldaten das Leben unmöglich machen - 24 Stunden am Tag. Sie würden nicht eine einzige ruhige Minute haben. Sie könnten nicht einmal der Luft sicher sein, die sie atmen. Eine Intervention würde uns vielleicht aus den Städten vertreiben, aber ganz sicher nicht aus dem Land. Und wie lange könnten sie hier bleiben? Man darf die internationale Meinung nicht unterschätzen. Sie würden hier sechs Monate bleiben, eine Regierung von Nationalgardisten installieren, und die würde sich nicht länger halten als die Eisbecher, die vor dem Schultor verkauft werden. Aber das ist klar: Der Preis wäre für uns ungeheuer hoch, viel zu hoch. Wir wollen unbedingt Frieden.«

Ich frage ihn, warum sein armes Land vier Millionen Dollar aufgewendet hat, um den Papst zu empfangen. Tomás Borge sagt, daß er so naiv gewesen sei, tatsächlich zu glauben, es würde sich um die Feier einer Messe handeln. Die Massenorganisationen der Frente seien aufgefordert worden, auf dem Platz keine politischen Parolen zu rufen. Und dann habe der Papst, der zuerst bejubelt wurde, sich geweigert, der Bitte der Mütter nachzukommen und für die toten Kinder zu beten. Der Unfehlbare mußte erleben, wie ihn eine 500.000köpfige Menge ausbuhte. »Die Aura des Papstes verflog. Und wir haben jetzt hier ein Problem, das im Widerspruch zu unseren Absichten steht. Es gibt jetzt eine große religiöse Skepsis gerade unter den Jugendlichen. Wir sind aber an der Teilnahme der Christen in Lateinamerika sehr interessiert. In Nicaragua hat der Papst-Besuch die Kirchenhierarchie gestärkt und das Christentum geschwächt.«

Wir fragen nach politischen Gefangenen. 18 Gewerkschafter sollen laut Amnesty international inhaftiert sein. Borge sagt: »Nicht als Gewerkschafter, sondern als Konterrevolutionäre. Hier wird niemand verfolgt, weil er Gewerkschafter ist oder Christ oder Sandinist.« Borge erzählt, daß vor ein paar Tagen eine Gruppe von Sandinisten verhaftet worden sei, weil sie das Haus der konservativen Verlegerin Violeta Chamorra mit Steinen beworfen hatte. Er sagt: »Wenn wir nicht aufpassen, verlieren wir die Kontrolle.« Er berichtet von dem Versuch eines offenen Strafvollzugs ohne Gefängnismauern, und er sagt: »Wir haben in Nicaragua die Todesstrafe abgeschafft, und das, als unsere Toten noch nicht begraben waren. Glauben Sie, daß alle Verständnis dafür hatten?«

Die Fabrik hieß mal »Textilos hilados del porvenir« und war ein Geschenk des alten Somoza an den Sohn. Sie gehörte zu den Bastionen der Diktatur in Managua, und so wurde sie im Februar 1978 von den Leuten im Stadtviertel geschleift. Die Ruinen mit ein paar uralten Maschinen aus den dreißiger Jahren, mit denen die Amis Somoza beim Kauf übers Ohr gehauen hatten, blieben ungenutzt stehen bis zum November 1979. Da beschlossen 34 Arbeiter, die Fabrik in eigener Regie wieder aufzubauen.

Noch im selben Monat stellten sie den ersten Meter Baumwollstoff her. Drei Monate später arbeiteten 190 Menschen in der Fabrik, und heute sind hier 1.180 Beschäftigte, die knappe Hälfte davon Frauen. Die Produktion stieg von 2,2 Millionen Meter im ersten Jahr auf 6,3 im letzten, und 1983 sollen es acht Millionen Meter Stoff werden. »Texnica«, so heißt das Unternehmen heute, ist längst zur größten Baumwollspinnerei des Landes geworden. Der Besitzer ist das Industrieministerium.

Ricardo Obregon, 29, war vor der Revolution Textilarbeiter. Dann studierte er Ökonomie bis 1981, kam als Gewerkschafter und Mitglied der revolutionären Studentenbewegung in den Betrieb, und heute ist er geschäftsführender Direktor des Unternehmens. Wir sitzen in seinem kleinen Büro am Rande der großen, wiederaufgebauten Werkhallen. Die Gewerkschaftssekretärin Maria und Lesbia, die Leiterin der Abteilung für Arbeitsbeziehungen, sind gekommen, um unsere Fragen zu beantworten. Wir wollen wissen, was die Revolution den Arbeitern gebracht hat.

Das ist Marias Stichwort. Ein Vergleich zu früher, sagt sie, sei »unmöglich«. Dann erzählt sie von der gewerkschaftlichen Organisation im Betrieb, von den Arbeitsschutzmaßnahmen, die erstmals »nach dem Triumph« eingeführt wurden, vom 50prozentigen Essensgeld-Zuschuß und vom verbilligten Lebensmittelverkauf an den Werk-Kiosken. Das Unternehmen hilft bei Wohnungsproblemen und bietet Schutz bei Krankheiten. Bis zu 52 Wochen zahlt die Fabrik im Krankheitsfall die Hälfte des Lohns weiter, die andere Hälfte kommt von der Sozialversicherung. Der Lohn von durchschnittlich 2.900 Cordobas für einen Arbeiter mit vier Kindern liegt 700 Cordobas über dem Landesdurchschnitt. Vor allem aber gibt es jetzt das Produktionskomitee, in dem die gewählten Vertreter aller 27 Abteilungen des Unternehmens zusammenkommen. Alle zwei Wochen trifft sich das Komitee mit der Gewerkschaft im Betrieb und der Geschäftsleitung und faßt Beschluß über Art und Umfang der Produktion - keine langfristigen Planzahlen, sondern kurzfristige Anpassungen. Veränderungen können berücksichtigt, Irrtümer korrigiert werden. Marias Fazit »Wir Arbeiter sind nicht mehr nur Lohnempfänger, wir führen die Fabrik.«

Aber Texnica ist nicht nur ein Mitbestimmungsparadies. Gearbeitet wird in drei Schichten rund um die Uhr, die längste Schicht zu 48 Wochenstunden. Die alten Maschinen machen einen Höllenlärm, der jetzt durch den Einbau von neuen Decken gedämpft werden soll. Die politisch Aktiven leisten Sonderschichten, über die keine Listen geführt werden. Dazu kommen die freiwilligen Nachtwachen in der Fabrik im Anschluß an die Arbeitszeit.

Der Krieg an den Grenzen macht sich auch im Betrieb bemerkbar. 200 Arbeiter sind Reservisten der Armee. Zur Zeit sind 67 Mann im Einsatz, oft die Unentbehrlichsten aus der Produktion. Auch hier wirkt die Destabilisierung des CIA. Je stärker der Druck der Contras, um so mehr muß geschuftet werden, um die Produktion zu halten. Drei Arbeiter sind im Kampf gefallen.

Ramón, der technische Leiter von Texnica, dürfte eigentlich schon in Pension gehen. Er gehörte zu den ersten, die dem Aufruf der 34 Gründer folgten. Vor der Revolution hatte er als Techniker unter Somoza gut verdient. Jetzt fing er mit umgerechnet 40 Dollar im Monat wieder an. Ramón will noch ein bißchen bleiben, bis der Nachwuchs eingearbeitet ist. Warum? »Ich habe eine Liebesaffäre mit der Revolution«, sagt er.

Hölzerne Zeltstangen, über die schwarze Plastikplanen geworfen sind, eine Feuerstelle für den Kessel, abgedeckte Gruben im Lehmboden - das sind die provisorischen Unterkünfte für 43 Familien in einem Lager am Rande des Urwalds. Die Bauern vom Rio San Juan, dem Grenzfluß zu Costa Rica, flüchteten hierher vor den mordenden Banden des Edén Pastora. San Carlos, die nahe Hafenstadt am Nicaragua-See, hatte bis vor kurzem 3.500 Einwohner. Jetzt leben fast 10.000 Menschen in dieser Region, viele in einem Durchgangslager wie diesem.

In Sicherheit sind sie auch hier noch nicht. Die Grenze ist nur ein paar Kilometer im Süden, und die Contras kommen immer wieder über den Fluß. Vor fünf Tagen gab es bei Einbruch der Dunkelheit plötzlich eine Schießerei. Eine

Kampfeinheit Pastoras hatte das Lager umzingelt und feuerte auf die Zelte. Die Bauern steckten ihre Kinder in die Gruben unter den Zeltböden. Zum Glück wurde niemand verletzt.

Vor dem Eingang des Lagers steht eine Holzhütte, in der die Nachbarn eine Witwe mit neun Kindern trösten. Ihr Mann Antonio, ein 35 Jahre alter Campesino, der seit der Revolution beim Aufbau der Kooperative in der Gegend mitgeholfen hatte, war vor zwei Wochen zusammen mit Kollegen von den Contras überrascht worden. Sie fragten nach den Namen, griffen ihn dann aus der Gruppe und erschossen ihn. Als er am Boden lag, schoß einer der Contras noch sein Magazin in den Leichnam leer.

In der bundesdeutschen Presse gilt Edén Pastora als Sozialdemokrat, als linksliberale Alternative zu den Sandinisten. Die Deutschen in Nicaragua erinnern sich, daß Pastora im Frühjahr allabendlich über Radio zum Mord aufrief: »Killt die Ausländer, killt die Kubaner, killt die Deutschen ... « Dann wurde am 30. April der westdeutsche Arzt Tonio Pflaum ermordet. Am Tag danach lautete der Pastora-Aufruf: »Killt die Ausländer, killt die Kubaner, killt die Ostdeutschen ... «

Pastora nimmt nämlich diplomatische Rücksichten auf die Gefühle seiner Geldgeber. Er wird auch von den Christdemokraten Lateinamerikas finanziert.

Ernesto Cardenal, der uns in sein Insel-Paradaies Solentiname eingeladen hat, erzählt von seinem letzten Treffen mit Pastora. Das war ein Jahr nach dem mißglückten Versuch des Comandante Cero, in der Regierung der Sandinisten eine führende Rolle zu übernehmen. Pastora hatte sich daraufhin zum Guerilla-Krieg nach Guatemala abgemeldet, hatte in Costa Rica mit Fisch gehandelt und saß nun in einem Hotel in Havanna, wo Cardenal ihn besuchte. Pastora erzählte dem alten Freund, er säße als Gefangener Castros auf Kuba. Cardenal verstand nicht. Denn Pastora wurde ganz offensichtlich wie ein Staatsgast behandelt. Erst später wurde ihm klar, daß Pastora damals seine Biografie neu erfand (siehe auch Pastora-Interview auf Seite 37).

In Esteli treffen wir eine Gruppe katholischer Pfarrer, an denen Erzbischof Obanda kein Wohlgefallen hat. Hierher in den unwegsamen Norden des Landes mit seinen entlegenen Gemeinden wurden früher unliebsame Geistliche aus der Hauptstadt strafversetzt. Die Folge war ein enger Kontakt zu den Bauern. Sie lernten deren Nöte unter der Diktatur Somozas kennen. »Die Repression dieser Zeit hat uns zu Rebellen gemacht«, sagt einer von ihnen. Seit dem Sturz der Diktatur versuchen sie, Glaube und Revolution in Einklang zu bringen. Sie arbeiten hart und »werden dafür von unserer Kirche als Kommunisten verleumdet«, wie einer klagt. Besonders bitter ist für sie, daß die Mordkommandos der Contras seit einiger Zeit das weiß-gelbe Abzeichen tragen, die Farben des Papstes.

Hier in Esteli wurden neulich Flugblätter der Contras gefunden mit dem Spruch: »Mit Gott und dem Imperialismus - Tod dem Kommunismus.«

Fünf Kilometer vor der Grenze zu Honduras liegt die Stadt Jalapa im fruchtbarsten Tal des Nordens. Hier überfallen die Contras die Kaffee-Bauern und zerstören die Ernte. Als wir ankommen, wird gerade ein 19jähriger beerdigt, den die Contras am Vortag erschossen haben. Die gesamte Bevölkerung begleitet den Trauerzug.

Wir besuchen die armselige Sanitätsstation ohne jede Einrichtung zur Versorgung Schwerverletzter. Zwei junge Ärzte, die hier auf Zeit angestellt sind, müssen die 32.000 Einwohner des ganzen Tals medizinisch versorgen. Kranke Frauen liegen auf den Pritschen im Flur, ein Junge läßt sich seine Schrappnell-Wunden notdürftig verbinden . Der Weg zum nächsten Krankenhaus dauert mit dem Auto vier bis fünf Stunden über holprige Bergstraßen.

Hier beschließen Dorothee Sölle und ich einen Spendenaufruf. Jalapa braucht ein neues Krankenhaus! Wenn wir in der Bundesrepublik gebrauchte medizinische Einrichtungen preiswert kaufen, müßten zur Erstausstattung 100.000 Mark reichen. Ich verschiebe den Kauf eines neuen Wagens und eröffne das Spendenkonto mit dem halben Anschaffungspreis.

Spenden: Informationsbüro Nicaragua, Konto 97 67 38, Stadtsparkasse Wuppertal, Stichwort: Hospital Jalapa (Sölle/Wallraff)

Ein ausführlicher Erfahrungsbericht von Günter Wallraff erscheint demnächst in einem Buch zusammen mit anderen Beiträgen im KONKRET Literatur Verlag.

Konkret 09/83, S. 36

Werner Heine

Das Volk hat schon gewählt

Darüber kann Dora Maria, die junge Comandante mit zehn Jahren Erfahrung im Freiheitskrieg und vier Jahren in der Regierung, immer noch lachen: Da kommen linke Soziologen aus den USA, besuchen die Revolution und sagen beim Abschied, sie sei ja gut und schön, aber sie sei »zu früh« gekommen,

Dora Maria hat versucht, ihnen zu erklären, daß dieses »zu früh« ein Wesensmerkmal jeder Revolution ist, daß sie überflüssig wäre, wenn es ein »rechtzeitig« gäbe. Sie haben es nicht begriffen.

Für wen ist denn die Revolution in Nicaragua zu früh gekommen? Sicher nicht für das Volk, das sie machte. Die sandinistische Front der nationalen Befreiung, FSLN, hatte auch vor der Revolution eine Mehrheit, sonst hätte sie nicht gesiegt. Zu früh kam die Revolution für die Verlierer - für Somoza, die US-Regierung, Standard Fruit und die Bank of America. Zu früh kam sie aber offenbar auch jenen, die heute ihre Schwächen kritisieren und von sich behaupten, ihre Kritik sei solidarisch.

Die Kritik richtet sich gegen die Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte. In Nicaragua ist Ausnahmezustand, die Presse zensiert, Streiks sind verboten, Wahlen werden erst 1985 stattfinden. Wer leidet darunter?

Daß die Pressezensur überhaupt einen Sinn hat, ist paradoxerweise ein Erfolg der Revolution. Vorher konnte die Mehrheit der Bevölkerung nämlich nicht lesen. Die Journalisten, deren Artikel im rechten Kampfblatt »Prensa« - allein um diese Zeitung geht es - jetzt zensiert werden, waren vor der Revolution bestenfalls Kritiker der Methoden Somozas, nicht der Verhältnisse, die Somoza und seine Methoden möglich machten.

Streiks für mehr Lohn würden sich in Nicaragua gegen die Grundlage der Revolution richten - die Solidarität im Mangel , nach der Ausplünderung durch Somoza und das US-Kapital. Die Sandinisten können keinen Verteilungskampf der Armen gegen die noch Ärmeren zulassen. Daneben gab es Streiks für eine schnellere Sozialisierung. Die Sandinisten wollen und müssen aber das Tempo der Revolution selbst bestimmen. Nicht umsonst fordert Reagan »freie« Gewerkschaften für Nicaragua.

Und was soll gewählt werden? Die FSLN hat die Mehrheit im Land. Das bestreitet in Managua nicht einmal die bürgerliche Opposition. Sonst wäre das Volk nicht bewaffnet. Gewählt wird zudem ständig - in den Komitees, in den gesellschaftlichen Organisationen, in den Betrieben. Die FSLN bereitet dennoch Wahlen vor. Nur - die Geschäftsgrundlage für die parlamentarische Demokratie wird der Antiimperialismus sein, sonst könnten sich die Sandinisten gleich vor die Gewehrläufe der Contras stellen. Die Abwahl der Revolution kann Reagan nur mit dem Einsatz der Marines im Kampf gegen das Volk durchsetzen.

Keine Frage, daß die Sandinisten Fehler machen, die kritisiert werden müssen. Es kommt darauf an, von wem. Wenn der deutsche Arzt und ehemalige Kämpfer für die Befreiung, Carlos Vanzetti, wissen will, ob die Revolution noch den richtigen Weg nimmt, bedient er sich eines einfachen Verfahrens. Er besucht in Managua seine Kollegen, die mit der Revolution so viele Privilegien verloren haben. Wenn die aufhörten zu jammern, würde Carlos Vanzetti anfangen, sich über die Revolution Gedanken zu machen.

Neulich hat Vanzetti ein elfjähriges Mädchen operiert, dem ein in US-Dollar bezahlter Söldner der Contras mit einer Granate aus nächster Nähe in den Kopf geschossen hatte, nachdem er die Eltern umgebracht hatte, Die kleine Ana hat überlebt, aber sie wird halbseitig gelähmt bleiben, und sie wird wohl nie wieder sprechen können.

Reagan nennt die Mörder der Eltern von Ana »Freiheitskämpfer«. An dem Tag, als Ana verstümmelt wurde, forderte er vom US-Kongreß mehr Geld für den Kampf gegen die Revolution.

Konkret 09/83, S. 37

Edén Pastora

Falsche Karte

Er war der Volksheld, der Draufgänger im Lager der nicaraguanischen Freiheitskämpfer: Edén Pastora, genannt »Comandante Cero«. Jetzt kämpft er gegen die sandinistische Regierung. KONKRET fragte ihn nach seinen Gründen.

Jeden Tag um 17 Uhr läßt sich die »Stimme Sandinos« vernehmen. Eine Stunde lang sendet die geheime Radiostation Frontberichte vom Rio San Juan und schließt mit einer feierlichen Proklamation an das Volk von Nicaragua: »Wir kämpfen gegen das Übel von heute, den Kommunismus. Wir, die wahren Sandinisten, die Verfechter der Revolution in Freiheit und Liebe, wir, die wir in den Bergen Nicaraguas den Befreiungskampf fortsetzen, fordern das stolze Volk Nicaraguas auf, sich uns anzuschließen. Patria libre o morir - freies Vaterland oder sterben. Meistens ist er es selbst, der sich zu Wort meldet: Edén Pastora Gómez, der legendäre »Comandante Cero«, der am 1. Mai 1983 seinen ehemaligen Kampfgefährten den Krieg erklärte. Irgendwo am Rio San Juan, irgendwann im Juni, interviewte *Marie Luise Kaltenegger* den 46jährigen Comandante.

KONKRET: Im Jahre 1959 haben Sie mit Ihrem Kampf gegen die Somozadiktatur begonnen. 23 Jahre lang waren Sie ein Revolutionär. Heute sind Sie ein Konterrevolutionär. Wie ist das zu erklären?

Pastora: Begriffe wie Revolution / Konterrevolution, Treue / Verrat sind Dinge der Semantik. Wir sagen, daß nicht wir die Konterrevolutionäre und Verräter sind, sondern daß die Führer der FSLN* die Revolution verraten haben. Sie haben das Volk betrogen, indem sie das Land an die Kubaner und damit an die Russen ausgeliefert haben. Wir haben nicht unser Leben lang Krieg geführt, nur damit Nicaragua eine russische Kolonie wird. Nicaragua hat sich eine Demokratie gewünscht und keine marxistisch-leninistische Diktatur.

KONKRET: Sie bezeichnen also die FSLN als marxistisch-leninistisch?

Pastora: Hat Tomás Borge das nicht etwa laut und deutlich gesagt?

KONKRET: Nein, das hat er nicht.

Pastora: Auch gut. Ich kann Ihnen nur sagen, daß ein Ding, das wie eine Ente schwimmt, wie eine Ente gefiedert ist und wie eine Ente quakt, eine Ente ist.

KONKRET: Es heißt, daß es nicht nur ideologische, sondern auch persönliche Gründe gab, die Sie zur Abkehr von der FSLN bewogen.

Pastora: Es ist ja kein Geheimnis, daß mich das Verhalten der neun Comandantes in vielen Belangen enttäuscht hat. Ein Beispiel: Zwei Wochen nach dem Triumph statteten sich die Comandantes mit neuen Uniformen aus. Und was waren das für Uniformen? Kubanische. Ich finde, daß nicaraguanische Revolutionäre nicaraguanische Uniformen tragen sollten. Und wo wohnen die Herrschaften? In den Villen ehemaliger Somozageneräle. Und was haben sie in den Garagen stehen? Mercedes Benz. Da ist mir Fidel Castro tausendmal lieber. Er wohnt in einem Appartment im 7. Stock eines Hochhauses in einer keineswegs exklusiven Gegend. Haben Sie übrigens die neun Comandantes einmal bei Ansprachen beobachtet? Ja? Dann muß Ihnen auch aufgefallen sein, daß sie alle Fidel imitieren. Vom Sprachduktus bis hin zur Gestik. Lauter kleine Fidels. Nur schade, daß alle neun zusammen keinen halben Fidel ergeben.

KONKRET: Sie scheinen einen sehr strengen Maßstab anzulegen.

Pastora: Es geht um die Würde der Revolution. Die Neun sind unreif. Sie haben ihr Leben im Untergrund verbracht, verstehen alles vom Krieg und nichts von der Politik. Drei Jahre lang habe ich immer wieder darauf hingewiesen, daß wir nicht mehr in den Bergen sind, daß wir jetzt Staatsgeschäfte zu führen hätten. Wir müßten lernen, politisch zu handeln. Wir dürften uns nicht isolieren lassen. Wir könnten es uns nicht leisten, die USA zu vergrämen. Aber Sie können ja selbst sehen, was geschehen ist. Auf Grund der Ungeschicklichkeit der Neun steht Nicaragua heute fast allein da. Die Wirtschaft ist kaputt. Das einzige, was in Nicaragua heute funktioniert, ist der Militärapparat. Typisch.

KONKRET: Vergessen Sie bei Ihrer Kritik nicht einige Dinge? Nicaragua ist mit einer Wirtschaftsblockade konfrontiert, mit Kreditsperren und einer Konterrevolution an den Grenzen.

Pastora: Daran sind die Neun selbst schuld. Costa Rica hat vor 30 Jahren auch eine Revolution gemacht und ist aufgeblüht.

KONKRET: In Costa Rica gab es eine bürgerliche Revolution. Außerdem befand sich damals die Weltwirtschaft in einer Phase der Hochkonjunktur. Costa Rica konnte für seine Produkte gute Preise erzielen. Heute ist die Sachlage wohl etwas anders.

Pastora: Wollen Sie damit sagen, daß man eine Revolution besser in Zeiten der Hochkonjunktur gewinnen sollte?

KONKRET: Ja.

Pastora: Ein interessanter Gedanke.

KONKRET: Ich behaupte, daß Ihnen die »Mühen der Ebene« zu langweilig waren. Sie selbst sind zu lange in den Bergen gewesen. Ihnen war der Revolutionsalltag nicht glanzvoll genug.

Pastora: Ich kann Ihnen versichern, daß ich ein erwachsener Mann bin. Sie spielen auf mein Helden-Image an und ziehen daraus voreilige Schlüsse. Ich bin auch nur einer, der Reis und Bohnen ißt. Und eben weil ich auch nur so einer bin, kämpfe ich weiter. Wir haben ein Jahr lang versucht, auf rein politischem Wege die FSLN zur Umkehr zu bewegen. Wir haben die Korrektur des totalitären Kurses verlangt, die Abschaffung der Zensur und die Revision der stalinistischen Wirtschaftspolitik. Es hat zu nichts geführt. Also blieb uns nur ein Weg offen - der bewaffnete Kampf. Wir wollten keinen Krieg. Aber so wie Somoza uns vor Jahren keine andere Wahl ließ, als zu kämpfen, so läßt uns auch die FSLN keine andere Wahl. Die Verantwortung für diesen Krieg trägt allein die Führung in Managua.

KONKRET: Wenn Ihnen die nicaraguanische Revolution nicht gefällt, dann hätten Sie sich ja auch zurückziehen können.

Pastora: Als so eine Art Frühpensionist, meinen Sie? Nein. Ich bin es den 50.000 Märtyrern Nicaraguas und dem Andenken Sandinos schuldig, daß Nicaragua zu dem wird, was es sein soll: ein freies Land. Und wenn ich dafür töten muß, töte ich. Und wenn ich dafür sterben muß, sterbe ich.

KONKRET: Macht es Ihnen nichts aus, daß Ihnen in diesem Krieg ehemalige Kampfgefährten gegenüberstehen?

Pastora: Es ist nie leicht zu töten, mag es sich nun um ehemalige Freunde handeln oder nicht.

KONKRET: Was bezwecken Sie mit Ihrem Kampf? Den Sturz der FSLN?

Pastora: Nicht unbedingt. Wir möchten die FSLN zu Verhandlungen zwingen. Aber ich bezweifle, daß das möglich sein wird. Wir werden die Neun wohl mit Gewalt aus ihren Villen holen müssen.

KONKRET: Wie wollen sie das mit Ihren 2.200 Mann bewerkstelligen?

Pastora: Das Problem, das es zu lösen gilt, ist nicht so sehr im militärischen Bereich angesiedelt als im politischen. Militärisch ist die FSLN schwer zu schlagen. Sie hat etwa 250.000 Mann unter Waffen. Man muß sie politisch besiegen. Wir bieten uns dem Volk Nicaraguas als politische Alternative an, und ich kann Ihnen versichern, daß das Volk auf unserer Seite steht.

KONKRET: Worauf stützen Sie diese Annahme?

Pastora: Ich bin kein Selbstmörder. Ich weiß, was ich tue. Wir haben vor wenigen Monaten mit 400 Leuten begonnen, heute sind wir 2.200. Wenn ich genügend Gewehre hätte, könnte ich 20.000 Mann bewaffnen. Der Andrang ist gewaltig und in Anbetracht unserer geringen Mittel nicht zu verkraften.

KONKRET: Die Mitglieder Ihrer Truppe erhalten einen Sold. Wie verträgt sich das mit den Idealen eines Befreiungskampfes? Die FSLN hat ihren Leuten keinen Cent gezahlt.

Pastora: Wie ich meinen Krieg führe, das müssen Sie schon mir überlassen.

KONKRET: Wie würden Sie die Bedingungen Ihres Krieges beschreiben?

Pastora: Die politischen Voraussetzungen sind ausgezeichnet. Wir können auf die Unterstützung des Volkes zählen. Militärisch gesehen sind die Konditionen denkbar ungünstig. Wir müssen uns durch Sümpfe und unwegsames Gelände durchschlagen. Der Regen plagt uns, die Insekten plagen uns, wir versinken bis zu den Knien im Morast, der Nachschub gestaltet sich schwierig - der Süden Nicaraguas ist eine kleine Hölle. Aber dennoch sind wir in nur wenigen Wochen tief ins nicaraguanische Territorium eingedrungen. Wir kämpfen an mehreren Fronten.

KONKRET: Warum haben Sie sich kein günstigeres Gebiet ausgesucht?

Pastora: Wir wollten Guerillafronten in Honduras eröffnen. Aber reaktionäre Kräfte haben uns daran gehindert.

KONKRET: Welche reaktionären Kräfte?

Pastora: Die Herrschaften vom CIA zum Beispiel. Die Amerikaner haben von uns verlangt, mit der FDN** zusammenzuarbeiten. Dann könnten wir alles haben: Waffen, Geld und Honduras als Draufgabe.

KONKRET: Und?

Pastora: Ich schwöre bei unseren Märtyrern, bei Gott und bei meiner Ehre, daß wir niemals mit der FDN kollaborieren werden. Der Generalstab der FDN besteht zu 100 Prozent aus Somoza-Militärs. Die FDN verkörpert die Vergangenheit. 45 Jahre lang hat die Nationalgarde gemordet, gefoltert und geplündert. Es gibt keine Familie in Nicaragua, die nicht eine Blutrechnung offen hätte. Die Amerikaner setzen auf die FDN und stellen damit ihr völliges Unverständnis unter Beweis. Sie könnten der FSLN gar keinen größeren Gefallen tun, denn wenn die Option FSLN oder Nationalgarde heißt, dann wird das Volk Nicaraguas die FSLN bis zum letzten Blutstropfen verteidigen.

KONKRET: Also bieten Sie sich als dritte Kraft an.

Pastora: Das war wohl zu erwarten. Ich bin Revolutionär und Sandinist. Ich betrachte es als meine Aufgabe, den totalitären Firnis von der nicaraguanischen Revolution abzukratzen. Die FDN ist ein mit Nationalgardisten vollgestopfter Verein, der kein Recht hat, das Wort Demokratie im Mund zu führen. Die FDN kämpft voll Haß und Vergeltungsdrang. Sie hat noch keinen einzigen Gefangenen präsentiert. Wir übergeben unsere Gefangenen dem Roten Kreuz.

KONKRET: Warum kämpfen Sie nicht gegen die FDN?

Pastora: Wie bitte?

KONKRET: Warum kämpfen Sie nicht gegen die FDN?

Pastora: Das kommt schon noch. Zuerst muß die FSLN weg. Und mit der FSLN die Kubaner, die Bulgaren, die Chilenen, die Ostdeutschen. Die Nicaraguaner müssen in der Lage sein, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Nicaragua darf kein Aufmarschgebiet für den internationalen Kommunismus sein.

KONKRET: Sie müssen zugeben, daß das, was Sie soeben gesagt haben, aus der untersten Schublade eines billigen Antikommunismus kommt. General Pinochet rechtfertigte damit seinen Putsch.

Pastora: Bleiben Sie mir mit Pinochet vom Leibe. Mit einem solchen Fossil habe ich nichts zu schaffen. Aber sehen Sie denn nicht, was in Nicaragua los ist? Vier Jahre Revolution und keine Wahlen. Vier Jahre Revolution und keine Verfassung. Vier Jahre Revolution und keine Demokratie. Die Regierungsjunta ist eine Farce, der Staatsrat ist eine Farce. Die Entscheidung liegt allein bei den Neun. Und die Neun tun, was ihnen ihre kubanischen Berater sagen. Das ist ein würdeloser Zustand.

KONKRET: Warum waren Sie nicht Nummer Zehn?

Pastora: Weil ich kein Marxist-Leninist bin.

KONKRET: Sie arbeiten mit Alfonso Robelo zusammen, einem Millionär. Haben Sie plötzlich Ihre Sympathien für den bürgerlichen Sektor entdeckt?

Pastora: Robelo ist Anti-Somozist und Demokrat. Daß er seine Millionen mit Speiseöl und Baumwolle verdient hat, stört mich nicht sonderlich. Er ist wie ich für ein gemischtes Wirtschaftssystem, freie Wahlen, Pluralismus und soziale Gerechtigkeit.

KONKRET: Woher nehmen Sie die finanziellen Mittel für Ihren Krieg? Es heißt, daß Sie 300.000 Dollar im Monat benötigen.

Pastora: Demokraten in aller Welt helfen uns. Leute, die uns schon gestern unterstützt haben, unterstützen uns auch heute. Der Kampf ist derselbe geblieben. Ich gehe zu Isidro Ursua in Mexiko und sage: Bruder, ich brauche Geld. Er gibt es mir. Ich gehe zu Tono Flores und sage, ich brauche Geld. Er gibt es mir. Ich gehe zu Rolando González und sage...

KONKRET: Und Robelo geht nach Washington und sagt...

Pastora: Das ist eine Unterstellung.

KONKRET: Was tut Robelo denn sonst in Washington?

Pastora: Wir suchen die politische Unterstützung der USA. Es geht doch nicht an, daß sie alles auf die falsche Karte, die FDN, setzen. Ich muß allerdings hinzufügen, daß uns nicht nur die Haltung der USA enttäuscht. Es ist uns unbegreiflich, daß die Sozialistische Internationale weiterhin der FSLN die Stange hält. Die SI ist doch der Ausdruck des dritten Weges. Und wir sind der dritte Weg: weder Washington noch Moskau. Ich vermute, daß der SI Nicaragua schon längst suspekt ist, aber sie wagt es nicht, mit den Neun zu brechen, um nur ja nicht den Anschein zu erwecken, die Reagan'sche Politik gutzuheißen.

KONKRET: Wie sehen Sie Ihre Chancen, den Krieg zu gewinnen?

Pastora: Gut. Wenn die FSLN so weitermacht wie bisher. Ich weiß nicht, warum die Marxisten-Leninisten immer die Bauern unterdrücken müssen. Stalin hat 20 Millionen umgebracht. Die nicaraguanischen Bauern laufen uns in Scharen zu. Erstens weil sie keinen Kommunismus wollen und zweitens, weil sie die Hungerwirtschaft satt haben. Es gibt keinen Zucker, kein Speiseöl, keine Medikamente, keine Seife...

KONKRET: Warten Sie auf eine Volkserhebung?

Pastora: Die ist schon im Gange.

KONKRET: Davon ist aber in Nicaragua nichts zu merken.

Pastora: Es steht ja keinem auf der Stirn geschrieben, was in seinem Herzen vorgeht.

KONKRET: José Figueres, Don Pepe, der alte Revolutionsführer von Costa Rica, sagt, daß er Sie liebt wie einen Sohn, aber daß Sie jetzt einen schweren Fehler machen.

Pastora: Ich liebe Don Pepe wie einen Vater, aber ich kann nicht zurück. Ich bin wie ich bin, ich tue, was ich muß.

KONKRET: Was gedenken Sie in nächster Zeit zu tun?

Pastora: Ich werde überall in Nicaragua Fronten eröffnen. Ich werde einen nationalen Krieg führen oder gar keinen. Ein Krieg ist wie ein Fußballmatch. Es gibt nur zwei Teams. Das von Humberto Ortega und meins.

KONKRET: Und die FDN?

Pastora: Die zählt nicht. Die FDN ist ein Furz im Wind. Selbst wenn sie 50.000 Mann unter Waffen hätte, könnte sie nichts ausrichten, eben weil sie politisch indiskutabel ist.

KONKRET: Angenommen den Fall, daß die USA direkt militärisch intervenieren - wo werden Sie stehen?

Pastora: Ich glaube nicht, daß die Amerikaner eingreifen werden. Aber wenn sie es tun - dann werde ich gegen sie kämpfen. Nicaragua geht nur die Nicaraguaner etwas an.

KONKRET: Ich höre, daß Sie Präsident von Nicaragua werden wollen.

Pastora: So? Die Leute reden viel. Das wird das Volk entscheiden.

Einige Tage später, am 23. Juni 1983, gab Edén Pastora bekannt, daß er aufgrund akuten Geldmangels den Kampf zeitweilig einstellen werde.

Sein Freund Robelo flog erneut nach Washington.

Am 3. Juli 1983 griff Comandante Edén Pastora überraschend das abgelegene Städtchen San Juan del Norte an. 30 nicaraguanische Milizsoldaten wurden getötet, 57 verwundet. Über die Verluste der Pastora-Truppe ist nichts bekannt.

* FSLN = Frente Sandinista de Liberación Nacional - Sandinistische Nationale Befreiungsbewegung

** FDN = Fuerzas Democráticas Nicaraguenses - Demokratische Kräfte Nicaraguas

---

Kasten ohne Titel auf Seite 38:

Als **Edén Pastora** die Front wechselte, erklärte das State Departement der USA, daß »die Administration von Präsident Reagan jetzt zweifellos eine stärkere Verhandlungsposition hat, nicht nur gegenüber Nicaragua, sondern vor allem gegenüber dem Kongreß der Vereinigten Staaten, denn wir sind nicht mehr allein, sondern jetzt ist es Pastora, der dasselbe behauptet, was wir seit langem vertreten haben«.

Pastoras ehemaliger Kampfgefährte Tomás Borge, jetzt Innenminister Nicaraguas, klagte: » Für mich ist es schmerzhaft gewesen. Aber als einer der Führer dieser Revolution bin ich gezwungen, mir darüber klar zu werden, daß dieses Phänomen weder einzigartig noch neu ist.« Das KONKRET-Interview von Marie Luise Kaltenegger dokumentiert Faszination und Verwirrung, des Ex-Revolutionärs.

Konkret 09/83, S. 40

Günter Amendt

Ist US-Präsident Reagan ein Depp?

Als Heinrich Lübke noch lebte, hatte die Politik oft was zu lachen. Bis bekannt wurde, daß er auch an der Planung von KZ-Bauten beteiligt war. Heute lachen amerikanische Intellektuelle und die liberale Publizistik über ihren Präsidenten. Nur den armen, Schwarzen und Frauen ist das lachen längst vergangen. Sie wissen, daß der Schauspieler kaltblütig die Interessen der Konzerne und Rüstungsindustrie durchsetzt.

Es häufen sich die verpatzten Auftritte. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika fällt immer häufiger aus der Rolle. Zuletzt wieder, als er vor einer internationalen Frauenvereinigung eine Grußbotschaft vortrug. Die letzten Meter zur Bühne legt er im Laufschritt zurück. Entschlossen hechtet er zum Podium. Seine getönte, von einem flüssigen Haarnetz zusammengehaltene Frisur gerät nicht in Unordnung, nur das Wangenrouge leuchtet unter der Anstrengung leicht auf. Der Präsident erscheint ohne Manuskript und vermasselt sich den forschen Auftritt mit einer sexistischen Bemerkung: »Zufällig gehöre ich zu den Männern«, sagt er und grimassiert dabei gönnerhaft hinterm Pult, »die glauben, daß wir Männer es den Frauen zu danken haben, daß wir heute nicht mehr in Tierfellen mit der Keule in der Hand herumlaufen.« Geraune im Publikum, Schweigen der Mehrheit. Die Pointe ging daneben. Trotz Kosmetikberater sah der Präsident ziemlich alt aus, jeder Schritt, jede Bewegung ein falscher Jüngling. Gewöhnlich sind Reagans Auftritte bis ins letzte Detail vorbereitet und - werbetechnisch gesehen - zielgruppenorientiert. Die Choreographie solcher Auftritte und ihre Wirkung auf Journalisten beschreibt ein US-amerikanischer Fernsehreporter: »Beobachten Sie ihn einmal am Ende einer Pressekonferenz. In seiner Körpersprache gibt er uns zu verstehen: 'Mein Gott, ich möchte jetzt wirklich nicht gehen, das ist einer der schrecklichsten Augenblicke meines Lebens.' Und wenn er in einen Raum tritt, ist er jedesmal so erfreut darüber, ausgerechnet Sie zu sehen, daß man als gewöhnlicher Mensch natürlich auf so etwas reagiert. Er macht die Leute glauben, daß er sie mag.«

Zu einigen Journalisten unterhält der Präsident geradezu kumpelhafte Beziehungen. Als aber ausgerechnet Reagans Kumpel unter den Reportern, die, denen er dauernd auf die Schulter klopft und die er beim Vornamen nennt, ihn wegen der Carter-Papiere, die auf bisher ungeklärte Weise bei Reagans Wahlkampfmannschaft gelandet waren, in die Mangel nehmen und die Frage nach der moralischen Glaubwürdigkeit seiner Kampagne stellen, gerät der Präsident beinahe aus der Fassung. Genüßlich breitet Paul Slansky in der »Village Voice«, New Yorks etabliertem Alternativblatt, diese als »debategate« öffentlich festgehaltene und andere Fehlleistungen und Entgleisungen aus.

Da gab es ein Treffen mit Bürgermeistern, wo Reagan den einzigen Schwarzen unter seinen Ministern nicht erkannte.

Da gab es ein Staatsbankett in Brasilien, wo Reagan nicht wußte, wo er gerade war. Da war die Geschichte, als er während eines Treffens mit dem Papst einschlief. Da war die Pressekonferenz, auf der er den Namen seines Hundes nicht nennen konnte und ihn einfach »Lassie« nannte. Da war der Gipfel von Williamsburg, wo Reagan sich vor Mitarbeitern brüstete, er habe, anstatt sich auf die Gespräche des nächsten Tages vorzubereiten, alle Konferenzpapiere beiseite gelegt, um vor dem Bildschirm »eine Nacht mit Julie Andrews zu verbringen«. Es muß der »einfachste Job in Amerika« sein, wundert sich Slansky.

Is Reagan a fool? Is he or is he not? In Teilen der Öffentlichkeit wird er behandelt, als wäre er ein Depp. Die »Washington Post« beklagt sich: »Man lobt ihn für das Gewöhnliche, das einmal als das galt, was man von einem Präsidenten erwarten durfte.« Seine gelegentlich gezeigte Fähigkeit, Fakten zu nennen, wird wie ein Triumph gefeiert, wo sie doch nur Routine sein sollte. Es gilt als Spitzenmeldung, wenn er eine politische oder ökonomische Diskussion mit einer passenden Bemerkung beehrt und nicht mit einer Anekdote aus seinen Tagen in Hollywood.

Die Diskussion über Reagans Geisteszustand und seine Fähigkeit mitzubekommen, was um ihn herum passiert, ist also auch in den USA in vollem Gange.

Doch nicht ganz ohne Grund rechnen Reagans Berater mit dem Abnützungseffekt dieser Diskussion. Der Nachrichtenwert von Reagans Fehlleistungen geht gegen zero. Es scheint, als werde die Washingtoner Presseszene von einer schleichenden Lähmung erfaßt. In Slanskys »Village-Voice«Artikel erinnert sich ein Journalist der Agentur ABC. Die Geschichte spielt im vergangenen Dezember, als der Präsident eine Gruppe Parteiführer ins »Weiße Haus« bestellte. Er wollte mit ihnen einen Kompromiß in der MX-Frage aushandeln.

Nach dem Treffen tritt Reagan vor die Presse, erklärt, man habe einen Kompromiß erzielt, will diese Mitteilung als persönlichen Erfolg darstellen und kann dann die Einzelheiten eben dieses Kompromisses nicht nennen. »Anfangs waren wir alle überrascht über derartige Dinge, aber nachdem man das zehnte Mal gesagt oder geschrieben hat, daß der Präsident nicht besonders über sein eigenes Programm oder den Zustand der Welt im allgemeinen informiert zu sein scheint, hört man irgendwann auf, es weiter zu sagen oder zu schreiben. Ich kann nicht jeden Bericht beenden, indem ich sage 'und nebenbei: der Präsident zeigte heute mal wieder, daß er über die Punkte X, Y und Z nicht Bescheid wußte.'«

Is he or is he not?

Eine Nummer drauf bekommt Slansky von seinem »Village-Voice«-Kollegen John Cockburn eine wütende Antwort: »Reagan is no fool«, er ist alles andere als ein schräger alter Depp. »Reagan ist Reagan, ein wahnsinnig gefährlicher, mit allen Hilfsquellen ausgestatteter, unbeugsamer Präsident.« Und in der Tat, Reagan hat praktisch alles erreicht, was zu erreichen er sich vorgenommen hat. Er hat alle Waffenprogramme durchgesetzt, alle. Nur Zeitverzögerungen bei der Entwicklung neuer Programme muß er in Kauf nehmen. Aber wer sagt denn, daß er die nicht einkalkuliert hatte. Reagans Taktik bei der Durchsetzung seiner Ziele ist so tumb und plump wie sie erscheint. Er fordert, um ein Rüstungsprogramm durchzusetzen, eine absurd hohe Summe und gibt sich schließlich mit Zweidritteln oder der Hälfte zufrieden. Seinen Gegnern in Senat oder Repräsentantenhaus verschafft er so noch die Befriedigung und das Wahlkampfargument, dem Präsidenten etwas abgerungen zu haben, was der allerdings gar nicht einkalkuliert hatte. Den höchsten Rüstungsetat aller Zeiten wird er trotzdem erreichen.

Is Reagan a fool? Is he or is he not? Schwer einzuschätzen, wie verbreitet die in der »Village Voice« gezeigte Haltung ist. Ich habe sie unter Intellektuellen oft angetroffen. Deren Hohn, Verbitterung und Zynismus wurden nicht selten mit einer Anekdote über Reagans Anekdoten unterstrichen. Reagan sei, meint John Cockburn, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, ein hoch ideologischer Präsident. Nun waren auch die anderen, besonders Carter, nicht unideologisch. Aber keiner war so konsequent und ungebrochen auf eine Ideologie festgelegt, die noch in jeder politischen Entscheidung transparent wird.

Würde sich die liberale Öffentlichkeit und ihre Presse einfach nur an Reagans öffentliche Absichtserklärung halten, dann könnte sie sich beispielsweise das Rätselraten über die Absichten des Präsidenten in Zentralamerika ersparen.

Reagan sagt, was er vorhat und was er will. Er sagt aber immer nur so viel, wie er zu sagen braucht, um sich verständlich zu machen. Sein Endziel hat er ausformuliert - mehrfach. Er will die Guerilla in EI Salvador vernichten, der Konterrevolution in Nicaragua zum Sieg verhelfen, die kubanische Revolution auslöschen und die Sowjetunion zur Änderung ihres Systems zwingen - also niedermachen.

Als Reagan seine Flotte in den Golf von Fonseca schickte, begründete er die Seemanöver mit der Absicht, den Waffennachschub nach EI Salvador zu unterbinden. Das reichte als Begründung einigen Abgeordneten nicht aus. Reagan schob nach und verschärfte so die politische Lage. Jetzt gab er auch zu, daß er Druck auf die Regierung von Nicaragua ausüben wolle, um die zu zwingen, Reformen in seinem Sinne durchzuführen. Was das bedeutet und wohin das führt, kann sich jeder ausrechnen. Das Rätselraten über Reagans wahre Ziele hört aber dennoch nicht auf.

Begierig wird vielmehr aufgegriffen, was hilft, die konsequente und gewaltsame Logik seiner Politik zu verdrängen. In der »New York Times« wird über eine Spaltung des CIA spekuliert. Der gefechtsbereite Flügel habe die Oberhand gewonnen und sich quasi verselbständigt. Vor allem aber, und da wird dann wieder der Depp ins Spiel gebracht, sei die Flotte logistisch überhaupt nicht auf kriegerische Auseinandersetzungen eingerichtet. Sie habe nicht einmal ausreichend scharfe Munition an Bord. In Militärkreisen sei Unmut über Reagans Militärpolitik aufgekommen, man zweifle an seinen Fähigkeiten als oberster Kriegsherr. Die Flotte werde sich im Falle eines Angriffs zwar zu verteidigen wissen, im übrigen aber zurückziehen, erklärt Außenminister Shultz Anfang August. Warum soll man ihm das nicht glauben? Wie wär's denn damit? Um von »Freeze« und den Genfer Verhandlungen abzulenken, wurde »debategate« inszeniert. Um von »debategate« abzulenken, wurde die Flotte in See geschickt. Ich habe mit Leuten gesprochen, die Reagans Politik genau so sehen. Doch wovon soll die Flotte ablenken, einmal davon abgesehen, daß sie Reagans rechtsradikalen Anhängern auch imponieren soll. Von wo aus die Invasion Nicaraguas erfolgen soll, ist klar zu erkennen, allerdings nur, wenn man überhaupt bereit ist, Reagan zu unterstellen, er plane eine Invasion. Die ersten Fernsehbilder zeigen, daß die Operationen in Honduras dem Aufbau einer Logistik gelten. Sowohl politisch wie militärstrategisch wäre es überflüssig und unsinnig, Nicaragua vom Pazifik her anzugreifen. Noch allerdings hat Reagan zuhause für eine Invasion politisch keine ausreichende Unterstützung. Meinungsumfragen zeigen, daß etwa die Hälfte der US-Bevölkerung die Zentralamerikapolitik Reagans ablehnt und etwas mehr als die Hälfte davon überzeugt ist, daß diese Politik die Kriegsgefahr erhöht. Umfragen zeigen aber auch, daß ein großer Teil der Bevölkerung überhaupt nicht weiß, worum es da unten am Südzipfel ihres Kontinents eigentlich geht, welche Gruppen und Regierungen von Reagan unterstützt und welche bekämpft werden. Und noch ein Umfrageergebnis: Reagans Popularität nimmt zu. Experten führen das auf die Erfolge seiner Wirtschaftspolitik zurück. Wenn er aber eine Mehrheit für seine Wirtschaftspolitik findet, dann sollte er es auch schaffen, einer Mehrheit klar zu machen, um was es in Zentralamerika geht und zwar so, daß die Leute glauben, es ginge um sie. Dafür hat er sich zwischen sechs und acht Monaten Zeit gelassen. Auf diesen Zeitraum sind die Manöver in Honduras terminiert. Sollte er es aber wider Erwarten nicht schaffen, die Bevölkerung und die Öffentlichkeit so umzustimmen, daß er ein Abenteuer wagen kann, hat er immer noch Zeit bis zur zweiten Amtsperiode. Die inzwischen in Honduras errichteten Stützpunkte werden bis dahin nicht vergammeln. Re4gan wird rechtzeitig das Standbein wechseln und auf die Erfolge seiner Wirtschaftspolitik verweisen. Diese Erfolge kann er ja schon heute großen Teilen der Bevölkerung suggerieren, auch wenn das Land im Elend versinkt und die Zahl der Arbeitslosen konstant bleibt. An der neuesten Statistik wurde, so die »New York Times«, herumgefingert: »Auch wegen technischer Tricks bei der Erhebung der Daten wuchs die Zahl der Arbeitssuchenden im Juli nicht wie gewöhnlich.« Reagan und die Arbeitslosenstatistik, ein Kapitel für sich. Mal wird die Armee als Arbeitgeber einbezogen, mal wird sie ausgelassen; ganze Gruppen werden je nach Bedarf erfaßt oder »vergessen«. Macht nichts.

Reagans Rechenkunst entspricht seinem einfachen Weltbild. Er denkt in gröbsten Rastern und kann sich das leisten. Er hört von zehn Prozent Arbeitslosen und sieht die neunzig Prozent, die Arbeit haben. Auf die baut er. Er baut auf die sozialen und politischen Mechanismen einer Gesellschaft, in der die Vereinzelung der Menschen und ihre Entsolidarisierung in einer Weise fortgeschritten ist wie wohl sonst nirgendwo.

Daß in New York die Arbeitslosenzahl steigt, daß Hunderttausende unterwegs auf der Suche nach Arbeit und vorläufig nicht erfaßbar sind, daß in manchen Städten und Regionen die Arbeitslosigkeit überproportional hoch ist, daß Schwarze besonders betroffen sind, daß die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen dramatisch ist, daß sie unter farbigen Jugendlichen bei fünfzig Prozent liegt, daß die Frauenarbeitslosigkeit die der Männer übersteigt, das alles interessiert ihn nicht angesichts des Wahlverhaltens gerade dieser Gruppen. Als vor einigen Wochen bekannt wurde, daß die Zahl der Hungernden in den USA drastisch gestiegen sei und das Niveau der 60er Jahre erreicht habe, hielt Reagan in der bekannten Manier den Kopf schief und sagte treuherzig, er sei perplex. Damals, in den 60er Jahren, war die »Entdeckung« der Armut in Nordamerika immerhin Anlaß, einen »Krieg gegen die Armut« (war on poverty) auszurufen, eine bezeichnende Sprachschöpfung für eine Gesellschaft im Niedergang, die beim Versuch, ihren Untergang aufzuhalten, selbst innere Konflikte nur mit einem Krieg für lösbar hält. Für Reagan ist die neueste Statistik, die ein Ansteigen der Armutsrate auf 15 Prozent registriert, nur Anlaß, unbeirrt seinen Krieg gegen die Armen fortzusetzen. Er treibt das Spiel des überraschten Naiven auf die Spitze, als er eine Kommission einsetzt, die die Ursachen des Problems untersuchen soll. Als habe es nicht eine Konferenz der Bürgermeister hungernder Städte gegeben, wo die Ursachen des Hungers deutlich benannt wurden, als sei nicht im vergangenen Winter in einigen Städten der Hungernotstand ausgerufen worden, als habe nicht er mit der Beschneidung der Lebensmittelprogramme und der Zerstörung der Verteilungssysteme das Problem selbst verursacht. Reagan denkt weiter als viele seiner Kritiker ihm zutrauen. Er weiß, daß ihm von den an den Rand Gedrängten politische Gefahren drohen, er weiß, daß er die Problemgruppen unter Kontrolle halten, daß er jeden Versuch, Protest und Widerstand zu organisieren, unterbinden muß. Es genügt also nicht, den Armen das Brot zu rauben, er muß auch deren Hilfsorganisationen ihrer Wirksamkeit berauben. Hierfür benutzt er das Instrument der Budgetkürzung. Wirkungsvoll, wie sich zeigt, denn in der Zeit höchster Not hat die Zahl privater Hilfsorganisationen erstmals seit einem Jahrzehnt um zehn Prozent abgenommen. Das Instrument greift, doch Reagans Beamten reicht das nicht aus. Sie suchen nach administrativen Möglichkeiten, die verbleibenden Hilfsorganisationen politisch zu entmachten. Jeder Versuch, im Interesse ihrer Klienten politisch Einfluß zu nehmen, soll unterbunden werden. Private Hilfsorganisationen sollen ausschließlich Verteilungsstellen staatlicher Mittel und privater Spenden sein. Aber selbst die Möglichkeit, private Spenden zu sammeln, soll beschnitten werden, und neuerdings wird zusätzlich erwogen, den Hilfsorganisationen den bevorzugten Steuerstatus zu nehmen. »Defunding the left«, der Linken die Mittel zu entziehen, sie materiell auszutrocknen, ist das Ziel der »Neuen Rechten«, auf die sich Reagan stützt und deren Politik er konsequent verfolgt.

Das soll die Politik eines Deppen sein? Der Mann kann seinen Hund ruhig mal Lassie nennen. Darauf scheißen Herr und Hund. Wie typisch sind meine Beobachtungen? Ich hoffe, sie sind ungenau und übertrieben dargestellt. Für eines aber verbürge ich mich: Reagan is a fool. Der Mann zieht unbeirrt seine Bahn und steuert auf eine zweite Amtszeit zu. Man hat mir niemanden nennen können, der sich ihm mit Aussicht auf Erfolg entgegenstellen könnte. Viele Amerikaner wissen, was Reagan will; und sie wollen, was sie wissen, auch wenn die meisten nicht in der Lage sein dürften, die Folgen abzusehen. Diskussionen wie in der »Village Voice« tragen wenig zur Aufklärung bei. Reagan baut auch auf die politische Selbstkastration der liberalen Publizistik, die sich an Randerscheinungen festbeißt. Er baut auch auf den machtlosen Zynismus der Intelligenz, deren Widerstand gegen den Vietnamkrieg, nicht zuletzt auch in der »Village-Voice« publizistisch zusammengefaßt, einmal ein Machtfaktor war.

Konkret 09/83, S. 44

Handlich

Was deutsche Demonstranten im Herbst erwartet, wenn sie gegen die Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen demonstrieren, zeigten unsere US-Besatzer beim Flugtag in Ramstein. Mit dem Schnellfeuergewehr in Schach gehalten, wurden die Friedensfreunde von amerikanischen Soldaten mit schmerzhaften Fesseln stillgelegt, verpackt und abtransportiert

Auf dem NATO-Luftwaffenstützpunkt Ramstein herrschte bestes Flugwetter. Am Himmel demonstrierte die US-Air Force den Besuchern des Flugtages, wie elegant Kampfflugzeuge fliegen können. Am Boden demonstrierten einige Mitglieder rheinland-pfälzischer und saarländischer Friedensgruppen. Mit Spruchbändern »Rüstung tötet« - »Nie wieder Krieg« und »Stoppt die Atomwaffen« versuchten sie darauf hinzuweisen, daß die Jagdflugzeuge neben der Kür auch die Pflicht beherrschen. Das gefiel unseren amerikanischen Freunden und Besatzern überhaupt nicht. Sie fesselten die Demonstranten kurzerhand mit Plastik-Schnüren der Revolver-Firma »Smith & Wesson«. Handlich verpackt konnten sie so auf Militärlastwagen abtransportiert werden.

Auch die deutsche Polizei benutzt seit einiger Zeit diese zuvor nur gegen Schwerstkriminelle eingesetzten »Einweg-Fesseln«. Einmal um die Arme geschlossen, lassen sich diese Plastikschnüre nur noch mit einer Eisenzange, einem sogenannten Seitenschneider, öffnen. Bewegt sich der Demonstrant oder die Demonstrantin, zieht sich die bereits eng angelegte Schlinge immer weiter zu. Die Handgelenke werden gequetscht, Venen abgeklemmt und das Blut gestaut. Der Schmerz ist höllisch. Die Nervenstränge, die zwischen Elle und Speiche des Handgelenks eingequetscht werden, mindern das Gefühl im Daumenbereich. Die Heilung dieser inneren Verletzung kann bis zu acht Wochen dauern.

Bei den letzten Demonstrationen in Krefeld und Berlin probte die deutsche Polizei mit diesen »Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt«, zu denen die Fesseln rechtlich nach den Landespolizeigesetzen gehören. Übungen für den Herbst.

Konkret 09/83, S. 46

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche
Dackel und Dividenden

Mehr als ein halbes Jahr ist er schon Gewerkschafts-Vorsitzender. Für wen er tätig ist, hat er bis heute noch nicht verraten. Doch was er seither getan hat, läßt sich nachweisen.

Als der SPD-Abgeordnete Hermann Rappe im Dezember vergangenen Jahres mit 298 gegen 102 Stimmen zum Vorsitzenden - einige sagten damals schon: zum Chef - unserer drittgrößten Gewerkschaft gewählt wurde, da freute sich das Organ der bundesdeutschen Großindustrie aus drei Gründen über den neuen Anführer der IG Chemie, Papier, Keramik. Erstens, so schrieb die »Frankfurter Allgemeine«, stehe Rappe innerhalb der Gewerkschaftsbewegung »eher auf den Schultern von Georg Leber* als von Viktor Agartz**«. Zweitens entspreche der SPD-Kanaler der Redaktionsmeinung über August Bebel: »Stets so gut mit Weste gekleidet, daß er an jedem Vorstandstisch Platz nehmen könnte. So wünschte sich August Bebel den Anblick eines Sozialdemokraten im Reichstag«. Und drittens sei der Erwählte »trotz seiner doppelten Bindung an SPD-Politik und Gewerkschaftsbewegung als Privatmensch erkenntlich geblieben«. Denn: »Er wandert gern mit seinem Kurzhaardackel.«

Solches Lob von Gewerkschaftsgegnern war keine unverdiente Beleidigung des neuen Vorsitzenden. Kaum im Amt suchte er mit einem Sofort-Programm - jeden Monat eine gute Tat - die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen.

Januar '83. Als erste Amtshandlung tritt der neue Vorsitzende vor dem Mikrophon des Süddeutschen Rundfunks in Stuttgart seinem Kollegen von der dort ansässigen IG Druck mit dem rechten Wanderstiefel kräftig gegen das linke Schienbein. Leonhard Mahlein sei, so denunziert Hermann Rappe, eine »Aktionseinheit mit Kommunisten« eingegangen. Anlaß der Anschwärzerei: Der IG-Druck-Vorsitzende hatte zum 50. Jahrestag der Machtüberlassung an die Nazis einen Aufruf »Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg« unterschrieben. Das war unzulässig. Erstunterzeichner Mahlein hätte verhindern müssen, daß nach ihm auch Kommunisten ihre Namen unter den Aufruf setzten.

Februar '83: Vorsitzender Rappe, der »unbedingten Gehorsam und Unterordnung« (»Frankfurter Rundschau«) fordert, säubert seine alte Basis. Er zerschlägt - Rache für die 102 Gegenstimmen - das Zentrum der innergewerkschaftlichen Opposition: die Verwaltungsstelle in Münden, aus der er selbst einst als Gewerkschaftssekretär hervorgegangen war, soll um zwei Drittel verkleinert werden. Grund: Die Verwaltungsstelle Münden habe den Hauptvorstand seit vielen Jahren geärgert, und man wolle sich dies nicht gefallen lassen. So gibt ein Mitglied des aus Protest zurückgetretenen Mündener Vorstands die Worte des Großen Vorsitzenden aus Hannover wieder.

März '83: Vorsitzender Rappe zeigt seinen Kollegen von den Schwester-Gewerkschaften, was Solidarität ist. IG Druck, IG Metall und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hatten für 1984 den Einstieg in die 35-Stunden-Woche angekündigt. Rappe aber schließt für die IG Chemie einen Tarifvertrag ab, der die 40 Stunden-Woche bis zum Jahr1987 festschreibt. Eugen Loderer von der IG Metall, der für 1984 die schwierigste Zeit seit dem Krieg erwartet, blieb nur die Feststellung, daß die IG Chemie »als Bündnispartner für eine Gewerkschaftspolitik der Arbeitszeitverkürzung« ausfalle.

April '83: Vorsitzender Rappe erdient sich die Schlagzeile der »Welt«: »Offene Flügelkämpfe in der SPD - IG-Chemie-Chef Rappe warnt: Als linke Protestpartei geringe Chancen«. Im Baunatal bei Kassel bedrohte er die Anhänger eines rot-grünen Bündnisses: »Eine linke Protestpartei muß die Arbeitnehmer verunsichern.«

Mai '83: Vorsitzender Rappe tingelt für die Nachrüstung. Er distanziert sich »eindeutig von Ratschlägen und Überlegungen der letzten Tage« - Gemeint ist der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, der einen Generalstreik gegen die Raketenaufstellung ins Gespräch brachte. Es sei »zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Situation vorstellbar, die die Frage Generalstreik aufwirft«. Noch Wochen später erregt er sich über den Vorschlag des Parteivorsitzenden Vogel, die Friedensbewegung als »kritischen Bündnispartner« der SPD zu bezeichnen: »Damit sind wir auf keinen Fall einverstanden.« Die Friedensbewegung sei nur ein »Ersatzreifen«, und der NATO-Doppelbeschluß solle ja »auch Druck auf Moskau ausüben«.

Juni '83: Vorsitzender Rappe zeigt, was ein Klassenkampf ist. Er verrät der »Welt«, daß bestimmte Gruppen, die sich kein politisches Störpotential mehr aus der Agitation gegen die Kernkraft-Industrie erwarteten, jetzt die Chemie-Unternehmen zum neuen Ziel ausersehen hätte. Die Kritik der Umweltschützer an den Dreckproduzenten interessiert Rappe wenig. Dividenden müssen gezahlt werden. Denn: »Wer Geld anlegt, der will auch verdienen.« Auf keinen Fall dürfe zugelassen werden, daß Hauptversammlungen der Chemie-Konzerne »zu politisierten Diskussionen über den Bestand der Industrie umfunktioniert« würden. Dagegen werde sich seine Gewerkschaft zur Wehr setzen. Umweltbewußt hatte Vorsitzender Rappe sich schon sechs Wochen zuvor in seinem Kampforgan »Bild am Sonntag« unter der Überschrift »Arbeiter aller Länder vereinigt Euch zum Umweltschutz« für saubere Flüsse eingesetzt. Er hatte nämlich »in ganz Europa noch nie so

einen verschmutzten Fluß gesehen« wie die russische Wolga. Auf diesem klaren Klassenstandpunkt konnte Rappe als Aufsichtsratsmitglied von Bayer die Augen vor dem Rhein schließen, dessen feste Bestandteile von Rechts wegen dem Giftgiganten gehören.

Juli '83: Vorsitzender Rappe verteidigt uns gegen einen Anschlag der IG Metall. Deren Stuttgarter Bezirksleiter Franz Steinkühler schlug vor, am 19. Oktober zehn Minuten die Arbeit ruhen zu lassen, um der 65 Millionen Toten der Weltkriege zu gedenken und vor einer Stationierung neuer Atomraketen zu warnen. Sofort überzieht Rappe Steinkühler mit Kritik - tatsächlich war es bisher ungeschriebenes Gesetz, daß bundesdeutsche Arbeitnehmer nur für verdiente bundesdeutsche Arbeitgeber wie Hanns-Martin Schleyer Gedenkminuten einlegen dürfen.

August '83: Bis Redaktionsschluß wurde in diesem Monat noch keine gewerkschaftsfeindliche Aktivität des Vorsitzenden Rappe bekannt - wandert er mit seinem Kurzhaardackel?

---

* Ehemaliger SPD-Verteidigungsminister, betätigte sich als Schutzherr rechtsextremistischer Offiziere und verfolgte gewerkschaftlich organisierte Soldaten

** Von Adenauer verfolgter Gewerkschaftspolitiker, der maßgeblich am Aufbau des DGB beteiligt war

Konkret 09/83, S. 48

Hoimar von Ditfurth; Hermann L. Gremliza

Ist Widerstand gegen Atomrüstung legal?

Hoimar von Ditfurth fragt nach den Grenzen der Mehrheit. Hermann L. Gremliza antwortet.

In der Diskussion über die » Nach-Rüstung«, die uns noch einige Zeit in Atem halten wird, taucht auf der Seite der Befürworter immer wieder ein Argument auf, dessen spezifische Wirkung darauf beruht, daß es das Weiterdenken von einem bestimmten Punkt ab zu verbieten scheint. Es besteht in der Berufung auf die demokratische Legitimation der Regierung, die den sogenannten »Doppelbeschluß« vertritt und durchzusetzen entschlossen ist - vorhersehbar in der Form der Aufstellung von Raketen eines neuen Typs auf bundesrepublikanischem Boden.

Wer es wagt, die Frage aufzuwerfen, ob und in welcher Form Widerstand gegen den manchem heute schon unabwendbar scheinenden Gang der Dinge berechtigt sein könnte, sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, er verstoße gegen die Spielregeln der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Zu diesen zähle, so heißt es dann, nun einmal die Pflicht eines jeden guten Demokraten, Mehrheitsentscheidungen auch dann als letztes, endgültiges Wort zu akzeptieren, wenn sie der eigenen Überzeugung widersprächen. Unter der Überschrift »Wenn Widerstand zur Losung wird« hat auch Theo Sommer in der »Zeit« kürzlich so argumentiert und eindringlich an die unbestreitbar fatalen Folgen erinnert, die sich für unsere Gesellschaft ergäben, wenn jede Minorität sich das Recht herausnähme, darüber zu befinden, welche Gesetze oder parlamentarischen Entscheidungen sie zu respektieren gedenke und welche nicht.

Darauf ist, in so allgemeinem Rahmen, in der Tat nichts zu erwidern. Die Alternative zum Prinzip der Entscheidungsfindung durch Mehrheitsbeschluß ist das Chaos - oder, schlimmer noch, die totalitäre Diktatur. Nun macht aber auch ein noch so anerkanntes und bewährtes Prinzip die Frage nach Ausnahmen von der Regel weder überflüssig noch gar unmoralisch. Es muß erlaubt sein, sie zu stellen und zu erörtern. Im Falle der öffentlichen »Nachrüstungs«-Debatte ist es sogar höchste Zeit, das zu tun, und zwar aus zwei Gründen.

Der Hinweis auf den mehrheitlichen Charakter der Entscheidung, welche die Befürworter der Nachrüstung ihren Kritikern entgegenhalten, ist erstens kein »absolutes« Argument. Selbst Nachrüstungsgegner glauben das irrtümlicherweise. Das ist jedoch falsch, denn es gibt Präzedenzfälle, die es relativieren: Majorität legitimiert schon bisher keineswegs jede Entscheidung ohne Ausnahme. Der Verfassungsrichter Helmut Simon hat daran auf dem evangelischen Kirchentag in Hannover in einer beachtenswerten Rede erinnert.

Mehrheiten dürfen schon heute nicht alles. Sie dürfen - ich folge hier der Argumentation Simons - z.B. keinen Angriffskrieg führen. Sie dürfen ihn nicht einmal planen. Sie dürfen ihre eigene Abwählbarkeit nicht aufheben, ja sie dürfen nicht einmal den Zeitrahmen für diese Entscheidung nach ihrem Belieben abändern.> Ihre Mehrheit mag noch so groß sein, nichts kann sie dazu legitimieren, die ihnen als regierende Partei oder Koalition zu Gebote stehenden Mittel zur Ausschaltung ihrer politischen Opponenten einzusetzen. Sie dürfen die Todesstrafe nicht einführen. Sie dürfen die Menschenrechte nicht beschneiden. Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Einschränkungen.

»Majorität« liefert also nicht in jedem Falle, gleichsam von selbst, das Material zu einer Keule, mit der sich mundtot schlagen lassen muß, wer immer die Stirn hat, nach ihrer Legitimation zu fragen. Auch angesichts mehrheitlich zustandegekommener Entscheidungen darf es daher nicht prinzipiell verboten sein, nach schwachen

Stellen der Legitimation zu fahnden und diese zu diskutieren.

Die zitieren Ausnahmen führen darüber noch hinaus. Das wird erkennbar, sobald man sich die Frage vorlegt, was sie eigentlich miteinander verbindet. Ihr kleinster gemeinsamer Nenner ist nicht, wie mancher glaubt, die Tendenz des Schutzes parlamentarisch-demokratischer Strukturen. Das Verbot der Todesstrafe z.B. hat mit ihnen unmittelbar nichts zu tun. Was hat es dann mit den anderen Beschränkungen gemein: dem Verbot der Führung von Angriffskriegen, von Einschränkungen der Menschenrechte, der Entmachtung des politischen Gegners?

Ich möchte in Übereinstimmung mit H. Simon darauf hinweisen, daß die grundsätzliche Irreversibilität der Entscheidung, um die es in jedem dieser Ausnahmefälle geht, das ihnen gemeinsame, sie bei aller sonstigen Verschiedenheit verbindende Kriterium bilden könnte. Wenn das zutrifft, dann drückte sich in ihnen also die Absicht des Gesetzgebers aus, der parlamentarischen Mehrheit die Entscheidung in den Fällen vorzuenthalten, in denen sich das Ergebnis nachträglich, etwa bei geänderten Mehrheitsverhältnissen oder nach einem Sinneswandel, nicht grundsätzlich wieder rückgängig machen ließe. Eine wahrhaft demokratische Tendenz. Eine Tendenz, die das demokratisch unverzichtbare Prinzip, nach dem die Minderheit sich der Mehrheit freiwillig zu unterwerfen hat, überhaupt erst zumutbar werden läßt.

Aber wenn das so ist, dann dürfen wir auf gar keinen Fall außer acht lassen, daß das Widerstandsrecht im Falle der Nach-Rüstung im Ausnahmekatalog des Grundgesetzes vielleicht nur deshalb unerwähnt geblieben ist, weil es nukleare Raketen des Typs Pershing II noch nicht gab, als das Gesetz formuliert wurde: Raketen, die nicht durch blinde Zerstörungskraft der

Abschreckung dienen, sondern Raketen, die mit relativ kleinen nuklearen Sprengköpfen Punktziele zu zerstören gestatten, und die daher das bestehende, ohnehin prekäre Gleichgewicht destabilisieren werden.

Es bedarf keiner Begründung, warum die Nach-Rüstung für uns in der Bundesrepublik unter diesen Umständen zu »irreversiblen Konsequenzen« führen könnte. Wer den Gedanken an Widerstand gegen die Aufstellung solcher Waffen verfassungswidrig nennt, muß sich daher vorhalten lassen, daß er mit seinem Urteil den Absichten der Väter des Grundgesetzes zuwiderhandelt. Denn der übliche Umkehrschluß, die Nichterwähnung des Widerstandsrechts sei identisch mit einem grundgesetzlichen Widerstandsverbot, ist im Fall der Nach-Rüstung alles andere als überzeugend.

Es wäre ganz im Gegenteil doch eine höchst seltsame Annahme, daß die Väter unserer Verfassung es für notwendig gehalten haben könnten, zwar die demokratische Grundordnung vor der Möglichkeit einer Manipulation durch parlamentarische Mehrheiten zu schützen, nicht jedoch den physischen Fortbestand der gleichen Gesellschaft. Die ist um so unglaubhafter, als die Aufstellung der Pershing II außerdem auch noch die Verantwortung für unsere Überlebensaussichten an eine fremde Macht delegieren und sie deren globalstrategischen Interessen unterordnen würde.

Mit all dem soll nicht bereits gesagt werden, das Recht auf Widerstand in irgendeiner Form sei in diesem Falle gegeben. Es wird lediglich behauptet, daß die Diskussion noch gar nicht bis zum Kern des Problems vorgestoßen ist.

Die Kraft des Mehrheitsarguments in der Nachrüstungsdebatte muß aber noch aus einem zweiten Grund als fragwürdig gelten. Die parlamentarische Mehrheit, auf die sich die Befürworter der Raketenaufstellung berufen, ist nämlich durch ein typisches Kopplungsgeschäft zustandegekommen. In Kopplungsgeschäften aber steckt immer ein fauler Kern.

Jeder kennt die Geschichte von dem Viehhändler, der mit seiner Herde auf dem Wege zum Markt in ein schweres Gewitter gerät. In seiner Todesangst gelobt der Mann, den Erlös für seine beste Kuh der Kirche zu stiften, wenn er heil davonkommt. Und dann steht er mit allen seinen Tieren auf dem Markt und muß das Gelübde einlösen. Was tut er? Er bietet die Kuh für ganze 3 Taler an und verkündet gleichzeitig, daß er sie nur zusammen mit einem Huhn verkaufen werde, dessen Preis er auf 300 Taler festsetzt. Niemand kann ihm widersprechen, wenn er behauptet, er habe sein Gelübde wortwörtlich erfüllt. Daß er es in einem höheren Sinne dennoch gebrochen hat, wird allerdings ebenfalls niemand von uns bezweifeln.

Und wie war das denn nun am 6. März 1983? Wurden wir alle da nicht mit Nachdruck aufgefordert, »den Aufschwung zu wählen«? Ging es da nicht etwa ausdrücklich, und in der Wahlpropaganda sogar ausschließlich, um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, um die Lockerung von Investitionsbremsen, um die Gewinnung neuen Vertrauens in die eigene wirtschaftliche Kraft, um die Chancen für Wachstumsimpulse? Und wurde gleichzeitig parteiintern etwa nicht dringend davor gewarnt, einen »Raketen-Wahlkampf« zu führen?

Die Blauäugigkeit, mit der gewisse Leute heute behaupten, »der Wähler« habe sich am 6. März mit der der Regierungskoalition zuteilgewordenen Mehrheit auch für den Doppelbeschluß und damit letztlich für die Aufstellung der neuen Raketen ausgesprochen, ist bei der Vorgeschichte nur mit der Chuzpe zu vergleichen, mit der sich der Viehhändler, formal unangreifbar, der Erfüllung seines Gelübdes entzog.

Alle Mutmaßungen und alle sich daran anknüpfenden unschönen Verdächtigungen ließen sich unschwer ausräumen: Die regierende Koalition brauchte lediglich von der ihr jederzeit offenstehenden Möglichkeit Gebrauch zu machen, sich das Mandat zur Aufstellung der amerikanischen Raketen auf unserem Boden durch eine konsultative Volksbefragung bestätigen zu lassen. Voraussetzung wäre selbstverständlich eine vorangegangene öffentliche Diskussion, in der alle Argumente pro und contra ausgewogen zur Geltung kommen. Nur ein für die Regierung positiver Ausfall einer solchen Befragung würde ihr Mandat in der Nachrüstungsfrage, das aus den genannten Gründen vorerst als fragwürdig angesehen werden muß, jedem denkbaren moralischen und legalen Zweifel entziehen. Der Aufwand erscheint gering. Denn auf dem Spiel stehen nicht nur unsere Überlebensaussichten, sondern auch der demokratische Grundkonsens in unserer Gesellschaft und damit die Wahrung des Friedens innerhalb unserer Grenzen.

Lieber Herr von Ditfurth,

es ist gut zu wissen und deshalb wichtig mitzuteilen, daß auch Leute, von denen man anderes erwartet hätte, der Stationierung neuer US-Atomraketen in der Bundesrepublik Widerstand leisten wollen. Ihre Entscheidung verdient Respekt, und nicht zuletzt dieser Respekt gebietet eine Kritik, die nicht von bündnistaktischen Erwägungen bestimmt ist.

Der Kampf, den die Friedensbewegung führt oder doch zu führen hätte, hat nicht in diesem Frühjahr begonnen und wird nicht in diesem Herbst zu Ende gehen. Er gilt einer globalen Strategie, zu der die Manöver vor Nicaragua ebenso gehören wie die Invasion des Libanon, der Falkland-Krieg und eben die Pershing II. Weil das so ist, genügt es nicht, die Unterschrift eines weiteren Prominenten unter einen Friedensappell dankbar zu quittieren. Den bürgerlichen Bündnispartnern der Friedensbewegung müssen die Widersprüche und Grenzen ihres politischen Denkens gezeigt, ihnen muß vor Augen geführt werden, was ihnen - ich zitiere Sie - »das Weiterdenken von einem bestimmten Punkt ab zu verbieten scheint«.

Der bestimmte Punkt ist die Verherrlichung der bürgerlichen Parlaments-Demokratie. Nicht, daß es keine guten Gründe gäbe, die politische Ordnung, die das Bonner Grundgesetz vorgibt, hier und jetzt akzeptabel zu finden. Deshalb bleibt diese Verfassung doch - mit Rosa Luxemburg zu reden - ein Waffenstillstandsvertrag im Kampf der Klassen. Der Zweck ihrer in vielen Paragraphen konstruierten Ordnung ist es, das demokratische Prinzip so zu zähmen, daß es der gesellschaftlich herrschenden Minderheit nicht gefährlich werden kann. Und nun schreiben Sie: »Die Alternative zum Prinzip der Entscheidungsfindung durch Mehrheitsbeschluß ist das Chaos - oder, schlimmer noch, die totalitäre Diktatur«. Als würden, erstens, im Bundestag Entscheidungen gefunden und nicht nur Entscheidungen, die in Verhandlungen zwischen Lobbyisten gefallen sind, politisch bestätigt. Zweitens sind die widerwärtigsten Verbrechen der letzten dreißig Jahre von Staatsführungen begangen worden, die parlamentarisch gewählt waren. Und drittens wurde, um dies zu kaschieren, das Schlagwort von der »totalitären Diktatur« erfunden. Mit ihm sollte »wissenschaftlich« bewiesen werden, daß jede andere als die bürgerlich-parlamentarische Staatsform ein »Werk des Bösen« (Reagan) ist - »rot gleich braun«, Andropow und Honecker gleich Hitler und Mussolini. Wer sich diesem Hurra-Parlamentarismus anschließt, dürfte den Kämpfern wider den Totalitarismus nicht die Waffen verweigern, nicht einmal die atomaren.

Auch Sie scheinen zu spüren, daß die Fiktion . der Moralität und Legitimität parlamentarischer Mehrheiten nicht aufrechtzuerhalten ist. Deshalb bemühen Sie einmal die Väter des Grundgesetzes, die bestimmte Entscheidungen dem Willen der Mehrheit entzogen hätten, und verlangen zum andern ein Plebiszit: Wenn nämlich das Volk direkt Ja zur Stationierung von Atomraketen sagte, wäre dem Mandat der Regierung »jeder denkbare moralische und legale Zweifel entzogen«. Und, das ist Ihre unausgesprochene Schlußfolgerung, Widerstand wäre nicht nur illegal, sondern auch moralisch fragwürdig. »Voraussetzung wäre selbstverständlich eine vorangegangene öffentliche Diskussion, in der alle Argumente pro und contra ausgewogen zur Kenntnis kommen.«

Wo, lieber Herr von Ditfurth, leben Sie? Ich lebe in einem Land, dessen Zeitungen und Zeitschriften zu 98 Prozent direkt von CDU-wählenden Verlegern und indirekt von der werbenden Wirtschaft kommandiert werden, dessen öffentlich-rechtliche Anstalten sich fest im Griff der Bonner Regierungsparteien befinden. »Voraussetzung« der von Ihnen geforderten Diskussion wäre eine Revolutionierung der Medien. Ein Glück, daß sich trotz der permanenten Propaganda dieses Apparats eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung der Atomraketen entschieden zu haben scheint und nicht auf die ausgewogene öffentliche Diskussion gewartet hat.

Aber auch wenn dies anders wäre, wenn neunzig Prozent der Bevölkerung nichts sehnlicher wünschten als eine Pershing II im Garten, gäbe es die Pflicht zum Widerstand. Die Stationierung der Pershing II und der Marschflugkörper ist ein entscheidender Schritt zur Weltherrschaft der USA. »Der Lauf der Geschichte«, die langsame Befreiung der ausgebeuteten Völker Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, soll, wie Ronald Reagan gesagt hat, »geändert werden«, wie es in Nicaragua gerade versucht wird. Das Programm heißt Pinochetisierung der Dritten Welt. Dabei ist die militärische, wirtschaftliche und politische Macht des »Bösen«, der Sowjetunion, im Wege.(Das bleibt auch dann wahr, wenn die innere Ordnung dieses sozialistischen Staates unseren Ansprüchen nicht genügt.) Also muß die Sowjetunion kleingemacht werden. Entweder durch Bedrohung mit atomarem Erstschlag oder durch Totrüsten oder durch einen auf Europa begrenzten Atomkrieg - wobei in dieser Variante der mit ihr verbundene Wegfall der westeuropäischen Konkurrenz die geringste Sorge des US-Kapitals ist.

Widerstand gegen diese Strategie ist Menschenpflicht - gleich was Zimmermann, der Bundestag oder Allensbach dazu sagen. Die »Wahrung des Friedens innerhalb unserer Grenzen« ist kein wichtigeres Ziel als die Verhinderung des US-Krieges gegen den Rest der Welt. Es ist höchste Eisenbahn. Wir sollten nicht um eine Bahnsteigkarte anstehen.

Ihr

Hermann L. Gremliza

Konkret 09/83, S. 50

Werner Heine

Vorbereitung

Im hessischen Städtchen Schlitz treffen US-Soldaten Vorkehrungen, als ob der Krieg schon kurz bevorstehe. Die heimliche Geschäftigkeit der Amerikaner stößt auf den Widerstand der Bevölkerung. Die will weder 10.000 GIs auf ihrem Hausberg stationiert sehen noch atomare Artillerie und chemische Kampfstoffe vor der Haustür. Über Bürgerprotest und »Kriegsgewinnler« berichtet Werner Heine.

Die Panzer kamen im Morgengrauen den Hügel herab. Die Jugendlichen wachten in ihren Zelten vom Grollen der Motoren auf und berieten, was zu tun sei. Dann setzten sie sich auf die Straße zum Eisenberg und warteten. Sie blieben sitzen, als die Panzer näherkamen, schließlich stoppten, dann beidrehten und querfeldein davonfuhren.

Das war Anfang Juli vor den Toren der Stadt Schlitz im hessischen Vogelsbergkreis, rund zwanzig Kilometer nordwestlich von Fulda und etwa gleich weit entfernt von der Grenze zur DDR. Die Panzer, 160 Tanks, gehörten zu einem Manöver der britischen NATO-Verbündeten, und die Begegnung im Morgengrauen gehörte zu den Formen des Umgangs mit der Obrigkeit, die die Bürger von Schlitz seit dem Frühjahr einzuüben gezwungen sind.

Im März war die Entscheidung gefallen. Der scheidende US-Oberkommandierende in Heidelberg, General Frederik Kroesen, hatte erklärt, daß die US-Army den Eisenberg bei Schlitz, ein 1500 Hektar großes Gebiet im Waldgürtel zwischen Vogelsberg und Rhön, als Truppenübungsplatz brauche.

Da regte sich Widerstand. 6.000 Menschen aus dem Schlitzerland demonstrierten am Hang des Eisenberges auf den Rimpertswiesen, 1.000 zogen in Papiersäcke gehüllt zur Kundgebung in die Kreisstadt Lauterbach. Die Schlitzer Stadtverordnetenversammlung beschloß einstimmig, sich allen militärischen Planungen »bis zur letzten legalen Konsequenz« zu verschließen. Ministerpräsident Holger Börner empfing 10.000 Unterschriften und versprach den Bürgern die Unterstützung der Landesregierung, der Landrat und der Kreistag schlossen 4 h an. Ein Schlitzer Grafiker entwarf das Emblem »Rettet den Eisenberg«, die Bürger fertigten aus Bettlaken Spruchbänder und hängten sie aus den Fenstern. Der Vorsitzende des Naturschutzbundes, Zahnarzt Müller, wurde Sprecher eines Aktionskomitees, Pfarrer Steckenreuter predigte wider die Militarisierung, Bürgermeister Klee pflanzte eine Mahneiche. Und auch das Zeltlager hinter dem kleinen jüdischen Friedhof war nicht nur ein Sommerfest. Sechs Wochen lang hatten hier ein paar Familien und Schüler und Studenten aus der Umgebung eine Mahnwache am Fuße des Eisenbergs organisiert.

Daß der Magistrat sagen kann, er vertrete »fast alle Bürgerinnen und Bürger« in der Ablehnung der US-Pläne; daß überall im Schlitzerland Friedensinitiativen entstanden, in denen Geschäftsleute mit linken Studenten Aktionen beraten, das liegt auch an der drohenden Zerstörung des natürlichen Wasserreservoirs der ganzen Gegend, auch an den Geburtshelferkröten und den Orchideenarten, die den Kahlschlägen im Laubwald weichen müßten, und auch am Verlust des »Hausberges« für den Sonntagsspaziergang, weil der Wald dann Sperrgebiet würde. Aber das ist es nicht allein.

Da ist vor allem die heimliche Geschäftigkeit, mit der die Amerikaner ans Werk gingen. Im letzten Winter schwärmten Meßtrupps durch das Gelände, Hubschrauber setzten Pfadfindereinheiten ab und sammelten sie wieder auf, niemand wußte, warum. Dann gab es kurz vor Weihnachten das erste Gerücht: Die Bundesregierung kauft den Eisenberg für die US-Army, und die will dort 10.000 Mann stationieren. Bürgermeister Siegfried Klee, SPD, alarmierte die Öffentlichkeit. 10.000 GIs - das wären doppelt soviel Menschen auf dem Eisenberg wie unten in der Stadt.

Dann folgten Dementis. Die Amerikaner sagten, sie prüften lediglich das Gelände auf seine Tauglichkeit für militärische Anlagen. Später hieß es, da sei nur Platz für acht Panzer. Die angeschriebenen Regierungsstellen und Parlamentarier in Land und Bund wußten von nichts, wollten sich aber gern erkundigen. Und am Tag vor der Bundestagswahl im März zitierte der »Schlitzer Bote« den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden und Wahlkreisabgeordneten Alfred Dregger: »Gerüchte um den Eisenberg entbehren jeglicher Grundlage.« Die Stationierung »größerer Truppenmengen« oder von »Raketen und anderen Waffen« so nahe an der Grenze sei »strategisch gesehen glatter Unsinn«. Diese Erklärung wurde vierzehn Tage später durch einen Beschluß der Amerikaner überholt, und später kam heraus, daß Dregger schon vor Weihnachten von Verkaufsverhandlungen gewußt hatte.

Die US-Scouts im Walde benahmen sich derweil wie Besatzer. Ganze Geländeabschnitte wurden mit Stacheldrahtrollen abgesperrt. Wanderer wurden von den Vermessungsarbeiten mit der Schußwaffe ferngehalten. Auf dem Hofgut Sassen am Ostrand des Waldes, wo 70 Behinderte mit ihren Familien leben, drangen unangemeldet US-Offiziere ein und sagten den Einwohnern, sie müßten leider umziehen, das Gut eigne sich als Unterkunft.

Die Manöver in der Gegend nahmen zu. Allein in der ersten Hälfte dieses Jahres zählten die Schlitzer 15 Übungen. Die meisten davon wurden so überraschend angesetzt, daß Bürgermeister Klee seiner Pflicht, sie im Lokalblatt anzukündigen, nicht nachkommen konnte. Und die Manöver wurden immer ruppiger. Panzer pflügten die Saat, Hubschrauber dröhnten über die Dörfer. Die Schlitzer beobachteten erstmals britische Truppen beim Häuserkampf. Im benachbarten Gedern

sperrten Soldaten des 5. US-Korps Straßen mit NATO-Draht, drohten Passanten mit Schußwaffengebrauch und deckten das Hallenbad mit einem Tarnnetz ab. Den Schlitzern wurde das unheimlich.

In dieser Zeit entdeckten sie, daß der Krieg nicht nur im Gelände geübt wird, sondern daß ringsum Vorbereitungen getroffen werden, als ob er kurz bevorstünde. Etwas außerhalb von Lauterbach liegt ein Heim für ledige Mütter. Dort erschienen eines Tages zivile Meßtechniker und prüften die Statik des Gebäudes. Das Heim sei als Notlazarett vorgesehen, sagten sie. Es müsse getestet werden, ob das Dach eine Flak tragen könne. Dann sickerte in der Stadt durch, daß die neue Bahnlinie Hannover-Würzburg im nahen Langenschwarz jetzt sechsspurig ausgebaut werden soll, obwohl der offizielle Plan dort nur eine vierspurige Überholstrecke vorsieht. Zwei Gleise für Militärtransporte?

Die Schlitzer fragten sich auch, warum die Bundespost im Umkreis neue Kabel verlegt. Fachleute vom Aktionskomitee haben sie sich angesehen. Fürs Fernsehen sind die nicht bestimmt. Kommunikationsleitungen für die Funkunterbrechung nach dem Atomblitz? Der Relais-Turm auf dem Vogelsberg wird eine zusätzliche Plattform erhalten. In Grebenhain, weiter südlich, wurde in den letzten Monaten die Feuerwehr mit neuen Löschzügen überdimensional für Katastropheneinsätze ausgerüstet. Bei Grebenhain ist ein NATO-Depot. Dort wurden kürzlich bei Nacht große Mengen Munition hingeschafft. Die Transporter rollten von Mitternacht bis zur Morgendämmerung. Anwohner zählten 264 Dreiachser. Zum Schluß wurden die deutschen Begleitmannschaften weggeschickt. Dann haben US-Soldaten eine unbekannte Anzahl Behälter mit unbekanntem Inhalt in das Depot gebracht. Die Friedensgruppen in der Gegend tippen auf chemische Kampfstoffe. Das erklärte auch die Ausstattung der Dorffeuerwehr.

In Schlitz wuchs die Befürchtung, daß die ursprüngliche Ankündigung der Amerikaner, große Truppenkontingente auf den Eisenberg zu verlegen, nun doch wahr gemacht werden soll. Nach den kommenden Herbstmanövern, so das jüngste Gerücht, sollen 2.000 GIs schon mal auf dem Berg bleiben. Der »Master Restationing Plan« der NATO, die Verlagerung von US-Truppen an die DDR-Grenze, ist angelaufen. Entlang der Autobahntrasse Gelnhausen-Fulda sind allein fünf neue NATO-Depots geplant oder schon im Bau. Das Bundesverteidigungsministerium bestritt zwar im Sommer jeden Zusammenhang zwischen dem Plan und dem Eisenberg. Aber zu diesem Zeitpunkt glaubte in Schlitz kaum jemand noch offiziellen Erklärungen. Die Entwicklung ihres Waldes zum militärischen Bezirk war ihnen zu planvoll verlaufen. Da gab es offensichtlich auch Leute, die die Entscheidung General Kroesens vom März lange vorausempfunden hatten.

Der DGB-Ortskartellvorsitzende von Schlitz, Hans Hibinger, erinnert sich jetzt, daß es im letzten Jahr einige unerklärliche Kapitalbewegungen in der Stadt gegeben hatte. Spekulationsobjekte hatten den Besitzer gewechselt. Vier neue Supermärkte waren entstanden, obwohl die Kaufkraft sank. Das Schlitzerland hat die zweitschlechteste Lohnsumme in Hessen. Nach Konkursen stieg die Arbeitslosigkeit auf 14 Prozent. Auch die Besitzverhältnisse am Eisenberg hatten sich in den letzten Jahren merkwürdig verändert. 1975 wurde das Gelände von der Münchner Anlagebaugesellschaft Doblinger erworben, die den Wald an zwei neue Eigentümer weitergab: den niederbayerischen Sägewerkbesitzer Hörhammer und den Oberpfälzer Bauunternehmer Hans Zahn nebst Gattin. Vom Ehepaar Zahn wußte man in der Stadt bald, daß es den Wald rücksichtslos ausbeutete. Über Hörhammer fand Hans Hibinger heraus, daß er bei der Vergrößerung des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr mitgemischt und enorme Gewinne gemacht haben soll.

Wo der Krieg vorbereitet wird, fallen Profite an. Nach den Grundsätzen der Stationierung kauft die Bundesregierung Gelände zur militärischen Nutzung an und überläßt es dann den US-Streitkräften. Auch im Falle Eisenberg ist da ein Schnäppchen drin, dessen Ausmaße schon im Protokoll des Bundestags vermerkt sind. Im Juni fragte der hessische SPD-Abgeordnete Dietrich Sperling die Bundesregierung, ob ihr bekannt sei, daß ein verkaufswilliger Eigentümer am Eisenberg »seinen Wald für fünf Millionen Mark erworben hat und nach gründlicher forstwirtschaftlicher Auspowerung nun 32 Millionen Mark dafür haben will«.

Gemeint ist das Ehepaar Zahn, das zunächst alle Verkaufsabsichten bestritten hatte und dann, als die Verhandlungen mit dem Bund offenbar wurden, der Stadt anbot, auf den Verkauf zu verzichten, wenn dafür etliche illegale Baumaßnahmen auf dem Grundstück nachträglich gerechtfertigt und ein Neubau bewilligt würden. Hans Zahn, der sich beim Bier gern seiner Duz-Freundschaft zum bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß rühmt, ist in der Stadt untendurch. Der Anbieter von 900 Hektar Eisenberg-Wald ist jetzt wegen Betrugsverdachtes angezeigt worden. Nachbarn kamen dahinter, daß Zahn die Erstattung von »Manöverschäden« beantragte, die er zum Teil selber mit der Raupe gemacht hatte. Eine Freundin der Zahns, die für die CDU im Stadtparlament saß, mußte ihr Mandat abgeben, als sie in den Verdacht geriet, bei dem Verkaufsangebot vermittelt zu haben.

Denn die Schlitzer CDU kann zwar immer noch die Friedensgruppen und die Ostermarschierer als kommunistisch gesteuert diffamieren, aber beim Eisenbergwald muß sie mitkämpfen. »Das ist hier der Minimalkonsens«, sagt Dr. Meertinus Meijering, als Holländer seit 16 Jahren in Schlitz und stellvertretender Leiter der Binnengewässer. Meijering und seine Kollegen von der Flußstation unten an der Schlitz wissen am besten, was die ökologischen Folgen der Stationierung im Wald wären. Aber der Holländer kämpft nicht nur für die Rettung des Eisenbergs. Wie die meisten Bürger im Aktionskomitee hat er begriffen, daß es darum geht, die Militarisierung Osthessens zu stoppen.

Das Komitee hat sich sachkundig gemacht. Alle kennen den Film »Ground Zero« der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS, in dem das Dorf Hattenbach, 20 Kilometer im Norden, Opfer der ersten Atombombe wird, wenn es um »die Verteidigung der Vereinigten Staaten von Amerika« (Filmtitel) geht. Alle kennen das Szenario aus dem Taktik-Lehrbuch für US-Generalstäbler aus dem Jahre 1976, in dem »the Fulda Gap« - die Fulda-Lücke - mit 114 Atomsprengköpfen zu verteidigen ist, wenn die sowjetischen Panzer kommen. In diesem Szenario wird die Schlacht um Hünfeld minutiös beschrieben, und Hünfeld liegt nur ein paar Kilometer östlich.

»Recht nachdenklich machende Beobachtungen« hat der Berliner Friedensforscher Ulrich Albrecht bei der Analyse dieses Textes angestellt. Fazit: »Der Unterschied zwischen Atomkrieg und herkömmlicher Kriegführung ist offenbar gering.« Atomare Artillerie und Lance-Raketen mit Atomsprengköpfen sind zum Einsatz vorgesehen, wenn die Verteidigungslinie nur bröckelt. Weitere Atomsprengköpfe sollen gezündet werden, um »den Schwung des (Gegen-)Angriffs nicht zu verlieren«. Die Verteidigung der USA beginnt auch in Schlitz mit der Ausrottung der Zivilbevölkerung. Abwiegelnde Erklärungen der NATO, nach denen die Strategie-Planung in Abänderung sei, werden auch in Schlitz nicht recht geglaubt. Denn auch hier stand in der Zeitung, was Präsident Reagan im Oktober 1981 über die atomare Eskalation sagte: »Und wenn man dann immer diese Art von Patt hätte, könnte ich mir vorstellen, wo man einen Abtausch von taktischen Waffen gegen Truppen im Schlachtfeld hätte, ohne daß eine der Großmächte den Knopf drückt.«

Die Leute vom Schlitzer Aktionskomitee fragen sich, warum das militärische Gebaren in Grenznähe immer aggressiver und die Bewaffnung in der Umgebung offensiver wird. Die Flugabwehrrakete Nike wurde in den letzten Jahren zur atomar feuernden Boden-Boden-Waffe umgebaut, die auch für den Angriff taugt. Jetzt soll sie durch die modernere »Patriot«Rakete abgelöst werden. Einige Fachkundige vom Aktionskomitee haben die Erforschung der Militärplanung in die Hand genommen. Sie befragen Bundeswehroffiziere und werten die Veröffentlichungen des Verteidigungsministeriums aus. Kontakte zu US-Offizieren werden neuerdings rasch unterbunden. Karl Martin, Lehrer in Lauterbach und früher Techniker in US-Nike-Stellungen, erlebt immer wieder, daß alte Freunde sich nicht mehr melden dürfen. Bei der Army in Gießen hat er dafür um eine Erklärung gebeten. Die Antwort: Die Sorge um die Sicherheit der US-Streitkräfte läßt keine Kontakte zur Friedensbewegung zu. »Das ist doch wohl Besatzer-Mentalität«, sagt Martin.

Er und seine Freunde haben auch gelernt, gewöhnliche Kanaldeckel in den Straßen von den Verschlüssen der Sprengkammern für Atomminen zu unterscheiden, deren Existenz jetzt im Wahlkampf den Ministerpräsidenten Börner so aufregte, daß er zur Aufklärung »alle Hebel in Gang« setzen will. In der Fulda-Lücke gibt es genug davon. Allein im Dorf Grebenau fand eine Friedensgruppe neun Sprengkammerdeckel. Eine Reihe dieser Kammern sind soweit westlich unter den Straßen angebracht, daß sie kaum noch den vorrückenden sowjetischen Panzern gelten können. In Schlitz wird vermutet, daß diese Kammern dazu dienen sollen, bei einem Konflikt der Bevölkerung die Fluchtwege nach Westen abzuschneiden.

»Wir leben in einer Vorkriegs- und nicht in einer Nachkriegszeit. « Diese Feststellung des ehemaligen US-Abrüstungsbeamten Eugene Rostow, der für Präsident Reagan zu wenig Falke war und deshalb abgelöst wurde, steht auf einem Plakat am Schlitzer Marktplatz. Die Einheimischen halten diesen Satz nicht mehr für eine hysterische Übertreibung.

Konkret 09/83, S. 53

H□ □ □ □ T□ ma□ e□

De□ □ □ che Ge□ □ □ □ che

H□ □ □ □ T□ ma□ e□ □elef□ nie□ □e al□ V□ □ □ i□ □ ende□ de□ □ B□ nde□ □ e□ bande□ De□ □ □ che□ Bl□ [S□ aa□ □ □ ek□ e□ □ □ im B□ nde□ mini□ □e□ i□ m de□ Ve□ □eidig□ ng

Herr Würzbach, grüß Gott, Bundesverband Deutscher Blutspender e. V., Dr. Vener mein Name.

Ja, guten Tag, Herr Doktor Vener.

Herr Oberstleutnant Wendt war heute mittag so feundlich, diese Connection herzustellen. Herr Staatssekretär, der Grund dieses meines Anrufs: Ich habe im Fernsehen dieses schreckliche Attentat auf General Paul Williams miterlebt, und zahlreiche Mitglieder unseres Verbands haben mich daraufhin spontan angerufen und ihren Abscheu über diese Bluttat zum Ausdruck gebracht.

Jaa.

Nun haben ja leider nur sehr wenige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Protest eingelegt, weil man ja nicht weiß, ob man diese betreffende Partei nicht noch einmal gebrauchen kann in Hessen, also jedenfalls von Herrn Börner hat man nicht viel gehört; Sie, Herr Staatssekretär, haben jedoch sehr energische und klare und eindeutige Worte gegen den Attentäter..

Hab ich sofort getan, nach dem Vorfall, und ich habe es jetzt nochmal getan...

Und das hat uns veranlaßt, nachdem wir im Geschäftsführenden Vorstand diskutiert haben, Ihnen unsere Hochachtung auszudrücken und, wenn Sie das Wort nicht stört, unsere Solidarität zu bekunden.

Das ist sehr nett von Ihnen und Ihren Mitarbeitern.

Herr Staatssekretär, Frage: Was kann eigentlich Ihr Amt, was kann die Hardthöhe, als gewissermaßen oberster Garant der körperlichen Unversehrtheit unserer amerikanischen Schutzmacht, gegenüber einem solchen Subjekt wie diesem Grünschnabel machen, wenn man das mal auf den geistigen Zustand dieses Herrn bezieht? Reicht da ein rein verbaler Gegenschlag, ich meine, gehört so ein Mensch ins Parlament?

Nein. Aber das ist die Schattenseite einer so offenen und völlig freien Demokratie, wie wir sie haben, daß, wenn solche Burschen Anhänger finden, die die unterstützen, und so einer die Schwelle von den fünf Prozent mit diesen Anhängern überschreitet, daß er dann alle Rechte hat, die dieses hohe Amt eigentlich mit sich bringen sollte, die diese ja nur mit den Füßen treten...

Herr Staatssekretär, viele unserer Mitglieder, darunter haben die meisten gedient, die haben spontan dem amerikanischen Offizier applaudiert, der den Attentäter im Affekt niedergeschlagen hat..

Ja, sehr gut

Wir sind alle miteinander der Meinung: das war ein Akt gerechter Notwehr.

Richtig.

Während ja der Attentäter in vollem Vorsatz gehandelt hat.

Richtig, er hat ja in vollem Vorsatz gehandelt, der hat das ja Tage vorher geplant. Seine Fraktion hat da vorher drüber beraten und hat das für eine gute Sache gehalten, und ich hoffe, daß die Hessen als mündige, kritische Staatsbürger sich ein bißchen jetzt einen Eindruck machen können von diesen Chaoten, die sie da ins Parlament geschickt haben.

Übrigens lassen wir durch einen befreundeten Juristen innerhalb des Verbands prüfen, ob der Attentäter in Zusammenhang mit Hygienebestimmungen rechtens gehandelt hat, weil der ist ja unseres Erachtens zum Aderlaß, zum Blutspenden, nicht befugt, das hat der ja gewissermaßen auf eigene Faust gemacht.

Ja ja.

Das streift ja fast den Tatbestand der Selbstverstümmelung, ich weiß nicht, ob sie diesen Begriff noch erinnern.

Ja, tue ich, so kommt ja zu allem Überdruß noch hinzu, daß dieser Kadett auch noch Offizier der Bundeswehr gewesen ist, schlimm.

Wie bitte??

Ja, ham Sie das nicht gelesen?

Wie bitte???

Ich habe jetzt ein Disziplinarverfahren eingeleitet, daß der sofort...

Aber rrrraus! Rrraus mit dem Herrn!

Er ist Reservist.

Aber da wirds doch Möglichkeiten geben!

Ich habe eingeleitet ein Verfahren mit dem Ziel der völligen Degradierung.

Aber doch rasch, Herr Staatssekretär, rasch!

Auf den untersten Dienstrang, er ist ja raus seit 1974.

Herr Staatssekretär, zahlreiche Mitglieder des BDB wirken in ihrer Freizeit im Samariter-Hilfswerk hier in Bayern mit, bei Großsportveranstaltungen, Ralleys, Volkswanderungen, aber halt auch freiwillig bei diesen Demonstrationen. Die helfen, obwohl ihnen dieser ganze Demonstrationsbetrieb stinkt, wie man bei uns in Bayern sagt, aber die helfen, das sind halt immer noch Menschen, sagen wir uns. Aber ich sage Ihnen, Herr Staatssekretär, daß diese Leute heute schon die Hände überm Kopf zusammenschlagen, Stichwort: heißer Herbst - das kann ich Ihnen sagen. Kann man denn da von Regierungsseite aus nichts unternehmen gegen die ins Haus stehenden Gewalttätigkeiten, diese Menschenketten, Blockaden usw., das gibt doch ein totales Chaos.

Ich hoffe, es gibt kein totales Chaos, und wir können Demonstrationen, die wirklich Demonstrationen sind, den Namen verdienen, nicht. verbieten. Aber diese schlimmen Auswüchse, wo Polizisten verletzt sind, Helfer verletzt werden, Trümmerfelder auf den Straßen hinterlassen werden... da müssen wir hart durchgreifen.

Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Staatssekretär, wir sind in Bayern heilfroh über die neue Polizeikostenverordnung.

Ja, die ist gut.

Wir sind der Meinung, wenn es den Randalierern an den Geldbeutel geht, wird sich mancher überlegen, ob er Häuser besetzt oder Barrikaden baut aus fremden Autos.

Ja, ja, selbst da gibt es noch durch die DKP bezahlte Leute, die juckt das Geld überhaupt nicht, die haben ja Geld, die Kerle. Ich find das sehr nett, daß Sie zum Hörer gegriffen haben.

Ich wollte Ihnen sagen, Herr Staatssekretär, wir werden also unseren Protest von unserem Verband her gegen das Blutattentat nochmal formutieren...

Sehr gut.

...den Agenturen übergeben, Funk, Fernsehen auch...

Prima.

Ich glaube, daß wir uns aufgrund unserer Bedeutung nicht zu verstecken brauchen, weil die Menge des Blutes, das unsere Mitglieder im ersten Halbjahr 183 gespendet haben, kann sich durchaus sehen lassen, das sind hundertsechzig Hektoliter...

Was schätzen Sie, wieviel total ausgeblutete Menschen damit reanimiert werden könnten, was schätzen Sie, Herr Staatssekretär?

Ich kann es nicht schätzen, aber...

Dreitausendzweihundert!

Au ja.

Herr Staatssekretär, recht herzlichen Dank.

Ihnen herzlichen Dank

Ich bedanke mich für Ihr Gehör.

Und weiter Erfolge bei Ihrer für uns alle wichtigen Arbeit.

Ich darf mich im Namen des Bundesverbands Deutscher Blutspender noch einmal herzlich bedanken für Ihre mutigen Worte und ein schönes Wochenende und ich hoffe, wenn Sie vielleicht einmal im Kabinett mit Ihrem Kollegen Spranger und Herrn Minister Zimmermann - alles Gutefür den Herbst.

Die Wünsche können wir gut gebrauchen.

Aufwiederhören, Herr Staatssekretär.

Aufwiederhören!

Dieses Gespräch ist authentisch. Horst Tomayer stenographierte die Antworten mit.

Konkret 09/83, S. 55

Wolfgang Becker, Ute Scheub

KONKRET-Extra: Deckname »Reiser«

Verfassungsschützer behaupten, Rechtsradikale seien Einzeltäter, und von der Gewalt von rechts seien sie überrumpelt worden. Die rund 2.000 Seiten umfassenden Berichte des V-Manns Werner Gottwald an das niedersächsische Bundesamt für Verfassungsschutz, die KONKRET im Original vorliegen, beweisen das Gegenteil. Der Verfassungsschutz half beim Aufbau einer bundesweiten Nazi-Partei mit. Weil Agenten in Schlüsselpositionen saßen, war der Verfassungsschutz frühzeitig über alle Nazi-Aktivitäten informiert.

Hanau, 30. Januar 1973. Ernst Kocherscheidt, Inhaber des Hotel-Restaurants »Zum Goldenen Löwen« in der Vorstadt 1, ist festlich gestimmt. Gilt es doch heute gleich zwei Jubiläen zu begehen: den Tag der Machtergreifung Hitlers und das einjährige Bestehen der von ihm mitgegründeten »Nationalen Deutschen Freiheitsbewegung«, abgekürzt NDFB.

Mehr als zwanzig NDFB-Anhänger haben sich unter der schwarz-weiß-roten Fahne mit dem verstümmelten Hakenkreuz versammelt. Sie lauschen der Ansprache des Kameraden Heinz Ahlers aus Oldenburg, der mit Kocherscheidt viel gemeinsam hat. Auch er ist Gastwirt einer Nazikneipe, auch er ist Gründungsmitglied und einer der drei »Generalsekretäre« der streng hierarchisch aufgebauten Kampf- und Kadertruppe.

»Die KZ-Regime im Ostblock und in Mitteldeutschland foltern und morden weiter. Aber unser Friedenswilly sieht nur weltweite Entspannung«, poltert der aus Danzig stammende Ahlers. Gegen die Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt (»der Heckenschütze«) sieht der Altnazi nur eine Chance: »Wir haben am 30. Januar 1972 hier in Hanau die Nationale Deutsche Freiheitsbewegung gegründet, weil sie die einzige Organisation ist, die davon überzeugt ist, daß die Straße nach rechts eben die beste Straße ist... In der heutigen Zeit wird die NDFB der Motor und der Träger der neuen deutschen nationalen Erhebung sein!«

Die NPD, seit Beginn der sozialliberalen Koalition 1969 in einer tiefen Krise, ist den Kameraden von der »Freiheitsbewegung« zu brav und legalistisch. Die Partei, die sich formal auf das Grundgesetz beruft, hat ihre Massenbasis an die oppositionelle CDU/CSU verloren. Allerorten ziehen sich nationaldemokratische Mitglieder in militante rechtsradikale Zirkel zurück. Einer davon ist die NDFB, deren etwa drei Dutzend Anhänger vor allem in Hanau und Oldenburg aktiv sind.

»Unsere Bewegung bleibt eine Bewegung der Auslese«, betont der kleine, hagere Ahlers, der sich in der weisungsbefugten Autorität des »Generalsekretärs« groß und wichtig vorkommt. Nach eigener Definition seines Amtes hat er streng dafür zu sorgen, »eine Unterwanderung der NDFB von außen und innen möglichst im Keime zu erkennen und ersticken zu können«.

An diesem 30. Januar ahnt er nichts davon, daß er zwei Wochen zuvor ausgerechnet einen V-Mann des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz als neues Mitglied angeworben hat. Sein Name: Werner Gottwald. Unter dem Decknamen »Reiser« verfaßt er am 14. Januar 1973 seinen ersten Bericht über den Eintritt in die NDFB. Im Hinterzimmer des damals von Heinz Ahlers gepachteten Oldenburger Lokals »Lamberti-Eck« sei er in Anwesenheit des »Generalsekretärs« und des NDFB-Mitglieds Jürgen Pospieszynsky (im Bericht Jürgen P.) »wie verabredet« Mitglied der Organisation geworden, die »an die Lehren aus Adolf Hitlers Mein Kampf anknüpfe«. Und wie verabredet, wird ihm der Verfassungsschutz am Monatsende nach Vorlage einer pfenniggenauen Spesenabrechnung nicht nur Fahrt- und Getränkekosten oder Auslagen für Propagandamaterial, sondern auch die Mitgliedsbeiträge und Spenden für die Nazitruppe bezahlen - neben dem Honorar für seine Agententätigkeit, versteht sich.

Gottwald ist ein guter V-Mann. So penibel und akkurat seine Protokolle und Finanzberichte für die NDFB sind, so peinlich genau notiert er als »Reiser« jedes noch so unbedeutend erscheinende Detail. Als bekanntermaßen überkorrekter Schrift- und Protokollführer, zu dem er schnell avanciert, kann er bei den Rechten überall unverdächtig mitschreiben ' Interne Materialien beziehen und unverzüglich an den Verfassungsschutz weiterleiten.

Auch die Deckadresse für seine Berichte ist unauffällig. Kurt Ellberg, Postfach 1831, 3000 Hannover. In schwarzgefütterten Briefumschlägen erteilt V-Mann-Führer »Ellberg« seinem Agenten »Reiser« (Hauptpost Oldenburg, Postlagerkarte A 1352) die jeweiligen Anweisungen. Oder schickt ihm auch mal im Amt entwickelte Fotos von der NDFB-Geschäftsstelle (»Gruß Eddie«). Der Verfassungsschutzbeamte, der sich mit Gottwald regelmäßig zur Lagebesprechung in Oldenburg »am verabredeten Ort« trifft, tritt auch unter dem Namen »Schulenburg« auf.

All diese heiklen Kontakte wickelt Werner Gottwald mit der unauffälligen Professionalität eines Mannes ab, der nicht zum ersten Mal im Geheimen arbeitet. Sein Doppelleben funktioniert perfekt. Als »Reiser« hat er keinerlei Hemmungen, seine Kameraden zu »verraten«. Als Gottwald jedoch ist er überzeugter Nationalist, der seine Kinder Michael und Angelika zu Zeltlagern der Wiking-Jugend schickt. Der Mann, dessen nationales Gehabe keineswegs aufgesetzt ist, will dabei keine faschistischen Umtriebe entlarven. Es geht ihm ums Geld.

Schon seine Vergangenheit zeichnet ihn als sehr geschäftstüchtig aus. Bekanntschaft mit SS-Kameraden schließt der am 16. April 1926 in Breslau geborene Gottwald vor Kriegsende. Beziehungen, die auch nach dem Zusammenbruch des »Tausendjährigen Reiches« nicht abreißen. Der Lebenslauf des selbständigen Kaufmanns ist abenteuerlich: Zahlreiche Auslandsreisen, vorzugsweise nach Nahost und Spanien, undurchsichtige Kontakte zu Spekulanten, Waffenhändlern und Nazigrößen. Er lebt auf großem Fuß, hat immer Geld in der Tasche und ein schnelles Auto in der Garage.

Erst Ende der 60er Jahre erfährt Gottwalds Karriere einen Dämpfer. Ab Freitag, den 3. November 1967 muß er sich zusammen mit einem Komplizen vor der Ersten Großen Strafkammer des Landgerichts Oldenburg verantworten. Als »Verwaltungsräte« einer »Anstalt für internationale Handels und Beteiligungsvermittlung« (kurz: »Interfinanz«) sind beide des Betrugs in mindestens 29 Fällen angeklagt. In Zeitungsanzeigen hatte das Duo günstige Baudarlehen offeriert, ohne über entsprechendes Kapital zu verfügen. Die Interessenten, zumeist kleine Handwerker und Landwirte, verpfändeten den »Interfinanz«-Betrügern ihre Grundstücke als Sicherheit für die zugesagten Darlehen. Gottwald und sein Kollege machten die Grundschuldbestellungen sofort zu Bargeld und steckten es in die eigene Tasche. Für viele Schuldner stand die Zwangsversteigerung des Eigentums am Ende des Weges zur »Interfinanz«.

Von dem innerhalb kürzester Zeit angerichteten Vermögensschaden von insgesamt 735.000 Mark gehen nach Ansicht des Gerichts allein 590.000 Mark auf die Rechnung von Gottwald.

Am 30. November 1967 wird das Urteil über die geständigen Angeklagten gesprochen. Gottwalds Komplize wird wegen Betrugs in 27 Fällen zu fünfeinhalb, er selbst wegen Beteiligung in 17 Fällen zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Beide erhalten zusätzlich Berufsverbot: Werner Gottwald darf sich vier Jahre lang nicht als Handelsvertreter oder Makler betätigen - auch nicht im Angestelltenverhältnis.

Der wendige Geschäftsmann sitzt seine Strafe nur zum Teil ab. Wieder in Freiheit, findet er schnell Arbeit. Zunächst auf dem kleinen Schlachthof der »Ammerländischen Viehverwertung« in Bad Zwischenahn. Aus der Deckung dieser soliden Existenz als Schlachtviehsachverständiger beginnt er im Januar 1973 seine feste, lohnende Korrespondenz mit dem niedersächsischen Verfassungsschutz. Mitte der siebziger Jahre bekommt er eine neue Anstellung - diesmal sogar im Bausektor und ausgerechnet im öffentlichen Dienst. Sein Arbeitsplatz liegt im Keller des Bauordnungsamtes der Oldenburger Stadtverwaltung in der Kanalstraße 15.

So lebt der Agent während seines Aufstiegs in der rechtsradikalen Szene ein ordentliches Bürgerleben. Niemand denkt sich etwas dabei, wenn er sich des öfteren zu Hause im Arbeitszimmer einschließt und nicht gestört werden will, auch nicht von den beiden Kindern aus seiner zweiten Ehe mit der Krankenschwester Marianne. Einzig seltsam bleibt, wie problemlos der gesellige Gottwald seinen ausschweifenden Lebensstil zu finanzieren weiß: den stets neuen Mercedes, die Auslandsreisen und schließlich den Bau des Eigenheims in der Max-Beckmann-Straße 52.

Seit seiner Ernennung zum NDFB-Generalsekretär im Juni 1973 kommt Werner Gottwald an Interna der Kadertruppe heran. Detailliert berichtet er seinem Kontaktbeamten »Kurt Ellberg« über das Privatleben seiner Kameraden vom Oldenburger Kreisverband. Vor allem über den DDR-Flüchtling Heinz Ahlers, der sich der Mitgliedschaft in einer etwa 20 Personen starken »Exilregierung Freistaat Danzig« ebenso rühmt wie guter Kontakte zum »Stahlhelm-Kampfbund für Europa«, zur Hilfsgemeinschaft »Freiheit für Rudolf Heß« und zur italienischen Faschistenpartei MSI.

Der autoritär-jähzornige Kneipenwirt Ahlers säuft gerne und streitet sich regelmäßig mit dem damals erst 23jährigen Fernfahrer und NDFB-»Kreisvorsitzenden« (und ab 1974 sogar CDU-Mitglied) Jürgen Pospieszynsky über die Zeche. Ende Mai 1973 wird Ahlers im Vollrausch von der Polizei festgenommen und wandert wegen unterlassener Alimentenzahlungen für sechs Monate in den Knast.

Deshalb und wegen autoritärer »Führermanieren« wird Heinz Ahlers von Werner Gottwald als neuer NDFB-»Generalsekretär« abgelöst. Als die Kameraden einen organisationseigenen Vervielfältiger nebst Fahne und Parteiabzeichen aus Ahlers Wohnung schaffen, erstattet der wütende Häftling Strafanzeige wegen Nötigung und Diebstahls. Nach der Vernehmung durch Kommissar Freese von der »Nachrichtenstelle Oldenburg« stellt die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen Werner Gottwald ein. »Ausnahmsweise«, wie sie ausdrücklich betont...

Ein für den Verfassungsschutz offensichtlich besonders interessanter Freund der NDFB, im »Lamberti-Eck« aufgrund großzügiger Spenden und Zechen gern gesehen, ist der damals 57jährige Hans Multhaupt. Ein »überzeugter NS-Mann«, wie Agent »Reiser« alias Gottwald in einem seiner Berichte schreibt. Die Ausspionierung der »Zielperson« Multhaupt scheint eine der ersten Aufgaben gewesen zu sein, die das Landesamt dem V-Mann »Reiser« anträgt. Am 1: März 1973 kann Werner Gottwald berichten: »Interessant war eine Passage in den Reden von Multhaupt. Er sagte, daß man eine Organisation suche, die bereit sei, die Nachfolge als Erbe der NSDAP anzutreten. Hierbei handele es sich in erster Linie darum, den Anspruch auf das Vermögen geltend zu machen, um so vor Gericht gezerrt zu werden und dann die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in der ganzen Welt auf sich zu lenken! Ganz sei allerdings die Zeit dafür noch nicht gekommen. Es hörte sich so an, als wolle Multhaupt das Feld in der Richtung sondieren! So eine Entwicklung deckt sich mit der Annahme, die wir bereits in unseren letzten Gesprächen erörtert haben!«

Zwei Jahre später wird tatsächlich in Wiesbaden die illegale NSDAP gegründet. Mit dabei als Kassenwart und Schriftführer: Werner Gottwald aus Oldenburg.

Ein weiterer für den Verfassungsschutz interessanter Mann ist Ernst Kocherscheidt, damals Inhaber des Hanauer Neonazi-Treffs »Zum Goldenen Löwen«. Auch Kocherscheidt stößt später zur NSDAP. 1973 ist er wie Werner Gottwald und Werner Rothe aus Hanau einer der drei »Generalsekretäre« der Nationalen Deutschen Freiheitsbewegung NDFB. In seinem Hotel-Restaurant verkehren, wie Gottwald herausbekommt, auch Waffenhändler. Aus »Reisers« Bericht vom 9. Juli 1973: »Am 7.7.73 gegen 18 Uhr, rief Kocherscheidt an... Er erklärte mir, daß er meine Post erhalten habe und ging dann sofort auf das Schreiben vom 2.7.73 mit dem Nachsatz wegen der Waffen ein.« Gottwald hatte ihm schriftlich die Beschaffung von Waffen (Codewort »Fachliteratur«) mit den Worten angeboten: »Ich habe nachgefragt und die Antwort ist durchaus zufriedenstellend«.

Kocherscheidt laut »Reiser«: »Ich habe dein Schreiben erhalten und bitte dringend um Beschaffung von 20 Bänden des Exemplars aus Liste 7 Nr. 65 und dann bitte ich doch festzustellen, ob die Knetmasse lieferbar ist, denn ich hätte sie gern für die Kinder eines Bekannten, die gern damit modellieren.«

Bei den gewünschten 20 Stück handele es sich offensichtlich um Pistolen des Kalibers 7,65 und bei der Knetmasse um »Plastik-Sprengstoff«, läßt »Reiser« seinen Agenten-Führer wissen. »Ich wollte Ihnen dies nur mitteilen, damit Sie die Leute nicht unterschätzen... Ich meine, daß die Bestellung für die Pistolen, die er an den Mann bringen will, doch auf eine etwas größere Anzahl von Akteuren schließen läßt als wir bisher annahmen.«

Das beweist eine weitere Notiz »Reisers«: ... Anruf Kocherscheidt aus Hanau - Dringend Preise und Liefermöglichkeiten größeren Stils für Waffen und Munition gewünscht. Käufer soll angeblich der Aufkäufer einer arabischen Organisation aus Libyen sein. Dieser habe einen Vertrauensmann in Hanau welcher auf dem Finanz-Sektor tätig sei. Die Abwicklung kann über einen Spediteur aus Hanau erfolgen, da die Verbindung eingespielt sei. Zur Verfügung stehen Geldmittel bis zu 1.000.000 sofort. Erwünscht sind MPi moderner Bauart und Pistolen Kaliber 7,65 nebst Reservemagazinen und entsprechender Munition. Die Stückzahlen liegen bei je1000. Bei dem Gespräch wurde für MPi und Pistolen 7,65 die bereits übergebenen Decknamen gebraucht. Großes Interesse besteht an Plastik-Sprengstoffen ... Habe versucht Zeit zu gewinnen und die Antwort abhängig gemacht von Spesenübernahme durch den Käufer.«

Zwei Tage später berichtet »Reiser« seinem Amt, daß Kocherscheidt abermals angerufen habe und »die Preise für die Handgranaten wissen« wollte. Der Hanauer Gastwirt habe sehr eindringlich gefragt, »ob es möglich sei jeden Monat zu liefern. Er betonte daß in Belgien größere Mengen lagern sollen«. Nochmals seien 1000 Schirme mit Etui, 1000 Bohrmaschinen, Eierbecher, Kohlen und Knetmasse verlangt worden. Der V-Mann hatte sich eine Frist ausbedungen, »um alles mit Ihnen besprechen zu können. Kontakte habe ich der Weisung entsprechend mit einschlägigen Kreisen nicht aufgenommen, sondern warte ihre Anweisungen ab«.

Im Klartext: Lockspitzel Gottwald, der über Erfahrungen im Waffenhandel verfügt, soll zum Schein für Kocherscheidt seine alten Verbindungen spielen lassen. Der Agent bittet den Verfassungsschutzbeamten, ihm fiktive Daten über »Mengenangaben, Preise, Ort der Übergabe, Bank für Akkreditiv usw.« zu liefern.

Nach monatelangem Hin und Her scheint Kocherscheidt seine 20 Pistolen bekommen zu haben. Das große »Araber«~ Geschäft platzt jedoch. Trotzdem verliert Ernst Kocherscheidt die Lust am Waffendeal noch lange nicht. Der Oldenburger NDFB-»Kreisvorsitzende« Jürgen Pospieszynsky solle bei ihm kellnern und »auch in dieser Hinsicht eingearbeitet werden«, erzählt er Gottwald. Wenig später zieht Pospieszynsky nach Hanau um. »Reiser« in einer Notiz über das weitere Gespräch mit Kocherscheidt: »Er fragte mich dann, ob er den Leuten die bei ihm abstiegen und die offensichtlich an den Dingen interessiert sind, Offerten machen könne und ob ich diese gegebenenfalls verwirklichen könne... Ich habe dies mehr oder weniger offen im Raum stehen lassen, die Realisierungsmöglichkeiten unter bestimmten Voraussetzungen jedoch nicht ausgeschlossen. Ich ließ mir bestätigen was ich bereits schon vermutet hatte: ja, er habe mit den Leuten nunmehr den direkten Draht und es sind keine Zwischenhändler zu erwarten. Sie sind 'hier' schon etabliert und arbeiten mit vielen Gruppen zusammen.«

Erst vier Jahre später geht die Polizei diesen Hinweisen nach. im Dezember 1978 werden Ernst Kocherscheidt und sein Kellner Jürgen Pospieszynsky vorübergehend festgenommen. Bei einer Hausdurchsuchung im »Goldenen Löwen« hatten Staatsschutzbeamte eine Handgranate und 700 Schuß Gewehrmunition gefunden; außerdem umfangreiches neofaschistisches Propagandamaterial: Hakenkreuzaufkleber, eine Hakenkreuzfahne, ein Hitlerbild, einen SS-Dolch, zwei vergoldete Hakenkreuze, eine SA-Armbinde und vor allem zahlreiche Exemplare der Zeitung »Schwarzes Korps«, die im Hotelkeller auf einer Rotaprint-Druckmaschine hergestellt worden wären. Seit Frühjahr 1978 hatte das »Schwarze Korps« in einer Fortsetzungsserie Hitlers »Mein Kampf« abgedruckt. Die Zeitung gehört zur NSDAP-Zelle Hanau, die auch unter dem Namen »Kommando 88« bekannt wird (8 steht für H als achtem Buchstaben des Alphabets, 88 = HH = Heil Hitler). Im Januar 1980 stellt die Generalbundesanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen die Hanauer NSDAP-Mitglieder

wegen Verdachts auf Gründung einer kriminellen Vereinigung (§ 129) ein. Während Pospieszynsky in Hanau bleibt, gibt Kocherscheidt den »Goldenen Löwen« auf und geht als Hotelier nach Bad Soden (Salzmünster).

V-Mann Werner Gottwald berichtet seinen Dienstherren seit Frühjahr 1974 regelmäßig auch von NPD-Veranstaltungen. Vor allem vom Stammtisch der Nationaldemokraten in der Oldenburger Gaststätte »Hegeler Hof«, der auch heute noch jeden zweiten Freitag im Monat dort stattfindet.

Um seine Teilnahme an diesen Umtrunken zu legalisieren, tritt Gottwald bei einer Bezirksversammlung der NPD Weser-Ems am 14. August 1974 in die Partei ein. Zitat aus »Reisers« Bericht: »Der Beitritt von G. wurde unter großem Beifall zur Kenntnis genommen.«

In der gemeinsam von NPD und ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) betriebenen Geschäftsstelle in der Nadorsterstraße, später in der Gaststraße 24-25, geht Gottwald bald seiner üblichen Beschäftigung nach: Er wird Schriftführer. »Reisers« Berichte über die NPD lesen sich jedoch wenig spannend. Da ist viel von Wahlvorbereitungen, Informations- und Kontoständen und anderem organisatorischen Kleinkram die Rede. Interessant - und typisch für die rechtsradikale Szene - ist aber die Teilnahme oder Mitgliedschaft militanter Neonazis, denen die NPD Kontaktmöglichkeiten und ein schützendes, weil legales Umfeld für die Propagierung harter Aktionen bietet.

Dazu gehören der Oldenburger Bundeswehrfeldwebel Jürgen Kühl, NDFB- und CDU-Mitglied Jürgen Pospieszynsky; der Oberfeldwebel und Funktionär des Nationaldemokratischen Hochschulbundes Ronald Drechsler, der mit seiner Truppe provokatorische Aktionen an der Uni Oldenburg startet und als Vorsitzender der JN Niedersachsen den Parteinachwuchs auf militanten Kurs zu bringen versucht, oder K. Wittkowski aus 5309 Lüftelberg, der später als offizieller Verbindungsmann zwischen NSDAP und NPD fungiert.

NPD-Mitglied ist auch Willy Wegner, der mit seiner Truppe im März 1974 acht Maschinenpistolen aus dem Zollkommissariat Schöningen raubt, in Göttingen den jüdischen Friedhof verwüstet und den politischen Buchladen in Brand steckt. Aus »Reisers« Bericht von Wegners Auftritt auf dem Niedersachsentag der NPD am 12. Januar 1974 geht exemplarisch hervor, welche Taktik die Rechten einschlagen, um bei einer Strafverfolgung jede Zusammenarbeit zwischen ihren verschiedenen Organisationen zu vertuschen: »Während der Mittagspause sprach *(der JN-Funktionär)* Drechsler mit Wegner, der an der Sache Göttingen *(Brandanschlag)* mit Glitza beteiligt war. Er forderte Wegner auf, den Ausweis *(dem NPD-Schatzmeister)* Hoffmann zu geben, damit er offiziell nicht mehr Mitglied sei. Damit solle erreicht werden, daß im Falle einer Anklage nicht die JN/NPD angegriffen werden kann. Selbstverständlich könne er gern an allen Veranstaltungen teilnehmen. Er solle sich aber bei allen künftigen Aktionen der Zurückhaltung befleißigen«.

Was bleibt, sind »Einzeltäter« und »isolierte Gruppen«, die der Öffentlichkeit präsentiert werden - obwohl den Sicherheitsbehörden - das zeigen die Aufzeichnungen des V-Manns Werner Gottwald - personelle Verflechtungen und taktische Absprachen der Faschisten wohlbekannt sind. Der Zeitsoldat »Zündel-Willy« Wegner zum Beispiel, wegen »der Sache Göttingen« unehrenhaft aus der Bundeswehr entlassen und später zu 39 Monaten Gefängnis verurteilt, muß zwei Drittel seiner Strafe absitzen. Im April 1978 wieder in Freiheit, schließt er sich umgehend der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS) des Hamburgers Michael Kühnen an. Wegen Beteiligung an der Ermordung des »Verräters« Johannes Bügner (KONKRET-Extra 12/82) wird Wegner im Sommer 1982 erneut für anderthalb Jahre hinter Gitter geschickt.

Agent »Reiser« alias Gottwald hat inzwischen in dem betagten Joseph V. Stolzenhain aus Heiden, Nazi bis ins Knochenmark, seinen treuesten Freund, Fürsprecher und Vermittler gefunden. Stolzenhain ist Vorsitzender eines »Bundes der Aufrechten«, in dem sich unter der Schirmherrschaft des (inzwischen verstorbenen) Nazi-Oberst Rudel Revanchisten und alte NSDAP-Leute ihren Nachwuchs unter jungen Bundeswehrfreiwilligen rekrutieren. Außerdem ist er Geschäftsführer der »Vereinigung der mitteleuropäischen Föderalisten« und der »Europäischen Bruderschaft«. Rechtsradikale Clubs, die Kontakte zu Faschistenverbänden halten, darunter auch zu sogenannten Auslandsorganisationen der NSDAP In den USA, Dänemark und Lateinamerika. Das erklärte Wunschziel des ehemaligen Freikorpsführers Stolzenhain: »Zusammenarbeit aller nationalen Kräfte«.

Die zersplitterte rechtsradikale Szene will er zu einer »gewaltigen Kraft zusammenfügen«. Wie »Reiser« dem Verfassungsschutz schon am 4. April 1973 berichtet, ist »Stolzenhain ... ein Mann, der bereits über die Exilregierung Danzig mit *(dem ehemaligen NDFB-Generalsekretär)* Ahlers in Verbindung steht... Näheres bitte ich den Fotokopien zu entnehmen. Stolzenhain soll einer der Initiatoren der NDFB sein« - und später einer der Geburtshelfer der bundesdeutschen NSDAP.

Stolzenhain, der von einer »einheitlichen Zentrale Nachrichtendienst und Abwehr« träumt und selbst eine »Kartei über alle bekanntgewordenen Linksextremisten, Spione und Volksverdummer« führt, stellt seinem Freund Gottwald umfangreiches Adressenmaterial zur Verfügung. Zu Weihnachten 1974 setzt der sich an die Schreibmaschine. Mit besten Empfehlungen von Stolzenhain schreibt er als NDFB-»Generalsekretär« an Dutzende einschlägiger Adressen. Darunter sind Zeitschriften wie »Nation Europa«, »MUT«, »Unabhängige Nachrichten« oder Thies Christophersens »Bauernschaft«. Mit der »Bitte

um Zusammenarbeit« wendet er sich auch an die NSDAP-Auslandsorganisation des US-Amerikaners Gary Lauck und bietet sich als »Verbreiter von Werbematerial« an.

Am 12. Juli 1975 lädt ihn Stolzenhain zu einer »Tagung« in sein Heidener Haus ein. Dort macht er Gottwald mit zwei Schlüsselfiguren der NSDAP bekannt: Wilhelm Wübbels aus Bocholt am Niederrhein und Hans Sönke aus Oberhausen.

Wie »Reiser« erfährt, plant Wübbels mit seinem Freund Sönke und den »zur Zeit 16 aktiven Gruppen der NSDAP« die »Neugründung der NSDAP für die Bundesrepublik für die erste Septemberwoche«. Der Frührentner und Brötchenausfahrer Wübbels, 1940 in die SS-Leibstandarte Adolf Hitler eingetreten und in der Nachkriegszeit mehrere Jahre als Redakteur der SS-HIAG-Zeitung »Der Freiwillige« tätig, soll »Reichsführer« der neuen illegalen Nazi-Partei werden.

Wilhelm Wübbels, der auf einer eigenen Druckmaschine NS-Propagandaschriften herstellt und »an einen Kundenkreis von etwa 300-400 Personen regelmäßig vertreibt«, verrät ausgerechnet Gottwald seine Methoden zur Agentenabwehr: »Ein besonderes Sicherheitssystem soll interne Tagungen schützen. Angeblich erhalte jeder einen Anruf mit dem Hinweis, sich auf eine Reise vorzubereiten. Es folgt dann ein Brief mit neutralem Absender, in dem ein Termin genannt wird an dem sich der betreffende in einem Hotel zu melden habe und dort einen Umschlag verlangen solle. In diesem Umschlag finde er eine Telefonnummer, die er anrufen müsse. Er wird dann etwa 30 Minuten später abgeholt und zum Treff gebracht. Wübbels benutzt für die Versendung seiner entsprechenden Briefe als Absender den Stempel eines Krankenhauses. Diese Post wird mit Sicherheit nicht kontrolliert... Wübbels wurde mit mir durch Stolzenhain zusammengebracht, weil ich mit ihm zusammenarbeiten soll.«

Über Stolzenhain-Gast Sönke berichtet»Reiser«:»Er ist im vergangenen Krieg Offizier gewesen und ist Mitglied des Reserveoffiziersverbandes. Sönke ist bekannt und arbeitet mit Lauck zusammen... Er ist ebenfalls *(wie Stolzenhain)* Mitglied des »Ordensrates« und Mitglied der 'NF' *(Nationale Front)*. Er betreibt einen umfangreichen Briefwechsel mit Angehörigen der Bundeswehr - auch mit zwei exponierten Leuten der Führungsakademie in Hamburg. Sönke arbeitet als Koordinator auf dem NS-Sektor. Er ist als radikal einzustufen.«

Wilhelm Wübbels ist ein Meister der plumpen Tarnungen. So verschickt er zur Gründung der bundesdeutschen NSDAP am 6./7. September 1975 in Wiesbaden Einladungen des » 1. Schießclub Bocholt e.V.« zu einem »Kurzlehrgang« - »bitte veranlasse auch, daß die Teilnehmer nicht in Schützenuniform oder mit Schützenabzeichen erscheinen, wir wollen nicht Anlaß zu irgendwelchen Spekulationen geben«.

Wübbels Vorsicht ist unnötig. Trotz frühzeitiger Information des Verfassungsschutzes schreitet die Polizei nicht ein. Die Gründungsfeier, zu der die Nazi-Kader samt Werner Gottwald von überallher anreisen, verläuft ungestört. Auch in dem vom damaligen Bundesinnenminister Maihofer (FDP) verantworteten Verfassungsschutzbericht 1975 findet das Ereignis keinerlei Erwähnung. »Die meisten der neonazistischen Gruppen haben grundsätzlich keine organisatorische Struktur«, heißt es da. Die Existenz einer überregional operierenden Nazi-Partei wird geleugnet, für den Verfassungsschutz treten nur »Einzelgänger unter dem Namen von Organisationen« auf.

Einige Monate später nimmt Gottwald die bei Stolzenhain ausgesprochene Einladung des »Reichsführers« Wübbels in dessen Haus an. Am 17. Januar 1976 berichtet ihm Wilhelm Wübbels von seinen umfangreichen Kontakten zu Rechtsradikalen wie Thies Christophersens »Bauernschaft«, Manfred Roeders »Deutsche Bürgerinitiative« oder Karl Heinz Hoffmanns »Wehrsportgruppe«, die in Verfassungsschutzberichten ebenfalls als isolierte Zirkel aufgezählt werden, in Wahrheit aber alle zusammenarbeiten.

»Reiser«: »Wübbels ist auf der Burg *(Rothenfels am Main)* bei dem Seminar von Thies Christophersen gewesen. Es sollen etwa 150-200 Leute anwesend gewesen sein. U.a. Roeder, *(der Recklinghauser Neonazi-Anwalt)* Schöttler, Hoffmann (Wehrsportgruppe). Hoffmann soll angeblich in vier-Wochen-Kursen junge Leute ausbilden. Die Einkleidung kostet etwa 120,- DM und die Unterkunft und Verpflegung müssen zusätzlich mit einem geringen Betrag bezahlt werden. Ich habe Wübbels gefragt ob denn bereits Leute ausgebildet werden, was er bejahte. Ich gab vor, eventuell ein paar junge Leute zu kennen, die so etwas machen würden. Er versprach mir die nötigen Daten für die Anmeldung zu beschaffen ... «

Außerdem arbeite er eng mit Friedhelm Busse, dem Münchner Führer der Volkssozialistischen Bewegung/Partei der Arbeit (VSBD/PdA) zusammen, vertraut der NSDAP-»Reichsleiter« Gottwald an. Busses Truppe ist genauso Teil der illegalen Partei wie die Stuttgarter »Kampfgruppe Himmler«. »Reiser«: »Der Schriftverkehr mit dieser Gruppe erfolgt über Postlagerkarte in Stuttgart! Die Gruppe soll 15 Mann stark sein und trägt militanten Charakter. «

Der »Reichsführer« kümmert sich auch um die Bewaffnung der NSDAP: »Wübbels meint man beobachte seit geraumer Zeit einige Unterkünfte der Bundeswehr um über den Kontrollablauf unterrichtet zu sein. Man wäre jederzeit in der Lage sich Waffen z.B. in Bocholt und Umgebung zu beschaffen. Ein gewisser Bestand sei natürlich vorhanden und entsprechend auf dem Lande gelagert!«

Bereits einen Monat später fährt Gottwald, der nun zusammen mit Wübbels die NSDAP-Kasse führen soll, erneut nach Bocholt. Dort kann er sich davon überzeugen, daß alle militanten und bewaffneten Nazi-Banden als »Ortsgruppen« oder

»Gaue« in der bundesdeutschen Untergrund-NSDAP vertreten sind und intensiv zusammenarbeiten.

Über die Tarnung nach außen gibt die Satzung vom »NSDAP-Aufbau nationalsozialistischer Ortsgruppen - Nur für den Dienstgebrauch« wichtige Hinweise: »Die Ortsgruppen arbeiten überwiegend selbständig... bestimmen einen Vertrauensmann.... der die Verbindung *(untereinander)* ... aufrechterhält.« Damit kann den einzelnen Mitgliedern der illegalen Organisation im Falle einer Strafverfolgung nichts nachgewiesen werden. Denn »für die Öffentlichkeitsarbeit sind entsprechende politische Vereinigungen zu gründen, die unserer Parteiarbeit entsprechen« - aber eben nicht identisch sind, sondern wie zersplitterte Zirkel und Freizeitvereine aussehen.

In dem Papier heißt es weiter: »Wir sind keine Rabauken und Schläger. Außerdem führen wir keine Maßnahmen durch, die Aufgabe des kommenden nationalsozialistischen Staates sind. Wir werden unsere Arbeitskraft nicht durch Aufgaben verbrauchen, die nur im großen Rahmen gelöst werden können. Durch Disziplin, Zucht und Ordnung werden wir dem deutschen Menschen zeigen, daß nur der nationalsozialistische Weg der einzige und richtige Weg in die Zukunft ist.« - » ... Eine Ortsgruppe kann mit 12 Nationalsozialisten gegründet werden, die in der Lage sind, an den jährlich stattfindenden Parteitagen teilzunehmen, die im Allgemeinen mit Feiertagen wie z.B. 30. Januar *(Machtergreifung Hitlers),* 20. April *(»Führers Geburtstag«),* 9. November *(gescheiterter Hitlerputsch 1923)* stattfinden sollen«.

Unter Punkt 9 finden sich sogar genaue Uniformvorschriften: »Bei geschlossenen Veranstaltungen ist der Dienstanzug zu tragen, er sieht wie folgt aus: schwarze Stiefel und schwarze Stiefelhose, braunes Hemd mit Schulterklappen, Koppel und Schulterriemen, sowie schwärzer Binder und Armbinde.«

Nach dem Bocholter Treflen am 28./29. Februar N 1976, bei dem auch das Parteiprogramm beschlossen wurde, kann »Reiser« über ungezählte Querverbindungen in der NS-Szene berichten: »Eberhard Hevendehl hat eine Kampfgruppe von 15 Mann, unterhält enge Kontakte zu französischen Extremisten, ist als gefährlich einzuschätzen! Er hat Kontakte zu Roeder... und besitzt eine Druckerei..., soll im Besitz von Waffen sein und fordert zu Gewaltaktionen auf... Hevendehl unterhält enge Kontakte zur Wikingjugend und ist NPD-Mitglied ... «

»Ulli Neufeld *(aus Mannheim)* hat eine Gruppe von 14 Mann. Er unternimmt mit diesen Gelände-Nachtübungen im Kampfanzug mit Waffen. N. ist im Besitz von mindestens einer MPi... Neufeld hat Kontakte zu Pöhlmann und dessen Gruppe.«

Siegfried Pöhlmann, Vorsitzender der NPD Bayern, hatte 1972 die »Aktion Neue Rechte« gegründet, nachdem er als Vertreter eines militanten Kurses der Nationaldemokraten gegen en »gemäßigten« Bundesführer Adolf von Thadden unterlegen war. »Pöhlmann hat eine Schule mit einem Grundstück von 5000 qm Land für die NS-Gruppen angeboten«, berichtet »Reiser«. »Neufeld meint, man könne damit der Wikingjugend, der NPD und Stahlhelm Tagungen durchführen ... «

»Der Vertreter aus Berlin *(Kampfgruppe Priem)* ist von Beruf Bankkaufmann und arbeitet bei der Commerzbank. Die Gruppe in Berlin ist über 20 Mann stark und verkehrt in einem Zuhälterlokal. Die Gruppe in Berlin gehört dem Polizeisportverein an und nimmt dort intensiv an einem Schießunterricht teil.«

»Henri Beier *(aus Frankfurt)* hat eine Gruppe von 10 aktiven Männern. Er ist als gefährlich einzuschätzen und dürfte ebenfalls im Besitz von Waffen sein... Beier war vor ein paar Tagen in der Wohnung von Roeder.«

»Wolfgang Schönstedt (aus *Dorsten)* betreibt Karate, seine Frau Judo. Die Mutter Schönstedt arbeitet in einer Kaserne bei der Britischen Wehrmacht. Die in Borken geklebten NS-Plakate stammen von den Schönstedts. Vorsicht! In der Wohnung der Sch. befinden sich Fahnen usw.« Ein Hinweis des V-Mannes auf Waffenlager?

»Friedrich (aus *Bonn-Brühl)* ist Hauptfeldwebel a.D. der Bundeswehr und war in Idar-Oberstein stationiert. Sein Vorgesetzter war Major Körper, der z.Zt. Vorsitzender des Sozialwerks der Bundeswehr ist und dem Vorstand des Stahlhelm angehört.« Auch Erwin Schönborn, Gründer des »Kampfbundes Deutscher Soldaten« und Ziehvater vieler Jungnazis, ist in der NSDAP aktiv. »In Düsseldorf hat eine Versammlung von Schönborn (KDS) mit den NS-Gruppen stattgefunden, an dem Wübbels, Schönstedts, Neufeld, Beier und Kreiskötter teilnahmen.«

»Aktionen sollen in diesem Jahr nur örtlich begrenzt stattfinden und nach Möglichkeit nur in Propaganda bestehen«, weiß »Reiser« am Ende zu berichten. »Es sollen feste und harte Kader gebildet werden, damit dann mit harten Aktionen begonnen werden kann. Dies schließt aber nicht aus, daß bei einer günstigen Gelegenheit etwas vorgezogen wird... Beier forderte übrigens, daß auf Verrat die Todesstrafe gesetzt werden soll«, schließt der V-Mann.

Wo immer hochkarätige Nazikader zusammenkommen, Verfassungsschützer Werner Gottwald ist jetzt mit von der Partie. Am 26. April 1976 fährt er mit der »Bürger- und Bauerninitiative« nach Helgoland. Von ihrem Gründer Thies Christophersen, der in seinem »Kritik«-Verlag das berüchtigte Buch die »Auschwitz-Lüge« herausbrachte, wird er persönlich begrüßt. Unter den 70 Personen, die in der Helgoländer Nordsee-Halle blut- und bodengetränkten Vorträgen über das »Bauerntum als Kulturquelle« lauschen, befinden sich so illustre Gestalten wie Frau Müller-Denin von der »Europäischen Arbeiterpartei« (EAP), verschiedene hohe NPD-Funktionäre, darunter der Verleger und NS-Publizist Udo

Walendy aus Vlotho oder der Goebbels-Mitarbeiter und Produzent des Hetzfilms »Der ewige Jude«, Dr. Taubert, der 1958 von seinem damaligen Chef, Verteidigungsminister Strauß, zum Berater für »Psychologische Kriegsführung« ernannt wurde. Ebenso D. Vollmer, Referent des völkischen »Deutschen Kulturwerks des Europäischen Geistes« DKEG, 1950 mit 100.000 Mark Starthilfe vom »Stifterverband der deutschen Industrie« gegründet. Besonders herzlich aufgenommen wird in diesem Kreis Manfred Roeder, der sich »guter Erfolge« mit den Aufführungen des Films »Jud Süß« rühmt: »Wer diesen Film sieht, dem darf anschließend kein Jude mehr über den Weg laufen.«

Am 29. Januar 1977 treffen sich die NSDAP-Kader am Detmolder Hermannsdenkmal anläßlich des 44. Jahrestages der Machtergreifung ihres Führers zu zackiger Marschmusik. Vertreten sind fast alle »Gaue« und Kampfgruppen, die meisten von ihnen kann »Reiser « als »bekannte Personen« identifizieren. Das Ehepaar Müller mit Sohn Harald (KONKRET 4/83), deren Gärtnerei im Januar 1983 als Nazi-Treffpunkt von Antifaschisten belagert werden sollte, kennt Gottwald noch von der NSDAP-Gründungsfeier. Zum erstenmal dabei ist die Hamburger Gruppe mit dem NPD-Landesorganisationsleiter Uwe Stier, Phillipp Schönmann und dem Gründer des »NSDAP-Freundeskreises« Wolf Dieter Eckart, der mittlerweile nach Stolberg bei Aachen umgezogen ist. Auch zwei französische Faschisten sind vertreten. Einer davon ist F.A.N.E.-Funktionär Michael Caignet, den Gottwald schon bei der »Bürger- und Bauerninitiative« auf Helgoland traf. Abseits der Feierlichkeiten konstituiert sich der NSDAP-Führungskreis neu, Agent Gottwald behauptet seine Funktion als Rechnungsführer.

Von den aktiven Kampfgruppenführern fehlt in der NSDAP eigentlich nur einer: Wehrsportgruppenführer Karl Heinz Hoffmann aus Nürnberg. Und auch das ist eine optische Täuschung, wie der Bericht »Reisers« von einer »Führertagung« am 2./3. April 1977 in Lehnenberg beweist. »Fast alle NSDAP-Leute haben bereits an Lehrgängen bei Hoffmann teilgenommen«, erzählt ihm da Ulli Neufeld unter vier Augen. »Hoffmann verfügt zur Zeit über 2'50 junge Aktive, und es sind als Reserve noch etwa 200 vorhanden, die im Alarmfall kommen. Man sei so organisiert, daß man mit Sicherheit den Roten bei einem Umsturzversuch zuvorkommen werde.«

Wer hat da nicht noch die Worte von Franz Josef Strauß im Ohr, der nach dem Verbot der »Wehrsportgruppe Hoffmann« im Januar 1980 äußert: »Wenn niemand von diesem Verrückten spräche, man würde seine Existenz überhaupt nicht bemerken. Hoffmann hat sich nichts zuschulden kommen lassen.« Sein Innenminister Tandler nach dem Attentat auf dem Münchner Oktoberfest: »Man soll nicht ein Schattenreich aufbauen, eine Schattengefahr über das hinaus, was existiert.« Die Bombe hatte das Wehrsportgruppenmitglied Gundolf Köhler deponiert. Ein »Einzeltäter«, wie zuletzt die Bundesanwaltschaft bei der Einstellung des Ermittlungsverfahrens Anfang 1983 feststellt.

Neufeld brüstet sich jedoch nicht nur mit seinen engen Kontakten zu Wehrsport-Hoffmann, sondern verrät auch interessante Details über Waffen und konspirative Pläne. »Reiser«: »Er habe in der CSSR gute Kontakte zu einem Mann (Graf von ...) der in der Lage sei laufend Waffen zu liefern. Er habe bereits mehrere Pistolen und Maschinenpistolen besorgt... Er teilte mir mit, daß er zu einer Gruppe gehöre, die sich auf Attentate vorbereite. Dies gehöre natürlich unter völlige Geheimhaltung.«

Neufeld ist auch mit dabei, als sich am 17. Juni 1977 in den »Trebeler Bauernstuben« im Landkreis Lüchow-Dannenberg die faschistische Elite trifft, NPD-MitgIied Gottwald ist mit von der Partie, obwohl seine Partei an diesem 17. Juni beim traditionellen »Deutschlandtreffen« jeden Mann gebrauchen kann. NPD-Mann Drechsler habe alle aufgefordert, notiert »Reiser« beim Oldenburger NPD-Stammtisch, »unbedingt mit nach Frankfurt zu fahren, da dem Parteivorstand nachrichtlich bekannt sei, daß es zu starken Auseinandersetzungen mit der Linken kommen werde«.

Während in der Mainmetropole schwerbewaffnete Polizeihundertschaften den Römer für die NPD von Gegendemonstranten freiprügeln, steht am Eingang des Dörfchens Trebel ein einsamer Streifenwagen, als sich die zum Teil braununiformierten NS-Kader versammeln. Ursprünglich ist nach dem Bericht »Reisers« sogar »geplant, mit Fahnen und Transparenten eine Feier an der DDR-Grenze zu veranstalten. *(Dem NPD-Verbindungsmann)* »Wittkowski und mir *(also Gottwald)* ist es gelungen dies abzubiegen«. Eine solche Aktion wäre wohl auch dem Verfassungsschutz allzu provokativ erschienen.

Stattdessen wird am zweiten Tag des Treffens »im Nachbardorf (2 km) ein Sonnwendfest veranstaltet. Es wurde wieder gesungen und Feuersprüche gesprochen. 'Horst-Wessel-Lied' usw. Abgeschlossen wurde mit einem dreifachen 'Sieg-Heil' auf Führer und Partei ... « Sonst enthält »Reisers« Bericht von diesem »Tag der deutschen Einheit« außer den Namen einiger der rund 100 Teilnehmer wenig Brisantes. Werner Gottwald notiert nichts von einem Gespräch über Sprengstoffanschläge, das Schönstedt senior mit dem Statthalter des US-Nazis Lauck in der Bundesrepublik, dem Braunschweiger Paul Otte, führt. Seinen dürftigen und diesmal handschriftlichen Notizen ist auch nicht zu entnehmen, wer in Trebel sonst noch außer ihm für den »Verfassungsschutz« sorgte - zum Beispiel Hans Dieter Lepzien.

»Verräter verfallen der Feme« - so der Aufmacher im »NS Kampfruf«, als Jahre später bekannt wird, daß Lepzien ein Agent ist. Der Kraftfahrer aus Peine hatte sich in der Gruppe um Paul Otte maßgeblich am Aufbau der NSDAP beteiligt. In

Lepziens Wohnung werden kurze Zeit nach dem Trebeler Treffen Pläne für Attentate und selbstgefertigte Sprengkörper verteilt.

Die erste der vom Verfassungsschützer Lepzien organisierten Bomben explodiert Anfang September 1977 bei der Amtsanwaltschaft in Flensburg. Eine zweite am 21. Oktober 1977 vor dem hannoverschen Amtsgericht. Beide Anschläge werden lange Zeit den Linken angelastet.

Die Selbstenttarnung des mitangeklagten Agenten im Braunschweiger »Otte-Prozeß« sorgt im Oktober 1980 kurzzeitig für Aufsehen. Er habe für das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz gearbeitet, gesteht er. Trotzdem wird der ehemalige »Sicherheitsbeauftragte« Gary Laucks zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Obwohl ein vom niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff in Bonn gestelltes Gnadengesuch inzwischen abgelehnt ist, brauchte Bombenbastler Lepzien seine Strafe bis heute nicht anzutreten.

Das »Sprengstoffgespräch« auf dem Trebeler Treffen zwischen Otte und Schönstedt wird jedoch auch nicht durch Herrn Lepzien bekannt, sondern durch einen dritten Agenten, der die Anzahl der V-Männer auf mindestens ein Zehntel der in Trebel Anwesenden schätzt. Dieser Mann, Werner Lock aus Berlin, bricht später aus »Erbitterung« über die systematische Untätigkeit der Strafverfolgungsbehörden den Kontakt zum Berliner Verfassungsschutzamt ab und geht mit internen Kenntnissen an die Öffentlichkeit. Der ehemalige V-Mann wirft der Generalbundesanwaltschaft vor, »die im Falle der Linken bis zum geht nicht mehr weitherzigst ausgelegten Paragraphen gegen Terrorismus, kriminelle Vereinigungen und Sprengstoffverbrecher nach vielen Jahren vorsätzlicher Untätigkeit gegen die Nazis« überhaupt nicht anwenden zu wollen. »Die Sache ist ganz einfach die«, schreibt Lock, »daß die neue Hitlerpartei NSDAP fast ausschließlich mit Propagandamaterial aus USA arbeitet, die Regierung der USA großzügig Parteibüros auf ihrem Staatsgebiet duldet und tatenlos zusieht, wie monatlich tonnenweise Nazi-Müll aller Art nach der Bundesrepublik und Westberlin verbracht werden.«

Der Insider empört sich auch über die veröffentlichten Verfassungsschutzberichte, in denen die NSDAP-Untergruppen als isolierte Zirkel aufgezählt werden. »Versuche des Frührentners W. Wübbels aus Bocholt, eine überregionale NSDAP aufzubauen, sind bisher gescheitert«, heißt es dort noch für 1977. Werner Lock: »Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen sieht also tatsächlich nur der Bundesinnenminister. Ein besonders gutes Beispiel für den innigen Zusammenhang ergab das Führungstreffen in dem Örtchen Trebel... 120 Führungskader der NSDAP (unterteilt nach Maihofer: Kampfgruppe Hoffmann, Kampfgruppe Priem, Faschistische Front, Kampfbund Deutscher Soldaten, Deutsche Wacht, Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland, Deutsche Bürgerinitiative, Deutscher Bauernbund, Deutsche Volksunion, Junger Stahlhelm, HIAG usw.) feierten vier (!) Tage ungestört... und tagten fast ungedeckt unter den zur 'Observation' anwesenden Staatsschützern.«

Und alle konnten »ungestört« wieder nach Hause fahren: Wilhelm Wübbels, Paul Otte, Ulli Neufeld, Heinz und Wolfgang Schönstedt, Friedrich Wüste, Hans Sönke, Kurt Wittkowski, Lothar Wrobel mit einem gesamten »Fanfarenzug« der Jungen Nationaldemokraten aus Hamburg, die Berliner Kampfgruppe Priem, Jürgen Pospieszynsky vom »Goldenen Löwen« in Hanau, Oberst Hag von Schönborns »Kampfbund Deutscher Soldaten«. Und auch der Hamburger Uwe Stier, der, wie auch »Reiser« berichtet, einen »Mann namens Kühn - Leutnant der Bundeswehr« eingeführt hatte.

Sein richtiger Name: Michael Kühnen. V-Mann Werner Lock beschreibt dessen Auftritt folgendermaßen: »Gauleiter Kühnen aus Hamburg in Bundeswehruniform: ein seltsamer Anblick, als er das Pfötchen hob zum Hitlergruß, kräftig das Leib- und Magenlied der Nazis mitbrüllend, 'die Fahne hoch'...«

Wie kaum ein anderer wird sich dieser schmucke Leutnant zum Motor der NS-Bewegung entwickeln. Von der Bundeswehrhochschule im Juli 1977 geschaßt und unehrenhaft aus der Bundeswehr entlassen, gründet Kühnen vier Monate später die offen auftretende »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS), die als Gau Hamburg in der illegalen NSDAP vertreten ist. Öffentlich bekennt Kühnen, daß für ihn »Adolf Hitler und sein Programm das größte Vorbild« ist. Nach Banküberfällen und mehreren Einbrüchen seiner Anhänger in NATO-Depots wird gegen ihn und andere Hamburger Neonazis ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Gründung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet. Mitte September 1979verurteilt ihn das Oberlandesgericht Celle im nach Bückeburg ausgelagerten »Werwolf-Prozeß« zu vier Jahren Gefängnis. Den Vorwurf der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung hat das Gericht ausdrücklich fallengelassen. Es ist damit dem Schlußwort Michael Kühnens gefolgt, »die neue nationalsozialistische Bewegung« und die NSDAP nicht in die Nähe von Terroristen zu rücken. Davon, so Kühnen, hänge viel für ihn und die Bewegung ab.

Er muß die vier Jahre »Festung« voll absitzen. Wie sein großes Vorbild verfaßt er in dieser Zeit ein umfangreiches Programm, betitelt »Die zweite Revolution«. Das Manuskript wird aus dem Celler Hochsicherheitstrakt herausgeschmuggelt. Über den Verlag Thies Christophersens soll es auf den Markt gebracht werden. Der Plan scheitert, vorerst jedenfalls. Neonazi-Verleger Christophersen setzt sich ins Ausland ab, NS-Ideologe Kühnen wird von einem Flensburger Gericht wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung in seiner Schrift zu weiteren neun Monaten Haft verurteilt.

Die Strafe verbüßt er nicht einmal zur Hälfte - am 30. November 1982 öffnet sich überraschend die Tür seiner Zelle. Ende Juni 1983 kassiert der Bundesgerichtshof in einer Revisionsentscheidung das Flensburger Urteil endgültig. Das Verfahren gegen Kühnen wird eingestellt, der rege »Organisationsleiter« kann mit einer Haftentschädigung rechnen. Seinem erklärten Ziel, »die nationalsozialistische Bewegung neu zu ordnen« und die nach den Verboten von »Wehrsportgruppe Hoffmann« und »Volkssozialistischer Bewegung Deutschlands« organisations- und führerlos gewordenen Neonazis wieder zusammenzubringen, ist Kühnen wieder nähergekommen.

Unter den Siegrunen und stilisierten Hakenkreuzen der wiederbelebten und bundesweit operierenden »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA) sammeln sich heute erneut die braunen Kämpfer. Junge Leute wie der Hanauer Arndt-Heinz Marx und Thomas Brehl sind ebenso dabei wie alte NSDAP-Kameraden. Darunter Erwin Schönborn und sein »Kampfbund«, Nazi-Müllers und Anhang aus Mainz ebenso wie der Frankfurter Henri Beier, früher Kopf der »Kampfgruppe Großdeutschland« und heute Vorsitzender einer »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene«.

Unterstützung erfährt Kühnen auch von Otto-Ernst Remer, früher Major im »Wachbataillon Großdeutschland«. Der Kreis schließt sich: schon 1973 hatte Heinz Ahlers »mit den besten Empfehlungen von Ihrem Kameraden Werner Gottwald« den heute 70jährigen Nazi-Major zur Mitarbeit in der »Nationalen Deutschen Freiheitsbewegung« aufgefordert.

Im August des Jahres 1977 enden die uns vorliegenden Berichte des Agenten Gottwald. Verlassen wir die Bewegung, die über Jahre hinweg unter den Augen und tätigen Händen diverser »Verfassungsschützer« groß geworden ist. Werner Gottwald dürfte ihr bis heute treu geblieben sein.

Der Oldenburger Öffentlichkeit fällt der Bürger Gottwald, abgesehen von Zeitungsberichten über den »Interfinanz-Skandal« 1967, nur ein einziges Mal auf: als NPD-Bundestagskandidat. Im Oktober 1977 tritt der in der Bauverwaltung beschäftigte Werner Gottwald in die Gewerkschaft ÖTV ein. Später wird er über deren Liste in den vierköpfigen Vorstand des Gesamtpersonalrats der Stadtverwaltung gewählt. Dort fungiert der V-Mann, wer hätte es gedacht, als Schriftführer, von seiner Arbeit in der Bauregistratur wird er freigestellt. Zur Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 mit dem Kanzlerkandidaten Strauß tritt die NPD unter dem Slogan »Ausländerstop - Deutschland den Deutschen« an. Auf Platz 17 der niedersächsischen Landesliste sitzt Gottwald. Als sein Name in den amtlichen Wahlunterlagen auftaucht, wird er zur ÖTV zitiert. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte schon im Mai 1966 festgestellt, daß die »Zugehörigkeit zur NPD unvereinbar mit einer DGB-Mitgliedschaft« sei. Freiwillig legt Gottwald sein Amt im Personalrat nieder und tritt aus der Gewerkschaft aus. Die Stadtverwaltung setzt ihn - entsprechend dem Personalvertretungsgesetz - wieder in seinen alten Arbeitsplatz ein. Noch 1982 sitzt er im Zimmer 7a des Bauordnungsamtes. Mit »Zentrale« meldet er sich heutzutage unter der Oldenburger Telefonnummer 4031 aus dem Lager des Städtischen Krankenhauses Kreyenbrück.

Sein Rücktritt im Personalrat, erklärte Gottwald damals der Oldenburger »Nord-West-Zeitung«, sei nach dem Gesetz weder notwendig gewesen, noch hätte er in direktem Zusammenhang mit seiner NPD-Kandidatur gestanden. Aber noch im Februar 1976 hatte er einen ihm angebotenen Listenplatz bei den Nationaldemokraten brüsk abgelehnt - mit dem Hinweis auf seine Beschäftigung im Öffentlichen Dienst. Der wahre Grund: ein V-Mann kann keine Öffentlichkeit gebrauchen. Peinlich genau achtete er immer darauf, sich in seinen Nazikreisen nicht zu exponieren. Er war darauf angewiesen, seine »Erkenntnisse« für den Verfassungsschutz ganz im stillen zu formulieren. Berichte, die seit 1975 von der Existenz einer bundesweiten Untergrund-NSDAP zeugen.

Politische Konsequenzen: keine. Zwar wurden einzelne NSDAP-Anhänger wie Michael Kühnen, Paul Otte oder Manfred Roeder wegen krimineller Delikte verurteilt, niemals jedoch wegen einer - gegen Linke so oft angewandten - Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung. Das einzige von der Karlsruher Bundesanwaltschaft im Jahre 1979 angestrengte Ermittlungsverfahren gegen eine »NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation« wurde bald darauf sang- und klanglos eingestellt.

Kasten «Die handelnden Personen« auf Seite 56:

Werner Gottwald, städtischer Angestellter in Oldenburg, NPD-Mitglied und unaufhaltsamer Aufsteiger in der harten Neo-Nazi- Szene, verkauft unter dem Decknamen »Reiser« beschaffte Informationen an**Kurt Ellberg**, Postfach 1831 in Hannover, Agentenführer beim niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz, der seinem V-Mann immer neue Zielpersonen nennt: zunächst

Heinz Ahlers, Gastwirt in Oldenburg, Generalsekretär des Nazi-Zirkels »Nationale Deutsche Freiheitsbewegung« (NDFB), bald durch Gottwald in seinen Funktionen ersetzt, und dessen Mitstreiter

Ernst Kocherscheidt, Wirt vom »Goldenen Löwen« in Hanau, NDFB-Generalsekretär mit Interesse an Waffengeschäften, und

Jürgen Pospieszynsky, O1denburger Nachwuchskader, der nach Aktivitäten bei Christ- und Nationaldemokraten, der NDFB und den Nationalrevolutionären schließlich als Kellner im »Goldenen Löwen« anfängt und mit Kocherscheidt Untergrundarbeit leistet, später den Militaristen

Joseph V. Stolzenhain, wohnhaft im westfälischen Heiden, graue Eminenz in internationalen Faschistenkreisen, der Gottwald mit Leuten wie

Gerald Rex (Gary) Lauck, Box 6414 in Lincoln, Nebraska, Verbreiter von tonnenweise Nazipropaganda made in USA und Schriftleiter der Vierteljahreszeitung »NS-Kampfruf« und

Wilhelm Wübbels, Frührentner in Bocholt am Niederrhein, Reichsführer der 1975 in Wiesbaden gegründeten »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei Deutschlands« (NSDAP), zusammenbringt. Unter diesem Namen arbeiten die Führungskader sämtlicher aktiven Nazibanden, Kampf- und Wehrsportgruppen organisatorisch eng zusammen. Agent Werner Gottwald agiert hier als Rechnungsführer. Mit dabei ist auch schon damals

Michael Kühnen, Organisationsleiter aus Hamburg, nach vierjähriger Haftstrafe seit einem dreiviertel Jahr wieder in Freiheit erfolgreich bemüht, eine schlagkräftige Nazi-Truppe aufzubauen und nazistische Gedanken und Taten populär zu machen.

Konkret 09/83, S. 67

Michael Scharang

Vom Kleinbürger zum Weltbürger

Die Sommerferienzeit geht zu Ende. Wer verreist war, hat wieder ein Thema: den Massentourismus. Alle finden ihn eklig, aber - gibt es ihn überhaupt, den Tourismus der Massen?

Vor langer, langer Zeit, so wird berichtet, seien die Völker kreuz und quer durch die Länder gewandert. Man spricht deshalb von der Zeit der Völkerwanderung. Möglich, daß an jenen Berichten etwas Wahres dran ist.

Die Gegenwart nennt mancher die Zeit des Massentourismus. Sie wird so genannt, obwohl es keinerlei Berichte gibt, daß Menschenmassen kreuz und quer durch die Länder ziehen. Berichte hingegen, daß die Massen andere als Reiseprobleme haben, gibt es bergeweise. Wozu gibt es dann das Wort »Massentourismus«?

Die falsche Antwort: Ich möge mich nicht weltfremd stellen, in unseren Regionen habe doch jeder schon seine schlimmen Erfahrungen mit dem Massentourismus gemacht; die Sache sei nicht wegzuleugnen; also habe auch das Wort seine Berechtigung.

Nein, das ist weder so einfach, noch so harmlos. Schon das Wort »Massentourismus« in seiner üblichen, geringschätzenden Bedeutung, ist eine Schweinerei. Tourismus, bitte, den kann man noch durchgehen lassen, er gilt als eine möglicherweise interessante, jedenfalls nicht anrüchige Betätigung. In Zusammenhang mit den Massen gebracht, wird er freilich, in wundersamer Verwandlung, zu etwas Abscheulichem. Nach welcher Logik? Nach gar keiner. Die Unlogik beginnt schon damit, daß es einen Tourismus der Massen nirgends gibt, weder in Westeuropa, noch in Nordamerika, darüber hinaus schon gar nicht. Gewiß, nach dem Zweiten Weltkrieg reisen in jenen Ländern, die auf Kosten anderer wohlhabend geworden sind, wesentlich mehr Menschen als früher. Aber auch dort sind es die »Länder«, die wohlhabend sind, und nicht die Massen. Würden die auf Reisen gehn, wären nämlich nicht nur ein paar Autobahnen verstopft: das gesamte Transport- und Verkehrssystem würde zusammenbrechen.

Und diejenigen, die es sich heute leisten können zu reisen und die über den angeblichen Massentourismus klagen, würden dann den wahren Grund ihrer Klagen begreifen: Daß nämlich die Welt nicht im mindesten fürs Reisen eingerichtet ist. Daß sie eingerichtet ist für den Transport von Waren und der dazugehörenden Geschäftsreisenden, daß sie notdürftig eingerichtet ist für den Transport von Arbeitskräften, nicht aber für die Beförderung und Unterbringung von Menschenmassen - falls die die Möglichkeit und die Absicht hätten, die Welt zu bereisen.

Wo »Massen« in Urlaubsorten auftauchen, hat das mit Reisen, mit Tourismus nichts zu tun. Das sind kurzfristige Umsiedlungen, vorgenommen nach dem Diktat der Tourismusindustrie. Mit Reisecontainern werden Menschen an einen Ort geschleust, wo man sie in Wohncontainer verfrachtet und unter der Aufsicht von Animatoren, Bademeistern, Kellnern und Souvenirverkäufern festhält.

Also nochmals: Wozu gibt es das Wort»Massentourismus«? Zunächst einmal deshalb, weil es in der Medienindustrie die Abteilung Wortproduktion gibt, in der ein Heer von Journalisten Wörter von sich geben muß. Nun ist aber der Wortmarkt ständig von Übersättigung bedroht; es gibt einfach zu viele Wörter, seit sie dank des Freihandels von den alten Zollbestimmungen, an Gedanken und Sachverhalte gebunden zu sein, befreit sind. Deshalb spezialisiert sich die Medienindustrie auf die Herstellung von Wörtern, die neben den herkömmlichen Wortqualitäten auch noch die Wirkungsweisen von Medikamenten, von Drogen haben. »Massentourismus« ist ein solches Wortmedikament.

Bei der Herstellung der Wortmedikamente greift man auf die Dialektik der pharmazeutischen Industrie zurück: nicht bloß einseitig heilen, sondern dabei auch krankmachen, um gleich wieder heilend eingreifen zu können. Von diesem Rezept erhofft sich die Medienindustrie einen neuen Aufschwung.

Und in der Tat, nur ein Blinder kann es übersehen haben, die Zeit der simplen Verblödung durch die Medien ist vorbei. Sie verblöden andere nicht nur, sie heilen die Verblödung auch wieder, indem sie sie zunächst auf eine höhere Stufe heben, auf die der sogenannten informierten Verblödung. Wer sich dieser Prozedur des immer Gescheiter- und dabei immer Blöderwerdens unterwirft, erreicht schließlich die Stufe der gebildeten Verblödung.

Dann freilich eröffnet sich ihm die Chance, selbst in den Medien aktiv zu werden. Nutzt er sie, wird man ihm raten, von der Pike auf zu dienen. Also macht er sich nicht gleich über die Politik her, sondern zuerst .über die von der Politik Geschädigten. Und gut beraten, wie er ist, erteilt er nun seinerseits Ratschläge: über alles, was Sinn hat, insbesondere über sinnvolle Freizeitgestaltung. Als einer, der selbst noch am Anfang steht, sucht er den Sinn demütig im Konkreten, in der sinnvollen Kleidung für den Strand, in der sinnvollen Ausrüstung für die Berge. Denn er weiß: den Sinn selbst zu erfassen, ein Sinn-Frankl zu werden, das will gelernt sein, das dauert oft Wochen.

Und er wird Tips geben fürs Reisen, fürs sinnvolle Reisen. Er macht sie kostbar, indem er sie als Alternative zur grauenvollen Form des Reisens ausweist, zum Massentourismus. Er dürfte das nicht, wäre seinen Auftraggebern nicht bekannt, daß es massenhaft Interessenten gibt, die darauf brennen, vor dem Massentourismus gewarnt zu werden. Der

Interessent möchte zumindest als Tourist einmal ein individuelles Erlebnis; dazu bedarf es zunächst individueller Beratung. Diese aber wird, was der Interessent nicht wahrhaben will, nicht nur ihm zuteil, sondern allen anderen auch.

Beherzigt einer zum Beispiel den Geheimtip einer Zeitung, nach Amsterdam zu fahren und sich ein Bild von Rembrandt anzuschauen, so verstellen ihm, wenn er hinkommt, Dutzende die Sicht; sie haben ebenfalls den Geheimtip beherzigt. Doch er ärgert sich nicht lange. Er greift in seine Erinnerung, kramt das Wort »Massentourismus« heraus, schluckt es, und gleich ist ihm leichter: Er fühlt sich als der wohlinformierte einzelne, der bloß wieder einmal Pech gehabt hat; dem wieder einmal die Freude vergällt wird von irgendeiner »Masse«, die im Grunde hier nichts verloren hat. Und das Bild, das er in dein Augenblick von sich hat, ist vollkommener als irgendein Gemälde es sein könnte.

Mit anderen Worten: Unter dem Vorwand, die Leute vor dem Massentourismus zu schützen, sie individuell zu beraten, schaffen die Medien zusammen mit der Tourismusindustrie die Illusion, wenn schon sonst nicht, so könne man als Reisender in den Genuß außergewöhnlicher Erfahrungen kommen, könne seine Individualität anreichern.

Der Reisende, am Ziel angelangt, fühlt sich zwar düpiert - aber nicht von den dummen Versprechungen oder der eigenen Dummheit. Schuld, daß letztlich alles recht banal war, tragen die paar anderen Reisenden, die ihm über den Weg laufen. Deren müde, gelangweilte Alltagsgesichter, überdrüssig der verordneten Begeisterung, machen ihn wütend, weil sie ihn an sein eigenes erinnern. Und wieder wähnt er sich eingeholt vom Massentourismus, der ihm alles verdirbt.

Kaum wo ist das schizophrene Verhältnis des einzelnen zur heutigen Gesellschaft, zur massenhaften Ansammlung einzelner so kraß sichtbar wie im Tourismus; der seinerseits alles dransetzt, dieses Verhältnis zuzuspitzen. Er ist eine weltweite Industrie, dementsprechend organisiert und für nachfragendes Bedürfnis sorgend; eine Industrie aber, die perverserweise alles unternimmt, um ihren industriellen Charakter, ihre vergesellschaftende Qualität zu verwischen. Sie produziert zwar massenhaft - selbst wenn Bergbauern Fremdenzimmer dazubauen, geschieht das nicht vereinzelt, sondern auf Grund von Förderungsprogrammen machen das dann fast alle -, gleichzeitig tut sie so, als wäre sie *eine* Person, die sich ganz privat einer anderen annimmt. Sie muß so vorgehen. Denn innerhalb der Freizeitbranche ist die Tourismusindustrie ideologisch zur Zeit am exponiertesten. Keine andere kann ihr, was das Geschäft mit falschen Hoffnungen betrifft, das Wasser reichen.

Wie immer bei solchen Geschäften geht es nicht nur darum, zahlende Kunden zu ergattern. Insofern wird die gesellschaftliche Funktion der Tourismusindustrie auch von der gegenwärtigen Stagnation des Fremdenverkehrs nicht tangiert. Sicher möchte man, daß möglichst viele falsche Hoffnungen kaufen. Noch wichtiger aber ist, daß möglichst alle sie *haben.*

Der ideologische Gewinn, den die Tourismusindustrie abwirft, ist für das System lebensnotwendig. Zur Masse zu gehören, Massenmensch zu sein, ist bekanntlich der letzte Dreck. Mensch soll man sein, unverwechselbar man selbst; die Unbedarften dürfen darüber hinaus auch noch identisch mit sich sein.

Und wo soll man das alles sein? Bei der Arbeit? Nein. Im Jenseits - empfahl man früher. Dann schlug man vor: in der Freizeit. Man erfand das individuelle Zusammenleben: die Kleinfamilien in den Wohnzellen. Das war eine handfestere Maßnahme als die mit dem Jenseits, doch auch sie hatte ihre Tücken.

In den Wohnzellen wuchsen körperliche und seelische Gewalt derart, daß die Arbeitskraft der Insassen darunter litt. Folglich mußte man sie öfter herauspfeifen, nicht nur zur Arbeit. Also führte man das freie Wochenende ein. An dem hatte nun die Selbstverwirklichung des Menschen stattzufinden. Die Fahrten ins Grüne begannen. Doch bald verstrickten sie sich zu Staus, und diejenigen, die um jeden Preis weiterfahren wollten, um sich zu verwirklichen, brachten es nur zu einem Frontalzusammenstoß. Die Leichen häuften sich, im Grünen gab's keine freien Plätze mehr - hier war nun auch ideologisch nicht mehr viel zu holen.

Man mußte also die Leute weiter weglocken, aber nicht zu oft, damit Zeit bleibt, eventuelle Enttäuschungen zu vergessen. Urlaub - das war's, und das ist es heute noch. Ganz weg von dort, wo man arbeitet und lebt, einmal im Jahr, und sich dann ein Jahr freuen auf den nächsten Urlaub, ein Jahr lang planen, sparen, endlos reden, renommieren, lügen, sich selbst belügen. Und wenn man zu arm ist, um ein Urlaubstourist zu sein: alles dransetzen, um einer zu werden. Schließlich will jeder einmal ein Mensch sein.

Es ist nicht bürgerlicher Zynismus, der die Leute auf solche Weise narrt; es ist der Überlebenskampf des Kapitals. Das kleine, straff organisierte Kollektiv der Bourgeoisie existiert nämlich nur so lange, als es ihm gelingt, dem großen Kollektiv der Massen einzureden, kein Kollektiv zu sein; keine gemeinsamen Interessen zu haben; jeder ein Unikat. Wenn auch nur im Urlaub. Der kleine Staatsbürger, zum Kleinbürger gemacht, darf einmal im Jahr Weltbürger sein. Und wird dabei auch noch kräftig hereingelegt.

Denn der wahre Weltbürger ist nicht in der Welt zu Hause, sondern am Weltmarkt. Er hört es nicht gern, daß er bloß in Sachen Profit reist, und das noch dazu gezwungenermaßen. Er muß seine Ware weltweit verkaufen, wenn er nicht der Konkurrenz unterliegen will, er muß, will er sie loswerden, seiner Ware voranreisen. Und da die Konkurrenten dasselbe

tun, darf er sich keine Verschnaufpause gönnen. Nach geglückter Mission erzählt er seinesgleichen, wieder ein Stück Markt erobert zu haben, dem Kleinbürger freilich schwärmt er von fernen Ländern vor und vom geistigen Gewinn des Reisens. Jeder bessere Geschäftsreisende ist heute die Inkarnation eines Bildungsromans; schlimmer konnte diese Art Roman nicht abwirtschaften.

Der Weltbürger, der Manager, ist der Prototyp des modernen Touristen. Mehr noch: er ist dessen Erfinder. Er weiß, daß er gezwungenermaßen auf Reisen geht. Dafür rächt er sich, indem er dem Kleinbürger den geistigen Gewinn des Reisens preist. Er will nicht lügen, er will sich rächen. Längst haßt er den permanenten Druck, des Profits wegen in Autos, Flugzeugen, Hotels sitzen zu müssen.

Was allein ihm Erleichterung verschaffen kann, ist, diesen Zwang zu verallgemeinern. Warum nur er, warum nicht die andern auch? Wenn auch die andern - ihr Pech - wirklich nur des geistigen Gewinns wegen reisen können. Wenn sie dafür auch noch zahlen müssen.

Doch sie zahlen gern. Zu lange hörte der Kleinbürger den Weltbürger von fremden Ländern, fremden Menschen, fremden Kulturen reden, als daß er nicht selbst gern weltläufig wäre. Und der Weltbürger organisiert ihm den Spaß, kassiert und lacht sich ins Fäustchen: endlich ist er nicht mehr der einzige, der reisen muß. Und in der Tat, auch bei den scheinbar freiwilligen Reisen des Kleinbürgers bleibt das Muß, bleibt der Zwangscharakter dominant. Das Konkurrenzverhalten des Geschäftsreisenden bestimmt erbarmungslos das Reiseverhalten des Touristen.

Die Reise des Geschäftsmanns kann nur erfolgreich sein, wenn er früher zur Stelle ist als der Konkurrent. Es gehört zu den kapitalistischen Tragödien, daß einer auf schnellstem Weg Kontinente durchquert und dann sehen muß: ein anderer war schneller.

Nach diesem Muster läuft auch das Drama des Tourismus ab, wenn auch nur als Tragikkomödie, Was im Geschäftsleben der Markt, ist im Tourismus das Reiseziel. Reiseziele, die als erobert gelten, sucht man nicht mehr auf. Man erobert ein neues, man will der erste Tourist dort sein, in diesem Jahr könnte das noch gelingen, im nächsten fallen dort gewiß schon die Horden ein.

Das ist nicht Renommiersucht, wie bürgerliche Kritiker gern hätten, sondern eine Konkurrenzneurose. Sie erscheint nur auf den ersten Blick als unbegründet; wie ja auch der Tourist nur auf den ersten Blick ein unerträglicher Mensch ist. Der Manager reist auf Kosten des Unternehmens und bringt mehr Geld heim, als die Reise gekostet hat. Darauf ist er stolz. Der Tourist muß verdrängen, daß er nichts hat, worauf er stolz sein kann. Ihm bleiben nur die Brosamen des ideellen Gewinns, und dafür muß er auch noch tief in die Tasche greifen. Dessen schämt er sich insgeheim, gesteht es sich aber nicht ein.

Deshalb hat die Tourismusindustrie, die sich selbst gern als kulturelle, wenn nicht karitative Einrichtung darstellt, so wenig Mühe, ihren Kunden einzureden, zumindest einmal im Jahr sollte Geld keine Rolle spielen. Und würden die Kunden dazu nicht nicken, wie schlecht stünden sie vor sich selbst da. Nicht als potentielle Weltbürger, sondern als knausrig.

Nun läßt sich ein größerer Gegensatz als der zwischen einem Weltbürger und den Massen nicht vorstellen. Einen entsprechenden Widerpart braucht auch der touristische Weltbürger, und er findet ihn im Massentourismus. Beides Fiktionen: er selbst ist bloß Tourist, und der Tourismus um ihn herum ist keiner der Massen.

Doch bestimmen diese Fiktionen seine Reiseroute: er vermeidet Menschenansammlungen, in denen er im gewöhnlichen Leben wie selbstverständlich drinnensteckt. Er vermeidet viel befahrene Straßen und bevölkerte Strände. Diejenigen, die sich dort aufhalten, mögen zwar über den Verkehr und die vielen Leute schimpfen, da sie aber auch Mitverursacher sind, schimpfen sie nicht über den Massentourismus.

Der Haß auf letzteren entlädt sich ganz woanders: im entlegensten Winkel der Welt, vor dem weit und breit mickrigsten Tempel, wo ein Tourist auf den touristischen Konkurrenten trifft. Hier werden die bittersten Flüche über den Massentourismus laut. Denn nur diese Flüche vermögen den Touristen in seiner Einzigartigkeit wieder herzustellen. So besteht letztlich sein geistiger Gewinn nur dar in, sich ausgerechnet über den Tourismus erhaben zu dünken, dem er geistig zum Opfer fiel.

Daß bei diesem grausamen Kampf - jeweils ein Tourist gegen alle anderen - auf die Dauer Ermüdungserscheinungen auftreten können, hat die Tourismusindustrie längst ins Kalkül gezogen. Sie erinnert deshalb den Touristen, der nahe daran ist aufzugeben, an eine zweite herausragende Eigenschaft, die den Weltbürger ausmacht: den zieht es ja nicht nur in die Ferne, er sucht auch die Einsamkeit.

Der Konkurrenz mit den unausrottbaren Widersachern müde, zieht sich also der geläuterte Tourist zurück, in eine Hütte, möglichst entlegen, ohne Strom, aber unbedingt mit Gärtchen. Er erlegt sich einfaches Leben auf; während das unverständige Gesindel in den Hotels, an den Stränden es sich zumindest nicht schlechter gehen läßt als zu Haus.

Der Alltag, dem er entfliehen will, die Familie, die in allen Fugen kracht und um die er sich nun mehr kümmern möchte, werden in die Einsamkeit, in die Natur verlegt: welche Einsicht. Die Kinder flüchten unter dem Vorwand, die Wälder zu durchwandern, in die nächste Stadt, der Frau ist jeder Vorwand recht, um in der übernächsten Stadt Besorgungen zu

machen, weil sie nicht mehr mitansehen kann, wie sich der Mann in die Natur vergräbt: wie er im Gärtchen das am Vortag vernichtete Unkraut wieder einpflanzt, um es am nächsten Tag jäten zu können. Weil er die Nase voll hat; nicht nur vom Geruch des Naturdüngers. Weil er sich das alles anders vorgestellt hat. Wie, das weiß er nicht. Und so bleibt zumindest eins: er bleibt der Tourismusindustrie als Kunde erhalten.

Wenn's die entlegene Hütte nicht getan hat, vielleicht tut's das nächste Mal das entlegene Tal oder der Strand für Sie ganz allein. Welche Zumutungen an Langeweile - es sei denn, man hat Urlaub und ist Tourist. Wer gibt schon gern die Hoffnung auf, wenigstens in den Urlaubswochen ein wirkliches, nichtentfremdetes Leben führen zu können. Eine ertragreiche Hoffnung, ein prachtvoller Trick: doppelt entfremdet kehrt man zurück und freut sich auf die gewöhnliche Entfremdung des Alltags.

Der gegenwärtige Tourismus lockt in Scheinwelten und nicht zum Kennenlernen der Welt. Ihn auszutricksen, ist schwer. in der Art, wie er »Kapazitäten« in Form von Transportmitteln und Quartieren schafft und nützt, steckt so viel industrielle Rationalität, daß einer, der sich außerhalb dieser Organisation reisend durchschlägt, und sei es nur, weil er glaubt, so billiger wegzukommen, meist teurer fährt. Handarbeit kann auch in diesem Bereich mit industrieller Fertigung nicht konkurrieren.

Sich um den touristischen Apparat einfach nicht zu scheren, kann deshalb nur der pharisäische Ratschlag eines sein, der sich das leisten kann. Sich einen »befreiten« Tourismus auszumalen, wäre nicht minder pharisäisch. Da gibt es vorher eine Menge anderes zu befreien. Oder aber man versteht unter wahrem Tourismus Demonstrationen zu Raketenstützpunkten. Das jedoch ist eine andere Art des Reisens. Keine Reise, die man macht, damit man etwas erzählen kann. Sondern eine, die man macht, um *denen* etwas zu erzählen.

Konkret 09/83, S. 72

Jochen Wegener

Das organisierte Bauernlegen

Deutschlands Bauern haben fast 430 Milliarden Mark schulden. Mit Chemie und Technik versuchen sie, Haus und Hof zu retten. Einige machen diesen Irrsinn nicht mehr mit.

Es hat sich nicht viel verändert in den letzten drei Jahrzehnten: die Straße vom nordhessischen Immenhausen führt immer noch über dieselben sanften Hügel in das vier Kilometer entfernte Mariendorf. An der Straße nach Veckerhagen wühlen die Wildsauen noch immer unter den sorgsam in zwölf Meter Abstand gepflanzten Eichen des Reinhardtswaldes. Noch immer wird der Rhythmus des Lebens von den Jahreszeiten geprägt. Im vergleichsweise arbeitsruhigen Winter verlangen Misten und Melken den Bauern im Stall und bei der Reparatur der Maschinen. Im Frühjahr teilen die Aussaat und später die Heuernte den Tag ein. Im Sommer reifen Weizen und Gerste, und der zweite Schnitt auf dem Grünland wandert in die Silage. Im Herbst dröhnen Mähdrescher über die Felder, und Pflüge brechen die Erde um.

1687 vom Landgrafen Carl gegründet, bestand die Hugenottensiedlung Mariendorf ursprünglich aus 25 Familien mit je 30 Morgen Land - immerhin 75.000 Quadratmeter oder knapp 12 Fußballplätze. Ein ansehnlicher Besitz also und genug für Mensch und Vieh. 497 Schweine, 149 Kühe, 98 Pferde und 26 Ziegen wurden noch 1950 in der Gemarkung gezählt, 302 Hektar Land - mehr als drei Kilometer im Quadrat - tragen Frucht oder sind Wiesen. Auch Ende der siebziger Jahre bietet Mariendorf noch das Bild einer blühenden Landwirtschaft: 31 Bauern, drei Schweine weniger als 30 Jahre zuvor, dafür aber 16 Kühe mehr und auch noch sieben Pferde.

Das sind heute allerdings Reitpferde. Und von den Bauern haben nur noch elf ihr Auskommen in Ackerbau und Milchvieh - der Rest pendelt jeden Tag nach Kassel, arbeitet bei VW oder Henschel und schwingt sich nur noch abends auf den Treckersitz.

Bernd Bonnet, 33, gehört nicht dazu - noch nicht. Seit 1971 bewirtschaftet der gelernte Landwirtschaftsmeister den vom Vater Georg übernommenen Hof, so wie der ihn von seinem Vater Daniell hatte. Die Bonnets sind seit Jahrhunderten Bauern, bis 1610 läßt sich die Familie zurückverfolgen. Wie lange die Bonnets aber noch Bauern bleiben können, ist ungewiß. »Ich könnte der letzte sein«, fürchtet Sohn Bernd. Dabei hat er alles getan, um Hof und Beruf zu erhalten. Statt der 13 Hektar, wie noch bei Vater Georg, wurden nun knapp 25 Hektar bewirtschaftet. Statt in der Erntezeit auf die Hilfe der Nachbarn wie etwa der Bergmanns von gegenüber vertrauen zu müssen, schmeißt Sohn Bernd nun die beiden Massey-Ferguson-Schlepper von 35 und 60 PS an. Statt Heu mit Rechen und Gabel zu harken, zu wenden und auf Hänger zu laden, dreht heute eine Rundballen-Presse das trockene Gras zu 13 Zentner schweren Ballen. Und die Getreideernte besorgt kein Schnitter mit der Sense mehr, der selbstfahrende Mähdrescher bläst die Frucht in die Kornkammer und läßt das Stroh in Ballen auf dem Feld zurück.

Aber auch: Im 1950 vom Großvater Daniell erbauten Kuhstall stehen viele der 15 Plätze für das Milchvieh leer. Nur noch zwei Kühe aus der Rasse des schwarzbunten Niederungsviehs müssen morgens und abends von Vater Georg gemolken werden. Was bleibt, sind Mastvieh, zwei Jungbullen und ein Kalb. Auch der Schweinestall hat leere Koben. Nur noch zwei Sauen werden (für den Eigenbedarf) gemästet, statt der zehn, die in guten Jahren jede bis zu 18 Ferkeln hatten. Die Kühe mußten weichen, weil sie trotz guten und reichlichen Futters im Jahr nur eine durchschnittliche Milchleistung von 4.097 Kilogramm brachten. Zuviele Krankheiten bei den überzüchteten Tieren, mangelnde Fruchtbarkeit und damit keine Nachzucht. Bernd Bonnet: »Sowas kann ein Betrieb wie unserer nicht verkraften.« Ähnlich war es bei den Schweinen: »Als meine Mutter starb, konnte sich keiner mehr so intensiv um die Ferkelzucht kümmern. Ich bin mit dem anderen Kram voll ausgelastet, und mein Vater wird 73. Eine zusätzliche Arbeitskraft aber trägt der Betrieb nicht.« In der Tat: Bei einem Umsatz von 46.500 Mark wurde ein Gewinn von nur 2.101 Mark erzielt - knapp genug für eine größere Reparatur an den Maschinen, keine Grundlage für den Ausbau und damit Erhalt des Hofes. So wird Bernd Bonnet in nicht zu ferner Zukunft wohl einer der 881.751 Bauern werden, die seit 1950 ihren Hof aufgeben mußten. Das sind 73 pro Tag, drei in jeder Stunde.

Was in dieser Zeit wuchs, waren die Schulden. 1971 hatten alle Bauern der Republik bereits einen Minus-Saldo von 262 Milliarden Mark auf ihren Konten - mehr, als der Bundeshaushalt für dieses Jahr ausmacht. 1976 - innerhalb von fünf Jahren also - war das Debet um noch einmal 49 Milliarden Mark gewachsen, und wiederum fünf Jahre später standen die Schulden bei 435 Milliarden Mark. Kein Wunder: Im Wirtschaftsjahr 1980/81 hat jeder vierte voll bewirtschaftete Hof 638 Mark Verlust gemacht. Diese Bauern leben von Krediten und damit von der Substanz. Und das gleich in doppelter Hinsicht. Denn nicht nur das Kapital wird aufgezehrt, auch der Körper hält Arbeitszeiten von sechsmal zehn Stunden in der Woche und dazu noch rund fünf am Sonntag nur begrenzt aus.

Dieses ländliche Milliarden-Minus ist freilich nur zum geringsten Teil der sprichwörtlichen Eigenschaft des Bauern mit den dicksten Kartoffeln zuzuschreiben. Es ist vielmehr das Ergebnis einer gezielten Politik des Bauernlegens. Denn sogenannte Grenzbetriebe - eben die kleinen und mittleren Höfe - sollen nach dem Willen der staatlichen Agrarverwalter und des von

Großbauern dominierten Bauernverbandes des CDU-Politikers von Heereman aus der Landwirtschaft ausscheiden. Ziel bis 1990: nur noch 650.000 Höfe.

An dieser Tendenz wird auch die von Kanzler Kohl auf dem Deutschen Bauerntag in Freiburg vollmundig beschworene Erhaltung der »Lebenskraft der bäuerlichen Familienbetriebe« nichts ändern. Denn die Rede ist das eine, die Realität das andere: So wurde im neuen Haushalt der Posten für Landabgaberenten um zehn auf 260 Millionen Mark erhöht, wohl nicht, um Bauern zum Behalten des eigenen Hofes zu animieren. Zudem wurden die Sozialabgaben erhöht: ein kleiner Betrieb mit 20.000 Mark Einkommen zahlt davon 20,4 Prozent für die Sicherung gegen Krankheit und Alter, ein Großer mit 50.000 Mark Einkommen aber nur 13,1 Prozent.

Auch die vom bayerischen Milchbauern und jetzigen Agrarminister Ignaz Kiechle (CSU) unter dem Beifall der Grünen eingeführte Idee vom Import-Stop für Futtermittel ist nichts als eine billige Deklamation. Denn Viehfutter von eigener Scholle kann nur der ernten, der auch genug Land hat. Wer darüber nicht verfügt, der müßte zu höheren Preisen als jetzt beim Kollegen kaufen. Die Folge ist eine weitere Konzentration. Zudem wäre Krach vorprogrammiert. Im Lande mit den Herstellern von Futtermitteln, die erst 1976 ihre Macht zeigten, als es ihnen gelang, die bis dato gesetzlich vorgeschriebene Deklarierung der Inhaltsstoffe zu Fall zu bringen und die seitdem so ziemlich alles mischen dürfen - Tapioka und Ölkuchen, Olivenstengel und Rückstände aus der Weinproduktion. Und im Ausland mit Ronald Reagan, dessen Firma USA den Futtermittelhandel der Welt kontrolliert.

Gefragt ist dann endgültig der auf großen Landflächen arbeitende Chemie-Hof und die in der Massentierhaltung engagierte Fleischmaschine. Theoretische Grundlage für den damit verbundenen Ersatz der Arbeitskraft durch Maschinen und damit durch Kapital ist das betriebswirtschaftliche Prinzip der sinkenden Kosten bei größeren Stückzahlen: Zusätzlich im Stall oder Koben eingestellte Tiere sollen mehr Ertrag bringen als Kosten verursachen. Blessi im Stall hat dann als Kuh ausgedient, sie bekommt eine Nummer eingebrannt und wird zur an Saugleitungen angeschlossenen Melkstation. Massenställe für 120 Kühe sind heute schon keine Seltenheit mehr. Mastschweine wühlen längst nicht mehr zu ebener Erde, sondern werden wie Kanarienvögel in Tierhandlungen in Etagenkäfigen gehalten.

»Resignieren und abhauen«, seufzt Bernd Bonnet und befördert mit Schwung eine Forke voll Mist aus dem Stall, »das wäre wohl die richtige Antwort«. Und nah dran war er schon. Bei den Arbeitsämtern in Kassel und Hofgeismar hat er bereits um Jobs nachgesucht - »Hilfsarbeiter auf dem Friedhof, willste das denn werden?« Also bleibt keine andere Wahl, als doch noch mit Frontlader und Pflug den Hof zu verteidigen.

Die Kraft dazu kam aus einem Protest von Bauern-Kollegen. 1974 weigerten sich württembergische Bauern, ihre Braugerste wie seit eh und je zu dem von den Abnehmern bestimmten Preis zu verkaufen. Statt in die Brauereien karrten die Bauern die Halmfrucht in die heimatlichen Scheuern und wollten Trecker und Wagen erst dann wieder anspannen, wenn mehr gezahlt würde. Die Aktion war erfolgreich. Die Abnehmer kapitulierten und griffen fortan tiefer in die Taschen. Allein der Bauernverband, die bislang unbestrittene Interessenvertretung der Leute vom Land, distanzierte sich von der Aktion. Das versteht Bauer Bonnet als »einen Tritt gegen die eigenen Mitglieder«.

Aufmerksamer geworden, begann er die Probleme des eigenen Hofes nicht mehr ausschließlich als eigene Probleme zu sehen. Eine Gruppe junger Bauern ging zur Opposition über. Neben Bernd sind dabei Heiner, der allein auf seinem Hof arbeitet, Hans, der seine Produkte bereits privat vertreibt, und Dietmar, der auf seinem Hof Schweine wieder Schweine sein läßt.

Mittlerweile arbeiten 14 regionale Arbeitskreise in der Agrar-Opposition. Bindeglied ist das monatlich in einer Auflage von 4.000 Exemplaren erscheinende, zehn Seiten starke »Bauernblatt« - eine Zeitung von Bauern für Bauern. Als Kontrapunkt zur offiziellen Agrar-Melodie vom Wachstum pfeift das »Bauernblatt« ein anderes Lied. Da stehen dann ketzerische Dinge zu lesen: Ein Kilo Kraftfutter ergibt bei Kühen eben nicht die stets behauptete Mehrmenge von zwei Litern Milch, Landhändler betrügen mit minderwertigem Thomas-Mehl für die Phosphatdüngung, und die gegen zweikeimblättrige Unkräuter eingesetzten Spritzmittel enthalten von Aadipon bis Utox-BK das Ultragift Dioxin.

Ein Treffen im Mariendorfer Hotel Zur Post. »Heiner kommt später, der fährt noch Jauche«, heißt es. Er kam dann um zehn. Außer den aktuellen Problemen wie einer Stellungnahme zum nächsten Jahrestag des Heereman-Vereins werden auch spezielle Sorgen der einzelnen Betriebe beredet. Wie lag der Weizenpreis im letzten Jahr, wer hat wo verkauft, und wie kann organisiert werden, daß die Bauern nicht wieder von Genossenschaften und Landhändlern gegeneinander ausgespielt und im Preis gedrückt werden? Die Bauern, alle Eigentümer von Höfen bis zu 40 Hektar, vereinbaren gegenseitigen Informationsaustausch.

»Allein biste verraten«, ist Bernd Bonnets Fazit. »Wir haben erlebt, daß völlig unterschiedliche Preise gezahlt wurden, und das nur, weil einige Bauern nicht wollten, daß andere erfuhren, was sie bekommen haben. Vom Bauernverband ist hier keine Hilfe zu erwarten.« Nun sind Absatzmöglichkeiten für biologisch gezogenes Getreide erkundet worden, und die beschaffte Maschine zur Reinigung des Getreides steht allen zur Verfügung. »So wird was draus.«

Gerade beim Getreide waren natürlich auch die ständig steigenden Preise für die chemischen Hilfsmittel ein Argument. Wichtiger indes war bei der Bauern-Opposition die Einsicht, daß der Boden - »er ist schließlich unser Kapital« (Bonnet) - bei der künstlichen Bewirtschaftung über längere Zeit immer schlechter wird. Stickstoffdünger muß in immer größeren Mengen ausgebracht werden - und dennoch verkrautet die Saat. Auf dem Grünland schrumpft die natürliche Vielfalt des Bewuchses zu löchrigen Grasdecken, und im Sommer verpesten Spritzmittel die Luft.

Der einzige Ausweg aus dieser Sackgasse ist die Rückkehr. Wie einige seiner Kollegen stellte Bernd Bonnet vor drei Jahren einige Ackerstücke auf die althergebrachte Fruchtwechselwirtschaft um. Dabei wird zwischen den Halmfrüchten (wie dem Getreide) und den Blattfrüchten (wie etwa Rüben und Kartoffeln) gewechselt. Das muß vorsichtig gemacht werden, denn wer zu schnell und zuviel auf einmal umstellt, kann eine Erntepleite erleben. In den ersten Jahren, wenn die Düngung ausfällt und etwa Stickstoff von den Pflanzen selbst in den Boden geholt werden muß, sinken die Erträge. Nun aber ist der Erfolg da: das Getreide steht weit besser auf dem Halm als das der konventionell düngenden und spritzenden Nachbarn. Auf den Weiden - »die wissen nicht mehr, was Dünger ist« - rupfen die Kühe bedächtig sattes grünes Gras. Bernd Bonnet: »Ohne Chemie. Hier im Ort macht der Wallmann das schon seit zwanzig Jahren. Wir waren blöd, das nicht zu sehen.«

Erfahrungen und Fährnisse werden ebenso über das Bauernblatt und dessen Arbeitskreise vermittelt wie auch Modelle für die Zukunft. Arbeitsprojekt ist zur Zeit der Milchpreis, für viele Bauern das wirtschaftliche Rückgrat ihres Betriebes, obwohl sie im besten Fall nur einen Groschen am Liter über haben (bäuerliche Kosten 1982 51,3 Pfennig, Erlös rund 60 Pfennig pro Liter). Der von den Molkereien festgesetzte Betrag ist freilich auch ein Konzentrationsinstrument - nicht nur für die Bauern, sondern auch für die Molkereien selbst.

Es ginge auch anders. Das Modell dazu hat der an der Gesamthochschule in Kassel als Professor tätige Ostfriese Onno Poppinga entwickelt: den gestaffelten Milchpreis. Danach bekäme der kleinere Bauer mit einer Jahresmilchmenge von 30.000 Kilo 90 Pfennig - mit 27.000 Mark soviel wie heute ein Bauer der 45-Tonnen-Klasse. Ein Großbauer mit 200.000 Kilo im Jahr müßte sich hingegen mit einem Einzelpreis von 40 Pfennig bescheiden - mit 80.000 Mark genug, um die Kosten zu finanzieren und noch Gewinn zu machen.

Mit diesem System würde auch die völlig widersinnige Praxis der Produktion von Milchseen und Butterbergen (Einlagerungskosten 1983: rund 221 Millionen Mark) ihr Ende finden: der Zwang zur Größe wäre vorbei und wachsen oder weichen eben nicht mehr die Alternative. Auch die Subventionen aus der Staatskasse könnten dann sinnvoller verwendet werden. Derzeit wird einem Bauern, der seinen alten Stall nicht mehr misten mag und statt 30 künftig 60 Kühe im modernen Laufstall melken möchte, pro Kuh über Zinsverbilligungen und andere Darlehen 360 Mark gezahlt: jeder Liter der zusätzlich erzeugten Milch kostet so die öffentlichen Kassen sieben Pfennig.

Dieses Geld ließe sich besser einsetzen, um etwa einem Bauern wie dem Mariendorfer Bernd Bonnet zu helfen.

Der kann sich aber bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation seines Hofes keine Hoffnung auf staatliche Zuschüsse machen. Er ist kein »förderungswürdiger Betrieb«. Das wäre er erst, wenn er pro Jahr mindestens einen Gewinn von etwa 30.000 Mark in die Scheuer fahren könnte. Bonnet bitter: »In Westfalen gibt es ein gutes Sprichwort - der Teufel scheißt immer auf den größten Haufen.«

Bleibt das Land, die Umstellung auf einen reinen Ackerbaubetrieb. Aber auch hier wird Bernd Bonnet unter den gegebenen Umständen keinen Erfolg haben. Denn dazu müßte er Boden pachten - kaufen scheidet aus finanziellen Gründen völlig aus. Da Land jedoch keine vermehrbare Größe ist, hat auch hier der Konzentrationsprozeß schon längst eingesetzt: »Das krallen sich alles die Großen. Hier kriegste nichts mehr.«

Und wenn doch, ist es nur das handtuchgroße Stück eines Kleinen, der aufgab, und dazu oft weit entfernt. Das können sich nur die Großen - unter ihnen die Bankiers-Dynastie derer von Finck - leisten, die sogar aus Bayern anrücken. »Die verladen ihren kompletten Maschinenpark in Container und kommen auf Tiefladern angebraust - im Frühjahr zur Saat, im Herbst zur Ernte.«

Und solche »Bauern« werden künftig vom Staat noch weiter gefördert. Grundlage dazu ist das in Bonn bereits beratene Landpachtverkehrsgesetz. Dort wird in Absatz 2 des Paragraphen 4 zwar festgestellt, daß eine Anhäufung von land- oder forstwirtschaftlichen Nutzflächen in einer Hand vermieden werden soll. Aber nach guter Roßtäuscherart wird der Vorsatz einige Zeilen weiter schon wieder aufgehoben. Dort wird festgestellt, daß auch an Nichtlandwirte verpachtet werden darf, wenn kein Haupt- oder Nebenerwerbsbauer bereit ist, den mit dem Verpächter ausgehandelten Preis zu zahlen. »Damit wird dem wirtschaftlich Stärkeren jede Möglichkeit eingeräumt, noch größer zu werden. Die Pachtkönige werden für die anderen die Pleitegeier«, sagt Bernd Bonnet.

Mittlerweile sind Pachtpreise von 1.000 Mark für Hektar und Jahr längst keine Seltenheit mehr. In Norddeutschland, in de Gegend um Vechta und Oldenburg, wird von Großbetrieben wie Geflügel- und Schweinemästereien sogar die 2.000Mark-Grenze erreicht. Bewirtschaftet wird der teure Boden selbst aber kaum: er dient zur Abfuhr des in den Ställen und Käfigen erzeugten Mistes.

Auf dem Vormarsch ist die industrielle Verwertung, etwa nach dem Beispiel der 1926 gegründeten Süddeutschen Zucker Aktiengesellschaft aus Mannheim. Das von der Deutschen Bank kontrollierte Unternehmen - Grundkapital 75,8 Millionen Mark, Umsatz rund 1,5 Milliarden Mark und 2.951 Beschäftigte - hat bereits 4.400 Hektar unter dem Pflug - 44 Quadratkilometer. Sechs eigene Güter, Höfe - drei allein in Ziegelsdorf bei Coburg - im gesamten Süddeutschen Raum. Als die Landnahme der Deutschen Bank - Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der Südzucker ist Hermann Josef Abs, der Alt-Bundeskanzler der deutschen Wirtschaft - bekannt wurde, rügte Bauernverbands-Präsident Heereman nicht etwa die Vernichtung bäuerlicher Existenzen, sondern die mißratene Geheimhaltung: »Schlechte Außendarstellung« war sein Kommentar.

Bernd Bonnet klagt: »Uns ist jahrelang eingeredet worden, der natürliche Feind des Bauern sei der Verbraucher. Wenn wir jedoch nachrechnen, was die Sachen im Laden kosten und was bei uns davon ankommt, dürfte es wohl der Handel sein.« Beispiel Kartoffeln: Unter dem Namen Ackergold werden derzeit Erdäpfel verkauft, die es als Sorte überhaupt nicht gibt. Tatsächlich sind Hansa oder Grata im Sack. Einkaufspreis per Doppelzentner: rund 13 Mark. Verkaufspreis: 25 Mark.

Von jeder Mark, die für Lebensmittel ausgegeben wird, erhielten die Bauern 1950 noch 55 Pfennig, Handel und Verarbeitung nur 35. 1980 war das Verhältnis ganz anders: Der Handel steckt 60 Pfennig ein, der Bauer zieht mit 20 ab. Den Rest kassieren die Lieferanten der Landwirte. Dem Handel reicht die Spanne aber immer noch nicht. So erklärte die Kaufhaus-Kette Horten, mit einem Lebensmittel-Umsatz von 757 Millionen Mark bereits am Rand des wirtschaftlichen Abgrunds zu stehen. In der Tat: Unter drei Milliarden Umsatz läuft bei den Großeinkäufern von Lebensmitteln nichts mehr. Die kleinste der sechs großen Laden-Ketten, Tengelmann, hat einen Umsatz von sechs Milliarden, Branchenführer Edeka setzt 14 Milliarden um. Zusammen kommen die großen Sechs auf 64 Milliarden im Jahr und beherrschen damit rund 65 Prozent des Marktes.

Der von der Marktmacht der Konzerne ausgelöste Druck auf die vorgelagerten Produktionsstufen kommt schließlich beim Bauern als Existenzkrise an. Und das wird sich erst ändern, wenn die Strukturen aufgebrochen werden. Nach französischem Vorbild soll aus der Opposition vom Land ein zweiter Bauernverband werden. »Mit der offiziellen Politik haben viele nichts mehr am Hut. Die brauchen noch einen Anstoß, dann kippen sie um«, meint Bauer Bonnet. Die Freiburger Bauernblättler stellen die Forderungen nach gestaffelten Preisen auf, um die kleinen Höfe zu halten, sie wollen ein besseres Pachtrecht und möchten auch wieder wissen, was im Fertig-Mischfutter für die Kühe nun drin ist.

Aber auch kleine Schritte sind gefragt. So werden Gemeinschaften gegründet, in denen Erzeuger und Verbraucher direkt kaufen und verkaufen können. Das funktioniert in einigen Städten, so in Kassel, bereits gut, und auch über das Bauernblatt werden schon mal Kartoffeln direkt angeboten. Und auch die Unterstützung der Verbraucherverbände wird von den Opponenten gesucht: »Denen liegt schließlich auch daran, daß Eier nicht mehr nach Fischmehl schmecken und das Fleisch in der Pfanne keine Wasserspritze ist.« So könnte eine Marktmacht entstehen, die bessere Preise für die eine und bessere Qualität für die andere Seite bringt - ohne teurer zu werden. Dann könnte auch Bernd Bonnet eine sichere Chance haben. »Bauer? Ja, Bauer.«

Konkret 09/83, S. 79

Öko-Tips

Dschungelbuch

Alles hängt mit allem irgendwie zusammen. Dieser allgemeingültige Satz trifft besonders bei Umweltfragen zu. Wer sich im Geflecht von Lärmschutz, Luftreinhaltung, Lebensmittelüberwachung, Natur und Strahlenschutz zurechtfinden will, dem wird jetzt geholfen. Beim Bundesumweltamt in Berlin 33, Bismarckplatz 1, gibt es den »Behördenführer - Zuständigkeiten im Umweltschutz«. Er kann durch Überweisung von fünf Mark auf das Postscheckkonto 43 27 65-104, Postscheckamt Berlin, bestellt werden.

Gegen Fliegen und Menschen

Jährlich verschickt der Deutsche Versandhandel 160 Millionen Kataloge. Nicht ohne Erfolg. 1982 spielten die Versender 20 Milliarden Mark Umsatz durch ihren Postverkauf ein. In Zeitschriftenanzeigen wirbt vor allem der Kleinversandhandel mit spektakulären Produkten. Vom treffsicheren Eierköpfer bis zur Wunderkochplatte, vom Saunaanzug bis zum Potenzmittel - fast vierzig Prozent der angepriesenen Produkte werden in Hongkong, Taiwan und Japan hergestellt.

Die Hamburger Verbraucherzentrale hat jetzt diese Traumangebote ausprobiert. Ihr Fazit: Die Mittel halten nur selten, was sie versprechen, sind überteuert und bei technischen Geräten werden die Sicherheitsvorschriften nicht berücksichtigt. Hinzu kommt, daß die Gebrauchsanweisungen oft fehlerhaft oder in ausländischen Sprachen verfaßt sind.

Wie überflüssig die Produkte sind, weiß jeder, der schon einmal im Kleinversand (Marktführer: TINA und NEHO) bestellt hat. Wie gefährlich einige Produkte sind, können die Verbraucher aber oft nicht erkennen. So vertreibt der NEHO-Versand zum Beispiel den »Sicheren Fliegenkiller«, Preis 3,95 Mark. Ins Haus kommen soll eine Pistole, mit der die »lästigen Quälgeister erschossen werden können«. Bei Bestellung versendet NEHO jedoch keinen Fliegenrevolver, sondern ein giftiges Insektenvernichtungsmittel mit dem Namen »FLY TAB«. Wer nicht gut Englisch spricht, dem kann es passieren, daß er genauso unter dem Fliegentöter leidet wie die Insekten selbst. Denn der Insektenkiller, der laut englischer Aufschrift auch für Innenräume geeignet sein soll, enthält ein für Warmblüter gefährliches Gift. Ebenso wie das bekannte Gift E 605 enthält »FLY TAB« einen Phosphorsäureester, der unter dem Markennamen Korlan vom amerikanischen Giftkonzern Dow Chemical Co. hergestellt und von einer amerikanischen Firma unter dem Namen Ronnel vertrieben wird. »FLY TAB« ist jedoch nicht nur gegen Hausfliegen, sondern auch gegen Stallfliegen, die »gemeinen Wadenstecher«. Solche Mittel müssen angezeigt werden. In der Liste der vom Bundesgesundheitsamt (BGA) geprüften und anerkannten »Entwesungsmittel« (Juni 83) kommt »FLY TAB« nicht vor.

Daß der Versender selbst nicht weiß, was er vertreibt, zeigte ein Anruf. In der Kundendienstabteilung gab es die Auskunft: »Sie müssen das Mittel mit Zuckerwasser anrühren und an Zuckerwasser ist noch niemand gestorben.« In der Einkaufsabteilung: »Daß Sie das von uns in den letzten eineinhalb Jahren bekommen haben, ist eine schlichte Lüge«. Der Lieferschein des NEHO-Versands für den Fliegenkiller ist vom 27. Juni 1983.

Fachleute des BGA in Berlin bestätigten KONKRET, daß der Wirkstoff nicht ungefährlich sei. »Entscheidend«, so ein, Fachbeamter, »ist jedoch die Art und Weise der Verwendung beziehungsweise der Dosierung. Und die ist bei diesem Mittel nicht gering«. Wichtig sei, daß auf der Packung die »bestimmungsgemäße Anwendung des Mittels und die Gefahren erkennbar sind«.

Doch wer kann schon aus einer englischen Gebrauchsanweisung die Gefahren entnehmen - ganz abgesehen von der wissenschaftlichen Kenntnis, die jemand haben müßte, um zu erfassen, das die aufgedruckte Inhaltsangabe »Ronnel O, Odimethyl O-(2,4,5-trichlorophenyl) phosphorothioate« ein Gift ist. Der Insektizidexperte vom BGA, Dr. Gerhard Sagner, warnt generell vor Insektenvernichtungsmitteln innerhalb geschlossener Räume: »Es können hier Chemikalien unkontrolliert entweichen, die im Extremfall zu Vergiftungserscheinungen wie Übelkeit, Erbrechen, Schwitzen, Darmkrämpfe führen. Auch für Asthmatiker und allergische Personen können solche Dämpfe gefährlich werden.«

Notwendig sind diese Mittel nicht. Fliegenfenster, Klebefliegenfänger oder eine Fliegenklatsehe genügen.

Gift-Millionen

Aufwärts gehts. Wenigstens bei der deutschen Chemie-Industrie. Über 18 Milliarden Mark setzte der Gift-Konzern BASF weltweit bereits im ersten Halbjahr 1983 um. Durch höhere Auslastung der Anlagen und Kündigung von 827 Mitarbeitern konnte der stolze Gewinn von 609 Millionen Mark vor Steuern eingefahren werden.

Der Frankfurter Branchenkollege und Cadmiumproduzent Hoechst braucht bei solchen Profitexplosionen nicht neidisch zu sein. Auch er kündigte 700 Mitarbeitern und lastete die Anlagen intensiver aus (sprich: rationalisierte). Ergebnis: in sechs Monaten wurde der Gewinn um 44 Prozent nach oben gedrückt, und in den Konzern-Kassen blieben 804 Millionen Mark Gewinn vor Steuern.

Konkret 09/83, S. 80

Zwischen Karneval und Demo: Ein linker Maskenball

Eine Düsseldorfer Künstlergruppe erregt - im doppelten Wortsinn - Aufsehen mit neuen, phantasievollen Agitprop-Formen.

Da kann die Menschenmenge noch so groß sein, die Pappkameraden der Düsseldorfer Wandmalgruppe sind nicht zu übersehen. So hat jeder, der in den letzten Monaten an zentralen bundesweiten Protestversammlungen teilgenommen hat, schon ihre Bekanntschaft machen können. Vor allem natürlich, wenn sie in Nordrhein-Westfalen stattfanden. Denn die Attraktivität der Figuren kommt aus ihrer Größe, und die Größe bringt Transportprobleme. Mit Normalformaten haben sich die Düsseldorfer Künstler allerdings noch nie zufriedengegeben. Wie schon der Name der Gruppe, die heute aus zehn Kunsterziehern, Grafikern und Studenten besteht, sagt, haben sie mit Wandmalereien angefangen. Ihre ersten Fassadenbilder malten sie, unterstützt von den Bewohnern, vor sechs Jahren auf eine marode Häuserzeile in Düsseldorfs Grafenberger Allee. Die Neue Heimat ließ die Malereien mehrfach übertünchen; aber stets entstanden neue, und die Öffentlichkeit, auch die Lokalpresse, verfolgte den Pinselkrieg neugierig. Regelmäßig verlangsamten die Straßenbahnen und Busse auf der verkehrsreichen Allee ihr Tempo, um den Fahrgästen mehr Zeit zum Schauen zu lassen. Bis die Häuser abgerissen wurden. Immer häufiger scheiterten dann derartige Projekte an den Kosten, an behördlichen Widerständen und einfach daran, daß nicht genug leere Wände zur Verfügung stehen. Die Hausbesetzerbewegung war und ist in Düsseldorf nicht gerade ausgeprägt.

Vor drei Jahren begann die Gruppe deshalb mit der Arbeit an Großfiguren. Auch hier blieb sie bei ihrem Prinzip, eng mit Bürgerinitiativen, Friedensgruppen oder der Gewerkschaftsjugend zusammenzuarbeiten, um die Riesenpuppen dann bei Demonstrationen, Aktionstagen oder Infoständen einzusetzen.

Am Anfang stand allerdings nicht Agitprop, sondern Karneval. Klaus Klinger, als Arbeitsloser der einzige »Hauptamtliche« der Gruppe, weiß, daß damit Leute angesprochen werden, »die im engen Kunstrahmen und im Bereich der traditionellen politischen Arbeit nicht zu erreichen sind«. Beim Düsseldorfer Rosenmontagszug sind das immerhin eine dreiviertel Million.

Zum Karneval 1981 baute die Gruppe zum ersten Mal einen eignen »Wagen« mit einem überdimensionalen, mit Raketen gespickten Hamburger: »McRonalds Schießburger«. Wenige Minuten vor Beginn des offiziellen Zuges fuhren sie damit die bereits abgesperrte Strecke ab - bis sie von der Polizei gestoppt wurden. Im vorigen Jahr durfte, begleitet von Dutzenden linker Narren, der Wagen dann ungehindert passieren; immerhin konnten sich die Düsseldorfer ja auch auf die freiheitlichen und subversiven Ursprünge und Traditionen des Karnevals berufen. Und im diesjährigen Zug war ihre »Null-Null-Lösung« fast schon eine Hauptattraktion: ein gigantisches Klo, in dem alles Böse dieser Rüstungswelt zu verschwinden habe, eine Rolle Toilettenpapier mit der Aufschrift »Nato-Doppelbeschiß« und die riesige blaue Flasche mit der »00-Lösung«. Übrigens hat das ganze, inklusive Mammut-Klobürste und -Stampfer nur etwa 400 Mark gekostet (ein Wagen der offiziellen Karnevalsvereine ist mindestens zehnmal so teuer) und wurde zusammen mit der Düsseldorfer Lehrer-und-Schüler-Friedensinitiative gebaut. Und natürlich werden diese Objekte nicht nur einmal eingesetzt; gerade in diesem Herbst werden sie ganz schön rumkommen.

Zur Lösung des leidigen Transport-Problems denkt Klaus Klinger schon an ganz neue, zusammenfaltbare und aufblasbare Objekte: die könnten dann noch größer sein und wären, mit Helium gefüllt über den Massen schwebend, noch besser zu sehen.

Konkret 09/83, S. 87

Sabine Bredy

Plattentips

Die finster-intellektuelle britische Konstruktivistengruppe »Bauhaus« kocht neuerdings auf kleinerer Flamme. **»Burning from the Inside«** heißt die neue LP, den Eindruck hat auch der Hörer: wo früher Gitarren kreischten, das Schlagzeug donnerte und der Baß wummerte, gibt jetzt auch schon mal ein Piano oder eine Akustikgitarre den Ton an. Zusammengehalten werden die existenzialistisch-sinistren Postpunk-Balladen von der melodramatischen Stimme des edlen Sängers Peter Murphy - neuerdings auch in einer TV-Werbung für edle Musikcassetten zu bewundern. Anspieltips: »She's in Parties«, »Who killed Mr. Moonlight«. (Virgin/Ariola)

Noch ganz dicht an den roots bewegen sich der nigerianische JuJuMusiker King Sunny Adé und seine »African Beats«. Erdige ethnische »Talking Drums« hat der ungekrönte König mit Hawaiigitarrensound kombiniert und eint damit sonst unversöhnlich gespaltene Fan-Lager. Seit seinem »Rockpalast«-Auftritt rollt mit Macht die Africa-Welte, und des Königs achtzehnköpfige Truppe - gesungen wird auf yoruba! - durfte für das Album **»Synchro System«** ins feine und teure Londoner Music Works-Studio. Das bügelt den Busch-Sound natürlich ab - JUJU-Musik für gepflegte Westler-Ohren. Aber King Sunny ist ja auch nicht, wie sein Kollege Fela Kuti, revolutionär veranlagt, seine Botschaft ist froher: LIEBE und FRIEDEN. (Island/ Ariola)

Billy, Gordon, Keith, Marek und Peter sind fünf wilde guys von nebenan aus New York City. Wow! Die tiefsten 60er Jahre kommen mit den besagten »Fleshtones« zu einem zweiten Frühling, und das womöglich noch um Jahre allen Modewellen voraus. Sie selbst nennen ihr neues Album **»Nexbreaker«** ihr »wildest, most emphatic, most super rock record yet«, und so legen sie auch los: Garagenrock mit Psychedelia-Touch, rauh, schnell, dirty, aber nicht doof. Die Fleshtones sind nichts für Schicki-Mickis und dünnblütige Schöngeister, dem Underground-Beatfan lacht das Herz. (CBS)

Bei »Kid Creole and the Coconuts« verbreitete er als Percussionist, Mitsänger und Spaßvogel Salsa- und Latindiscofrohsinn, jetzt steuert er auf eine Solokarriere als Sänger los: der kleingeratene »Sugar Coated« Andy Hernandez alias Coati Mundi. Salsa, weißer funk, Reggae und mehr der sonnigen Musikstile, machen das Album **»The former 12 year old Genius«** zur reinsten Aufputschpille. Andy, das früher zwölfjährige Genie, bezeichnet seine Mitmusikanten folgerichtig als »Klassenkameraden« und schreckt auch sonst vor keiner Albernheit zurück - nur der Mix hätte besser sein können. (Virgin/Ariola).

Konkret 09/83, S. 87

Kulturnotizen

Tines Gedichte

Im August-Heft druckte KONKRET drei Gedichte von Hermann Peter Piwitt (»Meine Feuchte / glibbert nach Dir ... «) und fragte seine Leser, ob mehr von solch neuer deutscher Lyrik veröffentlicht werden solle. Das Ergebnis war so niederschmetternd wie die Resonanz groß war. Nur zwei Leser erkannten, daß Piwitts Gedichte nicht ernst gemeint waren. Der Autor schreibt dazu:

»Der Zyklus von ursprünglich fünf Gedichten wurde in der Rekordzeit (?) von 18 min 30 sec spontan-kreativ auf Band gesprochen mit dem Ziel, die Verse der AIlert- Wybranietz an Dusseligkeit zu überbieten und letztlich nach den Sternen zu greifen, nämlich zu konkurrieren mit Tante Tines genialer Eintragung in Klein Ernas Poesiealbum: 'Durch den Bäumen geht ein Wind."

Ob KONKRET Gedichte von Erich Fried oder Peter Schütt drucken sollte, wie eine Leserin vorschlägt, muß die Redaktion entscheiden.

Ich habe allerdings manchmal den Eindruck, daß Brinkmanns späte Gedichte Lyrik zunächstmal genauso unmöglich gemacht haben wie Beethovens letzte Sonaten die Sonatenform der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Aber lassen wir uns überraschen!

Viele Leserbriefschreiber legten auch eigene Gedichte bei, und. die meisten von ihnen kamen Tante Tines Lyrik sehr nahe. Zum Beispiel das Zeilenwerk »Danger of Love«, das gleich mit einer Honorarforderung (120 Mark) eingesandt wurde. Auszug: »Lächeln hängt an kahlen Zweigen / durch die es weht / wie durch unser zweisames Ich«.

Kunstrichter I

Vor zwei Jahren urteilte das Hamburger Amtsgericht noch so: »Dem Angeschuldigten (dem Karikaturisten Rainer Hachfeld) ist zur Last gelegt worden, den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Strauß dadurch beleidigt zu haben, daß er als Pressezeichner in der Zeitschrift KONKRET Dr. Strauß als 'Schweinchen' dargestellt hat, das mit 'Justiz-Schweinchen' offenbar genußvoll **kopu**liert und selbst von solchen begattet wird (...) Gemeint ist offenbar, die 'Herrschenden' hätten angeblich ein 'Schweinchen-Schlau-System' errichtet. Eine solche satirische Aussage ist gerade in diesem System nicht strafbar, mag sie noch so verfehlt, primitiv und dumm sein.« Aber schon im Oktober vergangenen Jahres war ein anderes Hamburger Gericht ganz anderer Meinung. Es verurteilte den Karikaturisten Rainer Hachfeld wegen Beleidigung zu 5.000 Mark Geldstrafe. Denn, so das Urteil, er habe »die Ehre des Nebenklägers (Strauß) dadurch angegriffen, daß er seiner Mißachtung Ausdruck gegeben hat (unerhört!). Das ergibt sich (...) daraus, daß er den Nebenkläger als Schwein und nicht etwa als Hasen, Elefanten oder sonstiges Tier dargestellt hat.«

Wiederum ein Jahr nach diesem kuriosen Spruch gibt es nun eine Berufungsverhandlung. Sie findet am 12. und 16. September, jeweils um 9 Uhr in Raum 116, Schleidenstr. 9-11, Hamburg 76, statt.

Grüne für Breker-Plastik

Auch wenn die Düsseldorfer Universität sich nicht nach Heinrich Heine benennen darf, so viel politischen Anstand hat der Magistrat der Stadt dann doch, daß er sich kein Heine-Denkmal des Nazi-Bildhauers Arno Breker schenken lassen will. Es gehört dem Heimatverein »Düsseldorfer Jonges« (unter den Mitgliedern: Waschpulver-Henkel und FDP-Scheel) und wird jetzt auf Norderney aufgestellt. Die Kommunalpolitiker der Nordseeinsel votierten einstimmig für die Schenkung.Auch die Grünen haben nichts gegen das Denkmal von Hitlers Lieblings-Bildhauer.

Kunstrichter II

Es ist immer lustig zu lesen, wenn sich Richter als Kunstkritiker versuchen. Richtig schön wird es bei Plattenrezensionen: »Es handelt sich auch bei dieser Art von Musik trotz ihrer mangelnden Werkhöhe und ihres Mangels an Subtilität und Kunstsinn um den Ausdruck freien schöpferischen Gestaltens.« Die Rede ist von deutschem Punk, und obwohl sie hier die grundgesetzfich geschützte Kunstfreiheit zubilligen, ließen die Richter des Berliner Amtsgerichts Tiergarten jetzt endgültig die Platte »Soundtracks zum Untergang« verbieten. Es ist eine Sammel-LP verschiedener Gruppen, von denen vor allem zwei dem Gericht mißfallen haben: die Frankfurter »Middle Class Fantasies« mit ihrem Titel »Helden« (»Da stehst du in deiner Uniform, dein Knüppel drischt auf rohes Fleisch«) und die Hamburger Gruppe »Slime«, die in einem unhöflichen Song von »Bullenschweinen« singt. Die »Slime«-Punks werden übrigens schon länger von der Justiz belästigt. Im Frühjahr

1982 wurden ihre Platten zum ersten Mal wegen Volksverhetzung beschlagnahmt, und Konzertveranstalter erhielten die Auflage, der Gruppe das Spielen bestimmter Titel zu verbieten.

Zitat

»Sein oder nicht sein, das ist hier die Frage. Keine Frage war für mich die Wahl des Gebißreinigers.«

Gustav Knuth im deutschen Fernsehen, mehrfach.

Konkret 09/83, S. 88

Diedrich Diederichsen

Ein altmodischer Weltenretter

Ist der neue James Bond-Film »Octopussy« wirklich nur ein Märchen von Kalten Kriegern für den heißen Herbst?

Ein Brite in den besten Jahren, eingezwängt in die Enge eines Cockpits, flieht. Gelangweilt bis milde amüsiert dreht er seinen Roger-Moore-Kopf und registriert mit der Miene eines Aristokraten, der sich beim leider nicht vermeidbaren Stadtaufenthalt gerade eines lästigen Bettlers entledigt hat und nun schon wieder angehauen wird, ein raketenartiges Geschoß, das das nichtswürdige Militär einer ebenso nichtswürdigen Bananenrepublik auf ihn abgefeuert hat. Er weiß, daß er nicht ausweichen kann, das fiese Flugobjekt würde jeden Kurswechsel mitmachen. Doch 007 besiegt moderne Waffentechnik mit klassischen Listen. Da unten ist diese Flugzeughalle, in der sich das bananenrepublikanische Kroppzeug zusammenrottet, plötzlich zum Himmel starrt, auseinandersprengt... doch zu spät.

Die meisten Leser müßten wissen, was jetzt passiert. Keinem Kinogänger konnte diese Szene in den letzten Monaten entgehen. Sie ist gleichzeitig Trailer (Werbespot) und Prä-Vorspann-Eröffnungssequenz des neuen Bond-Abenteuers. 007 jagt seinen Mini-Jet durch die sperrangelweit aufgerissenen Flügeltüren der Halle, die Rakete hinterher. Selbige explodiert dort und vernichtet mehrere Juntas, während Bond auf einer Landstraße landet, die Tragflächen einklappt und mit seinem nunmehr zum Kfz umfunktionierten Düsenjäger vor einer einsamen Tankstelle ausrollt: »Volltanken«.

Da quietscht das Kino-Publikum vor Vergnügen, und tatsächlich ist der Superheld als liebgewonnene Figur der Pop-Kultur nur zu halten, wenn man so eine exotische und clever zurechtgezimmerte Figur wählt wie den unverwüstlichen 007. James Bond benutzt zwar die amerikanische Erfindung der Omnipotenz, aber er füllt sie mit europäischen, speziell britischen Ideen und Traditionen aus, in ihm vermischt sich europäische Resignation mit einem Nachklang versunkener britischer Weltherrschaftsansprüche zu einer seltsamen Superhelden-Identität, die die Grundvoraussetzung aller Spionage-Plots ignoriert: daß auf der einen Seite die *good guys,* auf der anderen die *bad guys* stehen.

Bei Bond wird den Amis zwar ihr Imperium zähneknirschend als Realität, an der man nicht vorbeikommt, zugestanden, die Russen sind eh meist arme Säue, die den Leuten aus den eigenen Reihen Streiche spielen und die anders als die Amis und im Gegensatz zu weitverbreiteten Auffassungen nicht einmal wie Imperialisten aussehen: grundsätzlich gilt jedoch, daß beide Supermächte nicht in der Lage sind, die Weltherrschaft angemessen zu verwalten. Blöde und vertrottelt sind sie der Eigendynamik ihrer Militärmaschinerie ausgeliefert. Wäre da nicht der überlegen agierende britische Geheimdienst, schon oft hätten sie sich gegenseitig in die Luft gejagt, in Kriege verwickeln lassen oder sich von Ernst Stavro Blofeld oder anderen Finstermännern mit Welteroberungsphantasien in die Luft jagen lassen.

Dabei ist die 007-Welt nichts anderes als eine Welt, in der das britische Kolonialreich und die dazugehörige Kultur noch völlig intakt sind, nur verrutscht aus der Welt der offiziellen und offensichtlichen Politik ins Unbewußte der Politik, in ein Schattenreich, wo geheime Türen, unterirdische Gänge, verbotene Inseln, Colts und Frauen von Rasse und Klasse das Leben regeln. Alles, was im Bondland geschieht, könnte auch im vorigen oder vorvorigen Jahrhundert geschehen sein: Frauen werden erobert, mit Smartness und Verführungskunst, so wie man das damals machte, die Welt wird bewohnt von entweder devoten Hilfsvölkern, die der britischen Krone bereitwillig Sklaven zur Verfügung stellen (und für ihre Dienste für 007 in der Regel' ihr ohnehin wenig ersprießliches 3.-Welt-Leben opfern müssen) oder von feigen, säbelschwingenden oder sonstwie mediäval bewaffneten Banditen und Barbaren, die sich genauso bereitwillig den Bösen zur Verfügung stellen. Und selbst wenn Bond in Gefangenschaft gerät, wird er behandelt wie ein feindlicher Offizier zu Zeiten behandelt wurde, als das Kriegshandwerk noch ein Handwerk war: man lädt ihn erstmal zum Dinner ein (danach wird er dann meistens mit den Details seiner bevorstehenden Exekution vertraut gemacht).

Kein Wunder, daß die Feuilletons »Octopussy«, dem neuesten, wieder sehr spritzig von John Glen in Szene gesetzten Bond-Film, eine »hergesuchte« Story und »Unwahrscheinlichkeit« vorwerfen. Naiv wie sie sind, ahnen sie halt nicht, daß nicht Ron im Oval Office per Knopfdruck und Telefon über Wohl, Wehe und Fortbestand dieser Welt befindet, sondern 007, irgendwo da draußen in Indien oder Ostberlin auf der Flucht vor indischen Elefanten oder teuflischen Messerwerfern.

James Bond ist eine Figur der 50er Jahre. Daß er weder an Aktualität, noch an Attraktivität eingebüßt hat, wird wohl daran liegen, daß sich an der weltpolitischen Lage und den damit verbundenen Ängsten von uns Europäern nichts Wesentliches geändert hat. Holocaust, *one way or the other,* bleibt Thema Nr. eins. Die andere unverzichtbare Bedrohung, die aus der frischen Erinnerung an den deutschen Faschismus in den 50ern Eingang in die Bond-Mythologie fand, hat man modifiziert: Der leicht teutonisch wirkende, meist wuschelige, weiße Katzen streichelnde Großbösewicht, der aus lauter Irrationalismus die Unhöflichkeit besitzt, die Welt unterwerfen zu wollen, koste es was es wolle, ist durch zeitgemäßere Monstren ersetzt worden.

Voraussetzung bleibt das mulmige Gefühl, das die Europäer, namentlich die Briten, wohl weniger die Deutschen, beschleicht, wenn sie sich vergegenwärtigen, daß die Geschicke dieser Welt in den Händen quadratschädeliger Yankees

oder unterzivilisierter Iwans liegen. Ein Gefühl, in dem sich Nostalgien reaktionärer Art und »progressive« Neo-Nationalismen treffen, aber das von Bonds charmanter Ironie auch nicht verschont bleibt und hin und wieder der gebotenen Lächerlichkeit ausgesetzt wird.

Bond bezieht seine Aktualität auch nicht aus den derzeit so beliebten Spekulationen über Computer und technische Revolutionen aller Art. Die als technische Neuerungen ausgegebenen kleinen Waffenspielzeuge vom Schlage Giftkugelschreiber oder Abhördigitaluhr, die Waffenexperten des Secret Service Bond immer wieder andrehen, sind genau die Sorte Erfindungen, die man aus einer Zeit kennt, als man noch Elektronengehirn zum Computer sagte und Lügendetektoren das neueste Ding waren. Alles Moderne an Bond wirkt so unmodern wie Taucherkugel, Draisine und Heißluftballon, Bond widerstrebt der Moderne erfolgreich auch noch im All und angesichts der H-Bombe.

Nein, das Aktuelle kommt immer aus der diplomatischen Absurdität, die den Filmen im einzelnen zugrunde liegt, diesmal ist es eine ganz besonders schrille Stammtisch-Polit-Theorie. Analog zu Kubricks Dr. Strangelove (»Dr. Seltsam oder Wie ich lernte, die Bombe zu lieben«), wo der ausgeflippte General James D. Ripper gegen den Willen seines von einem besorgten Peter Sellers verkörperten Präsidenten einen Holocaust vom Zaun bricht, ist es hier ein spinnerter General Orlov, der es wieder gegen den Willen seines überaus friedfertigen, milden Generalsekretärs nicht länger mitansehen will, wie die UdSSR ihren Vorteil an konventionellen Waffen leichtfertig bei Abrüstungsverhandlungen an die NATO verdaddelt. Womit Orlov wohl nicht ganz unrecht hat. Doch sein Plan ist teuflisch, phantasievoll und originell: Wenn eine amerikanische Atombombe auf einem US-Stützpunkt in der BRD hochginge, müßte doch eine dermaßen machtvolle Abrüstungsbewegung losbrechen, daß der NATO nichts anderes übrig bliebe, als atomar abzurüsten und den Weg für einen konventionellen Siegeszug der Roten Armee freizumachen. So der Plan Orlovs, der haargenau der westlichen Propaganda über die Notwendigkeit der Nachrüstung aufgesessen und offensichtlich zu naiv ist, Propaganda als solche zu erkennen, ja tatsächlich glaubt, Kriegsvorbereitung ließe sich von Friedensbewegungen stören. Aber wir können wohl davon ausgehen, daß im Falle einer wirklichen Katastrophe auf der US-Basis Feldstadt, Western Germany, genau die Überlegungen aus dem kranken Hirn eines Orlov als Erklärung für den Vorfall in den hiesigen Medien präsentiert würden. Bond bringt die westliche Paranoia-Propaganda darüber hinaus auf den Punkt, indem er das, was als Regelfall russischer Mentalität hierzulande verbreitet wird, als Ausnahme darstellt. Während der väterliche Generalsekretär und der russische Botschafter in London, der nachher die anglorussischen Beziehungen wieder einrenkt, als ausgesprochen sympathische alte Herren erscheinen, der Generalsekretär gar mit Original-Breschnew-Brauen. Doch auch diese Russen sind nichts anderes als Darsteller ihres eigenen Klischees, grelle Comic-Figuren, aber solche, die es gerne sind, denen es gefällt, einen Platz zugewiesen zu bekommen in dieser unübersichtlichen Welt der Geheimdiplomatie mit ihren rasant und willkürlich wechselnden Schauplätzen, Akteuren, Spielregeln, wo nur die wirklich gut abgehangenen, klassischen Stereotypen von Bestand zu sein scheinen, bis auch sie gnadenlos aufgelöst werden und nur noch eins zählt: Colt und Frauenkörper, wie sie in dem zeitlos-psychedelischen »Octopussy«-Vorspann schwerelos durcheinanderwirbeln. Drumherum diese Welt aus Witzfiguren, wie jene Deutschen, die den trampenden Bond zur US-Basis in Feldstadt mitnehmen und dabei unausgesetzt Bier und Würste verschlingen, wie diese Inder, die ewig Schlangen beschwören müssen, auf lästigen, spitzen Nägeln herumliegen, Schwerter verschlingen und diese Tätigkeiten erst aufgeben, wenn ein Agent namens Double-O-Seven großzügig Rupien in die Menge wirft, um sinistre Verfolger abzuschütteln. So halten Stammtischideen eine Welt in Atem, die sich willig in die Arme der sie zum Narren haltenden, verführerischen Klischees wirft.

Von Bestand sind nur die Männerphantasien an den Swimming Pools dieser Welt, die Scherzchen mit Miß Moneypenny, die Bond seit zwanzig Jahren und dreizehn Filmen anhimmelnde Sekretärin seines Chefs M, und die immer gleichen Schlußsequenzen, die Bond in irgendeinem Boot auf irgendeinem Gewässer mit irgendeinem Bond-Girl zeigen (auch für zünftige Trivialsymbole ist Bond immer zu haben), diesmal mit »Octopussy«, der Anführerin eines Amazonen-Schmuggler-Ringes, die Bond beim Weltretten zur Seite steht und dafür mit Sex und einer 1a-Lebensrettung großzügig honoriert wird.

Nicht das spießige »Politik-ist-ein-schmutziges-Geschäft« ist Bonds Maxime, Politik, d.h. Weltretten, ist schon spaßig, aber aus Bonds Lächeln spricht der Skeptizismus einer alten Welt, die alles schon hinter sich hat und nun nur noch darauf achten kann, daß die neuen Welten nicht zu viel Scheiß machen.

Die englische Zeitschrift »Marxism Today« würdigte unlängst den Nationalhelden Bond und unterschied dabei zwischen dem progressiven Bond der frühen Jahre und einem konservativen Bond der Siebziger, ersterer wäre demnach Sean Connery, der bestenfalls ein guter Schauspieler genannt werden kann, der Bond angemessen verkörpert. Unter dem Druck des angekündigten Sean-Connery-Comeback als James Bond, noch in diesem Herbst, ist mit »Octopussy« ein Film entstanden, der die Qualitäten des frühen Bond mit denen der beiden schrillen, die Welt politischer Übereinkünfte restlos zersetzenden Hitchcock-Spionage-Werke »Topaz« und »Torn Curtain« verbindet.

Wahrscheinlich leistet sich Bond nie mehr Marxismus, als seine Produzenten Saltzmann und Broccoli oder seine Sponsoren von Seiko bis zum indischen Fremdenverkehrsamt gestatten, aber mir gefällt dieser Gedanke nicht. Bond steht unter keinem Einfluß. Richtiger scheint mir die Annahme, Bond selber entscheidet über Bond, und Bond ist nun einmal ein

kultivierter, lebenslustiger Brite in den besten Jahren, der den Colt und die Octopussys dieser Welt jeder Theorie vorzieht, auch der weniger grauen.

Konkret 09/83, S. 93

Wolfgang Pohrt

Bücher: Kuschelweiche Schmusewolle

Seit vielen Wochen ist der Titel »Frieden ist möglich« von Franz Alt das meistverkaufte Taschenbuch der Republik. In einigen Hotels liegt es sogar schon neben der Bibel in der Nachttischschublade.

»Die Religion«, schrieb Marx, »ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.« Den Luxus haben sich die Massen mittlerweile abgewöhnen müssen, der süße, schwere Duft, der süchtig macht, hat sich verflüchtigt. Im Unterschied zur Religion ist die neue Religiosität, besonders ihre konformistische Variante, keine Rauschdroge, sondern ein Schnulli, Geschmacksrichtung Pfefferminzdrops in Lenor.

Die neueste Kostprobe dieser faden Mischung ist unter dem Titel »Frieden ist möglich. Die Politik der Bergpredigt« erschienen. Weit über eine Viertelmillion Leser haben sich die handgestrickte kuschelweiche Schmusewolle schon ins Ohr gestopft und sich damit Franz Alts pfiffiger Interpretation des Gebots christlicher Nächstenliebe angeschlossen: »Ich selbst bin zunächst mein Nächster. Frieden fängt innen an.«

Es handelt sich um eine Erbauungsschrift, um eine belehrende Lebensbeichte, um die immer wieder ergreifende Geschichte vom verirrten Lämmlein, welches vom rechten Weg abgekommen und dann von seinem Herrn und Hirten wieder auf ihn zurückgeführt worden ist. Zwar war Franz Alt kein gefallenes Mädchen, dem nächtens die verstorbene Mutter erscheint, und welches anderntags die köstlichen Wonnen eines gottgefälligen Lebens im Kloster entdeckt, sondern Franz Alt ist nur vom Nachrüstungsbefürworter zum Nachrüstungsgegner geworden, und diese modernisierte Version nimmt der alten Geschichte natürlich viel von ihrem ursprünglichen Reiz.

Die Erleuchtung ist Franz Alt bei nochmaliger Lektüre der Bergpredigt gekommen, wie er schreibt. Kaum zu glauben zwar, aber vermutlich dennoch nicht übertrieben, denn Franz Alt ist auch sonst ein Mensch, bei dem noch die unscheinbarsten Dinge, an denen sonst jeder achtlos vorbeigeht, einen bleibenden Eindruck hinterlassen, zum Beispiel die Worte des Vorsitzenden Kohl: »Im Wahlkampf 1976 sagte der damalige Kanzlerkandidat in vielen Reden: 'Alles was privat gut und richtig ist, ist auch in der Politik gut und richtig.' Dieser Satz hat mich nicht mehr losgelassen. Er war eine wichtige Station auf meinem Weg zur Entdeckung der Politik der Bergpredigt.« Es hat ihn also gepackt, es ist ihm unter die Haut gefahren, und warum soll einer, dem eine Kohl-Rede durch Mark und Bein geht, bei der Lektüre der Bergpredigt keine Erleuchtung haben.

Wie jeder frisch Erleuchtete sieht auch Franz Alt seine Aufgabe darin, der Gemeinde neue Mitglieder zu werben. Sein 'Lobet den Herrn' freilich verwandelt den Heiland in einen besonders langweiligen Musterknaben, und das sind noch die harmlosesten Stellen: »Jesus war kein Opportunist. Er hat nie übertrieben.« Von der Macht und Verheißung des Vaterunser, »Denn dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.« ist nichts als die Versicherung übriggeblieben: Jesus war eine grundehrliche Haut.

Überhaupt gibt es kaum eine moderne Unart, die Franz Alt seinem Jesus nicht anhängen würde. Kostproben: »Anders als Mohammed ist Jesus ein Mann des Gefühls.« »Jesus will die Phantasie anregen.« »Jesus stellt immer die Sinnfrage.« »Jesus verheißt nichts Phantastisches, sondern das Mögliche.« Die erbauliche Frömmelei ist ein schlüpfriges Pflaster, und wenn Franz Alt darauf ausrutscht, was ihm öfter passiert, entstehen wahrhaft gotteslästerliche Sprüche: »Jesus spricht uns nicht oberflächlich an, sondern an unseren Wurzeln, also innen und ganzheitlich.« Jesus, die Wühlmaus oder der Engerling, der ganz tief drinnen am Gekröse nagt?

An anderer Stelle schreibt Alt: »Meine Quelle ist Jesus von Nazareth, aber die Psychologie Jungs hat mir zu meiner Quelle neuen Zugang geschafft«, und während man nicht weiß, ob da ein Journalist über seinen Informanten oder ein Schieber über seinen Lieferanten spricht, weiß man ganz genau, daß es für gläubige Christen ein Sakrileg sein müßte, so nebenbei mal den Heiland anzuzapfen.

Die Story von der Standleitung zum Jesulein entpuppt sich dann freilich als typische Zeitungsente. Was Alt Jesus andichtet, wurde ihm nicht aus dem Himmel auf dem heißen Draht überspielt, sondern das schöpfte er aus irdischen Quellen, und an erster Stelle zu nennen wäre da die Neue Linke auf dem Innerlichkeitstrip. Deren alte Masche von der Gesellschaftsveränderung durch Bewußtseinserweiterung und transzendentale Meditation kaut nun der sich einen Konservativen nennende Franz Alt noch mal durch, wobei der einzige Unterschied darin besteht, daß Alt seinen neuen Guru einfach Jesus nennt. Das politische Programm aber ist überall das gleiche: 1. »Jesus« - alias Timothy Leary, Hare Krischna etc. - » fordert nicht weniger als eine Revolution« - nicht etwa der wirklichen Produktions-und Herrschaftsverhältnisse, sondern - »unseres allgemeinen Bewußtseins, privat und politisch.« Denn es wird 2. die Welt »nur verändert durch eine Umkehr der Herzen.« Ergo 3.: »Die Bergpredigt ist radikaler als das kommunistische Manifest. Karl Marx wollte einige Verhältnisse ändern, Jesus will die Umkehr der Herzen.«

Während die Linken früher mal der Meinung waren, daß etwa ein Flick seine Fabriken hergeben muß, aber sein Herz behalten soll, weil er das 1. im Unterschied zu seinen Fabriken auch nach der Revolution noch braucht und weil das 2. sowieso niemand haben will, ist es bei den Neuen Linken und bei Franz Alt gerade umgekehrt. Seine Millionen wollen sie Flick lassen, aber das Herz wollen sie ihm rauben - auf jeder Bühne eine herrliche Klamotte.

Der Herzenskult ist in Alts Argumentation eine Art Knotenpunkt, von dort laufen Linien nach allen Richtungen. Zum Beispiel zur Frauenbewegung: »Mein Eindruck ist, daß sich Männer mit der Bergpredigt schwerer tun als Frauen. Frauen verstehen mehr von der Liebe.« Oder zum neuen Irrationalismus: »Die Aufklärung hat die Vernunft vergötzt. Die atomare Sackgasse ist eine Sackgasse unserer abgespaltenen Vernunft. Wir leben nicht ganzheitlich menschlich, sondern einseitig 'vernünftig'. Das Ergebnis ist bekannt: Wir stehen am Abgrund.«

Von diesem Abgrund ist Franz Alt mit seinem Büchlein nun einen großen Schritt. zurückgetreten. Man liest: »Atomwaffen sind der bisher schrecklichste Beweis für eine seelenlose Politik und eine heidnische Kultur.« Also haben die gottlosen Buschneger nicht nur fromme Missionare verschmaust, sondern obendrein die Kernspaltung entdeckt und die Atombombe erfunden. Man liest weiter: »Wer das Böse überall sucht, nur nicht bei sich selbst, baut schließlich Atombomben.«

Und an dieser Stelle spätestens hat dann auch der zu Rückschlüssen fähige Leser eine Erleuchtung, eine Vision oder eine Offenbarung, jedenfalls ein metaphysisches Erlebnis. Sein inneres Auge wird Zeuge einer Metamorphose. Das TV-Phantom Alt, das aus dem Wohnzimmer nicht mehr wegzudenkende Bildschirmgesicht, auf dem Umschlag der Broschüre übrigens abgebildet, verwandelt sich in eine noch vertrautere Comic-Figur. Der Report-Moderator, der heimwerkend in seinem Hobbykeller nach Feierabend seine Bestimmung erfüllt, zur Strafe für unterlassene Selbsterkenntnis eine kleine Atombombe basteln zu müssen: Daniel Düsentrieb, wie gewohnt mit zerzaustem Schopf, spitzem Schnabel und wirrem Blick und hektisch wie immer.

Franz Alt: »Frieden ist möglich. Die Politik der Bergpredigt.«, Piper-Verlag, 119 Seiten, 8,80 Mark

Konkret 09/83, S. 94

□ Was lesen Sie gerade - und wie gefällt es Ihnen?□

KONKRET hat wieder einige Schriftsteller nach dem Buch gefragt, das sie gerade lesen. Die Antworten kamen spontan, am Telefon.

Peter Rosei

Im Moment beschäftigt mich **»Die Lust am Text«** von **Roland Barthes**. Diese Strukturalismus-Forschung ist eine Möglichkeit, einen Weltplan zu erfinden, und man kann sich überlegen, wie man diesen Plan aktualisieren kann, wie man zu einem Handlungskonzept kommt. Anders könnte man sagen: Wenn man durchs Mikroskop schaut und weint, sieht man nichts. Es ist gut, wenn man ein System hat, das die Dinge klar auseinanderlegt - wie es der Strukturalismus macht. Andererseits erfährt man durch diesen Blick nicht, wieso man nachher seine Frau nicht umbringt. indem man die Moral ausschließt, sieht man zwar die Welt deutlicher, aber man lernt nicht, wie man sich in ihr verhalten soll.

Bodo Morshäuser

Ich lese gerade **»Muttersprache«** von **Josef Winkler**. »Muttersproche« ist der dritte Teil einer Romantrilogie. Es geht um Winklers Kindheitserfahrungen in dem Kärntner Dorf, in dem er aufgewachsen ist. Vor allem der Selbstmord zweier Freunde beschäftigt ihn da. Er versucht, ihren Tod, den er als seinen möglichen eigenen erlebt, aus der Gewalt der ländlichen Verhältnisse zu erklären. Diese anhaltende Beschäftigung mit dem Tod hat mich schon beeindruckt. Aber auch die direkte Sprache, mit der und , n der er die kindlichen Eindrücke wiederzuentdecken versucht, wie sich diese Sprache erst durchsetzen muß gegen die verdorbene Sprache der Erwachsenen, gegen die Muttersprache.

Franz Xaver Kroetz

Romane lese ich nie, Gedichte sowieso nicht. Aber ich habe die **»Tagebücher«** von **Thomas Mann** zum Geburtstag bekommen. Die sind spannend. Man erfährt etwas über die Depressionen, Niederlagen, Eitelkeiten, Hypochondrismen eines Kollegen, dessen Alltag eben auch nicht ohne leichten hymnischen Wahnsinn war. Das ist Balsam auf meine Wunden. Das tut gut. Und lustig wird es, wenn er sich über die Räterepublik beschwert: ein unbedarfter, blöder Bourgeois, der gefälligst seine Ruhe haben will. Schüsse stören ihn beim Schreiben. Und dann die sexuelle Verklemmtheit, die dieses Männlein ausstrahlt: »Heute Nacht größere sexuelle Ausschweifungen«. Punkt. Außer den Tagebüchern habe ich keine Zeile Thomas Mann gelesen. Das ist mir zu langweilig.

Barbara Frischmuth

Das letzte belletristische Buch, das ich gelesen habe, war **»Unmögliche Beweisaufnahme«** von **Hans Erich Nossack**. Das ist für mich eine ganz bedeutende Prosa, die mir sehr liegt. Es geht darin um einen Mann, dessen Frau verschwunden ist und der nun vor Gericht steht, weil man annimmt, daß er die Frau umgebracht hat. Er klagt sich selbst an, findet Gründe für seine Schuld, die aber mit juristischen Maßstäben nicht zu bemessen ist. Die »Unmögliche Beweisaufnahme« ist mit anderen Erzählungen zu einem losen Roman zusammengefaßt. Es ist schon großartig, wie nüchtern und zugleich symbolreich Nossack berichtet, wie eine Schicht noch der anderen weggezogen wird und er immer tiefer unter die Oberfläche vordringt.

Peter Härtling

Ich habe gerade die **»Kassandra«** von **Christa Wolf** gelesen und dazu die **»Frankfurter Poetikvorlesungen«**. Für mich ist das ein Buch, das mit ungeheurer Wut die Verzweiflung von Frauen und ihren möglichen Aufbruch schildert. Und zwar die Verzweiflung von Frauen über die Männergeschichte. Ich muß gestehen, daß ich ziemlich schwer in den Text reingekommen bin. Was mich hinderte, fast Schwellencharakter hatte, war die außerordentlich stilisierte, hohe, metaphorisch verschlüsselte Sprache, an die ich mich erst gewöhnen mußte. Dabei habe ich für Christa Wolf eine neugierige Aufmerksamkeit, und die Lektüre der Vorlesungen hat mir sehr geholfen. Sie sind von beträchtlicher erklärender Offenheit, auch legerer, führen zur Erzählung hin.

Bodo Kirchhoff

Ich habe »Kassandra« von Christa Wolf gelesen, und weil bei mir oft ein Buch das Interesse auf das nächste schafft, bin ich auf **»Justine«** von **de Sade** gekommen. Auch wenn der Sprung seltsam erscheint. Aber mich hat die Frauenthematik interessiert und vor allem die Sprache. ich wollte mehr erfahren über die Art, wie man erotische Wünsche und Begierden

ausdrückt und wie man Genauigkeit in der Beschreibung des erotischen Begehrens erkennen kann. Bei de Sade mache ich jetzt - wie oft bei älteren Büchern - die Erfahrung, daß Wörter, die uns heute übertrieben vorkommen, ihre Berechtigung und ihren Platz haben. Ich merke, wie wir uns daran gewöhnt haben, unsere Sprache nüchtern und restriktiv zu handhaben und auf bestimmte sehr starke und ausdrucksvolle Wörter verzichten.

Ingeborg Drewitz

Ich setze mich nach 30 Jahren wieder mit **Elisabeth Langgässer** auseinander, vor allem mit der **»Märkischen Argonautenfahrt«.** Ich war jetzt an einer amerikanischen Universität und habe dort deutsche Autorinnen nach 1946 behandelt und dabei mit der Langgässer angefangen. Ich merkte, daß ich den Studenten, die 1960 und später geboren sind, kaum verständlich machen konnte, wie sich bei der Langgässer aus der radikalen Religiosität eine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus entwickelt hat. Und auch ich stelle doch fest, daß diese katholische Faschismus-Deutung sehr begrenzt ist. Sie sieht den Faschismus in eine historische Entwicklung eingebunden, die mit dem Abfall Luthers von Rom begonnen hat. Soziale und politische Aspekte verarbeitet sie nicht. Das hat mir schon damals nicht ausgereicht.

Roland Barthes, Die Lust am Text, Suhrkamp, 10,80 Mark

Elisabeth Langgässer, Märkische Argonaufenfahrt, Ullstein, 9,80 Mark

Thomas Mann, Tagebücher 1918-21, Fischer, 78 Mark

Hans Erich Nossack, Unmögliche Beweisaufnahme, Suhrkamp, 12,80 Mark

Marquis de Sade, Justine oder Vom Mißgeschick der Tugend, Heyne, 6 Mark

Josef Winkler, Muttersprache, Suhrkamp, 34 Mark

Christa Wolf, Kassandra, Luchterhand, 22 Mark

Konkret 09/83, S. 94

Jan-Philipp Sendker

Bücher: »Die Schulzeit sehr genossen«

Kasseler Schüler befragten Prominente nach ihren Jugend-Erinnerungen an die Nazi-Erziehung.

»Meine Pädagogik ist hart. Das Schwache muß weggehämmert werden. In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird« (Adolf Hitler).

Wie diese Ordensburgen funktionierten, hat eine ehemalige 10. Klasse der Kasseler Gerhart-Hauptmann-Realschule untersucht. Zusammen mit ihrem Lehrer Geert Platner haben die Schüler bundesdeutsche Politiker und Künstler angeschrieben und sie nach Erinnerungen an ihre Schulzeit im Dritten Reich befragt. Über Zeitungsannoncen in Israel wurden auch Juden aufgefordert, über ihre Schulerfahrungen im Nazi-Deutschland zu berichten. Dokumentiert wird eine Erziehung zum Tod - und deren Verdrängung. Die Erinnerungen von Barzel und Börner, Kiep und Kohl geben Einblick in den Schulalltag im »Dritten Reich«, doch liegt nicht darin ihr besonderer Wert. in ihrer Unfähigkeit, zu trauern, liefern sie Erklärungen zur bundesrepublikanischen Wirklichkeit.

»Dann gewährt es uns aber auch einen ganz besonderen Genuß, zu sehen, wie die Leute um uns nicht gewahr werden, was mit ihnen geschieht«, sagte Adolf Hitler, und Helmut Kohl bestätigt ihn: Er glaubt auch 40 Jahre danach noch nicht an einen entscheidenden geistig-moralischen Einfluß der Schule im Nationalsozialismus und schreibt: » ... unsere Hauptsache war damals das Lernen, Lesen, Schreiben, Rechnen.« Das Wichtigste für ihn auch damals: Die Familje. Kohl steht damit nicht allein: »Gerne erinnern sich« viele der befragten Politiker an ihre Schulzeit, »die mein Mann und ich sehr genossen haben« (Hannelore Schmidt).

Und natürlich kommt auch wieder die Rot-braun-Gleichung. »Die damalige Zeit«, sagt Holger Börner, »kann man nur richtig verstehen, wenn man sich heute einmal die Zustände im Kommunismus drüben in der DDR oder der Sowjetunion zum Vergleich heranzieht.« Besonders dem hessischen Ministerpräsidenten ist der Anhang des Buches mit seiner Dokumentation des Rassenwahns und der Kriegsvorbereitung durch die Lehrbücher und -pläne des Dritten Reichs zu empfehlen. Daß Heinrich Bölls Satz: »Wir lernten nicht fürs Leben in der Schule, sondern für den Tod« von den meisten als falsch bezeichnet wird, ist da schon selbstverständlich. Nur in ganz wenigen Äußerungen, abgesehen natürlieh von den Erfahrungsberichten der Juden, ist etwas von Wut oder Trauer zu spüren. Vom Widerstand ist dafür auffallend Oft die Rede. Vor allem christlich-demokratische Politiker würdigen Lehrer, Rektoren und Mitschüler, die mal subtil, mal heldenhaft gegen die Nazis opponiert haben.

Wilhelm Hammann ist einer von denen, die wirklich Widerstand geleistet haben. Ihm haben die Schüler aus Kassel ihr Buch gewidmet. Er war Lehrer und Fraktionsvorsitzender der KPD im hessischen Landtag, wurde am 28. Februar 1935 verhaftet, kam im August 1938 in das KZ Buchenwald. Dort wurde er Blockältester im Kinderblock 8. Sieben Jahre lang sorgte er in dieser Hölle für die Kinder, gab ihnen unter Lebensgefahr Schulunterricht, rettete noch kurz vor Kriegsende 159 Kinder vor der Gaskammer. Nach der Befreiung wurde er für einige Monate Landrat in Groß-Gerau, dann sperrten ihn die Amerikaner unter dem Vorwurf der Kollaboration (!) wieder ein. 14 Monate mußte er jetzt mit seinen ehemaligen Folterern gemeinsam einsitzen, bis sich herausstellte, daß die Anschuldigungen erfunden waren.

Der Name Wilhelm Hammann ist heute in Groß-Gerau aus der Geschichtsschreibung getilgt, keine Schule, keine Straße erinnert an ihn, sein Bild hängt nicht im Rathaus neben denen der anderen Landräte.

Übrigens schrieb auch der ehemalige SA-Mann Karl Carstens an die Schüler. Auszug: »Dennoch haben die meisten, die in den folgenden Jahren die Schule besuchten, die Erfahrung gemacht, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl von Lehrern - wie bei den Schülern waren es auch hier die Besten - dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstanden ... « Recht hat er.

Geert Platner (Hg.): Schule im Dritten Reich - Erziehung zum Tod? dtv-Taschenbuch, 285 Seiten, 12,80 Mark

Konkret 09/83, S. 95

Christel Dormagen

Bücher: Der Schwanz regiert

2.500 Bücher gibt es über Jeanne d'Arc. Im 2.501. soll bewiesen werden: Die Jungfrau wer gar keine, sie war ein halber Mann.

»Ha! Meine Standarte, meine Standarte!« rief sie in der Schlacht - und ist entlarvt. Als Frau nämlich, die eigentlich ein Mann ist, der außen wie eine Frau aussieht. Und zwar zeichnet solche Pseudohermaphroditen - sie besitzen männliche Chromosomen, die aber für ordentliche Hoden, Bart und Penis nicht gelangt haben - eine »angenehm weibliche« und folglich auch schwache Stimme aus. Also mußte Johanna von Orléans überall, wo es etwas lauter zuging, in Verdopplungen schreien, um sich Gehör zu verschaffen: »Zieht los, zieht los!«

Der Geschichtsumstürzer Walter Rost, Jahrgang 1911, Romanist und Historiker, Lehrer und Klosterbibliothekar, kennt sich aus in der Literatur über die berühmteste Jungfrau nach der Jungfrau Maria; und er weiß sie endlich richtig zu deuten.

Eigentlich hat es lange gedauert, bis - 550 Jahre nach ihrem Feuertod - nunmehr endgültig klargestellt ist, daß die Regel »Genetik macht Weltgeschichte« (sprich: der Schwanz regiert) keine Ausnahme duldet. Wenn mann schon abstammungsmäßig an seine niedere Affenabkunft gebunden ist, möchte er als Lenker der Weltläufe doch wenigstens allein zuständig sein. Men only! Und so ist akribisch nachzuweisen, daß die Heilige Johanna wenigstens ein halber Mann war. Jene ominöse Krankheit - die »testikuläre Feminisierung« - hat zum Glück bündige Symptome: Solche Frauen menstruieren nicht, haben kaum Gebärmutter, aber »straffe Brüste«, »relativ lange Beine« und schwache Behaarung; im ganzen sind sie »auffallend hübsch«. Ihre Scheide ist leider nicht der Rede wert, meist »endet sie blind«. Dafür besitzen sie Hoden, wenn auch unterentwickelte. Diese pflegen haltlos im Körper herumzuwandern, »oftmals durch den Leistenkanal abwärts«.

Und da unten - so Rost zur entscheidenden Frage: hatte Johanna welche oder hatte sie keine? -, da unten haben sie das tapfere Mädchen beim Reiten im Kastensattel schrecklich gescheuert. Sie wurde wund. Bei einer der zahlreichen gerichtsmedizinischen Untersuchungen während der Prozesse wurde zu Protokoll gegeben: »erat multum stricta«, was soviel meint wie verspannt, verdickt - für Rost der zwar zeitgenössisch diskret formulierte, aber eindeutige Beweis, daß es sich da nur um, eine »paarige Anschwellung beiderseits der Schamspalte« gehandelt haben kann. Da das Heldenmädchen sich die Schmerzen nicht hat anmerken lassen - quellenmäßig sind nur gelegentliche Tränen belegt -, muß sie, so der Autor, ausgesprochen selbstbeherrscht gewesen sein. Und das wiederum spricht für ihr männliches »Kerngeschlecht«.

Kunstvoll-kennerisch fuhrwerkt Rost derart in Johannas Genitalien herum, messerscharf löst er die Fragen: war sie nun klein oder groß, hatte sie schöne Brüste oder nicht, war sie dick oder dünn, wuchsen viele Haare auf ihrem Venushügel oder wenige oder etwa gar keine?

Die historisch belegte Denkaufgabe: Johanna aß mäßig - löst er zum Beispiel wie folgt: Weil sie eigentlich ein Mann war, wollte sie keinen »prallen Busen«. Und wenn sie hungerte - nicht zu radikal, sie mußte ja in Form bleiben -, dann *hatte* sie also besagte »straffe Brüste«. Beeindruckend sind auch die Umkehrschlüsse: Hätte man in ihrer Unterwäsche - »die Zeit des Schlüpfers begann erst mehrere Jahrhunderte später« - je Blutflecken gefunden, wären sie erwähnt worden. Ebenso ihr Achsel- und Schamhaar. Na klar!

Verwirrender ist die Sache mit der Vagina. Mehrfach erwähnen die Quellen Vergewaltigungs*versuche,* was für Rost beweist, daß Johanna einesteils schön war, andernteils keine richtige Frau, weil es halt nicht ging. Da aber eine Quelle auch von einer vollendeten Vergewaltigung weiß, ging es dann eben doch, aber nur so weit, wie es ging! Eben!

Der Charakternachweis stellt vergleichsweise weniger Anforderungen an Spürsinn: Die bei jenen Halbmännern typischen Wesenszüge - »überdurchschnittliche Intelligenz, betonte Zielstrebigkeit und hohe Belastbarkeit«, kurz: ihre Führernatur - werden im letzten Teil des Buches ohne große Not, wenn auch in großem Bogen abgeleitet.

Ich wollte auch weiter kein Wort über diesen halbgelehrten Schwachsinn verlieren; es sind sicher mit ebensolch beängstigendem Argumentationseifer schon abstrusere Dinge bewiesen worden; und auch ernsthafte Spezialistenforschung liest sich für Laien alleweil hanebüchen. Mag doch ein pimmelzentristischer Kopernikus endgültig den Erdball für sich reklamieren. Und meinetwegen den Heiligen Sebastian demnächst zur genetischen Frau erklären, weil er so masochistisch war. Wenn nicht solcherlei Ansinnen eine Tradition fortsetzte, auf die ich als Ausgeschlossene empfindlich reagiere.

Fernab von jeder, mittlerweile schon zum Volksgut gewordenen Erkenntnis, daß alle Natur - Kopf, Körper und um uns herum - gemacht und geworden ist, bastelt da plötzlich wieder einer unbeirrt und ungebremst an seiner tausendjährigen Herrenphantasie. »Indem sie . sich den beiden Heiligen Frauen (ihren himmlischen Stimmen) verband (wobei sie jeweils einen »männlichen Orgasmus« erlebt haben soll!), zeigte sie an, daß sie ihrem Kerngeschlecht gemäß 'natürlich' - um nicht zu sagen: gesund - empfand«. Da soll wieder, mit medizinischem Segen, aussortiert werden, was krank und widernatürlich ist. Eine »maskuline Weltanschauung« bei Frauen ist eine »aberratio« - sie schlägt aus der Art, ist abartig ... entartet ... ?

Wer solche Analogie abwegig findet, dem sei der Schluß des Buches ans Herz gelegt. Da könnte sich der Herr Rost »denken, daß auch bei anderen Frauen als der historischen Figur der Drang nachgewiesen werden könnte, Spitzen- und Vormachtstellungen einzunehmen, Einzelpersonen oder Gruppen Direktiven zu erteilen ... «

Wenn eine Frau ins Management will, sollte man ihr mal unter die Achseln gucken, ob sie dort Haare hat. Wo nicht, leidet sie an Halbmännlichkeit. Erst recht, wenn sie dazu noch ungesunde Neigungen zeigt.

Daß noch niemand an eine Umkehrung gedacht hat, ist im übrigen nicht verwunderlich: Ob etwa Marx an einer vergrößerten Klitoris litt; oder ob Proust menstruiert hat. Wo er doch - natürlich oder nicht? - Männer liebte!

Walter Rost: Die männliche Jungfrau. Das Geheimnis der Johanna von Orléans. Rowohlt, 36 Mark

Konkret 09/83, S. 97

Jörg Bopp

Bücher: Hin und Her

Für ein »Lexikon linker Gemeinplätze« gibt es sicher einen Bedarf. Gerade auch, nachdem ein Rowohlt-Taschenbuch unter eben diesem Titel erschienen ist.

»Kritisch-witzige« Beiträge kündigen die Herausgeber an, beklagen dann aber in bestem Amtsdeutsch die »Gemeinplatzhäufigkeit« der Linken. Wer sich durch die Artikel der dreißig Gemeinplatzhäufigkeitskritiker durchgekämpft hat, muß feststellen: Der westdeutsche Oberlehrer-Sozialismus hat wieder einmal zugeschlagen.

Wo sich die Autoren auf die klare, nüchterne Vermittlung von Tatsachen und Einsichten beschränken, sind einige ausgezeichnete Texte entstanden. Mit Verstand wird über »Integration«, »Arbeit«, »Geld«, »geil, scharf, heiß« geschrieben. Peinlich aber wird es, wenn sich die Artikel in Witz und Ironie versuchen. Da gelingen neben Kalauern nur gespreizte Munterkeit und schwerfälliger Humor. Zum Thema »Beziehungen« findet sich wenig mehr als Abgeschriebenes und Abgedroschenes. Ein Autor humpelt in die menschliche Triebwelt und gibt über »wichsen« zum besten: »Jeder Mann kann dies mit seiner Hand an seinem Glied tun. Dies Hin und Her kann zu erheblichem Lustgewinn führen«. Solche Handreichung provoziert Sehnsucht nach Beate Uhse. Schließlich schlagen die Autoren über Grüne, Alternative und Friedensbewegung seitenlang lahme Pointen, überstürzen sich aber in Verneigungen vor der Frauenbewegung. Hier bleibt nicht nur der Witz, sondern auch die Kritik auf der Strecke.

Ober weite Partien ist das Buch eine Fibel linken Biedersinns, weder unanständige Bissigkeit noch Lust an der Anarchie. Die Autoren wollen sich eben als gute Menschen präsentieren und müssen dafür den erforderlichen Preis zahlen: viel Transpiration, wenig Inspiration.

Klasse, Körper, Kopfarbeit - Lexikon linker Gemeinplätze, bearbeitet von Heiner Boehncke und Herbert Stubenrauch, Rowohlt Verlag, 170 Seiten, 8,80 Mark

Konkret 09/83, S. 98

Oliver Tolmein

Bücher: Herbstlese

Beim Streit um die richtigen Aktionsformen gegen neue Atomraketen können die Erfahrungen helfen, die beim Widerstand gegen die Startbahn West in Frankfurt gesammelt wurden.

Die publizistischen Ergebnisse des letzten bewegten Herbstes, des hessischen von 1981, liegen in den Buchhandlungen mittlerweile reichlich aus, ein buntes Sammelsurium von Prosa, Betroffenheit und Dokumenten.

Herausragend und für künftige Auseinandersetzungen am materialreichsten ist das gerade erschienene Buch von Alexander Schubart: »Der starke Staat«. Mit Ausnahme des leicht sentimental geratenen Vorwortes von Eva Demski umfaßt es keinen einzigen Originalbeitrag, sondern Dokumente aus Alexander Schubarts Prozeß. Dort, im Gerichtsgebäude, wo der Staat Heimvorteil hat, zeigt er Flagge, kündet sein zukünftiges und rechtfertigt sein vergangenes Handeln.

Die Plädoyers von Aschus drei Verteidigern analysieren genau und historisch kenntnisreich die politische Substanz der Paragraphen 125 (Landfriedensbruch) und 105 (Nötigung von Verfassungsorganen). Schubart beschreibt in seinem Text, der zum erstenmal eine wertende Geschichte des Startbahnwiderstandes und seiner Aktionsformen bis zur Flughafenblockade am 15. November 1981 liefert, die Gegenposition zu den Obrigkeitsdenkern, die mit so grobem Handwerkszeug gegen ihn vorgehen müssen. Sein radikal-demokratischer Anspruch fordert Gewaltfreiheit, fragt aber bei gewalttätigen Auseinandersetzungen trotzdem vor allem nach den Ursachen, und die lagen im Falle Startbahn West selten bei den Demonstranten.

Von der Entschiedenheit dieser Dokumentation sind viele der anderen Bücher zum Thema weit entfernt. Am spannendsten unter ihnen ist noch Horst Karaseks »Das Dorf im Flörsheimer Wald«, eine »Chronik vom alltäglichen Widerstand gegen die Startbahn West«. Und der Alltag des Widerstands im Hüttendorf, das Karasek lange Zeit als eine Art Dorfchronist bewohnte, war zermürbend. Karasek skizziert die Fronten innerhalb der gemeinsamen Front gegen den Staat, zeigt, wie verschiedene Kulturen hier im Flörsheimer Wald aufeinanderprallen: die sich gerade erst politisierenden Mörfelder Hausfrauen, die schlagkräftigen Autonomen, Opfer jahrelanger Heimverwahrung und abenteuerlustige Studenten. Die Konflikte entzünden sich am Müll, an den »scheißbürgerlichen« Ordnungsvorstellungen, an allgemeinen Aufgaben. Der kleinste Nenner des Widerstandes gegen ein Großprojekt reicht eben nicht, eine neue Kultur entstehen zu lassen.

Zusammengestoppelt wirken die beiden von der »Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung« herausgegebenen Sammelbände »Keine Startbahn West« und »Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln«. Empfehlenswert in beiden Bänden sind allerdings die Aufsätze über die militärische Bedeutung der Startbahn.

Immerhin dokumentarischen Wert hat das Buch »Kunst gegen die Startbahn West«, in dem die Ergebnisse einer Kunstausstellung in Darmstadt zu diesem Thema festgehalten werden. Auch hier bestätigt sich wieder, daß politisch nur allzu oft mit bieder verwechselt wird. Neue Wege werden nicht bestritten, neue Formen nicht gesucht.

Fotobände, die nicht selten fast identische Abbildungen zeigen und mit persönlichen Erfahrungsberichten von Startbahngegnern garniert sind, gibt es ansonsten en masse: Die politischen Bewegungen beleben immer auch das alternative Geschäft.

Alexander Schubart, Der starke Staat, buntbuch, 19,80 Mark.

Horst Karasek, Das Dorf im Flörsheimer Wald, Luchterhand, 9,80 Mark

Kunst gegen Startbahn West, anabas, 24,80 Mark

»Keine Startbahn West«, Verlag links pocket 2000, 13 Mark

»Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln«, Verlag links pocket 2000, 16,50 Mark

Konkret 09/83, S. 100

Hermann Kant

Bücher: Ein Hundsfott

Sieben Jahre lang war Günter Gaus Repräsentant der Bundesrepublik in der DDR. Seine - auch vergleichenden - Erfahrungen mit dem sozialistischen deutschen Statt erscheinen Mitte September unter dem Titel »Wo Deutschland liegt«. Für KONKRET schreibt Hermann Kant, als Präsident des Schriftstellerverbands einer der ranghöchsten Kulturfunktionäre der DDR, über diese »Ortsbestimmung«.

»Mit einer Ratlosigkeit, die wüten wird, sollte gerechnet werden.«
Günter Gaus

Fragt sich, warum einer, der solchen Satz zum Motto wählt, nicht spätestens nach dem Abschreiben dieses Kennworts alles Besprechen seinläßt. Wo Entrüstung zu ahnen ist, muß man ihr weitere Gründe liefern? Reicht der Gaus nicht zu, und muß es der Kant noch sein? Ist es überhaupt klug, sich da einzumischen? Wenn das Buch »Wo Deutschland liegt« heißt und dazu noch »Eine Standortbestimmung« und dazu noch weitgehend von der DDR handelt und dazu noch vom ersten Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in jener geschrieben worden ist, dann kann es keine Einmischung sein. Sagen wir: Dann sollte sie nicht als solche gelten.

Aber um Einmischung geht es gar nicht. Niemand spräche von der, wenn ich mich zu den Wüterichen reihte. Denen aber wird genügen, daß ich das nicht tue. Im allgemeinen reicht der Beifall von der falschen Seite, und in diesem besonderen Falle langt schon das Ausbleiben der Kritik. Nicht, daß wir es mit einem Buch zu tun hätten, gegen das sich nichts vorbringen ließe, aber die Lust dazu will sich nicht regen angesichts der zu erwartenden, nun, sagen wir es mit Gaus, Ratlosigkeit .

Unter günstigeren Umständen, friedlicheren, solchen, die eine freundliche Polemik erlauben, spottete man beispielsweise liebend gern über gelegentliche Tonschwankungen im Bericht, die vielleicht vom Aufatmen herrühren nach nicht gänzlich ungefährlicher Fernpatrouille.

Gewiß, im diplomatischen Dienst redet man wohl so, von »auf Posten« und »vor Ort», aber die Gaussche Standortbestimmung klingt manchmal, als sei sie unterm dräuend Hangenden vorgenommen oder wie letzte tapfere Kunde vom abendlichen Hof in König Etzels Burg.

Ganz andererseits gerät die DDR an einigen Stellen der Beschreibung durch Günter Gaus (zu dem das gar nicht paßt) zur Republik unterm Reetdach. Besonders, wenn er vorträgt, daß auch sie »kälter, glatter, normierter« werden wird, sieht sich der Hiesige zum darstellenden Personal eines deutschen Freiluftmuseums geschlagen, in welchem sich anschauen läßt, wie ärmlich aber reinlich und auch wieder grau einmal gelebt worden ist. Fehlte nur noch, daß der Autobahn-Unterhändler wehmütig der so schön ordentlich geschlossenen Schranken an der Fernverkehrsstraße 5 gedächte.

Ein »konservativ gestimmter Mensch« (Gaus über sich) muß wohl mit solchen Anwandlungen leben, und bestimmte Neuartigkeit, zumal in deutschen Landen, wird er nicht anders als haarsträubend empfinden können. Dennoch, und auch, wenn man ahnt, welches Gebaren gemeint sein könnte: Ein Schimpf wie »Chlorophyllfaschisten« sollte ihm besser nicht in den politischen Kopf kommen. Oder wenigstens nicht aus dem heraus. Weil man die Wortverliebtheit eines Schriftstellers kennt und weiß, wie einzig der beizukommen ist, sei dem Kollegen gesagt: Diese Formulierung ist nicht nur gefährlich bündnisgefährdend - man wird sie jetzt wohl einige Male zu hören kriegen -, sie wirkt auch etwas getüftelt. (Abgesehen davon, daß die Bezeichnung »Faschist« den Faschisten vorbehalten bleiben sollte. Denen wäre es wahrscheinlich recht, wenn sie sich in einem Gewimmel aus fläzigen Versammlungsordnern, machtversessenen Polizisten oder eben auch herrisch-grünseligen Sektierern unauffindbar verlören.)

Eine unnachsichtige Bekundung wie diese ist auf äußerst penible Wortwahl angewiesen, denn sie wird es mit unnachsichtigen Leuten zu tun bekommen. Das gilt für Publikum jeder Couleur. Nicht alle Leser z.B. werden sich mit einem Knurren begnügen, wenn sie einen historisch und ökonomisch besetzten Begriff wie »Bauernlegen« auf die Genossenschaftsbildung in der DDR angewendet sehen, oder wenn sie feststellen, daß auch Günter Gaus, ein Kenner der Verhältnisse, sich gelegentlich einer Formel bedient, welche diese Verhältnisse verwischt, der Formel etwa von der »staatlich unerwünschten Friedensbewegung in der DDR«.

Was nun die staatlich so überaus erwünschte Friedensbewegung in der BRD anlangt, so wird ihr in diesem Buch unvermeidbar Zerfall angekündigt. Weil man die These bereits mehrmals aus Verfassers Munde hat hören können, ist literarischer Mitteilungszwang zu vermuten. Zwar läßt sich Gaus auch hier von Besorgnis und nicht von Besserwisserei leiten, aber dennoch scheint die Prophezeiung eine von jenen zu sein, denen man nicht einmal durch Formulierungshilfe beim Übertritt in die Wirklichkeit beispringen sollte. Der Friedensbewegung ist es wenig förderlich, wenn Kassandra neben ihr herläuft und ihr die kleinlichen Kriege in den eigenen Reihen ansagt. Vorerst, Freund Gaus, sollten uns die beiden

Hauptmöglichkeiten, Friedensbewegung so oder so zu erledigen, vollauf beschäftigen. Die eine wäre der atomare Krieg und die andere dessen verbriefte und besiegelte Verhinderung auf lange Zeit.

Wenigstens gegen das eine Mißverständnis: Obwohl Günter Gaus den Anlaß zu vorstehender Ermahnung geliefert hat, bedurfte und bedarf gerade er ihrer nicht so sehr. Die Lage redet mit Zungen aus ihm; in dröger Eloquenz äußert sich Abgrundbewußtsein. Könnte sein, daß es den gewesenen Ständigen Vertreter in der DDR verwundert oder gar enttäuscht, wenn ein anhaltend Ständiger Bewohner derselben mehr zu den Einfassungen der Hauptfrage sagen mag als zu dieser Frage selbst, der sogenannten deutschen. Das aber hat mit just der Großen Lage zu tun, die auch Gaus veranlaßt, sich immer einmal mit düsteren Wendungen in die Entwürfe zu fallen.

»Wenn uns die Zeit dazu noch bleibt«, sagt er etwa oder »wenn wir die Zeit noch haben«, und ich bediente mich seiner Worte und füge ihnen hinzu: Solange die Bedrohung von solcher Strahlkraft ist, interessieren mich Überlegungen zum Thema Wiedervereinigung oder Endlichvereinigung oder Zumerstenmaltatsächlichvereinigung nicht übermäßig.

Und an dem Verwaltungsgedanken, man könne das Innerdeutsche Ministerium auflösen, muß sich unsereins wohl nicht beteiligen. Das werden auf ihre herzliche Art die Herren Abelein bis Windelen besorgen, und wieder einmal wird man sehen, welch große und dauerhafte Metapher Rumpelstilzchen doch ist.

Beim regierenden und publizierenden Mittelwuchs wird es nicht verschlagen, wenn Günter Gaus (noch dazu mit einem Nadelstreifen Ironie) versichert, seine »Skepsis gegen das eigene Nest« sei einer »der Äste, die es stützen«, oder wenn er gar wie von der Rampe ruft: »Ich gehöre zu Euch«. - Zu vermuten steht der Gegenbescheid von Spranger und Springer: No, Sir, Sie nicht, nicht Sie! Denn diese Leute werden sich verpfiffen vorkommen, wo die »Standortbestimmung« von ihrem »totalitären Antikommunismus« spricht und von ihrem Wunsch nach einer »kommunistenfreien Nation« und von der nationalen Frage als einem »Fall für den Verfassungsschutz«. Sie werden von Gaus nicht hinnehmen können, daß er in der nationalen Teilung deutlich eine soziale Teilung erkennt und daß obligate Große Bonner Lachen nicht mehr hinkriegt, wenn von Klassen die Rede ist. Sie werden ihm die Mitteilung verargen müssen, es habe gegen die Nazis einen - schönes Wort - »Widerstand aus der Wohnküche« gegeben und nicht nur die ebenso verklärte wie nur verhalten gefeierte Verweigerung nach Gutsherrenart. Sie werden nicht dulden dürfen, daß Günter Gaus in der DDR ein »Staatsvolk aus kleinen Leuten« ausmacht und des Aufhebens nicht spart über den Antifaschismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Auch die »Toleranz aus Gleichgültigkeit« hat ihre Grenzen, und Günter Gaus, der Urheber dieses Ausdrucks, wird merken, daß er zu weit gegangen ist, als er die »Gegenreformation« in der Bundesrepublik beschrieb und vom Offenhalten der deutschen Frage als einem politisch rechten Verhalten sprach. Da wird er es ebenso mit beträchtlichen Teilen seiner eigenen Partei zu tun bekommen, denn »offenhalten« wollen auch sie wohl, nur rechts möchten sie nicht immer heißen.

Dabei wären einige Thesen des Mannes streitig zu bereden. Was, Beispiel, sollen das für »gaullistische Antworten« sein, von denen er nun schon zum wiederholten Male spricht? Und gehen die ohne Nationalismus, von dem sich Gaus geschieden weiß? Gehen sie überhaupt, oder sind nicht die französischen Raketen, an denen vorbeigezählt werden soll, eine Folge gaullistischer Antworten? Oder, ganz anderes Feld, wie argumentenfest ist die hörbar geschätzte Vorstellung von der »Nischengesellschaft« DDR? Nach den von Gaus benutzten Kriterien paßt die Bezeichnung - er sagt es selbst - auf fast jede ausgebildete Gesellschaft, aber ein längliches Buchkapitel spricht von unserem so besonderen Dasein in der Nische. Als hätten wir uns je auf die Alternative Form oder Klammer gespitzt. Wir hatten uns aber nie als permanenten Aufmarsch oder perpetuierte Einwohnerversammlung geplant und beanspruchen für das sogenannte Privatleben weit mehr als eine bescheidene Nische. Auf einen, fast beliebigen, Schluß hin: Einmal hat ein deutscher Kommunist, Harald Hauser, ~ beschrieben, wie es war, als er im französischen Maquis gegen die Unterdrücker seines Vaterlandes und anderer Vaterländer kämpfte, und er hat sein Buch »Wo Deutschland lag« genannt. Seine Heimat war dort, wo sie gegen ihre Verderber verteidigt wurde. In gewisser Weise haben die Verderber aber doch gesiegt, und der Name des Landes benennt nur noch eine Erinnerung. Daran jedoch, wie wir mit dieser Erinnerung verfahren, erkennt man viel von uns.

Ach ja, den Titel über diesen verstreuten Anmerkungen noch zu erklären: In einer besonders bitteren Passage, die von der »wachsenden Geneigtheit zum Kriege« handelt, faßt Günter Gaus eine bestimmte Geisteshaltung, an der wir alle miteinander umkommen könnten, in die Worte: »Ein Hundsfott, der Vernunft bewahrt«!

Die »Standortbestimmung« enthält, glaube ich, keine Ausrufezeichen, hier aber schien mir eines hinzupassen.

Günter Gaus: »Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung«, Hoffmann und Campe, 270 Seiten, 28 Mark

Konkret 09/83, S. 102

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Heinz Barth, der schon vor vierzig Jahren ein völkischer Beobachter war, bewältigt seine Vergangenheit in der »Welt«:

Die Amerikaner haben vieles von ihrer Vietnam-Neurose ausgeschwitzt.

Ausgeschwitzt? Oder geauschwitzt?

Mitarbeiter des »Aktionsbüro Herbst 83« haben mit dem Polizeipräsidenten Stümper beraten, wie man am friedlichsten gegen den Atomkrieg demonstriert:

Der Sprecher des Stuttgarter Innenministeriums sagte, das Gespräch sei in »sehr ruhiger, vernünftiger und kooperativer Atomsphäre« verlaufen.

Der Setzer der »Frankfurter Rundschau« hatte verstanden.

In der »Frankfurter Allgemeinen« lobt Johannes Gross die »geistige Führung«, die Helmut Kohl über sein Volk ausübt.

Man ahnt, was der Kanzler will, und weiß, daß es gut ist, aber es ist nicht auf einen Begriff zu bringen, nicht einmal in Formeln zu fassen.

Man ahnt, was er will, wenn der Kanzler in Kiew sein Glas zum Toast erhebt:

So erhebe ich mein Glas und trinke auf Ihr Wohl, Herr Vorsitzender, auf das Wohl der Ukrainischen SSR, auf den Frieden in der Welt und auf eine gute Zusammenarbeit unserer Länder. Da alle diese Toasts gleich klingen, möchte ich etwas Ungewöhnliches hinzufügen: Ich sprach von den Enkeln, und die sind nur möglich, wenn die Mütter da sind und wenn die Damen da sind. Und auf die will ich zuletzt besonders herzlich trinken.

Und man weiß, daß es gut ist:

Ich kenne meinen Lenin. In der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Marxismus bin ich immun - mit der Muttermilch sozusagen.

Oder mit der Damenmilch? Wenn das der geistige Führer wüßte!

Ich hingegen liebe Wolfram Siebeck:

Der Blumenkohl ist und bleibt ein undelikater Stinker, der es weder an Wohlgeschmack noch an Bekömmlichkeit mit einer bescheidenen Pellkartoffel aufnehmen kann. Und wenn er gar von der berüchtigten weißen Sauce begleitet wird, bewahrheitet sich die Redensart: Ein Unglück kommt selten allein.

Sowas ist unser Honigmond, la vie en rose. Doch es kommen auch die Stunden der Enttäuschung, des Zweifels:

Die feinen Böhnchen und Erbsen, der köstliche Spinat und erst recht der farblose Broccoli entfalten nur nach sorgsamer Zubereitung wahre Raffinesse.

Ach, dürften sie doch Finesse entfalten, weil sie mit Raffinement zubereitet wurden. Denn Raffinesse ist nichts weiter als weiße Sauce - eine unbekömmliche und schwer verdauliche Mixtur aus Feinheit und Schläue, aus dem Zustand eines Objekts und dem Charakter eines Subjekts. Nein, lieber Siebeck, nicht auf den Duden verweisen, wo »Raffinesse« doch drinstehe, sonst brat ich die nächste Lammkeule nach dem Rezept des Tchibo-Kochbuchs und wir landen bei Szenen einer Ehe. Weil wir aber gerade dabei sind, uns auszusprechen:

Noch edler sind Stücke vom Räucheraal, weil die frischen Erbsen mit dem Rauchgeschmack wunderbar harmonisieren.

Nein, diese »Erbsencreme-Suppe aus frischen Erbsen« eß ich nicht. Wenn die Stücke vom Räucheraal mit den frischen Erbsen auf der Harmonika spielen, ist es nicht Kochkunst, sondern Hokuse-Bocuse.

L'amor e gentil cor son una cosa, singt Dante, ich aber sage euch, Liebe kann auch grausam sein. Davon weiß Theo, auf dem letzten Loch, ein Lied zu pfeifen:

Wende? Wandlung? Windigkeit? Die ostpolitischen Purzelbäume des Franz Josef Strauß

Und doch hat sowas Schüler. Einer heißt Hans-Jürgen Müller (geschieht ihm recht!) und treibt's im »Hamburger Abendblatt«:

Auf seinem langen Marsch durch die Institutionen unseres Staates nähert sich der Pillenknick, nachdem er viele Lehrer arbeitslos gemacht hat, demnächst der Bundeswehr.

An diese Schwachköpfe habe ich die besten Jahre meines Lebens verschwendet.

Wohin es führen kann, wenn immer weniger junge Menschen die Renten für immer mehr alte erarbeiten müssen, hat das Feuilleton der »Welt« mit einer schockierenden Überschrift ins Bewußtsein gerufen:

Ein Leben im Dienst bedrohter Altertümer - Sulpiz Boisserée wäre heute 200

Wäre. Wenn, ja, wenn er nicht 1854 plötzlich und unerwartet und eigentlich ganz ohne Grund gestorben wäre.

Ein Branchendienst berichtet über den Stoffwechsel eines Reporters:

Heinrich Jaenecke, Reporter des Gruner + Jahr-Magazins »Stern«, seit 17 Jahren Mitglied der Redaktion, ist zum Chefreporter bestellt worden. Jaenecke, der sich während der Turbulenzen um die gefälschten Hitler-Tagebücher mit Ausscheidungs-Absichten trug,

hat dann doch die Backen zusammengekniffen.

Kurze Geschichte der Sozialdemokratie, von Egon Bahr:

106 Jahre ist der »Vorwärts« alt, Redakteure wurden eingesperrt oder mußten in die Emigration. Unbequem war er immer. Anstöße geben und anstößig sein, liegt eng beieinander.

Von der Bereitschaft , eingesperrt zu werden, zur Fähigkeit, Anstöße zu geben wie den, über die Bewaffnung des US-Wachpersonals in der Bundesrepublik mit dem Schnellfeuergewehr des Vietnamkriegs nachzudenken, dessen Geschosse »alle inneren Organe zerschlagen«:

Schlimm ist aber, daß das Wachpersonal die Waffe zwar zugeteilt bekam, aber daran kaum ausgebildet ist und auch nicht ständig damit übt.

Der »Vorwärts« war eben immer unbequem.

Kasten ohne Titel auf Seite 102:

Dirk Dieter Reichsfreiherr von Dörnberg zu Hausen gibt im eigenen Namen sowie im Namen seiner Mutter Gisela Reichsfreifrau von Dörnberg zu Hausen, geb. Hackelöer gen. Köbbinghoff, seiner Schwestern Alexandra von Malaisé,

geb. Reichsfreiin von Dörnberg, Cornelia Dehio, geb. Reichsfreiin von Dörnberg, seiner Schwäger Otto von Malaisé und Erhard Dehio, seiner Tante Victoria-Margarethe von Halem, geb. Reichsfreiin von Dörnberg, seines Onkels Gustav Adolf von Halem sowie aller übrigen Anverwandten tiefbetrübt Nachricht von dem Hinscheiden seines innigstgeliebten Vaters

des wohlgeborenen Herrn

Alexander Reichsfreiherr von Dörnberg zu Hausen

Doktor beider Rechte, Gesandter a. D. und Botschafter in außerordentlicher Mission

11. Vizemarschall der Althessischen Ritterschaft

18. Erbküchenmeister in Hessen

Patron der Kirchspiele Oberaula-Hausen, Schwarzenborn und Oberrieden

welcher am 7. August 1983 nach einem erfüllten Leben im Glauben sanft entschlafen ist.

Marschallshof

6435 Oberaula-Hausen,

den 9. August 1983

Die Trauerfeier findet am 13. August 1983 um 14 Uhr in der Patronatskirche zu Hausen statt.

Anschließend erfolgt die Beisetzung auf dem Erbbegräbnis am Birket.

Wohlgeboren - wohlgestorben. Nu is er hin.